Dienstag, 16. September 1986

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 18, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 18 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 215 - 38.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

## Heute in der WELT

### Die großen Straßen

Die Mieten für die Ladenlokale auf der „Kö" (Königsallee) in Düsseldorf betragen nicht selten 50 000 Mark pro Monat. Kein Wunder, daß „Klunker und Klamotten" nicht ganz so wohlfeil wie anderswo sind. Aber auf der „Kö" werden nun mal die schickeren Etiketten verkauft, und es soll Leute geben, die auf so etwas Wert legen. Heute der letzte Teil der WELT-Serie über die großen Straßen der Metropolen. Seite 21

### Die Kirchen und die Grünen

In der Frage des Paragraphen 218 und in der Haltung gegenüber den Grünen setzt die katholische Kirche andere Akzente als die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD). Dies ist auf dem Katholikentag in Aachen deutlich geworden. Während die katholische Kirche Gespräche mit den Grünen ablehnt („Das Tischtuch ist zerschnitten"), will die EKD den Dialog fortsetzen. Seite 4

### POLITIK

**Amnestie:** Papst Johannes Paul II. zeigt sich befriedigt über die Freilassung aller politischen Gefangenen in Polen. Vor polnischen Pilgern sagte der Papst, er vertraue darauf, daß die Amnestie den Beginn eines tatsächlichen Dialogs zwischen Regierung und Gesellschaft darstelle.

**Botschaft:** Als dritter Staat nach Costa Rica und El Salvador hat die Elfenbeinküste nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Israel ihre Botschaft in Jerusalem eröffnet. Die anderen Staaten, auch die USA, residieren in Tel Aviv.

**Atomwaffen:** Libyen soll nach den Worten des israelischen Ministerpräsidenten Peres in China zwei oder drei Atombomben gekauft haben. Nach Angaben der Zeitung „Davar" gab Peres dies im Kabinett bekannt.

**Wechsel:** Der bisherige Botschafter Tunesiens in Paris, Hedi Mabrouk, ist überraschend zum neuen Außenminister ernannt worden. Damit setzt Staatspräsident Bourguiba offensichtlich seine Politik fort, sich mit engen Vertrauten zu umgeben.

**Aussage:** Der am 21. und 22. November in Mainz tagende FDP-Bundesparteitag soll über eine Koalitionsaussage der Liberalen zugunsten von CDU und CSU entscheiden. Damit will die Parteispitze auch die immer wieder aufflackernde Diskussion um einen Koalitionswechsel beenden.

**Kirchgang:** Ein Viertel der Einwohner der Bundesrepublik geht sonntags zur Kirche. Das hat eine Infas-Umfrage ergeben. Damit ist der seit den 60er Jahren verzeichnete Trend, wonach der Kirchgang immer weniger Interesse fand, zum Stillstand gekommen.

**Abgesetzt:** Eine Gruppe von Polen hat einen touristischen Kurzaufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland zur Flucht genutzt. 20 Erwachsene und zwei Kinder setzten sich während einer Besichtigungstour in München ab.

**Rat:** Die Sozialversicherungsanstalten sind nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts auch zur Beratung und Betreuung der Versicherungsangehörigen verpflichtet. Anderenfalls haben sie später einen „Herstellungsanspruch". (Az.: 1 RA 27/85.)

### WIRTSCHAFT

**Gatt:** Von einem historischen Ereignis sprach der uruguayische Außenminister Iglesias zur Eröffnung der Gatt-Ministerkonferenz in Punta del Este. Hier soll über *die umfassendste Liberalisierungsrunde* für den Welthandel entschieden werden. (S. 2 und 10)

**Steuerpläne:** Die Änderungsvorschläge der SPD zum Einkommensteuerrecht für 1988 sind „leistungsfeindlich". Berechnungen des Finanzministeriums zeigen Mehrbelastungen für Millionen Steuerpflichtige. (S. 11)

**Börse:** Die Wochenendschwäche an der Wall Street hatte gestern auf die deutschen Aktienmärkte keine Auswirkungen mehr. Am Rentenmarkt lag für öffentliche Anleihen Nachfrage vor. WELT-Aktienindex 278,03 (277,99). BHF-Rentenindex 107,131 (106,983). BHF-Performance-Index 106,980 (106,804). Dollarmittelkurs 2,0460 (2,0790) Mark. Goldpreis je Feinunze *413,00 (419,50) Dollar.*

**Aktienindex der WELT**
31.12.1964=100
290
280
270
2. 3. 4. 5. 8. 9. 10. 11. 12. 15.
September '86
DIE WELT

### KULTUR

**Philharmonie:** Zum Abschluß der Feiern zur Eröffnung der Kölner Philharmonie haben rund 100 000 Kölner am Rheinufer ein abendliches sinfonisches Spektakel mit Musik des 20. Jahrhunderts, einem Feuerwerk und einer Lasershow erlebt. Das erste Festkonzert war vom Publikum mit Ovationen bedacht worden. (S. 21)

**WELT-Report:** Die Senioren drängen in die Hörsäle. Die Universitäten stellen sich mit speziellen Angeboten darauf ein. Gefragt sind vor allem geisteswissenschaftliche Vorlesungen. Die Uni Marburg spricht vom „regelmäßigen Bestandteil der Lebensführung", zu dem das Studium geworden sei. (S. 8 und 9)

### SPORT

**Fußball:** Im Hinspiel der ersten Runde des UEFA-Pokals spielt Bundesliga-Klub Borussia Mönchengladbach heute abend gegen die Mannschaft von Partizan Belgrad. Das ZDF überträgt von 20.15 Uhr an live vom Bökelberg.

**Tennis:** Michael Westphal erreichte mit einem 6:4, 6:3 über den Schweden Johan Carlsson die zweite Runde der Deutschen Meisterschaften. Sein nächster Gegner ist voraussichtlich Andreas Gomez (Ekuador). (S. 19)

### AUS ALLER WELT

**Bissig:** Einen „Befähigungsnachweis" für die Halter großer Hunde hat der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, Andreas Grasmüller, gefordert. Die Menschen selber verursachten die Bissigkeit ihres Hundes; viele seien unfähig zur Hundehaltung. (S. 22)

**Aufbruch:** Die Forderung nach Selbstbestimmung der Familie, Selbstbestimmung der Fruchtbarkeit und ein Ende der Verhütungsmentalität waren Kern eines Internationalen Familienkongresses in Paris, der bald im deutschsprachigen Raum eine Fortführung finden dürfte. (S. 22)





# Terror in Europa nimmt zu. Frankreich schottet sich ab

## Bombenanschläge auf Münchner Bürogebäude und Pariser Polizeipräsidium

w.k./lz./pr. Bonn/München/Paris

Nach den neuen schweren Sprengstoffanschlägen terroristischer Gruppen in Süddeutschland und Frankreich berieten gestern Sicherheitsexperten in Bonn, Paris und anderen europäischen Hauptstädten über schärfere Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus. Die französische Regierung kündigte mit sofortiger Wirkung einschneidende Regelungen an: Für Besucher aus Ländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der Schweiz wird von heute an die Visum-Pflicht eingeführt. In Bonn verwies Regierungssprecher Friedhelm Ost auf die bereits erforderlichen Einreisegenehmigungen für Besucher aus mehr als 100 Ländern. Weitere Einschränkungen seien derzeit nicht geplant.

Die Serie von Anschlägen gegen Einrichtungen des Staates und der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland war gestern früh um 1.48 Uhr in München fortgesetzt worden. Bei der Zündung einer Bombe vor einem sechsstöckigen Bürogebäude in München-Bogenhausen entstand ein Sachschaden von etwa 250 000 Mark. Menschen wurden nicht verletzt. Die Generalbundesanwaltschaft geht davon aus, daß der Anschlag von einer Gruppierung aus dem linksterroristischen Spektrum verübt wurde. In dem Bürogebäude befinden sich die Verwaltung der Panavia Aircraft, einem Management-Unternehmen, das an der Entwicklung und am Vertrieb des Mehrzweck-Kampfflugzeuges „Tornado" beteiligt ist. Außerdem sind in dem Gebäude das NATO-Verbindungsbüro und das Bayerische Landesamt für Umweltschutz untergebracht. Mehrere Minuten vor der Explosion hatte sich bei einem Angestellten in der Nachbarschaft telefonisch eine männliche Stimme gemeldet: „Achtung, Bombenwarnung. Ich buchstabiere P A N A . . ." Hier brach der Angestellte nach offiziellen Angaben das Gespräch ab, um sofort die Polizei anzurufen. In der vergangenen Woche hatten mutmaßliche RAF-Anhänger durch eine Bombenexplosion an dem Gebäude des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln Schaden in Millionenhöhe angerichtet.

SEITEN 2 und 5:
Weitere Beiträge

Unbekannte Täter sägten gestern früh in der Nähe von Sinsheim zwischen Mannheim und Heidelberg einen Überland-Strommast der Badenwerk AG ab. Sechs weitere kleinere Masten wurden dabei mitgerissen. Dadurch verunglückten zwei Autos, wobei eine Person verletzt wurde. Der Anschlag durch mutmaßliche militante Kernkraftgegner ist bereits der neunte dieser Art in Baden-Württemberg. Das „Badenwerk" gehört zu den Betreibern zweier Kernkraftwerke.

Im Pariser Polizeipräsidium explodierte gestern eine Bombe. Es war die fünfte Explosion in der französischen Hauptstadt innerhalb einer Woche. Nach Angaben der Polizei wurden etwa 45 Personen verletzt, fünf davon lebensgefährlich. Staatspräsident Mitterrand appellierte an die Wachsamkeit der Bürger. Die Bekämpfung des Terrorismus sei eine „Angelegenheit der ganzen Nation". Jeder, der Menschenleben aufs Spiel setze, müsse „unerbittlich verfolgt werden".

## DER KOMMENTAR

### *Kein Spaziergang*

CARL GUSTAF STRÖHM

In Österreich gehen die Uhren anders: Hier endet die sozial-liberale Koalition nicht durch Absprung des kleinen Bündnispartners, sondern mit dem Hinauswurf der Liberalen durch die große Sozialistische Partei. Mit der gestrigen Erklärung Bundeskanzler Vranitzkys wird auch deutlich, daß in der SPÖ endgültig die „Großkoalitionäre" gesiegt haben – jene Gruppen, die eine Lösung der schweren, auf das Land zukommenden Wirtschaftsprobleme (etwa die Sanierung der maroden verstaatlichten Industrie) im sozialistischen Alleingang nicht mehr für möglich halten.

Wo aber steht in diesem sich dramatisch zuspitzenden Pokerspiel um die Macht die Österreichische Volkspartei? Seit Kreisky sie vor 17 Jahren in die Opposition vertrieb, warten sie auf ein Comeback. In der Endphase der Kreisky-Ära und auch während der Kanzlerschaft von Fred Sinowatz schien die Zeit für die ÖVP zu arbeiten. Inzwischen aber ist an der Spitze der verschlissenen SPÖ ein neuer, energisch wirkender, dazu noch telegener Mann aufgetaucht, der sich als Pragmatiker und Anhänger der Marktwirtschaft ausgibt. Dieser Mann namens Franz Vranitzky agiert „cool" wie ein Banker (der er einmal war).

Mit einem Spitzenkandidaten, der von Wirtschaft redet, als sei er an der New Yorker oder Frankfurter Börse zu Hause, hat es die ÖVP nicht mehr so leicht wie bisher. Ob Vranitzky wirklich die Wunder wirken kann, die viele heute von ihm erhoffen, ob die Linken in seiner Partei ihn nicht ebenso im Stich lassen werden, wie es mit Helmut Schmidt in der deutschen Schwesterpartei geschah, bleibt abzuwarten.

Einstweilen haben die österreichischen Christdemokraten es mit einem schwierigen und schwergewichtigen Gegner zu tun, der bereit ist, soviel ideologischen „roten" Ballast über Bord zu werfen, wie für einen Wahlsieg notwendig ist. Für die ÖVP ist also die kommende Novemberwahl alles andere als ein Spaziergang. Gelingt ihr der Durchbruch zur relativen Mehrheit nicht, stehen ihr schwierige Zeiten unter einem Kanzler bevor, der dann wiederum – Vranitzky heißt.

# Die Regierung Österreichs zerbricht

## Kanzler Vranitzky kündigt Koalition mit FPÖ / Neuwahlen im November / Große Koalition?

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die sozialistisch-liberale Koalition in Österreich ist als Folge des Wechsels, der sich an der Spitze des kleineren Regierungspartners FPÖ vollzogen hat, gestern gescheitert. Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) kündigte an, er werde den Führungsgremien seiner Partei vorschlagen, die Regierungszusammenarbeit mit der Freiheitlichen Partei zu beenden, um zum nächstmöglichen Termin Parlamentswahlen auszuschreiben. Er zweifle nicht daran, daß der SPÖ-Vorstand ihm zustimmen werde. Damit ist klar, daß die Östereicher nicht, wie ursprünglich vorgesehen, im kommenden April, sondern bereits im November – man spricht vom 23. – eine neue Volksvertretung (Nationalrat) wählen werden.

Vranitzky erklärte als Begründung, im Laufe der FPÖ-Parteitages vom vorigen Wochenende in Innsbruck seien beim bisherigen Koalitionspartner Tendenzen zutage getreten, die erkennen ließen, daß das „liberale Element" in der FPÖ durch die Wahl Jörg Haiders zum Bundesvorsitzenden in den Hintergrund gerückt sei. Der „liberale Teil" der FPÖ befindet sich laut Vranitzky nun sehr deutlich in der Minderheit. Dann ließ der sozialistische Kanzler erkennen, daß seine Vorliebe einer großen Koalition mit der christlich-demokratischen Volkspartei (ÖVP) gilt. Die österreichische Bundesregierung, so formulierte Vranitzky, habe so viele „wichtige Aufgaben" im Bereich von Wirtschaft, Industrie, Außen- und Kulturpolitik zu lösen, daß er sich mit einer Partei, in der ein solcher Richtungsstreit herrsche wie in der FPÖ, keine gedeihliche Zusammenarbeit vorstellen könne. Die SPÖ werde sich bemühen, von den Österreichern das größtmögliche Vertrauen zu erhalten, und wolle auf jeden Fall wieder stärkste Partei werden. Wenn es dabei keine absolute Mehrheit geben sollte, dann halte er, Vranitzky, eine große Koalition für am ehesten realisierbar. Wenn es aber eine große Koalition mit der ÖVP gebe, dann – so formulierte der sozialistische Kanzler – „unter meiner Führung".

SEITE 2:
Im Gespräch: Jörg Haider

Gestern mittag hat der abgewählte bisherige FPÖ-Vorsitzende Norbert Steger beim Kanzler sein Rücktrittsgesuch als Vizekanzler und Handelsminister eingereicht. Vranitzky bat Steger, bis zur Abwicklung der Regierungsgeschäfte im Amt zu bleiben.

Während der Fraktionsvorsitzende der Freiheitlichen im Wiener Parlament, Friedhelm Frischenschlager, erklärte, seine Partei müsse den Wahlkampf mit dem Ziel führen, eine große Koalition zu verhindern, begrüßte der Chef der Opposition, Alois Mock (ÖVP), die Vorverlegung der Wahlen. Mock erklärte, damit sei die „sozialistische Koalitionsregierung" endgültig gescheitert und habe ein schweres Erbe hinterlassen. Ein Neubeginn sei nur mit einer „anderen Politik" möglich. Mock: „Ich will die Mehrheit erreichen, damit eine andere Politik möglich wird."

# Amman verstärkt Präsenz in den besetzten Gebieten

## Wirtschaftsprogramm soll Araber unabhängiger machen

AP/AFP, Amman/Jerusalem

Jordanien hat eine Anzahl von Schritten eingeleitet, um seinen Einfluß im israelisch besetzten Westjordanland und im Gasastreifen zu stärken. Der jordanische Rundfunk wird künftig eine Stunde in der Woche Nachrichten aus beiden Regionen senden. Außerdem soll in der westjordanischen Stadt Nablus eine Zweigstelle der Amman-Kairo-Bank, die seit dem Beginn der israelischen Besetzung im Jahre 1967 geschlossen ist, wiedereröffnet werden. Ferner will die Regierung in Amman den Reiseverkehr zwischen Jordanien und dem Westjordanland erleichtern.

Erst kürzlich war ein jordanischer Entwicklungsplan mit einem Volumen von 2,7 Milliarden Mark und mit einer Laufzeit von fünf Jahren bekanntgegeben worden, der die wirtschaftliche Abhängigkeit der Araber in den israelisch besetzten Gebieten verringern soll. Daneben will die Regierung die Einfuhr von Agrarerzeugnissen aus dem Westjordanland und dem Gasastreifen erlauben.

In Amman und im Westjordanland wurden unterdessen Flugblätter eines „Vorbereitungskomitees der Jordanisch-Palästinensischen Gruppe" mit einem Aufruf zur Festigung der „Heiligen Einheit" des palästinensischen und des jordanischen Volkes verteilt. Es handelt sich um eine neue Organisation, die den Anspruch erhebt, die „schweigende Mehrheit" in Jordanien und im Westjordanland zu repräsentieren.

Der israelische Ministerpräsident Peres hat unterdessen den Plan einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz mit den USA abgesprochen. Er teilte dies mit, nachdem er sich bei seinem Gipfel mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak in Alexandria grundsätzlich über eine solche Konferenz geeinigt hatte.

Im israelischen Rundfunk hieß es dazu, Peres habe in einem Dokument die Bedingungen darlegt, unter welchen Israel eine Einbeziehung der Sowjetunion in den Friedensprozeß akzeptieren würde. Dieses Dokument sei ausdrücklich von dem für Nahostfragen zuständigen Vertreter des US-Außenministeriums, Richard Murphy, bei seinem jüngsten Besuch in Jerusalem gebilligt worden.

# ‚Strahlenwerte nehmen immer mehr ab'

## Entwarnung nach Tschernobyl / Nur bei Milch und Fleisch Anstieg von Cäsium zu erwarten

DIETHART GOOS, Bonn

Vier Monate nach der Reaktorkatastrophe im sowjetischen Tschernobyl kam gestern die offizielle Strahlenentwarnung für die Bundesrepublik Deutschland. Die Belastung sei auf Werte abgesunken, die eine Gefährdung für den Menschen praktisch ausschließen, teilten Umweltminister Walter Wallmann und der Vorsitzende der unabhängigen Strahlenschutzkommission (SSK), Professor Erich Oberhausen, in Bonn mit. Lediglich bei der Pilzsorte Maronenröhrlinge rät Oberhausen vom Verzehr ab, weil der Grenzwert von 600 Becquerel (Bq) pro Kilogramm überschritten wurde.

Während das radioaktive Isotop Jod 131 mit seiner kurzen Halbwertzeit bei der Strahlenbelastung keine Rolle mehr spielt, gilt die Aufmerksamkeit der Fachleute weiterhin dem langlebigen Isotop Cäsium 137 mit einer Halbwertzeit von mehr als 30 Jahren. Die Strahlenschutzkommission hat in den vergangenen vier Monaten regelmäßig Messungen vorgenommen, um die Belastungen der Nahrungsmittel mit Cäsium genau zu analysieren.

Professor Oberhausen erklärte gestern, die Cäsium-Aktivität gehe immer stärker zurück. Die zuletzt ermittelten Werte seien so gering, daß sie keine Gefährdung bedeuteten. Bei Untersuchungen von Nahrungsmitteln in München und in Homburg/Saar, die für das ganze Bundesgebiet repräsentativ sind, wurde eine Ganzkörperdosis von drei Millirem (München) und 1,5 Millirem (Homburg) ermittelt. Bei einer durchschnittlichen natürlichen Strahlung zwischen 150 und 400 Millirem pro Jahr in der Bundesrepublik ergibt sich nach Darstellung von Oberhausen durch die von Tschernobyl ausgehende Radioaktivität eine zusätzliche Belastung von weniger als zehn Prozent. Gesundheitsgefährlich sind erst Strahlendosen von mehr als 50 000 Millirem jährlich. „Diese zusätzliche Strahlenbelastung ist eine sehr kleine Größe", sagte Oberhausen.

SEITE 2:
Pause für die Pilze

Für die kommenden Monate rechnet der Strahlenschutzexperte mit einem geringen Anstieg der Cäsium-Werte bei Milch und Fleisch. Ursache ist Heu, das unmittelbar nach der Reaktorkatastrope eingelagert wurde und demnächst verfüttert wird. Um die genauen Werte zu ermitteln, werden in Bayern und Baden-Württemberg Fütterungsversuche mit überdurchschnittlich belastetem Lagerfutter vorgenommen. Die ersten Testergebnisse zeigen jedoch wesentlich geringere Cäsium-Werte in Milch und Fleisch, als von der Strahlenschutzkommission zunächst angenommen wurde.

Wie Professor Oberhausen mitteilte, gilt die Entwarnung bei bestrahlten Nahrungsmitteln mit Ausnahme der Maronenröhrlinge auch für die anderen Pilzsorten sowie für Wild und Süßwasserfische, die aus einigen überdurchschnittlich belasteten bayerischen Seen stammen.

# CSU: Entwurf für Programm ändern

lz. München

Die CSU will sich noch nicht auf ein gemeinsames Wahlprogramm mit der CDU festlegen. Man werde ohne Zeitdruck nach der Bayernwahl mit der Schwesterpartei über von der CSU als notwendig angesehene Korrekturen sprechen, erklärte Franz Josef Strauß gestern nach einer Sitzung des CSU-Vorstands in München. Die bayerische Unionspartei fordert Änderungen bei der inneren Sicherheit, der Sozial- und Außenpolitik sowie bei der Asylantenfrage.

Seite 6: Mängel im Entwurf

# Metallindustrie sucht Fachkräfte

DW. Bonn

Jedes dritte Unternehmen in der Metallindustrie findet nicht genügend Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt. Bei 6000 Firmen ist der Mangel an geeigneten Mitarbeitern so groß, daß Produktionsschwierigkeiten aufgetreten sind. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall. Gesucht werden vor allem Ingenieure und Facharbeiter, die computergesteuerte Anlagen bauen und bedienen können.

Seite 12: Mangelware

# *Abwässer füllen die Kassen der Länder*

dpa/DW. Hamburg

Die 1981 erstmalig erhobene Abwasserabgabe bringt den Bundesländern Millionenbeträge in die Kassen. Kommunen und Industriebetriebe mußten in den vergangenen fünf Jahren mehr als eine Milliarde Mark für die Einleitung ihrer Abwässer in Flüsse und Seen zahlen. Dies geht aus einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur bei den zuständigen Behörden und Ministerien hervor. Danach haben die Länder von 1981 bis Ende 1985 rund 1,13 Milliarden Mark eingenommen. Im laufenden Jahr erwarten sie fast 500 Millionen Mark. Das Geld muß zweckgebunden für den Gewässerschutz wieder ausgegeben werden.

Die Abgabe wird pro Schadeinheit entrichtet. Eine Schadeinheit Abwasser setzt sich unter anderem zusammen aus der Menge der sich am Gewässergrund absetzenden sowie der sauerstoffzehrenden Stoffe, aus dem Gehalt von Quecksilber und Cadmium sowie deren Verbindungen, und aus der zu erwartenden Umweltbelastung für Fische. Die Abgabepreise stiegen von zwölf Mark pro Schadeinheit (1981) auf 40 Mark Anfang 1986.

Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen, das auch die höchste Industrieansiedlung aufweist, wurde bis Ende 1985 mit 369,6 Millionen Mark der größte Abgaben-Betrag bezahlt; es folgen Bayern (170), Hessen (147,4), Niedersachsen (93,3), Rheinland-Pfalz (87,8) und das Saarland (81,2).

Hauptzahler sind die Kommunen mit rund zwei Dritteln der Beträge, die nach dem Verursacherprinzip auf die Bürger und Gewerbebetriebe umgelegt werden. Den Rest zahlen Industrieunternehmen, insbesondere Chemie-Betriebe, die Papier- und Zellstoff-Fabriken, Betonwerke, die Metall- und die Nahrungsmittelindustrie.

Nicht alle eingenommenen Gelder kommen der Verbesserung der Wasserqualität zugute. Die Verwaltungskosten der einzelnen Maßnahmen verschlingen einen nicht unbeträchtlichen Teil. In Baden-Württemberg übertreffen sie sogar die Einnahmen. Zwischen 1981 und 1985 schluckte die Verwaltung 57 Millionen Mark, während aus der Abgabe 45 Millionen Mark flossen. „Ein nicht gerade günstiges Verhältnis", räumte das Umweltministerium in Stuttgart ein. Die zusätzlichen Kosten werden mit Landesmitteln bestritten.

Im Februar dieses Jahres verabschiedete das Bundeskabinett eine Novelle zum Abwasserabgabegesetz. Danach werden Industriebetriebe, die spätestens 1989 bei der Reinigung ihrer Abwässer von gefährlichen Stoffen den neuesten Stand der Technik einsetzen, nur noch 20 Prozent der Abwasserabgabe zahlen müssen.

Die Wirkung der Abgabe wird in den Ländern meist positiv bewertet. Die Fließwasserqualität sei durch den Bau neuer und die Verbesserung alter Anlagen erhöht worden. Auch hätten dringende Projekte schneller verwirklicht werden können.

# Warum Chinas Geheimdienst bald kein Geheimnis mehr ist

## Chef der Auslandsabteilung setzte sich in den Westen ab

*Mark O'Neill*, Peking

Die Arbeit von Chinas Ministerium für Staatssicherheit (MSS) dürfte für den Westen nicht länger ein großes Geheimnis sein. Das jedenfalls ist zu vermuten, nachdem der frühere Chef der MSS-Auslandsabteilung, Yu Zhensan, die von der Regierung in Peking praktizierte Abwendung von der Isolationspolitik allzu wörtlich genommen hat, und sich in ein westliches Land absetzte. Das wurde jetzt von chinesischer Seite bestätigt. Allerdings bleibt es ein Rätsel, in welches Land der flüchtige Staatsschützer gegangen ist. Unbestritten ist, daß sein Posten nicht unbedeutend war. In seiner Funktion muß er Kenntnis über die im Ausland arbeitenden chinesischen Agenten gehabt haben.

Das 1953 geschaffene MSS ist zuständig für die Spionageabwehr im Reich der Mitte. Es trägt die Verantwortung für Verhaftung und Ausweisung des „New York Times"-Korrespondenten John Burns wegen Spionageverdachts. Burns war im Juli nach einer Fahrt durch das für Ausländer gesperrte Zentralchina sechs *Tage festgehalten und* verhört worden. Er räumte ein, die Reisebestimmungen gebrochen zu haben, bestritt jedoch jede geheimdienstliche Tätigkeit. Nach der Ausweisung sprachen westliche Diplomaten von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem MSS und dem chinesischen Außenministerium über die Abwicklung des Falls. Offiziell wurden jedoch Differenzen bestritten. In Peking kursieren mittlerweile Gerüchte, die bestätigte Flucht des MSS-Mannes stehe unter anderem im Zusammenhang mit der Ausweisung von Burns.

Chinas Geheimdienst ist offenbar nach dem Modell der sowjetischen Sicherheitsdienste aufgebaut. Westliche Diplomaten bestätigen ihm allerdings, im Fall Burns wesentlich geschickter vorgegangen zu sein, als beispielsweise das KGB bei der Festnahme Daniloffs. Das MSS pflege wesentlich diskreter aufzutreten als die Männer des KGB. Der KGB wolle bemerkt werden. Den MSS-Leuten werde eingeschärft, möglichst unsichtbar zu sein. (rtr)

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## *Freiheit, die sie meinen*

Von Hans-Jürgen Mahnke

Ihr tragt ja ‚Gatt mit uns' auf den Koppelschlössern", witzelte schon vor Jahren ein holländischer Politiker über die deutschen Bemühungen, über die EG hinaus mit anderen Ländern ins Geschäft zu kommen – und zwar stärker als andere. Das war zwar noch zu Zeiten, als die Auswüchse der Agrarpolitik noch nicht so gewaltig waren, als noch nicht Fleisch sogar nach Südamerika zu Billigpreisen hochsubventioniert verschleudert wurde. Seither aber hat sich an der Richtung der deutschen Handelspolitik nichts geändert.

Das wird auch jetzt in Punta del Este auf der Ministertagung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) deutlich. Ohne die Rücksicht auf die Agrarinteressen könnte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann leicht den Vormund in dieser Organisation, die sich eigentlich dem Freihandel verschrieben hat, spielen. So aber muß auch er taktieren.

Ähnlich ist es bei den Amerikanern. Ohne ihren Druck hätte es diese Konferenz in Punta del Este nicht gegeben. Dabei spielt auch eine Rolle, daß nur dann, wenn verhandelt wird, die protektionistische Flut in den USA selbst gebändigt werden kann. Allerdings irritiert auch das Vorgehen der Amerikaner, wenn sie den Abbau von Importsubventionen von den Europäern fordern, gleichzeitig aber ihre Beihilfen für die Weizen-Lieferungen in die Sowjetunion erhöhen. Und viele Entwicklungsländer treten auch nur in den Bereichen für den Freihandel ein, wenn sich die Marktordnung für sie auszahlt. Dort, etwa bei den Dienstleistungen, wo sie ihre eigenen wenig leistungsfähigen Banken und Versicherungen schützen wollen, verfechten sie das Gegenteil.

Die Situation zum Auftakt der Konferenz ist ambivalent. Wenn es zu einer unheilvollen Allianz der Zögerlichen, der Sonderinteressen-Vertreter, kommen sollte, dann wird es ernst, denn nehmen die Handelsbeschränkungen in den nächsten Jahren noch zu. Noch überwiegt allerdings die Hoffnung, daß sich letztlich doch die Vernunft durchsetzen wird. Denn der Protektionismus kennt auf Dauer keine Sieger, sondern nur Verlierer. Der Wohlstand aller bliebe auf der Strecke.

## *Tödliche Bedrohung*

Von Fritz Wirth

Amerika hat seinem unheimlichsten Feind, dem Rauschgift, den Krieg erklärt. Das Repräsentantenhaus will die Armee und die Todesstrafe mobilisieren. Die Administration will Rauschgifttests bei Angehörigen „empfindlicher Berufe" wie Piloten, Fluglotsen, Ärzten und Polizisten. Ronald und Nancy Reagan warnten gestern in einem emotionalen Fernsehappell vor Drogen, „die unsere Gesellschaft zerstören".

Es dauerte verzweifelt lange, bis dieses Problem von den Gesetzesmachern als „die größte nationale Bedrohung" erkannt wurde, und es spricht nicht unbedingt für sie, daß es erst durch die bevorstehenden Wahlen für sie ein Thema wurde. Kritiker entdecken deshalb nun bereits eine plötzliche „Rauschgift-Hysterie" unter den Politikern. Sie irren. Wenn Stumme plötzlich Laut geben, wird daraus schnell ein Schrei. Amerikas Politiker waren im Umgang mit diesem Problem, das zu einer Epidemie zu werden droht, zu lange stumm.

Einige der geplanten Maßnahmen sind drakonisch. So drakonisch, daß die Bürgerrechtler aufstöhnen. Sie sind sonst die großen Kämpfer gegen die Umweltverschmutzung und wollen nun nicht begreifen, daß der Handel mit Drogen eine der tödlichsten Umweltverschmutzungen ist.

Die Tatsache, daß amerikanische Parlamentarier beider Parteien den Einsatz von Soldaten im Krieg gegen die Rauschgifthändler fordern, ist ein Signal und ein Eingeständnis dafür, daß die Polizei an diesem Problem gescheitert ist, daß ihre Gegenmittel und Möglichkeiten nicht mehr ausreichen. Sollte dieser Militäreinsatz nicht an Verfassungsproblemen scheitern, wird er die Rauschgiftszene entscheidend verändern. Hier dürften zum ersten Mal ernsthaft die traditionellen Händlerrouten gestört werden.

Die Konsequenzen können uns Europäern nicht gleichgültig sein, denn diese Händler werden neue Routen und Märkte außerhalb des „Kriegsschauplatzes Amerika" suchen. Es ist für die Europäer an der Zeit, jetzt zu handeln, bevor auch für sie nur noch ein Drogenkrieg als letzter Ausweg bleibt.

## *Pause für die Pilze*

Von Günter Zehm

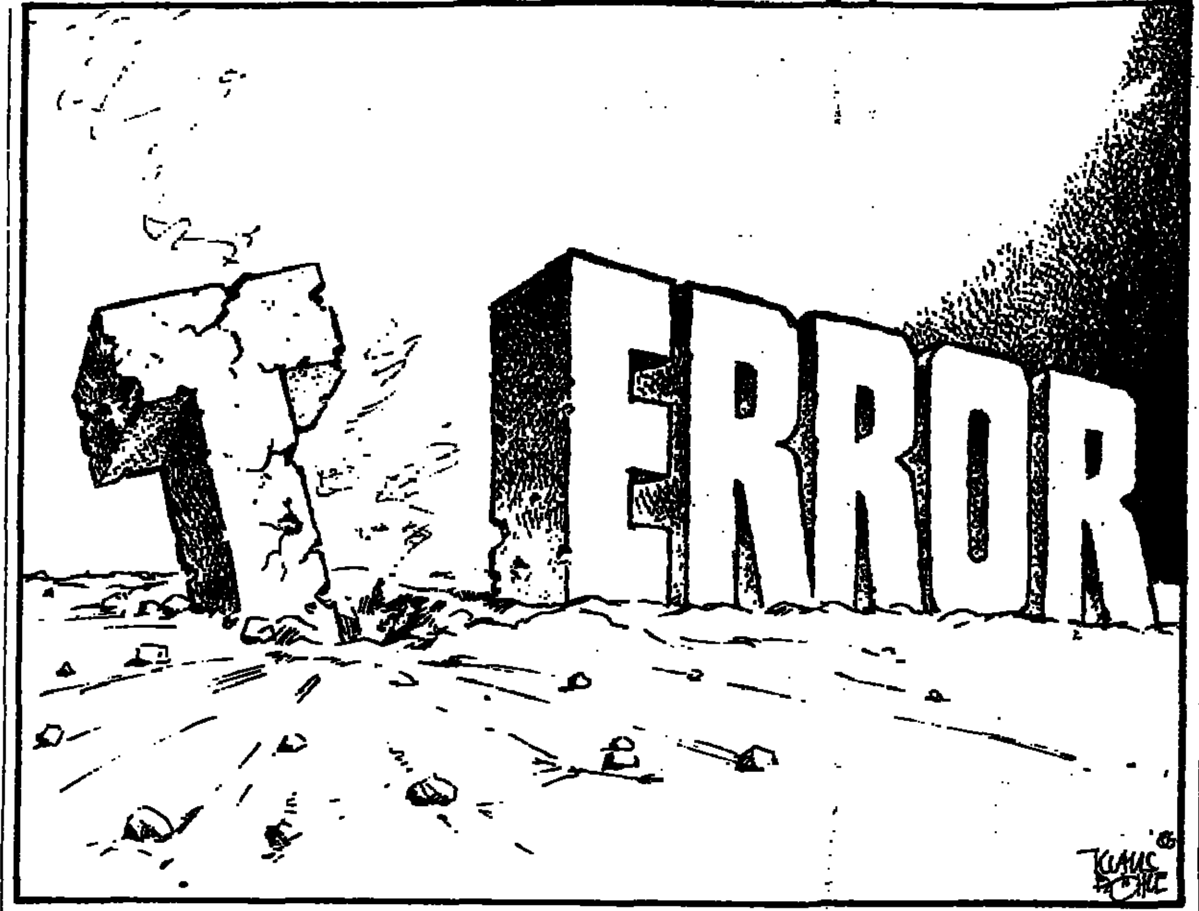
Die Furcht vor Rem und Becquerel hat auch die Pilzsammler nicht unberührt gelassen. Zum Beginn der Pilzsaison warnt Umweltminister Walter Wallmann zwar nur vor Maronen, doch Experten sagen voraus, daß es heuer Tausende potentieller Pilzsammler geben werde, die aus Angst vor radioaktiven Strahlen lieber zu Hause blieben. Für die geplagten und überlaufenen Wälder wäre das ein wahrer Segen.

Gerade die Pilzsammler gehören zu den ökologisch unwillkommensten Waldgängern. Sie halten sich nicht an markierte Wege, sie brechen krachend und schnaufend durchs Unterholz und stöbern noch in den entlegensten Winkeln. Ihr alljährliches Ankommen geht wie ein wellenförmiger Hurrikan durch die Auen, die Singvögel verstummen vor Schreck, Hasen sausen panisch aus der Sasse, Uhu und Waldkauz beobachten aus sicherem Versteck und beschließen, demnächst lieber auszusterben, als dieses Treiben länger hinzunehmen.

Aber Pilzesammeln, werden die Freizeit-Soziologen hier einwenden, sei doch eines der schönsten, lehrreichsten und „humansten" Hobbys. Schon recht, aber nicht immer sollten Hobby und Naherholung Vorfahrt haben vor unbehelligter Natur. Leider wird das am wenigsten eingesehen. Der Freizeitbürger war und ist nach wie vor das oberste Maß aller Dinge – wenigstens bis noch vor kurzem.

Was die freie, vernünftige Einsicht nicht schaffte, das schafft jetzt offenbar spielend die unfreie, unvernünftige Angst: die Erzeugung ökologischer Disziplin. Die (wenn auch weitgehend eingebildete und eingeredete) Überdosis an Radioaktivität legt sich wie ein dichter Schutzzaun um die bedrängte Kreatur, und daß man diesen Zaun weder sehen noch fühlen noch überhaupt sinnlich wahrnehmen, sondern nur messen kann, macht ihn für die meisten nur um so unheimlicher. Strontium in Reh und Pilz bewahrt diese Kreaturen also vor dem Zugriff des sonst so selbstsicheren Freizeitbürgers.

So weit ist's kurioserweise gekommen: Die angstmachende Überdosis an Strahlung wird zum effektivsten Naturschützer und tritt damit ebenbürtig an die Seite der angstmachenden, totale Vernichtung dräuenden und eben dadurch Frieden stiftenden Atombombe. Die Menschen, sie haben's wohl nicht anders verdient.




KLAUS BÖHLE

# Frankreich ist im Krieg

Von Peter Ruge

Die französische Republik, die man im typischen Geschichtsbild auf den Barrikaden für die Freiheit streiten sieht, zeigt sich bereit, gewisse Freiheiten einzuschränken, wenn damit der Angriff auf Staat und Bürger abgewehrt werden kann.

Frankreich ist im Krieg, heißt es nun regierungsamtlich. Was der Premierminister verkündet, ist die harte Gangart. Doch seine Maßnahmen treffen auf eine Erwartungshaltung im Volk: Es ist Zeit, daß einer handelt.

Was sich in Frankreich zur Stunde vollzieht, verdient die Aufmerksamkeit aller Europäer, die sich in einen Kampf gegen den Terrorismus gezogen sehen. Beachtlich ist die Lautlosigkeit, mit der hinter den Kulissen die Terror-Bekämpfung vorbereitet wurde; die Geschwindigkeit, mit der diese Überlegungen die gesetzlichen Formalien passierten; die Entschlossenheit, mit der sie vom Premierminister verkündet wurden. Am interessantesten aber ist, daß es von links bis rechts einen Schulterschluß gibt.

Krieg führt man nicht mit Blumen, heißt es jetzt in Frankreich, und wenn schon mit Verlusten zu rechnen ist, dann sollen sie beim Feind höher liegen. Nach dem vierten Bombenattentat auf Paris in zehn Tagen, bei denen auch Frauen und Kinder in den Tod gerissen wurden, basiert der Chirac-Plan auf drei Grundüberlegungen:

1. Der politische Wille zum Gegenschlag. Vom Oberbürgermeister Chirac, dem Ordnungshüter der Stadt Paris, war diese Tatkraft bekannt. Das hat ihm auch das Wählervertrauen eingetragen. Vom Premier Chirac wird die Wiederherstellung eines Sicherheitsnetzes erwartet, das die sozialistischen Vorgänger Mauroy und Fabius mit Deckung durch Staatspräsident Mitterrand der Republik in fünf Jahren entzogen. Terroristen, die die Polizei gerade gefangen hatte, wurden von einer linksutopischen Justiz wieder freigelassen, weil nicht der Täter, sondern die Gesellschaft schuldig sei. Polizeikontrollen wurden abgebaut, um die Entfaltung der individuellen Persönlichkeit gerade bei Heranwachsenden nicht zu stören. Zuwanderer nach Frankreich, vor allem aus afrikanischen Ländern, wurden mit offenen Grenzen empfangen. Bis der Unmut über diese überliberalisierte Einwanderung in eine Identitätskrise mündete, die der rechtsgerichteten „Nationalen Front" zu einem beachtlichen Wahlerfolg verhalf und damit zum Einzug in die Nationalversammlung.

2. Die Anwendung der Mittel. Damit ist nicht nur die Verstärkung oder die bessere Koordinierung der Polizeikräfte gemeint. Hier geht es darum, einer Armee von Terroristen, die im dunkeln operiert, mit einer entsprechenden Taktik beizukommen: durch Infiltration. Auch das war bei den Sozialisten als „unmoralisch" verpönt. Genauso wie die Belohnung für Bürger, die durch ihre Aufmerksamkeit Verbrecher zur Strecke bringen halfen. Hier fragt Chirac, ob es „unmoralisch" sei, den Geiselnehmer zu fassen, ob es „moralisch" sei, den gewähren zu lassen, der auf Flugzeugpassagiere schießt, mit einer Bombe Passanten tötet oder Gläubige an ihrem Gebetsort in den Tod reißt.

3. Der Rückhalt im Volk. Da kann sich Premier Chirac sicher sein. Die letzten drei Umfragen haben für den Offensivkurs der Bürgerlichen eine überwältigende Mehrheit offenbart. Achtzig Prozent der Franzosen verlangen Vergeltung, sind einverstanden, daß die Regierung nicht mit Terroristen verhandelt – etwa über die Hauptforderung eines „arabischen Solidaritätskomitees", die „arabischen Polithäftlinge" frei zu lassen.



„Gnade Gott denen, die sie unterstützten": Terror-Opfer des Sonntags FOTO: DPA

Die Mehrzahl der Franzosen ist bereit, weitere Opfer zu erbringen, bis die Attentäter gefaßt sind. Das ist nicht nur eine Stimmungslage unter dem Eindruck der Bombenserie – Frankreich ist der Erpressung seit über einem Jahr ausgesetzt, als in Beirut die ersten französischen Geiseln von pro-iranischen Terrorgruppen genommen wurden. Die Regierung spricht von einer inneren Mobilmachung. „Wir werden jeden Terroristen zum Sprechen bringen, und dann Gnade Gott denen, die diese Verbrecher unterstützen. Sie werden büßen, wer immer es auch sei, aus welchem Land er auch komme."

Frankreich macht hier nicht nur klar, daß es die innere Festigkeit aufbringt, den Kampf auf eigenem Boden gegen die Terroristen aufzunehmen. Dies ist mehr: Es ist auch eine Warnung an alle Staaten, die Mörder inspirieren, ausrüsten, losschicken – die den Krieg nach Frankreich hineintragen.

Das berührt nicht nur die Politik Frankreichs im Nahen Osten: Die Bemühungen, mit Iran zu einer Verständigung zu kommen, die Frage eines Verbleibs im Libanon, wo die französischen Blauhelme in Gefahr geraten, als bloße Geiseln benutzt zu werden – das tangiert das französische Engagement im gesamten Mittelmeerraum, vor allem die Beziehungen zu den maghrebinischen Staaten, nachdem jetzt bekannt wurde, libanesische Terroristen seien mit algerischen Pässen nach Frankreich eingereist.

Jacques Chirac hat vor der Bekanntgabe seiner Absichten im Kampf gegen den Terrorismus den Staatspräsidenten unterrichtet. François Mitterrand hat nicht protestiert – vielmehr haben sich auch linke Gruppen „für Menschenrechte" oder die „Liga gegen den Rassismus" beeilt, Chirac ihrer vollen Unterstützung zu versichern.

Die innere Mobilmachung Frankreichs gegenüber dem Terrorismus verdient nicht nur die Aufmerksamkeit der Europäer, sie verlangt eine internationale Solidarität. Die vielbeschworene deutsch-französische Freundschaft hat ihre Bewährungsstunde.

## IM GESPRÄCH Jörg Haider

# Wohlhabender Populist

Von Carl Gustaf Ströhm

Wenn Jörg Haider zum Vorsitzenden der FPÖ gewählt werde, müsse man damit rechnen, daß ihn die Medien als „Stiefsohn Adolf Hitlers" darstellen. Mit dieser resignierenden Feststellung griff Wilfried Gretler, Österreichs Ex-Botschafter in Bonn und einer der Alt-Politiker der Freiheitlichen, auf dem turbulenten Innsbrucker Parteitag in die Diskussion ein, als das politische Ende Norbert Stegers und der Sieg des Kärntner Jung-Stars in Sicht kamen.



Als rechtsradikaler Gottseibeiuns portraitiert: Haider FOTO: DPA

Daß Haider, der gebürtige Oberösterreicher und jetzige Wahl-Kärntner, bisher auf der nationalen Welle mitgeschwommen ist, kann nicht bezweifelt werden. In Kärnten stellen sogar führende Sozialisten sich gelegentlich dem Wählervolk als „ehemalige Hitlerjungen" vor. Allerdings wäre es eine grobe Verfälschung, die Kärntner im allgemeinen und die Kärntner FPÖ im besonderen als „nazistisch" darzustellen.

Der ehemalige Universitätsassistent, der eine Zeitlang Sozialsprecher der FPÖ im Wiener Parlament war (und dort nie durch radikale Reden auffiel), pflegt sich bei der Diskussion um das „Nationale" in letzter Zeit eher bedeckt zu halten. Zu der einst beliebten Frage, ob die Österreicher eine eigene Nation sind oder zum deutschen Volk zählen, äußert er sich entweder gar nicht oder in vagen Formulierungen. Interessanter scheint dem bisherigen Landesvorsitzenden von Kärnten, der zugleich Straßenbaureferent der Kärntner Landesregierung ist und privat zu den vermögendsten Männern Österreichs zählt, die populistische Linie: der Appell an die über die Politik und die Politiker verdrossenen Bürger, die über hohe Steuern und über die Privilegien der „Obrigkeit" empört sind. In Kärnten kommt noch als Lokalproblem die Abwehr einer angeblichen slowenisch-slawischen „Überfremdung" hinzu: die Mobilisierung der „Urangst", Deutsch-Kärnten könne eines Tages doch noch von den Jugoslawen geschluckt werden. Als Sieger in Innsbruck hat Haider gerade diese populistische Linie eines Bürgerprotests von rechts neu akzentuiert. In seiner ersten Rede als Bundesvorsitzender richtete er heftige Attacken auf die „alten Parteien" SPÖ und ÖVP. Er beschwor „Sauberkeit, Leistung und soziale Gerechtigkeit". Er griff auch den herrschenden Kulturbetrieb frontal an: er wolle keine „Österreich-Beschimpfungen" länger dulden, wie sie hochsubventionierte Schriftsteller (Haider nannte hier Thomas Bernhard) praktizierten. Die FPÖ wolle nicht zulassen, daß die „schöne Heimat Österreich" beschmutzt werde.

Das sind Täne, die bei einem Teil der schweigenden Mehrheit ein Echo finden könnten, zumal da Haider auch selbstbewußt erklärte, er wolle sich die Wähler von der ÖVP – also aus dem bürgerlichen Lager – holen. Sollte er damit Erfolg haben, so könnte Haider, den die SPÖ-Presse bereits als rechtsradikalen Gottseibeiuns portraitiert, sich ironischerweise als Garant dafür erweisen, daß die Sozialisten in Österreich auch in Zukunft vor der ÖVP die Mehrheit behalten.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

**Bild**

**Das Massenblatt beschäftigt sich mit der Aufregung um eine Zimmermann-Sendung:**

Zimmermann zeigte in „Aktenzeichen XY ..." fünf Gewaltverbrecher (von ganz nah!), die mit Stahlkugeln und Molotow-Cocktails aus friedlichen Demos Randale machen wollten. Die Grünen reagierten empört: Das ZDF lasse sich als verlängerter Arm des Staates mißbrauchen. Von wegen. Das ZDF entsprach dem millionenfachen Wunsch von Bürgern und friedlichen Demonstranten, die kein Verständnis dafür haben, daß jeder Einbrecher gesucht (und bestraft) wird, aber Sprengstoff-Chaoten einen Persilschein bekommen.

**STUTTGARTER NACHRICHTEN**

**Sie sehen keine Chance eines Koalitionswechsels in Bonn:**

Da sind die Koalitionsquerelen, die auf eine gewisse Entfremdung hindeuten, da gibt es das weite Feld der Außenpolitik (mit bemerkenswerten Berührungspunkten zwischen Genscher und Rau), da ist der Streit um die Asylpolitik, in dem SPD und FDP identische Positionen einnehmen, und da ist schließlich auch der Bereich der inneren Sicherheit, etwa das Demonstrationsrecht, bei dem man miteinander harmoniert. Dennoch: Es kann nicht ernsthaft bezweifelt werden, daß die Koalitionsaussage der FDP zugunsten von CDU und CSU seriös gemeint ist und Bestand hat. Entscheidend nämlich ist die Wirtschaftspolitik. Die Liberalen, die nach dem Regierungswechsel einen Großteil ihrer Wähler „ausgetauscht" haben und die seither gezielt die Interessen des gehobenen Mittelstands wahrnehmen, können bei Strafe der parlamentarischen Exekution jetzt nicht schon wieder einen Salto rückwärts hin zur SPD riskieren.



**NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG**

**Sie urteilt über den „Spiegel"-Artikel:**

Dieser Schuß, der das Bonner Bündnis treffen sollte, ging nach hinten los. Statt die Koalition durch die Berichte über neues Liebäugeln der FDP mit der SPD zu verunsichern, wird nun die christlichliberale Ehe noch fester geschmiedet. Dem postwendend angekündigten Antrag für den FDP-Parteitag, bei fehlender bürgerlicher Mehrheit nach der Wahl lieber in die Opposition zu gehen als sich mit der SPD zu verbünden, dürfte eine satte Mehrheit sicher sein.

**LIBERATION**

**Sogar die linksorientierte Pariser Zeitung bejaht die Maßnahmen gegen den Terrorismus in Frankreich:**

Die von Chirac angekündigten Maßnahmen sind insgesamt gesehen das Mindeste, das er tun kann, aber auch das Höchste innerhalb der normalen Regeln eines Rechtsstaates. Es ist angebracht, sich jüngste Beispiele ins Gedächtnis zu rufen – beispielsweise die englischen Reaktionen unter nicht weniger dramatischen Umständen.

# Etwas verständlicher könnten Computer schon sein

**Überdies fehlt der Informationsgesellschaft ein Kompaß / Von Ulrich Lohmar**

Die Rede ist von der Informationsgesellschaft, in die wir hineinwachsen, und von ihren Werkzeugen, den Computern und der Nachrichtentechnik. Sie haben, zusammen mit der Telekommunikation, die Welt zu einem „Informationsdorf" gemacht: In Sekunden verbreitet sich jede Nachricht rund um die Welt, wenn wir es wollen. Es gibt keine technischen Grenzen mehr, sondern nur noch ideologische, politische oder militärische Barrieren.

Doch der schöne technische Schein trügt ein wenig. Gewiß ist Information ein neuer Rohstoff, der in den Industriegesellschaften beinahe unbegrenzt vorhanden, aufhebbar, veränderbar und verwertbar ist. Von den meisten anderen Rohstoffen unterscheidet sich die Ressource Information dadurch, daß man sie nicht nur einmal nutzen kann.

Wir bemerken es nicht einmal mehr, wenn und wo wir der Elektronik begegnen: im Auto, im Büro, beim Fernsehen, bei der Verkehrsregelung, beinahe überall. Dennoch bleibt die Nutzung der Information gebunden an den eigenständigen Beitrag des Menschen, seinen Zugriff. Auch die Wunderwerkzeuge der Informationstechnik können eines nicht und werden es nie zuwege bringen: denken. Computer sind technische Butler, und damit davon viele Menschen Nutzen haben können, muß die Informationstechnik so selbständig und einfach wie möglich zu handhaben sein.

An eben diesem Punkt aber hakt es im Alltag unserer Informationsgesellschaft immer noch. Was sich die Hersteller der Informationstechnik in der Darstellung ihrer Produkte manchmal leisten, ist ärgerlich. Sie stellen von Jahr zu Jahr neue gewaltige Fortschritte in Aussicht, aber wenn man dann die Messen besucht, ähneln die angebotenen technischen Kisten einander oft wie ein Ei dem anderen. Der Fortschritt findet hinter dem Komma, nicht davor statt.

Schon malt die Computerindustrie eine neue Fata Morgana an die Wand: Eines nicht fernen Tages soll es soweit sein, daß Computer unmittelbar durch die menschliche Sprache programmiert werden könne.

Doch in dieser Rechnung ist ein Denkfehler beschlossen: Die Summe von Informationen ergibt noch kein Ganzes, Gedanken haben eben eine andere Qualität als aneinandergefügte Worte. Das Ziel, den Computer zu einer Art Übermensch zu machen, wird also unerreichbar bleiben.

Statt solchen Wunderformeln nachzuhängen, sollte die informationstechnische Industrie sich besser darauf konzentrieren, die Masse ihrer möglichen Nutzer in einer verständlichen Sprache anzureden und anzuschreiben.

Ihr anglo-technizistisches Sprachgemisch hat vermutlich sehr viel mehr Unternehmen, Organisationen und Bürger von der Nutzung der Informationstechnik ferngehalten, als die Industrie durch ihre Werbung gewinnen konnte. Denn noch immer wenden sich die Päpste der Informationstechnik an die Laien der Informationsgesellschaft mit einem Vokabular, das diese nicht verstehen können und oft auch nicht akzeptieren wollen. Es ist paradox: Die modernste Technik, die wir haben, steht sich auf dem Weg in den Markt selber im Wege.

Gerade die Mikroelektronik macht es heute technisch möglich, Verantwortung zu delegieren, Entscheidungen zu dezentralisieren und die selbstverantwortliche Handhabung durch Personen und Gruppen zu leisten. Das ist auch politisch wichtig, weil dadurch bürokratische Einflüsse begrenzt und demokratische Einwirkungen verstärkt werden können, denn die Speicherung und Handhabung der Informationstechnik gibt all denen einen Vorsprung an Wissen und Können, die Zugang dazu haben und damit umzugehen vermögen.

In dieser Übersetzung von Informationstechnik in den Alltag liegen die wesentlichen Schnittstellen zwischen Technik und politischer Ordnung begründet. Technik ist immer der Übergang des Gewußten in das Gestaltete, ist stets auf Neues gerichtet und kann schon deshalb als solche weder Vertrauen noch Mißtrauen bewirken. Demokratische Alternativ-Entscheidungen sind nur über die Verwendung von Technik, nicht über deren Erkenntnisstand möglich.

Eine Demokratie muß sich darauf konzentrieren, von der Technik die Transparenz ihres jeweiligen Wissens und die Sicherheit des Gebrauchs ihrer Werkzeuge zu fordern. Mehr kann sie nicht verlangen.

Den anderen Schritt aber muß die Industrie tun: Sie bleibt heute mit ihren Fachsprachen in den eigenen Sprachbarrieren stecken. Mit immer neuen technischen Orakeln ist niemand gedient, wir brauchen einen besseren Kompaß.

Professor Ulrich Lohmar, SPD-MdB von 1957 bis 1976, ist Vorsitzender des Vorstandes der Anstalt für Kabelkommunikation Ludwigshafen

# Die Armen von La Victoria weinen nicht, sie kämpfen

**Wenn in Santiago gegen die Regierung Pinochet protestiert oder gestreikt wird, wenn Schüsse fallen oder Molotow-Cocktails explodieren, ein Stadtteil ist immer betroffen: das Arbeiterviertel „La Victoria".**

Von WERNER THOMAS

Der Taxichauffeur reagiert überrascht, als er sich nach dem Fahrtziel erkundigt. „La Victoria? Was wollen Sie da?" Wir erklären ihm die Gründe, er mahnt: „Laßt uns vorsichtig sein."

Die berühmt-berüchtigte Siedlung liegt draußen im Südwesten der Hauptstadt. Sie liefert immer Schlagzeilen, wenn Protestaktionen gegen die Militärregierung stattfinden. Dann werden hier Barrikaden errichtet, die Panzerfahrzeuge später wieder niederwalzen. Dann brennen Autoreifen als Blickfang für die zahlreich versammelten Fernsehteams und Fotografen der internationalen Presse. Dann erscheinen Soldaten mit schwarz gefärbten Gesichtern, die automatischen Gewehre im Anschlag. Dann explodieren Bomben und fallen Schüsse.

Es hat in den letzten drei Jahren acht Todesopfer gegeben, unter ihnen der französische Priester André Jarlan, der am 4. September 1984 von zwei Kugeln getroffen wurde. Die meisten Leute kennen die Namen. Für sie sind es Märtyrer. Sie sind an den Häuserwänden verewigt. Ein zweistöckiges Haus, Ranquilstraße Nr. 4721, fällt besonders auf. Ein Kreuz und Poster erinnern an Jarlan. „Das Licht von André weist uns den Weg", heißt eine Losung. In diesem Haus war der Priester von den tödlichen Schüssen getroffen worden. Die Kugeleinschläge durch die Holzwand sind noch mit weißer Farbe markiert.

## „Der Priester ist ein gefährlicher Agitator"

Hier wohnten bis Montag vergangener Woche drei andere französische Geistliche, die General Pinochet am vergangenen Donnerstag ausweisen ließ. Der prominenteste Priester: Pierre Du Bois. Die Regierung fürchtete ihn als gefährlichen Agitator. Die Bevölkerung verehrte ihn wie einen Heiligen.

La Victoria, 34 000 Einwohner, staubige Straßen, schäbige Gebäude (manche aus Holz und Blech), ärmlich gekleidete Menschen, streunende Hunde, gleicht einer Frontstadt. Eine Wandbemalung erläutert die Mixtur für einen Molotow-Cocktail. Neben Hammer- und Sichelzeichen prangen die Kürzel MIR und FPMR. Die beiden marxistischen Guerrilla-Organisationen „Bewegung der Revolutionären Linken" (MIR) und „Patriotische Front Manuel Rodriguez (FPMR) bekämpfen das Regime mit Waffengewalt.

„Einigkeit und Kampf – Wir werden gewinnen", verkünden Slogans. Gräben, quer über die Straßen gezogen, sollen die Bewegung der Militärfahrzeuge behindern. General Pinochet ist als Teufel dargestellt, Gebeine ersetzen die Hörner. Die Wandmaler tauften ihn „Perrochet", Perro heißt Hund.

Im nordwestlichen Teil der Siedlung verbarrikadieren sich die Carabinero-Polizisten. Straßensperren, Gitterzaun, Betonhäuser für das Wachpersonal. Vor dem festungsähnlichen Gelände steht ein ausgebrannter Bus. Die Beamten mustern Fremde mit mißtrauischen Blicken.

„Señor", sagt der stellvertretende Revierchef, „La Victoria ist ein Aktionsfeld der Terroristas", der marxistischen Rebellen. „Wir entdecken ständig Waffen. In den letzten Tagen konnten wir amerikanische Schnellfeuergewehre M-16, Handgranaten und riesige Mengen Munition sicherstellen." Der junge Mann weigert sich, seinen Namen zu verraten. „Wir haben Angst. In La Victoria herrscht eine Kriegsatmosphäre."

Die Angst beruht auf Gegenseitigkeit. Fast alle Gesprächspartner wollen anonym bleiben. Die Leute reden dagegen freimütig. Überall werden wir von Passanten umringt, die stets die gleichen Klagen führen: Arbeitslosigkeit, Hunger, Repression. Der Priester Sergio Torre, der die „Nuestra Señora de la Victoria"-Kirche nach der Ausweisung der drei französischen Geistlichen vorübergehend betreut, berichtet: „Nur 20 Prozent der Bevölkerung haben einen festen Job, 50 Prozent sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Die staatlichen Beschäftigungsprogramme erfassen nur 30 Prozent."

Eine 40jährige Frau schildert ihre Situation: „Mein Mann bringt monatlich 5000 Peso nach Hause. Er ist bei Pojh (einem der Beschäftigungsprogramme). Wie soll man damit leben? Ich muß noch drei Kinder ernähren." 5000 Peso entsprechen etwa 50 Mark. Die Frau erinnert: „Ein Liter Milch kostet umgerechnet 72 Pfennig, ein Kilogramm Brot ca. 94 Pfennig. Wir essen fast nur Bohnen und Gemüse." Sie weiß nicht, wann sie die letzte Fleischmahlzeit servieren konnte, „das liegt zu lange zurück".

## Die Armen wurden immer ärmer

Ein 60jähriger Rentner, in La Victoria geboren, betont: „Die Lage wird immer schwieriger für uns. Die Löhne halten nicht Schritt mit den Preisen. Die Arbeitsstellen werden rarer. Die sechziger und siebziger Jahre waren weit besser." Er hat einmal 14 000 Peso verdient. Heute bezieht er eine Rente von 5000 Peso. Man brauche mindestens 40 000 Peso monatlich, um einigermaßen über die Runden zu kommen.

Priester Torre meint: „Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung hilft lediglich den bessergestellten Bevölkerungsschichten. Die Armen wurden ärmer. Ein gefährliches Explosionspotential." Er räumt aber auch ein, daß die Hilfsmöglichkeiten der Regierung oft begrenzt seien. Etwa ein Fünftel der 4,5 Millionen Einwohner Santiagos leben in Slumbezirken wie La Victoria.

Kein Bezirk aber ist militanter als dieser. Wenn die Opposition eine Streikation oder Demonstrationen anderer Art veranstaltet, eilen die Presseteams nach La Victoria. Sie kommen dort immer auf ihre Kosten. „In La Victoria gibt es keinen Anhänger dieser Regierung", versichert ein 19jähriger Jugendlicher ohne Arbeit. Als eine Frau auf den „Señor Presidente" schimpft, erheben die Zuhörer sofort Einspruch: „Señor Presidente?" Die Frau berichtigt sich: „Ich meine diesen... diesen... Pinochet."



Pierre Du Bois: Für die Regierung in Santiago ist der Priester ein Agitator, die Armen verehren ihn wie einen Heiligen

Das Gefühl der Hoffnungslosigkeit schuf eine Stimmung des Hasses, die mit jedem Zwischenfall eskaliert. Die Sicherheitskräfte erscheinen regelmäßig, um Häuser nach Waffen und Propagandamaterial zu durchsuchen und verdächtige Personen festzunehmen. Sie erscheinen auch nachts während des Ausgangsverbots zwischen 2.00 und 5.00 Uhr.

Die Zerstörung des „Kulturzentrums André Jarlan" am Montag vergangener Woche war jedoch bei Tageslicht geschehen, gegen 11.30 Uhr. Die Militärs hatten Waffen vermutet und die Räume verwüstet. Auf dem Boden liegt noch die zerbrochene Gipsbüste Jarlans. Eine junge Frau mit zwei kleinen Kindern sagt bei der Besichtigung des erst fünf Tage zuvor eröffneten Gebäudes: „Die Jugend wächst in einem Klima der Gewalt auf. Wo soll das hinführen?"

Der Carabinero-Beamte verteilt die Schuldzuweisung anders. „Die Marxisten mißbrauchen und manipulieren diese Menschen. Sie werden indoktriniert." Sie dienten schließlich als Kulisse von Komparsen für die Fernsehteams, die in der ganzen Welt den falschen Eindruck verbreiten würden, daß sich Chile in einem Bürgerkrieg befinde.

La Victoria steht auch jetzt nach dem Attentatsversuch auf General Pinochet am 7. September wieder im Mittelpunkt des Geschehens. Die Bevölkerung reagiert mit Demonstrationen auf die Ausweisung der drei französischen Priester. In der ärmlichen Kirche werden Gedenkgottesdienste veranstaltet. Eine 22jährige Frau, Celia Pina Pailaqueo, starb an Schußverletzungen. Die Zeitung „La Segunda" meldete eine „spannungsgeladene Atmosphäre".

Die Deportation der Franzosen stimmt viele Einwohner noch hoffnungsloser. Die von den Priestern eingerichtete öffentliche Küche ist geschlossen. Immer wieder erklären die Leute, die Priester seien keine Provokateure gewesen. „Sie waren Pazifisten", betont eine Frau. „Sie haben oft ein Blutvergießen verhindert. Pierre Du Bois hat sogar vielen Soldaten das Leben gerettet." In einem seiner letzten Interviews äußerte Du Bois die Befürchtung, daß marxistische Gruppen die Jugend zur Gewalt inspirieren. Auf einer Häuserwand gegenüber der Kirche steht geschrieben: „Pierre, Jaime und Daniel – wir weinen nicht um euch, wir werden für euch kämpfen." Gemeint sind die drei französischen Geistlichen.

Als wir auf der Avenida La Feria, der Stätte vieler Konfrontationen, zurück in Richtung Innenstadt fahren, bricht der Taxifahrer sein Schweigen. Er gesteht, daß er La Victoria zum erstenmal erlebt hat. Sein Kommentar: „Armes Chile."



Für den Königlich Bayerischen Zugführer und Schaffner unvorstellbar: Polizeiuniformen im Freizeitlook und eine Briefträgerin in ziviler Kleidung FOTOS. DPA/O.SAHIN

# *Ungeliebt – die Einheitskleidung*

**Die Uniform, Stolz vieler Beamten-Generationen, verliert an Glanz. Versuche, mit Uniformen im zivilen Look die Abneigung zu bremsen, haben nur bedingt Erfolg. Die Unlust an der Einheitskleidung teilen die Beamten mit ihren Kollegen in der privaten Wirtschaft.**

Von EBERHARD NITSCHKE

In regelmäßigen Abständen und alle Jahre wieder stellt die Deutsche Bundespost in ihrem „Postmagazin" für einen größeren Leserkreis die ständig verbesserte und liberalisierte „Dienstkleidung" für ihre Beamten vor. 1986 präsentierten Mannequins und Dressmen vor postalischem Hintergrund die Modelle, mit denen die 288 000 Mitglieder der „Postkleiderkasse" sich ausrüsten sollen.

Da gibt es schicke Blazer mit dem Posthornzeichen nur noch unterhalb des linken Ellenbogens auf dem Ärmel. Für die Damen wurden zum Beispiel blaue Kleider mit gelbem Schlips und dem Posthorn über dem Herzen gezeigt. Es wurden gestreifte weiß-blaue Blusen und Anoraks für den Außendienst vorgestellt, zusammen mit dem Text: „Verpflichtet zum Tragen von Dienstkleidung sind grundsätzlich alle Bediensteten mit Kontakten zu Postkunden."

Für die Dienstkleidung erhalten alle Verpflichteten jährlich einen wertmäßig begrenzten Zuschuß „in Höhe von zwei Dritteln der Anschaffungskosten", der Rest ist aus dem eigenen Geldbeutel zuzuschießen. Schon 1981 gab es insgesamt 145 Artikel in der Kollektion, Angebote je nach Geschmack in Tweed, Cord, Gabardine, Popeline, Loden und Leder.

Ein Blick in fast jedes beliebige Postamt zeigt, daß die Anweisung von oben an der Basis kaum auf Gegenliebe stößt. Es scheinen immer weniger Bedienstete Wert auf den immerhin im Lauf der Jahre schon sehr aufgelockerten Einheitslook zu legen, der im „Handbuch für das Postwesen" von 1953 unter anderem noch mit dem Hinweis begründet wurde: „Zweck der Dienstkleidung ist es, ihren Träger (...) als Angehörigen der Staatsgewalt zu kennzeichnen, und durch Erhöhung der äußeren Würde seinen Amtshandlungen größeren Eindruck zu verleihen."

Die Bundeswehr, die sich noch am ehesten heute auf solche Prinzipien berufen könnte, kann ihre Wehrpflichtigen keine Minute länger als in den Kasernen notwendig in Uniform halten. Seit vielen Jahren, so ein Sprecher des Verteidigungsministeriums in Bonn auf Anfrage der WELT, hat es keine Versuche der Bundeswehrführung mehr gegeben, den Wehrpflichtigen nahezulegen, während des Wochenendurlaubes auch einmal die Uniform anzuziehen. „Es wird zwar gern gesehen, aber es gibt keinen Erlaß", heißt es im Ministerium dazu.

Außerhalb von Garnisonstädten wird der 1970 eingeführte „Ausgeh-Anzug" der Truppe also kaum auffällig, noch nicht einmal bei Trauungen, seit einige evangelische Pfarrer dagegen opponierten. Unbeachtet bleibt, daß es eigentlich nur eine ausdrückliche Anweisung zum Tragen von Zivilbekleidung gibt, folgt man der maßgeblichen „Zdv 37/10", die weiblichen Sanitätsoffizieren der Bundeswehr die Möglichkeit einräumt: „Während einer Schwangerschaft kann Zivil getragen werden."

Nach Jahren der NS-Herrschaft, in denen die Deutschen zwischen 1933 und 1945 gezwungen waren, vom Kind bis zum Greis Uniformen zu tragen (sogar für den „KdF"-Reisenden gab es eine Einheitsaufmachung), setzte die Welle der Abkehr von martialischer Uniform vor genau zehn Jahren bei der Polizei ein.

Nach jahrelangem zähen Ringen der Länder untereinander wurden die Polizeiuniformen in der Bundesrepublik Deutschland vereinheitlicht und damit „zivilisiert". Ausdrücklich hatte man hier einen Modeschöpfer beauftragt. Heinz Oestergaard stellte zunächst 13 verschiedene anzugähnliche Dienstkleidungen vor, von denen dann drei in den Kombinationen dunkelblau/hellblau, beige/braun und dem später siegreichen moosgrün/beige in die engere Wahl kamen.

## Für die Polizei ist die kurze Hose verboten

Die Entscheidung fiel in einer Sitzung der Innenministerkonferenz am 13. und 14. September 1974. Zwei Jahre später begann die Umstellung. Polizeidirektor Wolf-Dieter Lüdecke vom Polizeiabschnitt Hildesheim kommentierte dazu in der Zeitschrift „Die Polizei" neun Jahre danach: „War in der Vergangenheit Funktion und Amt eines Uniformträgers für jeden Bürger leicht erkennbar, so ist man aus nicht ganz erkennbaren Gründen (um der Mode willen?) davon abgewichen." Und die modische Abweichung, das weiß der Praktiker, geht bei einem solchen Trend weiter. In Kassel zum Beispiel wurde jetzt einem Kriminaloberkommissar im Polizeipräsidium „das Tragen einer kurzen Hose" während des Dienstes untersagt.

Was der Polizei im Zuge der liberalisierten und zum Zivilanzug umgestalteten Uniform zugebilligt wurde, mußte natürlich auch dem Zoll zustehen. Zu der hier fälligen „Reformvorbereitung" heißt es in der Schrift „Zolldienstkleidung einst und heute" von 1972 aus dem damaligen Zwillings-Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen: „Die allzu obrigkeitlich wirkende voluminöse Schirmmütze mußte wegfallen." Ebenfalls verschwanden das Koppel, die Rang-, Laufbahn- und Funktionsabzeichen. Der bisherige „Waffenrock" wurde zur „Dienstjacke", der zugehörige Schlips wurde den Beamten in fröhlichem Pepita angeboten.

Stolz wird in der Schrift mitgeteilt, daß die demokratische Mitbeteiligung des betroffenen Personals, rund 27 000 Personen, vorbildlich war und nur durch elektronische Datenverarbeitung bewältigt werden konnte. Das war bis dahin in der deutschen Verwaltungspraxis „noch nie dagewesen". Befriedigt wurde vom zuständigen Ministerium festgestellt: „Die zivil geschnittene Jacke erinnert in ihrem freundlichen Grün an Klubjacken." Und: „Wer dienstkleidungspflichtig ist, darf trotzdem unter bestimmten Voraussetzungen dennoch während des Dienstes Zivilkleidung tragen."

Bei der Deutschen Bundesbahn begann die große Wende hin zum Zivillook später. 1985 führte man als ersten Schritt weg von der „Uniform" bei den Intercity-Zugbegleitern die neue Mode ein, das gesamte Personal soll jedoch in abgestuften Schritten folgen. Nachdem noch bei der erst 1934 in die Deutsche Reichsbahn aufgegangenen Preußischen Staatseisenbahnverwaltung selbst die Güterexpeditionsvorsteher und Stationskassenrendanten zur Uniform mit Zwölf-Millimeter-Goldstickerei den Degen zu tragen hatten, wurde nun bei der Bahn der Modedesigner Ernst Maltner vom „Creativ-Studio für Herrenbekleidung" in Dreieich beauftragt.

Er erfand leichtblaue Fresco-Anzüge mit Mützen, die nur noch halb so schwer wie die bisherigen sind, für die Herren, rote Stewardessenkostüme mit blauer oder blaue Kostüme mit roter Paspelierung für die Damen im Dienst der Bahn. Die völlige Abschaffung der „Hoheitsrechte" der Beamten drückt sich darin aus, daß sie, zumindest in der 1. Klasse, auch für das Herbeibringen von Kaffee und Gulaschsuppe aus dem Speisewagen zuständig sind.

Wenn schon bei den „Hoheitsträgern" von gestern die Abkehr von der Uniform so auffällig ist, wie darf sich dann erst der Einzelhandel gegenüber der Einführung einer Einheitskleidung verhalten? Wie auch in anderen Kaufhäusern tragen Verkäufer im Kaufhof keinen Einheitslook, sondern nur eine „Nadel" mit dem Namen des Unternehmens. Ausschließlich beim Kaufhof an der Düsseldorfer Königsallee, so ein Sprecher der Zentralverwaltung auf Anfrage der WELT, hat man durch Einholung des Einverständnisses jedes Betroffenen auch noch ein persönliches Namensschild an Jackett oder Bluse einführen können.

## Die Leute hängen an ihren Jeans

Über Schwierigkeiten auf diesem Sektor weiß das Hamburger Unternehmen Boco, nach eigenen Angaben in der Bundesrepublik Deutschland mit 300 000 Versorgten größter Berufskleidungsverleiher, gut Bescheid. Es bedürfe in Handwerk, Dienstleistungsbetrieben und Einzelhandel „großer Überzeugungsarbeit" beim Personal, wenn der Chef „die Uniform" einführen wolle. Die Leute „hängen an ihren Jeans", meint man bei Boco, und sie seien Individualisten bis zum Bekenntnis: „Nur nichts Gleichförmiges."

Das Problem hat auch die Kirche. Der für Gottesdienst- und Kultusfragen zuständige Oberkirchenrat der Evangelischen Landeskirche in Bayern, Adolf Sperl (München), ließ verlauten, bei „aller protestantischen Freiheit" müsse auf gewisser Einheitsbekleidung von Seelsorgern seines Sprengels beharrt werden. Sperl wörtlich: „Wenn eine Pfarrerin in Jeans und Turnschuhen eine Andacht hält, wird dies von Gemeindemitgliedern mißbilligt."

Die Katholische Kirche hat, ebenfalls nicht ohne Grund, darauf hingewiesen, daß „der Kleriker in der Öffentlichkeit durch seine Kleidung eindeutig als Geistlicher erkennbar" sein müsse. Die Katholische Deutsche Bischofskonferenz will keine Liberalitäten zulassen, sondern fordert „Oratorianerkragen", den weißen Hemdkragen über dem schwarzen Pullover, oder den „römischen Kollar" vom Geistlichen. Die „geziemende kirchliche Kleidung" sei zumindest ein dunkler Anzug mit dem Kreuz am Revers des Jacketts, heißt es hier.

# Stoltenberg zieht Bilanz nach Privatisierung

HH, Bonn

Finanzminister Stoltenberg hat die Privatisierungserlöse seit 1983 auf 1,5 Milliarden Mark beziffert. Beim Vorstandstreffen der Bundesbeteiligungen in Berlin fügte er jedoch hinzu, daß er gleichzeitig zur Konsolidierung industrieller Bundesbeteiligungen 1,4 Milliarden Mark aus dem Bundeshaushalt aufgebracht habe. Erstmals in der Nachkriegszeit habe eine Bundesregierung ein „Gesamtkonzept für die Privatisierungs- und Beteiligungspolitik des Bundes" vorgelegt. Seit 1983 habe der Bund 51 Beteiligungen veräußert, verringert oder aufgegeben. Ende 1986 werde die Bundesbahn ihre Beteiligung an der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank verringern. Insgesamt werde die Bundesbahn ihre „Beteiligungspolitik neu orientieren".

Der Minister ging erneut auf die Forderungen Washingtons an die Bundesrepublik nach einer expansiveren Geld- und Finanzpolitik ein



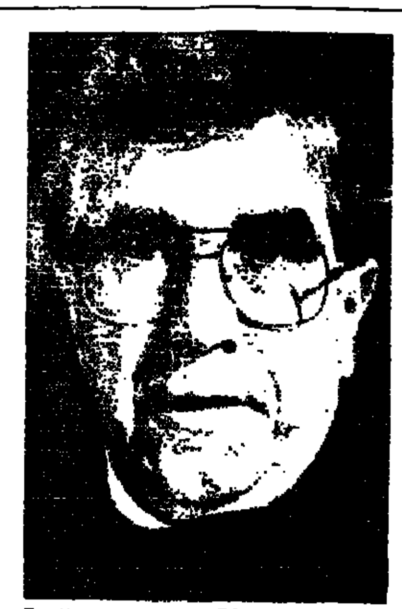
und sprach von „Fehleinschätzungen" der Kritiker. Die geforderte Verringerung des deutschen Leistungsbilanzüberschusses sei „real bereits in vollem Gange". Internationale Studien zeigten, „daß selbst eine forcierte expansive Finanzpolitik in Deutschland und Japan nur eine geringe Auswirkung auf die außenwirtschaftliche Bilanz in den USA hätte". Die durchschnittliche Aufwertung der D-Mark seit März 1985 habe rund zehn, gegenüber dem Dollar über 50 Prozent betragen. Die notwendige Anpassung dürfe „nicht allein den Wechselkursen aufgebürdet werden". Die USA müßten ihr Haushaltsdefizit „konsequent" verringern, Japan seine Märkte weiter öffnen und die Binnennachfrage nachhaltig stärken.

Für beide großen Kirchen in Deutschland ist es menschliche Selbstüberschätzung, über Wert oder Unwert von Leben urteilen zu wollen. Im Grundsatz sind sie also einig. Meinungsverschiedenheiten gibt es in der Frage: Wie halt ich's mit den Grünen?

# Wider 218 ex cathedra oder mit Exhorte?



**Lehnt den Dialog mit den Grünen ab: Joseph Kardinal Höffner**
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG



**Befürwortet den Dialog mit den Grünen: Bischof Martin Kruse**
FOTO: AP

Von HENK OHNESORGE

In der Frage des Paragraphen 218 und als Folge davon in der Haltung gegenüber den Grünen hat die katholische Kirche eine andere Akzentuierung als die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD). Dies ist im Zusammenhang mit dem 89. Deutschen Katholikentag in Aachen deutlich geworden.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, hatte dort wiederholt die von den Grünen geforderte völlige Streichung des Paragraphen 218 als wider den Glauben gerichtet abgelehnt und erklärt, das „massenhafte Umbringen" ungeborener Kinder sei nicht nur ein Skandal, sondern auch eine tödliche Bedrohung des deutschen Volkes. Im Zusammenhang mit der Forderung der Grünen hatte der Kardinal die Begründung, dadurch der Frau mehr Entscheidungsfreiheit verschaffen zu wollen, als „entsetzlich" bezeichnet.

Auch die weitere Forderung der Grünen, andere Lebensgemeinschaften der Ehe rechtlich gleichzustellen, widerspreche – so Höffner – der katholischen Glaubenslehre. Ein Volk, in dem Ehe und Familie zerfielen, sei zum Tode verurteilt. Ähnlich hatten sich, so auf der Kundgebung „Schützt das Leben" auf dem Katholikentag, andere katholische Geistliche und Laien geäußert.

Die Forderungen der Grünen auf ihrem Parteitag in Hannover waren auch die Begründung dafür gewesen, daß die Partei mit ihren Funktionären offiziell nicht zum Katholikentag eingeladen worden war. Wegen dieser Forderungen hatte schon im Vorfeld Kardinal Höffner die Grünen als für Katholiken unwählbar bezeichnet.

Für die Protestanten sagte auf dem Katholikentag Hartmut Löwe, Präsident der Kirchenkanzlei der EKD, im Grundsätzlichen gebe es Übereinstimmung, so in der Anerkennung des Rechts jedes Menschen auf Leben. Dies gelte ohne Einschränkung. Es sei menschliche Selbstüberhebung, über Wert oder Unwert von Leben urteilen zu wollen.

Durch eine Verschärfung des bestehenden Gesetzes werde jedoch nichts gewonnen und manches verspielt. Die Ursache der Misere sei nicht in einem schlechten Gesetz zu suchen, sondern es gehe vielmehr um die Vermittlung der Einsicht, daß das ungeborene wie das geborene Leben des Schutzes bedürften.

Unmißverständlich sagte der Präsident der EKD-Kanzlei, die evangelische Kirche halte die von den Grünen geforderte ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 für ethisch verantwortungslos und deshalb für nicht verantwortbar. Löwe machte diese Äußerungen am Freitag auf dem Forum „Ja zum Leben – Handeln für das Leben".

Die Konsequenz beider Kirchen gegenüber den Grünen jedoch ist verschieden. Während der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Bayerns Kultusminister Hans Maier, erklärt hatte, das „Tischtuch sei zerschnitten", hält die EKD das Gespräch mit den Grünen für wichtig und will es auch weiterhin fortsetzen.

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Martin Kruse, sagte in einem Interview, er halte nichts „vom Zerschneiden von Tischtüchern mit politischen Parteien". Zur Frage der Wählbarkeit erklärte der Ratsvorsitzende, seine Kirche wolle keine Wahlempfehlung für oder gegen eine Partei abgeben.

Vertreter des Rates der EKD und der Grünen waren bereits vor dem Aachener Katholikentag am 10. September zusammengekommen. Bei dem Meinungsaustausch wurde von der EKD anerkannt, daß die Ökologiebewegung zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit beigetragen habe. Dem Standpunkt der Grünen zum Paragraphen 218 jedoch, in den Augen der Grünen ein „Ausfluß patriarchalischer Strukturen", wurde von den Vertretern der EKD energisch widersprochen.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), ein Zusammenschluß von 17 lutherischen, unierten und reformierten Landeskirchen, kennt zwar Denkschriften des Rates, des gemeinsamen Leitungsgremiums, auch zu politischen Fragen, jedoch keine direkten Wahlempfehlungen.

# Gericht stoppt Vergabe der Studienplätze

PAUL F. REITZE, Bonn

Ein Beschluß des Verwaltungsgerichts Hannover sorgt für Unsicherheit, wie ein Teil der Medizin-Studienplätze für das bevorstehende Wintersemester zu vergeben ist. Der Medizinischen Hochschule Hannover wurde vorläufig untersagt, Bewerber nach einer erstmals angewandten Regelung zuzulassen. Diese sieht vor, daß bundesweit rund 15 Prozent der Plätze von den Hochschulen in freier Entscheidung vergeben werden. Die niedersächsische Landesregierung wird gegen den Richterspruch beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg Beschwerde einlegen.

Die Neuregelung bestimmt im einzelnen: Unter allen Bewerbern, die im Hauptverfahren (Note, Test, Wartezeit nicht zugelassen werden konnten, lost die Dortmunder Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) dreimal so viele Namen aus, wie an Restplätzen zur Verfügung stehen.

Die Betreffenden werden dann den einzelnen Hochschulen gemeldet. Dort finden mindestens halbstündige Auswahlgespräche mit jedem Bewerber statt; sie werden von zwei Medizin-Professoren geführt. Es soll damit eine endgültige Klarheit über Eignung und Motivation zum Medizinstudium gewonnen werden.

## „Rechtsweg ausschöpfen"

Lassen sich die Hochschullehrer von weniger Bewerbern überzeugen, als es Plätze gibt, fallen diese an die ZVS zurück, die dann im „Nachrückverfahren" eine Vergabe vornimmt, und zwar nach Länge der Wartezeit.

Vier Verwaltungsgerichte haben inzwischen die Neuregelung für Rechtens befunden. Nur Hannover hat bisher dem Eilantrag der Marburger Rechtsanwälte Becker und Hauck stattgegeben. „Wird diese Entscheidung", so die Anwälte zur WELT, „rechtskräftig, so müssen die Wissenschaftsminister der Länder handeln, da damit die Einheitlichkeit der Studienplatzvergabe nicht mehr gesichert ist." Sollte das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg den Hannoveraner Beschluß kassieren, will die Anwaltskanzlei den Rechtsweg voll ausschöpfen und das Bundesverfassungsgericht anrufen.

# Schily beschwichtigt die Gegner der Böll-Stiftung

**Fundamentalisten lehnen parteinahe politische Vereinigung ab**

DIETHART GOOS, Bonn

Auf ihrem bevorstehenden Bundeskongreß vom 26. bis 28. September in Nürnberg werden sich die Grünen neben dem umstrittenen Thema einer Unterstützung der SPD mit einem weiteren Problem beschäftigen müssen, das Sprengkraft besitzt. Es geht um die Frage, ob die Grünen nach dem Vorbild der anderen Bundestagsparteien eine eigene Stiftung gründen und sich damit öffentliche Geldquellen erschließen. Starke Kräfte in der Parteiführung lehnen es ab, sich an der geplanten „Heinrich-Böll-Stiftung" in Köln zu beteiligen, deren Initiatoren sich um eine Mitwirkung der Grünen bemühen.

Wie in der Koalitionsfrage sind die Grünen auch beim Thema Parteistiftung gespalten. Das Lager der Fundamentalisten, denen es um die reine grüne Lehre ohne Kompromisse geht, lehnt eine Parteistiftung ab. Zur Begründung heißt es, die Grünen hätten zu Recht bei den anderen Parteien den Mißbrauch ihrer Stiftungen als Spendenwaschanlagen angeprangert. Daher sei es politisch inkonsequent und schädlich, wenn die Grünen jetzt eine eigene Parteistiftung gründen würden.

Diese Position der Fundamentalisten (Fundis) wird vom Flügel der Realisten (Realos) entschieden zurückgewiesen. Wenn sich die Möglichkeit ergebe, für die politische Bildungsarbeit der Grünen und ihre strategischen Ziele mittels einer Stiftung öffentliche Gelder zu erhalten, sollte dieser Weg auch beschritten werden, heißt es bei den „Realos". Man habe mit der eigenen Stiftung eine gute Möglichkeit, die mißbräuchliche Praxis der „Altparteien" an den Pranger zu stellen.

## Vorbereitungsgespräch

Trotz eindringlicher Warnungen von Mitgliedern der Parteiführung, unter ihnen Regina Michalik vom Bundesvorstand und Petra Kelly, fand am vergangenen Wochenende in Köln unter Beteiligung von Vertretern der Grünen ein Vorbereitungsgespräch für die „Heinrich-Böll-Stiftung" statt. Für die Grünen nahmen unter anderem die ehemaligen Bundestagsabgeordneten Christa Nickels und Otto Schily sowie Lukas Beckmann vom Bundesvorstand teil.

Zur Beschwichtigung seiner innerparteilichen Gegner erklärte Schily später, es habe sich lediglich ein Gesprächskreis versammelt und es sei nichts gegründet worden. Schily sprach von Mißverständnissen innerhalb der Grünen, die auf dem bevorstehenden Bundeskongreß ausgeräumt werden sollten.

## Gründung im nächsten Jahr?

Wie verlautet, waren sich die Initiatoren, unter ihnen der Sohn des 1985 verstorbenen Schriftstellers, René Böll, Zukunftsforscher Robert Jungk, der aus der Sowjetunion ausgebürgerte Schriftsteller Lew Kopolew und der frühere Kommunarde Rainer Langhans einig, daß die „Heinrich-Böll-Stiftung" im nächsten Jahr gegründet werden und den Grünen nahestehen soll. Man werde auch öffentliche Mittel in Anspruch nehmen, hieß es, die Stiftung werde aber kein Geldverteilungsinstitut wie bei CDU, CSU, SPD und FDP.

Finanzielle Ansprüche an den Staat in Höhe von etwa 50 Millionen Mark, wie sie nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Juli dieses Jahres über die Rechtmäßigkeit der Parteistiftungen genannt worden waren, bezeichneten die Initiatoren der neuen Stiftung als erheblich zu hoch. In der Anfangszeit sei mit etwa einer Million Mark jährlich zu rechnen.

Die Teilnahme von Grünen an den Vorbereitungsgesprächen für die Böll-Stiftung in Köln, wird von den Gegnern einer solchen Einrichtung als klarer Verstoß gegen bindende Partei- und Fraktionsbeschlüsse der Grünen bewertet. Sie sprechen von Eigenmächtigkeiten, die der Bundeskongreß nicht tolerieren werde.

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung und die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung haben einen Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" zurückgewiesen, wonach beiden Stiftungen der Entzug der Gemeinnützigkeit bevorstehe. Es gehe nicht um eine generelle Aberkennung, sondern allenfalls für einen begrenzten zurückliegenden Zeitraum.



# DKP will mit SPD-Stimmen die „Rechtswende" beenden

**Wahlempfehlung auch für Grüne / Unmut bei Genossen**

WERNER KAHL, Bonn

Beobachter aus der Bonner Botschaft des Kreml sind vermutlich von der Teilnahme an den Veranstaltungen einer Werbewoche der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) für den „realen Sozialismus" im ganzen Bundesgebiet mit zwiespältigen Gefühlen in die Bundeshauptstadt zurückgekehrt. Die abrupte Ankündigung dieser Werbewoche kam offenbar für viele DKP-Mitglieder überraschend. Auf den Rednerlisten fehlte der im Vorjahr groß herausgestellte damalige geschäftsführende Chef der internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, Wadim Sagladin, ohne Angaben von Gründen für sein diesjähriges Fernbleiben. Daß der Kenner Deutschlands und Westeuropas im Kreml in Ungnade gefallen war, konnten DKP-Mitglieder nur in der WELT lesen (13. 9. 86). Die „UZ", die Zeitung der Kommunisten, schwieg über den Sturz Sagladins.

Ganzseitig hatte das DKP-Zentralorgan die Werbetournee von Funktionären des mittleren Managements im Moskauer Zentralkomitee durch die Bundesrepublik Deutschland für die Woche vom 6. bis 13. September angekündigt. Alle Genossen zwischen Augsburg und Hamburg wurden aufgefordert, die „Informationsveranstaltungen" an ihren Orten zu besuchen. Die Ostberliner Führung schickte ebenfalls Funktionäre. Polnische Agitatoren referierten zugleich über „den Stand der sozialistischen Erneuerung" Polens vor meist halbleeren Sälen und Gasthofzimmern.

Unter den Mitgliedern der DKP herrscht erhebliche Unzufriedenheit mit der Wahlempfehlung ihres Parteivorstandes, Kommunisten sollen bei der Bundestagswahl am 25. 1. 1987 ihre Erststimmen den Direktkandidaten der „Friedensliste" geben und mit den Zweitstimmen für die Landeslisten der SPD oder der Grünen votieren. Das erläuterte DKP-Chef Herbert Mies bei einer Bundeswahlkonferenz der DKP in Bottrop vor rund 200 Funktionären und Wahlkandidaten. Den Verzicht auf eine DKP-Liste begründete er mit der Notwendigkeit, die „Rechtswende" in Bonn durch eine SPD-geführte Regierung zu beenden, die „in irgendeiner Form mit den Grünen kooperiert". Wegen „positiver Veränderungen" in der Politik von SPD und Grünen, die zu einer „Fülle von Gemeinsamkeiten" geführt hätten, halte die DKP beide Parteien „gegenwärtig für wählbar".

Die innerhalb der DKP umstrittene Wahlempfehlung wurde dem Vernehmen nach aufgrund von Gesprächen des Parteivorstandes mit der Ostberliner SED-Führung bereits im Frühjahr getroffen.

Außer innerparteilichen Verstimmungen wegen des Verzichts auf eine eigene Wahlbeteiligung staut sich offenbar in der DKP Unverständnis über die sowjetische Politik zur Kernenergie an. Parteimitglieder sehen sich zunehmend in Diskussionen verwickelt, warum die Sowjetunion weiter auf den Ausbau der Atomkraft setzt, während für die Bundesrepublik Deutschland der Ausstieg verlangt werde.

# Senator Scholz will sich von Langguth trennen

H. R. KARUTZ, Berlin

In der Berliner Landesregierung stehen mehrere personelle Veränderungen unmittelbar bevor: Der erst zum Jahresanfang benannte Bevollmächtigte Berlins beim Bund, Staatssekretär Dr. Gerd Langguth (CDU), gibt nach anhaltenden Unstimmigkeiten mit Bundessenator Professor Rupert Scholz (CDU), sein Amt auf. Bemühungen um eine andere Verwendung im Landesdienst scheiterten bisher. Wissenschaftssenator Professor George Turner verliert ebenfalls seinen Stellvertreter: Hermann Schuster will als Generalsekretär zur neugegründeten Berliner Akademie der Wissenschaften wechseln.

Die schon seit längerer Zeit in Bonn kolportierte Trennung zwischen Scholz und dem angesehenen CDU-Nachwuchspolitiker Langguth (er war zuvor einer der drei Direktoren der Bundeszentrale für politische Bildung) signalisiert ein zweifaches Scheitern: Zwischen Scholz und Langguth, den der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen auf Empfehlung seines Senatskanzleichefs Detlef Stronk vorgeschlagen hatte, gab es von Anfang an persönliche und sachliche Mißhelligkeiten. Zum anderen zeigte es sich, daß die Bestellung eines gesonderten Bevollmächtigten beim Bund – heute nur noch in Baden-Württemberg praktiziert – keinen Gewinn für Berlin brachte und sich als fehlerhafte Folge einer FDP/CDU-Koalitionsabsprache erwies. „Es geht einfach nicht mehr weiter. Das ganze Unternehmen war falsch", heißt es im Hause von Bundes- und Justizsenator Rupert Scholz.

# *Ein Dach für die Deutschen in Ungarn*

HANS KRUMP, Bonn

Die Ungarndeutschen erhalten als erste deutsche Volksgruppe im kommunistischen Machtbereich ein Kultur- und Begegnungszentrum. Bundespräsident Richard von Weizsäcker plant, das Gebäude in Fünfkirchen (ungarisch: Pécs), das der ungarische Staat der deutschen Kulturgesellschaft „Lenau-Verein" 1985 schenkte und das total renovierungsbedürftig ist, bei seiner Ungarn-Visite Mitte Oktober zu besuchen. Die Pläne für Umbau und Einrichtung des „Lenau-Hauses" – es ist nach dem ungarndeutschen Dichter Nikolaus Lenau (1802–1850) benannt – als geistige Heimstätte für die mehr als 200 000 Ungarndeutschen haben konkrete Gestalt angenommen. Es fehlt noch der Finanzierungsrahmen. Um den Großteil der Gesamtkosten von rund einer Million Mark zu tragen, die für den eng mit der Minderheiten-Vertretung „Demokratischer Verband der Ungarndeutschen" kooperierenden Lenau-Verein unerschwinglich sind, bereitet der „Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) die Gründung eines Förderkreises vor.

VDA-Geschäftsführer Karsten Schlamelcher: „Der Förderkreis soll die Renovierung, Einrichtung und Erhaltung des Hauses begleiten und in der Bundesrepublik die Spendenwerbung koordinieren." Lorenz Kerner, Vorstandsmitglied im Lenau-Verein, setzt hier vor allem auf die ungarndeutsche Landsmannschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Einiges verspricht man sich auch vom Weizsäcker-Besuch und seinem Gespräch mit den Ungarndeutschen.

Die Einrichtung eines Kulturzentrums, das Sprach-, Ausstellungs-, Verbands- und Begegnungsstätte zugleich werden soll, ist ein weiterer Eckpfeiler für die Ungarndeutschen in ihrem Bemühen, ihre Identität zu wahren. Bisher haben deutschsprachige Klassenzüge an Gymnasien, deutscher Rundfunk, ein eigener Interessenverband und relative Prosperität in Ungarn den Wunsch nach Ausreise gar nicht erst aufkommen lassen. Im Gegensatz zu den übrigen Ostblock-Staaten räumt Ungarn den Deutschen („Donauschwaben") weitgehende Minderheiten-Rechte ein und ermuntert sie, ihre Identität zu bewahren.

Hinter der vergleichsweise liberalen Politik Budapests stecken auch eigene Interessen: Wegen der engen wirtschaftlichen Kontakte mit Bonn, Wien und Ost-Berlin braucht man genügend Qualifizierte, die Deutsch können; zudem leben drei Millionen Madjaren in Nachbarstaaten, da will man in der Minderheitenpolitik selbst Vorbild sein.

Den Deutschen im Lande kann das nur recht sein. In Fünfkirchen stünde das Lenauhaus, mit dessen Fertigstellung der VDA für 1988 rechnet, im richtigen Ort. Die Bischofsstadt – der deutsche Name Fünfkirchen ist schon im 9. Jahrhundert bekannt – ist Hauptstadt des Regierungsbezirks Baranya, wo knapp die Hälfte der Ungarndeutschen leben.

هكذا من الأهالي



# Über die Berliner Mauer schweigen die Aussteller

**„DDR" präsentiert sich in Amsterdam / Kritische Besucher**

HELMUT HETZEL, **Amsterdam**

Ausgerechnet in einer Börse, dem Seismographen eines freien marktorientierten Wirtschaftssystems, und dann auch noch in der berühmten, von Berlage erbauten Amsterdamer „Koopmansbeurs", findet derzeit eine Ausstellung statt, in der die Vorteile der Planwirtschaft gepriesen und das Leben im „real existierenden Sozialismus" mit farbenprächtigen Bildern, unzähligen Statistiken und markigen Propagandasprüchen gelobt wird. „Die DDR, ein Land voller Überraschungen", so lautet das offizielle Motto dieser Ausstellung, mit der sich Ost-Berlin drei Wochen lang in der holländischen Hauptstadt präsentiert.

Überraschung Nummer eins: Der rege Andrang und das daraus abzuleitende offensichtlich große Interesse der Niederländer an der „DDR". Scharenweise strömt das Publikum zu der von der „Vereniging Nederland–DDR" organisierten Ausstellung. Es sind fast ausschließlich Jugendliche im Alter zwischen 16 und 35, die sich in einem Schach-Match mit Großmeistern aus der „DDR" messen wollen, einen Blick auf die Exponate aus Meißener Porzellan werfen und sich in einem original Berliner Biergarten bei einem Glas „Berliner Weiße" erfrischen.

Auch die Plätze vor der Multivideo-Show, in der die Veranstalter „Berlin, die Hauptstadt der DDR" im 15-Minuten-Rhythmus mit immer den gleichen Slogans als „Stadt des Friedens, der Entspannung und des Dialogs" darstellen, sind bei jeder Vorstellung aufs neue voll besetzt. Fast überflüssig zu betonen, daß die gezeigten Dias diesem realitätsfremden Klischee entsprechen.

## „Grenzenlos arrogant"

Kein Wort darüber, daß die Stadt von einer Mauer zerschnitten wird. Das provoziert bei einigen niederländischen Gästen allerdings auch die ersten kritischen Reaktionen: „Unglaublich", sagt ein junger Amsterdamer, und schüttelt kräftig den Kopf. „Die tun ja so, als gebe es West-Berlin überhaupt nicht." Er hat, wie sich später in einem Gespräch herausstellt, an der Freien Universität in West-Berlin studiert und findet diese Berlin-Präsentation aus „DDR"-Sicht „einfach grenzenlos arrogant".

Der Amsterdamer Student ist auch darüber informiert, daß just in diesen Stunden, während hier von Ost-Berlin immer wieder als der „Stadt des Friedens" gesprochen wird, erneut ein Fluchtversuch an der Mauer im Kugelhagel Ostberliner Schnellfeuerwaffen erstickt wird.

Fassungslos steht der junge Mann auch vor einem „Stadtmodell Berlin". Hier lädt die gleiche weibliche Tonbandstimme die Besucher zu einem Rundgang ein, schlendert mit ihnen „Unter den Linden" entlang, bis direkt ins Brandenburger Tor hinein, das, ohne eingemauert zu sein, am äußersten Rand der Modellplatte aufgebaut wurde.

## Honecker neben Luther

„Und jetzt gehen wir wieder zurück", tönt die Tonbandstimme. Nicht allen niederländischen Zuhörern wird der menschenverachtende Zynismus dieses Satzes bewußt. Die Stadtwanderung – eine Sackgasse. Nächste Station des Rundganges: die sowjetische Botschaft.

In der „DDR-Bibliothek", wo als Avance an die so vom Protestantismus geprägten Niederlande eigens ein Regal „Christliche Literatur" eingerichtet wurde, stehen zwei leinengebundene Prachtbände, die sich mit zwei deutschen Persönlichkeiten befassen: Martin Luther und Erich Honecker.

Im Berliner Biergarten, wo munter geplaudert, aber auch heiß diskutiert wird, kann der Nachfrage nach „Berliner Weißen" nicht immer sofort entsprochen werden. „Einen Moment", sagt der Ostberliner Wirt, „ich muß auch erst noch einige Gläser von den Tischen abräumen."

Ein „DDR"-Funktionär lobt in fast akzentfreiem Niederländisch die Vorzüge des Sozialismus: „Billige Grundnahrungsmittel, freie medizinische Versorgung, großzügiger Mutterschaftsurlaub, 20 Pfennig für die Straßenbahnen ..." Sein holländischer Gesprächspartner: „Dafür haben sie euch die Freiheit genommen."

Mit Sonderseiten widmet sich die niederländische Presse der Ausstellung. Auch hier überwiegen kritische Töne. Das Rotterdamer „Algemeen Dagblad" beschreibt die „schizophrene Situation" der „DDR" so: „Die Deutschen in der DDR konnten nicht selbst wählen und mußten die Nazidiktatur gegen den kommunistischen Einparteienstaat eintauschen. Sie versuchen aber, das Beste daraus zu machen." Das „NRC-Handesblad" lobt die wirtschaftliche Situation in der „DDR" und vergleicht sie mit der in den übrigen osteuropäischen Staaten. Sie sei „ein Dampfer, der die schwächeren Brüder ins Schlepptau nehmen muß."

# Terrorismus: Paris macht mobil

**Ab heute Visum-Pflicht, verstärkte Grenzkontrollen, Einsatz der Armee, Sondergerichte**

PETER RUGE, **Paris**

Frankreich hat die innere Mobilmachung ausgerufen. Premierminister Chirac setzt nun auch die Armee ein, um gegen den Terrorismus vorzugehen. Dies ist die Reaktion auf die Serie von Bombenanschlägen, die in Paris von einem „Solidaritätskomitee für arabische Polithäftlinge" verübt wurden. Innerhalb der letzten zehn Tage wurden fünf Attentate ausgeführt, alle an öffentlichen Plätzen wie der Métro-Station im Gare de Lyon, dem Pariser Rathaus, in einem gut besuchten Restaurant oder auf den Champs-Elysées. Es gab mehrere Tote und viele Verletzte.

Im einzelnen hat die Regierung zu folgenden Maßnahmen gegriffen: Visapflicht für alle Ausländer, ausgenommen der EG-Bereich und die Schweiz, zunächst für sechs Monate. Verstärkung der Grenzkontrollen. Überwachung durch Militäreinheiten. Kooperation der bisher zum Teil nebeneinanderher operierenden Polizeikräfte. Kontrollen und Personendurchsuchungen im Bereich öffentlicher Gebäude oder auch vor Kaufhäusern, Kinos, Restaurants. Sofortiger Vollzug der neuen Sicherheitsgesetze, die das Parlament vor der Sommerpause verabschiedete, was bedeutet: Die neuen Ausländerbestimmungen, die unter anderem Ausweisungen bei Strafvergehen ermöglichen, können nun von den Behörden angewendet werden. In Paris wird ein Sondergericht für Terrorismus eingerichtet. Die Polizei darf jetzt auch länger als 48 Stunden Verdächtige festhalten, der Polizeigewahrsam wurde auf 96 Stunden ausgedehnt.

Die Entschlossenheit der französischen Regierung, mit allen Mitteln gegen den Terrorismus vorzugehen, hat eine positive Reaktion ausgelöst. Die Pariser Presse hebt besonders die Geschlossenheit der politischen Parteien hervor. Von links bis rechts, nur Zustimmung. Nach den Tagen der Bedrohung durch die Anschläge, die in der Bevölkerung Angst und psychologischen Druck auslösen sollten, zeige sich, daß die Verantwortlichen zu einem Schulterschluß fähig seien. Diese Haltung werde es jedem Franzosen erleichtern, die Polizeiarbeit zu unterstützen und die verschärften Kontrollen als eine nationale Notwendigkeit hinzunehmen.

Im Kampf gegen den Terrorismus ist der Kriegszustand eingetreten, sagte Jacques Chirac, aber Frankreich werde sich nicht der Erpressung beugen. Die Bombenleger, die ihre arabische Herkunft aus dem Nahen Osten in mehreren Briefen offenlegten, fordern die Freilassung vor allem von drei Terroristen, die in französischen Gefängnissen einsitzen: Anis Naccache, der das Mordkommando gegen den ehemaligen iranischen Premier Bachtiar im Juli 1980 anführte. Varoujan Garbedjian, armenischer Chef einer Geheimorganisation, die im Juli 1983 das Blutbad auf dem Flughafen Orly anrichtete. Ibrahim Abdallah, Anführer der Libanesischen Befreiungsfront (FARL), der in die Morde am Militärattaché der US-Botschaft in Paris sowie einem israelischen Diplomaten verwickelt ist. „Wir verhandeln nicht", erklärte der französische Premierminister.

Frankreich sieht sich gegenüber dieser Forderung in einem Zweifrontenkrieg: Zu den Anschlägen auf französischem Territorium, kommen die seit etwa drei Wochen anhaltenden Übergriffe schiitischer Terrorgruppen auf die Blauhelme der UNO-Schutztruppe im Nahen Osten. Mit 1400 Mann stellt die 5. Republik das größte Kontingent dieser Einheit, die in der Pufferzone zwischen Israelis und Libanesen steht. Nachdem am Wochenende der Tod eines weiteren französischen Fallschirmjägers gemeldet wurde, verlangt nun Paris die Einberufung des Sicherheitsrates in New York für Mittwoch.

Beim Attentat auf den Champs-Elysées am Sonntag konnte ein weitaus größeres Unglück nur dadurch verhindert werden, weil die durch die Aufmerksamkeit einer Kassiererin herbeigerufenen Polizisten die Bombe in den Keller trugen, wo sie explodierte.

# Pretoria entsendet Farbigen zur EG

AFP, **Johannesburg**

Südafrika hat einen Inder, den Jura-Professor Bandra Ranchod von der Universität Durban, zum Botschafter bei der Europäischen Gemeinschaft (EG) ernannt. Die Ernennung des ersten nicht-weißen Botschafters fällt zeitlich in die Beratungen der EG über ein Paket begrenzter Sanktionen gegen Südafrika. In einem Interview sagte Ranchod, auch wenn er offizieller Vertreter eines Apartheidstaates werde, wolle er sich in seinem Amt für die Errichtung eines „neuen und geeinten Südafrikas" einsetzen.

Außenminister Roelof Botha bekräftigte unterdessen nach einer Reise nach Taiwan, Japan und Hongkong, Südafrika werde sich nach Fernost orientieren, falls die westeuropäischen Staaten und die Vereinigten Staaten Sanktionen verhängten. Südafrika könne auch von dort seine Güter beziehen, die es derzeit aus Europa und den Vereinigten Staaten importiere.

# US-Marines zeigen Schwächen

CvB, **Brüssel**

NATO-Beobachter haben während der Herbstübung „Northern Wedding '86" in Norwegen Schwächen bei den US-Marines, den „Ledernacken", festgestellt. Zwar fiel ihre hervorragende Ausrüstung auf, aber auch die Tatsache, daß sie sich verhielten, als gebe es keine Luftbedrohung. Während britische und niederländische Royal-Marines in Minuten vom Strand verschwunden waren, stapelten die Amerikaner dort ihr Gerät und warteten auf Befehle. Im Gegensatz dazu zeigten die europäischen Marines einen hohen Stand der Einzelausbildung. Jeder Soldat ergriff dort, wo nötig, selbst die Initiative. In der NATO wurde daran erinnert, daß die US-Elitetruppe ihre Erfahrungen im Pazifik gesammelt habe und sich erst an europäische Verhältnisse gewöhnen müsse. Ihr Oberbefehlshaber im Atlantik, Generalleutnant Gray, sei bekannt dafür, erkannte Schwächen energisch zu beseitigen.

# KPI bietet Craxi Koalition an

AFP, **Mailand**

Der Generalsekretär der italienischen KP, Alessandro Natta, hat zum Abschluß der jährlichen Feier des Parteiorgans „L'Unità" den Sozialisten eine Koalition als Alternative zur regierenden Mitte-Links-Koalition vorgeschlagen. Natta erinnerte daran, daß der sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi entsprechend dem Koalitionsabkommen vom vergangenen Juli im kommenden März sein Amt an einen Christdemokraten abtreten muß. Der Kommunistenchef ist der Ansicht, die Sozialistische Partei müsse endlich begreifen, daß ihre Teilnahme an der Fünferkoalition lediglich die Christdemokraten gestärkt habe.

Nach dem SPD-Parteitag in Nürnberg hatte Natta bereits auf die Übereinstimmung zwischen italienischen Sozialisten und deutschen Sozialdemokraten hingewiesen. Er bezog sich insbesondere auf die Frage des Ausstiegs aus der Kernenergie.

# SDP zeigt sich flexibel gegenüber den Liberalen

**Annäherung in der Verteidigungspolitik / Raketen-Kompromiß**

R. GATERMANN, **Harrogate**

Gleich zu Beginn ihrer jährlichen Konferenz im nordenglischen Harrogate entschärften die Sozialdemokraten (SDP) den gravierendsten Konflikt im Verhältnis zu ihrem Allianzpartner, den Liberalen. Eine große Mehrheit erhielt ein Kompromißbericht, wonach die Entscheidung über die Ablösung der nuklearen Polaris-Raketen durch Trident jetzt noch nicht notwendig sei.

Zunächst sollten die Ergebnisse der sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen abgewartet werden. Darüber hinaus strebt die Allianz den Aufbau einer stärkeren gemeinsamen europäischen Verteidigung an, zu der – so schließt man nicht aus – eine „minimale nukleare Abschreckung" gehören könnte.

## Gute Ausgangsposition

Mit dieser Entscheidung glaubt die SDP, sich einmal für die kommende Wahl gegen die Tories und die Labour Party in der verteidigungspolitischen Auseinandersetzung eine gute Ausgangsposition geschaffen zu haben, zum anderen wird den näher zur totalen Nuklearabrüstung hin tendierenden Liberalen ein für sie akzeptabler Kompromißweg bereitet.

Die konservative Regierung hat beschlossen, Anfang des kommenden Jahrzehnts die Polaris-Raketen durch Trident zu ersetzen, womit sich Großbritanniens nukleare Schlagkraft verzehnfacht. Labour dagegen fordert nicht nur die Verschrottung der eigenen Nuklearwaffe, sondern zudem auch den Abzug der amerikanischen Atomsprengköpfe.

In der Allianz hat sich nun weitgehend die Auffassung des SDP-Führers David Owen durchgesetzt, wonach die Zukunft von Polaris und Trident von den Ergebnissen der Verhandlungen zwischen den Supermächten abhängig gemacht werden soll. Allerdings kann sie mit einer Entscheidung nicht allzulange warten, denn – darin sind sich beide Parteien einig – vor den Parlamentswahlen, die in den nächsten acht bis 22 Monaten stattfinden werden, müsse die Allianz dem Wähler eindeutig ihre Position darlegen.

Zunächst gilt es jedoch, die Liberalen, die sich in der kommenden Woche treffen, zur Zustimmung zu bewegen. Sie sind weitaus stärker als die Sozialdemokraten in der Anti-Kernwaffen-Kampagne engagiert. Ihre Anhänger werden in der bevorstehenden Debatte sicherlich auf das Ergebnis einer jetzt veröffentlichten Meinungsumfrage verweisen, wonach der Anteil der Briten, der für eine sofortige einseitige nukleare Abrüstung ist, von 25 auf 44 Prozent gestiegen ist. Nur noch 46 Prozent wollen einen multilateralen Beschluß abwarten.

Die Parteiführung der Liberalen steht zu dem gemeinsamen Kommissionsbericht. Auf unterer Ebene ist der Mißmut über diesen Kompromiß allerdings nicht zu überhören. Im Grunde haben sich die Liberalen inzwischen schon erheblich mehr dem verteidigungspolitischen Konzept der Sozialdemokraten angepaßt,als sichSDP-Führer David Owen veranlaßt sah, von seinem früheren Standpunkt abzuweichen, wonach Großbritannien Atommacht bleiben muß und der Schritt von Polaris zu Trident kaum vermeidbar sein werde.

## Europäische Nuklearwaffe

Nach eigener Darstellung „überraschend positiv" wurde bei der NATO in Brüssel und in Paris sowohl vom Präsidenten als auch vom Regierungschef die Vorstellung der beiden Allianzführer Owen und Steel aufgenommen, als „Ergänzung und Gegengewicht" zu den USA eine europäische Nuklearwaffe aufzubauen, deren Verfügungsgewalt gemeinsam bei Großbritannien und Frankreich sowie eventuell auch bei der Bundesrepublik Deutschland als größter konventioneller Waffenpartner in Europa liegen sollte. Käme es zu einem solchen Beschluß, wäre dies, so sagte David Owen, ein „Wendepunkt in der britischen Verteidigungspolitik".

In seiner mit langem und demonstrativem Beifall aufgenommenen Rede erklärte Steel, die Verteidigungspolitik der Allianz beschreite einen neuen Weg, „um eine neue und einflußreiche Rolle für Großbritannien zu finden, den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken, in Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn eine kosteneffektivere Verteidigung zu schaffen. Damit könne mehr Unabhängigkeit von der Politik der USA erreicht und ein bedeutender Beitrag zur Abschreckung und Rüstungskontrolle geleistet werden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

# Der Berliner hat Spuren hinterlassen



Am 60. Geburtstag vor neuer Weichenstellung: Klaus Schütz

Es ist in den vergangenen Jahren stiller geworden um Klaus Schütz. Erst jetzt, vor seinem morgigen 60. Geburtstag, taucht sein Name in den Spalten der Zeitungen wieder auf. Denn es werden zur Zeit die Weichen gestellt, ob der Sozialdemokrat am 10. November in seinem Amt als Intendant der Deutschen Welle bestätigt wird. Angesichts der aktuellen politischen Mehrheitsverhältnisse wird es zumindest schwer werden für ihn.

Die glücklichste Zeit im Leben des allen Genüssen gegenüber aufgeschlossenen Berliners (wenn auch in Heidelberg geboren) war zweifelsohne die Phase der Großen Koalition in Bonn. Sein Mentor Willy Brandt, dem er in den fünfziger Jahren mit hemdsärmeligen Methoden die SPD-Basis an der Spree auf (rechten) Vordermann gebracht hatte, machte ihn zum beamteten Staatssekretär, dessen Spuren auch heute noch im Auswärtigen Amt zu finden sind. Auch die enge Freundschaft der beiden, wobei sich Egon Bahr immer in Konkurrenz zu Schütz sah, hat bis heute gehalten.

Das Debakel mit Heinrich Albertz in der damals noch sozialdemokratischen Hochburg Berlin zwang Klaus Schütz nach Berlin zurück. Er kam im Herbst 1967 als neuer Regierender Bürgermeister, wurde aus der linken Ecke mit persönlichen Verunglimpfungen empfangen – und blieb länger Regierungschef, als je ein anderes Berliner Stadtoberhaupt nach dem Krieg. In einer Phase innerparteilicher „Konzentration der Kräfte" und als er nach schweren Operation die Zügel wieder fester in die Hand nahm, kam im Mai 1977 der Rücktritt von „Vater Klaus", wie ihn die Mitarbeiter nannten.

Die freundschaftlichen Kontakte, die er in Berlin bereits geknüpft hatte, ebneten für Schütz den Weg auf den Botschafterposten in Tel Aviv. Er leistete dort viel für die weitere deutsch-israelische Verständigung. Im März 1981 wurde er Nachfolger des überraschend verstorbenen Conrad Ahlers im Kölner Funkhaus. PETER PHILIPPS

# „EG muß in der Sanktionsfrage Einigkeit zeigen"

Co. Bonn

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Otto Graf Lambsdorff hat gestern die Meinung seiner Partei und der Bundesregierung zur Südafrikapolitik bekräftigt, „daß handelspolitische Sanktionen nicht geeignet sind, politische Ziele zu erreichen". Sollten allerdings elf EG-Mitglieder zu dem Ergebnis kommen, „daß die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten gezielte Sanktionen gegen Südafrika anwenden sollen, dann kann und darf die Bundesregierung sich aus europapolitischen Gründen dem nicht entgegenstellen", sagte der frühere Wirtschaftsminister zu den am gleichen Tage begonnen Brüsseler Beratungen der EG-Außenminister.

Als entscheidend bezeichnete es Lambsdorff, daß Sanktionen auch von allen Partnern praktiziert und umgesetzt werden, sollte die EG sie beschließen. „Es wird immer groß angekündigt, bis man merkt, daß man sich ins eigene Fleisch schneidet. Und dann wird die Sache fatal, dann ist es mit der Überzeugung und der Bekämpfung der Apartheid nicht mehr so weit her." Notwendig sei in diesem Zusammenhang auch ein Vorschlag, „was denn weiterführende gestaltende Politik sein soll".

Energisch wandte sich der FDP-Politiker gegen die Forderung der Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Monika Wulf-Mathies, Bonn solle rasch wirkungsvolle Sanktionen gegen Südafrika verhängen. „Ziemlich unverfroren" sei vor allem die Bemerkung von Frau Wulf-Mathies nach einem Besuch in Südafrika, die Bundesrepublik Deutschland setze ihre Glaubwürdigkeit als freier demokratischer Staat aufs Spiel, „wenn sie weiterhin ihre wirtschaftlichen Interessen höher bewertet als die notwendige Solidarität mit der unterdrückten schwarzen Mehrheit". Tatsächlich habe die Bundesregierung die deutschen wirtschaftlichen Interessen, „bei all diesen Erwägungen kaum jemals erwähnt und ins Spiel gebracht". Es gehe ihr nur um den Nutzen von Sanktionen, betonte Lambsdorff.

# Strauß: Mängel im Entwurf für Parteiprogramm

lz. München

Der bisher von CDU und CSU erarbeitete Entwurf zu einem gemeinsamen Wahlprogramm findet nicht die Zustimmung des CSU-Vorstands. Nach einer mehrstündigen Debatte der Parteispitze über dieses Thema ließ Franz Josef Strauß gestern erkennen, daß die CSU mit der Vorlage unzufrieden ist: „Weitere Diskussionen sind erforderlich."

Die Möglichkeit, auch mit einem eigenen CSU-Programm in den Bundestagswahlkampf zu gehen, machte Strauß mit der Bemerkung deutlich, das „Gesicht der CSU muß in dem Programm erkennbar sein oder in ihrem eigenen". Dazu müßten einige Punkte deutlicher herausgearbeitet und andere ins Programm aufgenommen werden.

Allein für den Bereich Innere Sicherheit liegt nach Worten des Parteivorsitzenden ein „langer Katalog" an Änderungswünschen vor. Die steuerpolitischen Vorstellungen der CSU, die – so Strauß – auch weitestgehend denen Stoltenbergs entsprechen, sollten so aufgenommen werden, daß sie vom Wähler klar beurteilt werden können. Bei der Sozialpolitik fordert die CSU deutlichere Aussagen zur Kriegsopferversorgung und Pflegefallversicherung. Ohne nähere Erläuterungen und erst auf Nachfrage nannte Strauß auch die Außenpolitik als einen ergänzungswürdigen Punkt.

Ausführlich behandelte er dagegen das Asylrecht und die CSU-Forderung nach einer Grundgesetzänderung. Während Strauß von sich behauptete, er habe sich mit der Materie „eingehender befaßt als manche, die darüber reden", hielt er der CDU vor, jüngste Äußerungen auch von Bundeskanzler Kohl „erfordern dringend einer Erklärung". Nachdem der Kanzler gesagt habe, es werde keine Einschränkung des Grundrechts auf Asyl geben, wolle die CSU jetzt wissen, was die CDU unter einer Ergänzung des Asylartikels im Grundgesetz verstehe. Denn eine Ergänzung ohne Einschränkung des Grundrechts kann sich Strauß nicht vorstellen. Der endgültige Entwurf soll bis Ende Oktober vorliegen.

# Honecker kommt frühestens 1987

D. D./DW. Berlin

Ein Besuch von Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland ist offenbar frühestens 1987 zu erwarten. Die „DDR" könne sich nicht in den Wahlkampf einmischen und „Bonn ist in weiter Ferne", zitierte eine griechische Zeitung den SED-Chef anläßlich des Besuchs von Griechenlands Präsident Christo Sartzetakis, der als erstes Staatsoberhaupt eines NATO-Landes zu Gesprächen in Ost-Berlin eintraf.

# Krieg in Iran kein Asylgrund

dpa, München

Bundesinnenminister Zimmermann hat Iranern, die vor dem Krieg gegen Irak in die Bundesrepublik Deutschland flüchteten, ein Recht auf Asyl abgesprochen. Der „Quick" sagte er: „Wenn wir alle aufnehmen wollten, die aus Ländern kommen, in denen Kriege oder Aufstände stattfinden, dann hätten wir hier bald Millionen Asylanten." Auf Dauer lasse es sich auch nicht vermeiden, Flüchtlinge aus Osteuropa abzuweisen.



# Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 71

## Gefahr kleiner Strahlendosen

Ihr sehr informativer Artikel „Auf der Suche nach Radikalen" vom 23. August über die durch chemische Radikale vermittelte biologische Strahlenwirkung mag ergänzt werden durch den Hinweis auf eine weitere



Prof. Dr. Jens Scheer

interessante Gruppe von Radikalen, die sogenannten $O_2^-$-Radikale.

Diese lösen an den Zellmembranen über mehrere Zwischenschritte Prozesse aus, die die Membranen zerstören, was Ausgangspunkt für verschiedene Gesundheitsschäden, einschließlich Krebs, sein kann. Andererseits reagieren diese Radikale auch miteinander und führen dann zu unschädlichen Endprodukten. Werden derartige Radikale durch hohe Strahlungsintensitäten erzeugt, ist die Chance groß, daß sie sich gegenseitig „entwaffnen", also keine Schädigung des Mechanismus auftritt. Bei geringen Strahlungsintensitäten ist die Chance hingegen gering, daß sie sich begegnen, und groß, daß sie an die Zellwand gelangen und dort den Schädigungsprozeß auslösen. Diese Gesetzmäßigkeit hat der Entdecker des Effektes, der Kanadier Petkau, über etwa sechs Größenordnungen bis herab zur Intensität der natürlichen Hintergrundstrahlung an künstlichen Membranen, die aber den natürlichen chemisch sehr ähnlich sind, nachgewiesen.

Dieser Schädigungsmechanismus spielt also bei hohen Intensitäten, wie etwa bei Röntgenaufnahmen oder therapeutischen Bestrahlungen, praktisch keine Rolle, wohl aber bei geringen Intensitäten, wenn die sonstigen Arten der Strahlenwirkung eine immer geringere Rolle spielen.

Dies mag eine Erklärung dafür bieten, daß bei chronischer Langzeitbelastung etwa von Arbeitern in der Atomindustrie bei geringer Strahlenbelastung relativ stärkere Wirkungen beobachtet worden sind, als man aus früheren Beobachtungen bei hohen Intensitäten für den niedrigen Bereich errechnet hatte.

Auch Strahlenschäden, wie sie bei geringen Intensitäten in der Umgebung von Atomanlagen oder infolge des Bomben-Fallouts beobachtet wurden, mögen in diesem für geringe Intensitäten typischen Effekt ihre Erklärung finden. Eine tiefgreifende Revision unserer Vorstellungen über die Gefährlichkeit relativ geringer Strahlenmengen wäre die Folge.

*Prof. Dr. Jens Scheer, Universität Bremen*

## „Es wächst der Unmut"

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

es wächst der Unmut der Bevölkerung, die sich durch die Fortdauer des offensichtlichen Mißbrauchs des Rechts auf Asyl von den politisch Verantwortlichen – und das sind alle Parteien – im Stich gelassen fühlt. Asyl-Einwanderung ist zum bloßen Rechtsvollzug abgesunken; die Einwanderungssouveränität unseres Staates ist de facto auf eine unbegrenzte Zahl autonom entscheidender Ausländer übergegangen.

Auch der Zusatz zum GG Artikel 16, „näheres regelt ein Gesetz" – warum spricht man immer von „Änderung"? –, wird gegen den liberalistischen Flügel der FDP erst durchsetzbar sein, wenn die Kommunalpolitiker jedweder Partei beginnen Sturm zu laufen.

Angesichts dieser Realitäten bleibt uns nur die unerfreuliche und nicht sehr menschliche Methode der Abschiebung – sowie die Abschreckung durch die ebenfalls unerfreulichen Aufnahmebedingungen in unserem Lande; fürwahr ein Weg, der uns nirgendwo Beifall bringt und der für die tatsächlich politisch Verfolgten eine Zumutung ist.

Mit der Erfolgsquote des langwierigen und kostspieligen Verfahrens einer Abschiebung sieht es bekanntlich schlecht aus; hieran hat das seither alle zwei Jahre – 1978, 1980, 1982, 1984, 1986 – überarbeitete und verschärfte Asylverfahrensrecht nachhaltig nichts geändert.

In diesem Zusammenhang sollten auch schlüssige Gerichtsurteile zitiert und dabei aufgezeigt werden, welchen mühsamen Weg die Justiz gehen muß, um – von den Politikern alleingelassen – die „Wahrheit" zu ergründen.

*Herzliche Grüße*
*Eberhard Blum,*
*Präsident a. D., Untermerzbach*

### Wort des Tages

» Immerwährender Fortschritt ist nur um den Preis immerwährender Unzufriedenheit zu erkaufen. «

Marie von Ebner-Eschenbach, österreichische Autorin (1830–1916)

## Unterschiede

**„Steuern von der Rente zahlen"; WELT vom 4. September**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

bei der Aufteilung der Rente in angesammeltes Kapital, sprich regelmäßige Zahlungen von Pflichtbeiträgen während des Berufslebens, und die darauf angesammelten Zinsen, dem zu versteuernden Ertragsanteil, wird wieder einmal schamhaft verschwiegen, daß die Pflichtbeiträge vor Abführung an die Versicherungsanstalt versteuert worden sind. Es ist folglich logisch, daß die Kapitalrückzahlungen an den Rentner nicht ein zweites Mal versteuert werden.

Im Gegensatz dazu stehen die Beamtenpensionen, für die der Beamte während seiner Dienstzeit keine Mark abgeführt hat.

Das sind also zwei Paar Stiefel, die nicht miteinander zu vergleichen sind.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Liesel Ostwald,*
*Meckenheim*

## Denkanstoß

**„Kernbeißer"; WELT vom 2. September**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

immer, wenn Kernenergiebefürworter kein weiteres Argument mehr haben, verweisen sie auf den Nachteil, den die Dritte Welt beim Verzicht unsererseits auf Kernenergie hätte.

Vielleicht sollten diese noch einen anderen Denkanstoß als den des RWI einmal zur Kenntnis nehmen: Technologien zur Energieeinsparung und andere sogenannte „Sanfte Technologien", die Länder der Dritten Welt sich wohl eher leisten können als Kernkraftwerke, könnten (und werden es ja auch schon) durchaus in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt werden und noch wesentlich mehr zum Arbeitsplätze schaffenden Exportschlager werden.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. Alfred Daniels,*
*Warburg 1*

## Bukowski

**„Kann der Westen die Entspannung überleben?"; WELT vom 5. September**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

hoffentlich wird Bukowskis Beitrag von vielen zur Kenntnis genommen, besonders von Politikern, Kirchenleuten und Lehrenden, damit das nebulöse Bild über unseren „Sicherheitspartner" in vielen Köpfen verwandelt wird in eines, das der Wirklichkeit entspricht.

*Mit freundlichem Gruß*
*Karl Reinhold,*
*Hamburg 61*

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

# Personen

## VERANSTALTUNG

Im Konrad-Adenauer-Haus, der Bonner CDU-Parteizentrale, hat die Union am 24. September zu einem technologiepolitischen Fachkongreß einladen. Motto der ganztägigen Begegnung zwischen Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten: „Technischer Fortschritt für eine humane Zukunft". Der Mannheimer Physiko-Chemiker und CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. **Josef Bugl**, Vorsitzender der Enquète-Kommission „Technikfolgenabschätzung", wird die Tagung leiten. Eröffnen wird den Kongreß CDU-Generalsekretär Dr. **Heiner Geißler**. Erster Sprecher ist Dr. **Heinz Riesenhuber**, der Bundesminister für Forschung und Technologie. Unter den Rednern sind der rheinland-pfälzische Minister für Umwelt und Gesundheit, Professor Dr. **Klaus Töpfer**, der Abgeordnete **Christian Lenzer**, forschungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Professor Dr. **Paul Präve** von der Hoechst AG Frankfurt, Dr. **Maximilian Gege** von der Arbeitsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit und Ernährung in Hamburg und schließlich Baden-Württembergs Ministerpräsident Dr. **Lothar Späth**, der das Thema „Moderne Technologien – Optionen für eine humane Zukunftsgesellschaft" behandeln wird.

## UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Gottfried Huttner** von der Universität Konstanz hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Anorganische Chemie und Strukturchemie an der Universität Heidelberg erhalten und angenommen.

*

Dr. **Walter Heitz**, Professor an der Universität Marburg, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Organische Chemie an der Freien Universität Berlin erhalten.

## KIRCHE

Der neue Erzbischof von Wien, **Hermann Groer**, hat am Sonntag nachmittag in seiner nunmehrigen Kathedralkirche, dem traditionsreichen Wiener Stephansdom, von seinem Vorgänger Kardinal **Franz König** die Bischofsweihe empfangen. Papst **Johannes Paul II.** hatte Monsignore Groer im Juli zum Nachfolger Kardinal Königs ernannt, der im September 1985 im Alter von 80 Jahren in den Ruhestand getreten war. Bundespräsident **Kurt Waldheim**, sein Amtsvorgänger **Rudolf Kirchschläger**, Bundeskanzler



Hermann Groer

**Franz Vranitzky** und Mitglieder der Bundesregierung sowie das diplomatische Korps nahmen an der Zeremonie teil. Unter den ausländischen kirchlichen Würdenträgern befanden sich Nuntius Erzbischof **Michele Cecchini** und Bischöfe aus der Bundesrepublik Deutschland, Polen und Ungarn.

## EHRUNGEN

Auf dem Weltkongreß für Magen-Darm-Medizin (Gastroenterologie) in São Paulo ist der mit insgesamt 60 000 Mark dotierte Boehringer-Ingelheim-Forschungspreis für Arbeiten auf dem Gebiet der Reizübertragung im Nervensystem vergeben worden. Der erste Preis mit 30 000 Mark ging an Dr. **Richard Alan North** vom Massachusetts Institute of Technology (Cambridge/USA). Professor **Ernst Mutschler** (Frankfurt am Main) erhielt den zweiten Preis mit 20 000 Mark und Dr. **Kendall Harden** von der University of North Carolina den dritten Preis mit 10 000 Mark. Der Preis würdigt Arbeiten mit sogenannten Muscarin-Rezeptoren. Muscarin ist ein Gift des Fliegenpilzes. Auf diese Substanz sprechen bestimmte Empfängermoleküle an, die Reize zwischen Nervenzellen übertragen.

*

Der 1940 in Düsseldorf geborene Künstler **Ulrich Erben** erhält in diesem Jahr den mit 10 000 Mark dotierten Konrad-von-Soest-Preis des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Erben arbeitet als Professor an der Abteilung Münster der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf. Mit ihm wird, so die Jury, ein Mann ausgezeichnet, dessen Werk das Ergebnis einer Suche nach Klarheit von Form und Farbe ist. Der Preis für bildende Kunst des Landschaftsverbandes wird alle zwei Jahre im Wechsel mit dem Annette-von-Droste-Hülshoff-Preis für Literatur verliehen.

## BUCHPREMIERE

„Wen schmerzt noch Deutschlands Teilung?" ist ein Rowohlt-Taschenbuch, das zwei Reden von **Walter Scheel** zusammenfaßt und das am Mittwoch in Bonn präsentiert wird. Es handelt sich um die beiden Reden, die Walter Scheel am 17. Juni 1978 und am 17. Juni 1986 in den Gedenkfeiern des Bundestages hielt. Die letztere übrigens mit späterer erheblicher Kritik der Union. Bei der Buchpremiere wird Bundespräsident a. D. Walter Scheel auch Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** begrüßen können. Genscher wird einführende Worte sprechen sowie auch der verlegerische Leiter der Rowohlt-Verlage aus Hamburg, Dr. **Michael Naumann**.

## WAHL

**Dirk Bettels** (21), niedersächsischer Landesvorsitzender der Schüler-Union (SU), ist zum Vorsitzenden des Gesamtverbandes für die Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Dirk Bettels löst den gleichaltrigen bayerischen SU-Landesvorsitzenden **Michael Schottenhamel** ab. Schottenhamel war als erstes CSU-Mitglied Vorsitzender dieser gemeinsamen Unions-Organisation geworden.

هكذا من الأهل



**Eine Analyse der Studien über die Folgen eines Ausstiegs aus der Kernenergie zeigt, daß mit wesentlich höheren Umweltbelastungen zu rechnen ist, als in der Öffentlichkeit allgemein angenommen wird. Auch die Gutachten des Öko-Instituts in Freiburg und des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsinstituts in Essen für das Bundeswirtschaftsministerium verschweigen das nicht.**

# Alle reden vom Ausstieg, wer redet von den Folgen?

Von DANKWART GURATZSCH

Die Studien verschweigen die Tatsache zusätzlicher Umweltbelastungen keineswegs, die von ihnen genannten Zahlen jedoch sind in der Öffentlichkeit zum Teil falsch interpretiert oder gewichtet worden. Das Öko-Institut hatte mit der Angabe Aufsehen erregt, daß die zusätzlichen Belastungen bei einem Umstieg von Kernenergie auf Kohle (und andere Energieträger) nur vorübergehender Art seien. Bis 1995 könnten die Emissionen von Schwefeldioxid bei der Stromproduktion um 92 Prozent auf 138 000 und von Stickoxiden um 80 Prozent auf 155 000 Tonnen im Jahr gesenkt werden, und zwar trotz des Einsatzes von Energieträgern, die zusätzliche Emissionen verursachen.

Zu dieser optimistischen Prognose gelangt das Institut, indem es zusätzliche Maßnahmen zur Schadstoffreduzierung voraussetzt: Stromeinsparungen von 15 Prozent, einen verstärkten Einsatz der Staubfeuerung anstelle der Schmelzfeuerung, den vermehrten Einsatz von Importkohle, die bei der Verbrennung geringere Mengen an Schadstoffen abgibt, sowie den Zubau von Kraftwerken mit Wärmekopplung und Wirbelschichtfeuerung anstelle von konventionellen Großkraftwerken.

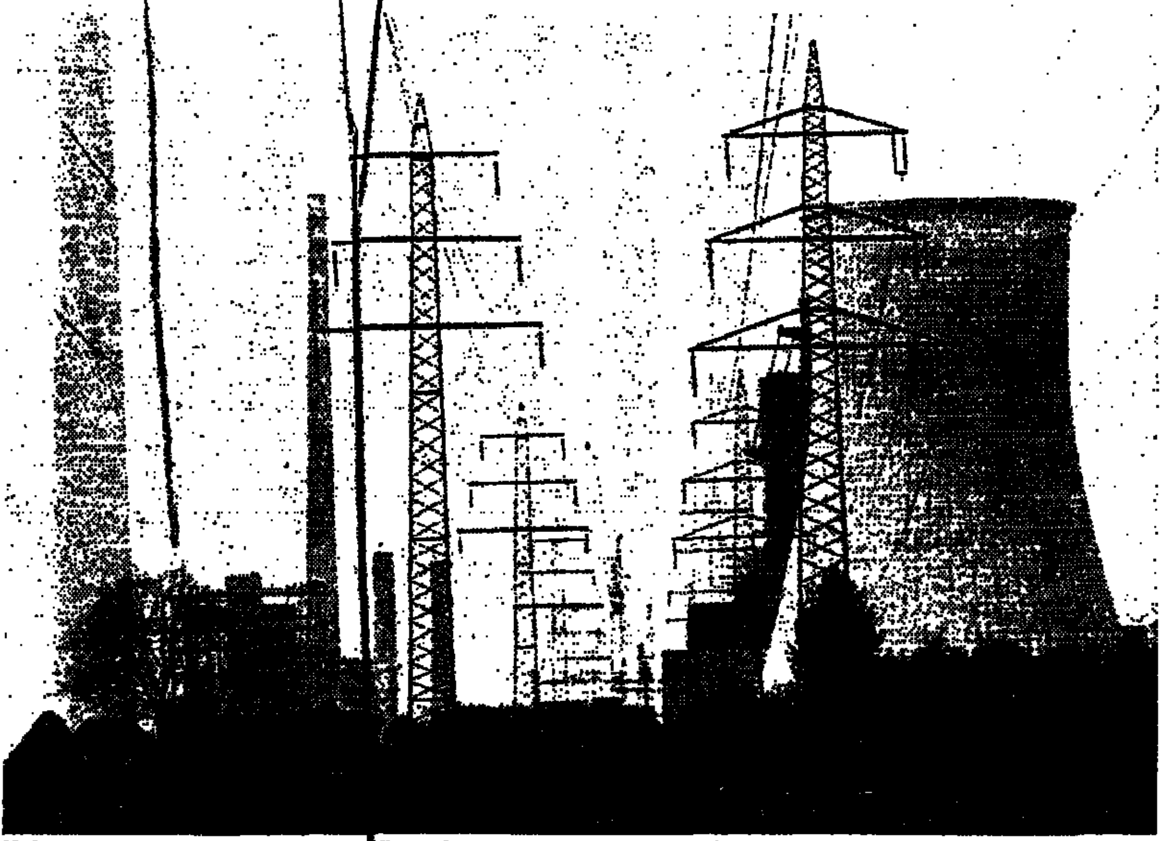
Diese Voraussetzungen sind allem Anschein nach mindestens zum Teil unrealistisch. So ist gerade das jüngste und modernste Steinkohlekraftwerk der Bundesrepublik in Ibbenbüren mit der größten Schmelzfeuerung der Welt ausgestattet worden. Außerdem würde der vermehrte Einsatz von Importkohle gegen den „Jahrhundertvertrag" zur Sicherung der deutschen Kohleförderung verstoßen. Das Öko-Institut übersieht dieses Dilemma zwar keineswegs, sondern kalkuliert ausdrücklich ein Anwachsen der deutschen Kohlehalden auf sechs Millionen Tonnen bis Anfang der neunziger Jahre ein. Aber es hält die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Risiken für beherrschbar, weil es davon ausgeht, daß nach Ausrüstung sämtlicher Kohlekraftwerke mit Rauchgasreinigungsanlagen deutsche Steinkohle wieder vermehrt eingesetzt werden könnte.

Selbst wenn alle diese Voraussetzungen zutreffen würden, müßte sich beim Umsteigen von der Kernenergie auf fossile Energieträger noch immer unweigerlich ein Mehr an Emissionen gegenüber dem Einsatz von Kernenergie ergeben. Die Studie des Öko-Instituts bleibt jedoch Angaben darüber schuldig.

## Die tatsächliche Belastung wurde nicht berechnet

Das Institut hat weder den Vergleich angestellt, wie hoch die Mehrbelastung gegenüber jenen Werten ist, die nach den geltenden Richtlinien und Vereinbarungen zur Luftreinhaltung mit Milliardenaufwand bis 1995 erreicht werden sollen, noch rechnet es die Differenz zu jenen Werten heraus, die bei einem vermehrten Einsatz der Kernenergie in einigen Jahren erreicht werden würden. Auf diese Weise kann die tatsächliche Mehrbelastung gegenüber den Zielen der geltenden Luftreinhaltungsstrategien bei der Energieerzeugung nicht ermittelt werden.

In der Methode schließt sich die Studie des Instituts dabei an eine Ausarbeitung vom Oktober 1984 an, die von K. F. Müller-Reismann und J. Schaffner vom Institut für angewandte Systemforschung und Prognose in Hannover erstellt und im Juli 1986 aktualisiert worden ist. Sie diente zuerst den Grünen im Bundestag zur Untermauerung ihres Gesetzentwurfs für die sofortige Stillegung von Atomanlagen in der Bundesrepublik (1984) und dann dem hessischen Umweltminister Fischer zur Begründung seines Szenarios „Energieversorgung ohne Atomkraft" vom 22. Mai 1986.



Kohlekraftwerke wie das in Ibbenbüren sind zur Zeit keine ökologisch vertretbare Alternative zur Kernkraft FOTO: SCHILLING/DPA

Auch in diesem Papier wird der Bezug zu den Luftreinhaltungsprogrammen der Bundesregierung vermieden. Dargestellt wird lediglich, wie sich die Emissionen auch nach dem Ausstieg aus der Kernenergie reduzieren lassen, nicht aber, wie sehr diese Reduzierung durch den vermehrten Einsatz fossiler Energieträger gegenüber den geltenden Luftreinhaltungsprogrammen verzögert oder vermindert wird. So kommen die Verfasser zu der phantastisch anmutenden Angabe, die Schwefeldioxid-Emissionen könnten bis 1995 auf acht, die Stickoxid-Emissionen auf 13 Prozent gegenüber 1985 reduziert werden, ohne mitzuteilen, um welche Beträge die Zielmarken der Luftreinhaltungskonzeption für die Energiewirtschaft dabei überschritten werden.

Ausgerechnet die beiden politisch den Grünen nahestehenden Institute haben also die ökologischen Auswirkungen des Ausstiegs aus der Kernenergie gar nicht wirklich untersucht. Dasselbe gilt für die Basler Prognos AG, die vom SPD-geführten nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium mit einer Ausstiegsstudie beauftragt worden ist. Prognos-Mitarbeiter Konrad Eckerle zur WELT: „Den ökologischen Part haben wir nicht untersucht, das war nicht unser Auftrag".

## Forderungen beruhen auf unvollständigen Gutachten

Beide Studien gaben den Grünen im Bundestag und in Hessen die Veranlassung, den „sofortigen Verzicht auf Atomenergie bei der Stromversorgung" zu fordern. Die Prognos-Studie diente der SPD-Kommission unter Volker Hauff sogar zur Vorlage für ihr Ausstiegspapier, das wiederum Grundlage für den Beschluß des Nürnberger Parteitags der SPD war. Daraus ergibt sich die erstaunliche Tatsache, daß die ökologisch begründete Ausstiegsforderung beider Parteien ausgerechnet die Konsequenzen für die Umwelt bei Verzicht auf die Kernenergie gar nicht in Rechnung stellt.

Welches Versäumnis darin liegt, zeigt die Angabe des Staatssekretärs Wagner vom Bundesumweltministerium: Bei der Ersetzung aller Kernkraftwerke durch Steinkohlekraftwerke modernster Bauart würden sich zusätzliche Emissionen an Schwefeldioxid von 110 000 Tonnen sowie an Stickoxiden von 88 000 Tonnen jährlich ergeben. Insgesamt, so erklärte Wagner, sind bei der Stromerzeugung in der Bundesrepublik durch Einführung der Kernenergie bisher Schadstoffemissionen von 4,5 Millionen Tonnen Schwefeldioxid und 2,2 Millionen Tonnen Stickoxiden vermieden worden.

Wagners Zahlen liegen sogar noch am unteren Rand der Schätzungen von Energieexperten. Hans-Günther Stalp vom Preussag-Vorstand rechnet mit 120 000 Tonnen Schwefeldioxid und 80 000 Tonnen Stickoxiden an zusätzlichen Emissionen jährlich, was einer Verdoppelung der Emissionen aller vorhandenen Kohlekraftwerke entsprechen würde, wenn diese mit modernsten Techniken ausgerüstet wären. Prof. August Eitz, Generalbevollmächtigter des RWE, nimmt sogar an: „Da kommen noch 60 bis 70 Prozent hinzu. Ich weiß wirklich nicht, wofür wir beim RWE fünf Milliarden in die Entschwefelung gesteckt haben".

Zu völlig anderen Ergebnissen als die Öko-Studien kommen auch die Schätzungen der wirtschaftlichen Forschungsinstitute. Die Kernforschungsanlage Jülich beziffert in ihrer Studie vom Juni 1986 die zusätzlichen Emissionen an Schwefeldioxid kurzfristig auf 600 000 bis 650 000, an Stickoxiden auf 300 000 bis 360 000 Tonnen jährlich. Hans-Joachim Ziesing vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung gibt in seinem Beitrag für „Das Parlament" vom 9. August 1986 Werte von 500 000 Tonnen Schwefeldioxid und 300 000 Tonnen Stickoxide an. Beide Institute halten diese hohe Zusatzbelastung zwar für abbaubar, wenn die Kraftwerke mit Rauchgasreinigungsanlagen nachgerüstet oder durch umweltverträglichere neue Kraftwerke ersetzt worden sind, veranschlagen den dafür nötigen Zeitaufwand jedoch auf mehrere Jahre.

Im Unterschied dazu kommt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in seiner soeben vorgelegten Studie für das Bundeswirtschaftsministerium zu einer entgegengesetzten Tendenz: Beim langfristigen Verzicht auf Kernenergie würden sich 1990 erst 4 000, 1995 34 000 Tonnen zusätzliche Emissionen an Schwefeldioxid und 8 000 beziehungsweise 28 000 Tonnen an Stickoxiden ergeben, weil fossile Energieträger erst in den 90er Jahren verstärkt eingesetzt werden würden. Bis zum Jahr 2010 würden die zusätzlichen Emissionen jedoch dann auf 227 000 Tonnen bzw. 195 000 Tonnen emporschnellen. Bei der Berechnung der vorübergehenden zusätzlichen Emissionen im Falle des kurzfristigen Umstiegs gelangt das Essener Institut zu ganz ähnlichen Zahlen wie die beiden anderen vorgenannten Institute.

Um diese Zahlen gewichten zu können, muß man sie in ein Verhältnis zu den offiziellen Richtwerten der Luftreinhaltungskonzeption der Bundesregierung zu setzen. Danach sollen die Kraftwerke der öffentlichen Stromversorgung so nachgerüstet werden, daß die Schwefeldioxid-Emissionen von 1,55 Millionen Tonnen (1982) auf 550 000 Tonnen (1988) und 350000 Tonnen bis zum Jahr 1993 reduziert werden, die Stickoxidemissionen von 740 000 Tonnen auf 200 000 Tonnen Anfang der neunziger Jahre. Die von den Instituten berechnete Mehrbelastung würde diese Richtwerte mehr als verdoppeln.

Das ist gravierend, denn die auf diese Werte zielenden Luftreinhaltungsstrategien – formuliert in der Großfeuerungsanlagen-Verordnung, der TA-Luft sowie in Vereinbarungen der Umwelt-Länderminister zur Stickoxidreduzierung – stellen das einzig verfügbare Instrumentarium der Bundesrepublik im Kampf gegen das Waldsterben dar. Nach allen bisherigen Stellungnahmen sowohl von Politikern als auch von Natur- und Umweltschützern lassen die Richtwerte nicht den geringsten Spielraum für eine Korrektur im Sinne von Lokkerungen oder Verzögerungen, wenn das eigentliche Leitziel, nämlich die Rettung des Waldes, erreicht werden soll.

Dabei spielen sogar wenige Prozentpunkte eine wichtige Rolle. Nach der Richtlinie Nr.2310 des Vereins Deutscher Ingenieure entscheiden 50 bis höchstens 120 Millionstel Gramm Schwefeldioxid im Kubikmeter Luft darüber, ob die Luftbelastung selbst für weniger empfindliche Arten noch „pflanzenverträglich" ist.

Die Tragweite der in den Öko-Studien ausgeklammerten Umweltfolgen des Umstiegs auf fossile Energieträger wird an einem einzigen Zahlenvergleich deutlich: Die Menge der Stickoxide, die dabei zusätzlich freigesetzt würden, entspricht den Abgasen von 7,5 Millionen Personenautos (ohne Katalysator und Abgasreinigung). Der Kampf gegen das Waldsterben wäre damit verloren.

## Der finanzielle Aufwand bleibt unberücksichtigt

Aber auch die Kostenrechnung der Studien ist unvollständig. Der vermehrte finanzielle Aufwand für zusätzlich erforderliche Maßnahmen zur Luftreinhaltung, beziehungsweise zur Behebung und Sanierung von Umweltschäden auf Grund der gegenüber den Zielmarken der Luftreinhaltung erhöhten Emissionen, wird in keiner einzigen der genannten Studien herausgerechnet.

Für diesen Aufwand müssen Milliarden Mark pro Jahr veranschlagt werden. Gleichzeitig werden letzte Handlungsspielräume für die Umweltvorsorge eingeengt, was wiederum nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch exponentiell zu Buche schlägt.

Bei alledem ist es mehr als verwunderlich, daß die zusätzlichen Milliarden nicht nur von den Öko-Instituten, sondern auch von den Wirtschaftsforschungs-Instituten übersehen werden, wenn die Kosten-Nutzen-Rechnung für den Ausstieg aus der Kernenergie aufgemacht wird. So wie die Umweltverträglichkeitsprüfung steht offensichtlich auch die „Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung" für den Ausstieg aus der Kernenergie noch aus.

## Die Opfer ziehen ihre Konsequenz

Die Erfahrungen von leidgeprüften Eltern und Betrieben aus der Schul-Reformitis der vergangenen 15 Jahre wirken sich deutlich aus: Allgemeinbildung und gute Rechtschreibung, die einstmals als Selbstverständlichkeiten bei einem Schulabgänger vorausgesetzt wurden, sind inzwischen ganz noch oben gerutscht auf der Wunschliste an die Schulen.

Dies kann eigentlich kaum noch überraschen – höchstens, wie lange diese Entwicklung gedauert hat. Geplagte Personalchefs in Firmen aller Größenordnungen können inzwischen ganze Arien singen über das, was ihnen bei Einstellungsgesprächen und betrieblicher Nachwuchsausbildung an mangelndem Wissensstand zugemutet wird. Viele Schulabsolventen können zwar wortreich über fast jedes Thema diskutieren – doch was sie da sagen, nur in den seltensten Fällen fehlerfrei zu Papier bringen. Das bittere Wort, daß der Nachwuchs zwar hervorragend über das Ergebnis von Rechenaufgaben debattieren, es aber nicht ausrechnen kann, macht die Runde.

Die sogenannte repressionsfreie Schule hat allzu lange fröhliche Urstände gefeiert. Den Jugendlichen kann man kaum Vorwürfe machen. Wenn die Orthographie bei der Aufsatzbeurteilung keine Rolle mehr spielt – warum sollten sie sich dann an eine korrekte Rechtschreibung gewöhnen?

Unsere Gesellschaft kann es sich nicht über einen längeren Zeitraum erlauben, ohne Schaden zu nehmen, daß Abiturienten zwar wortreich über ein aus Sekundärliteratur zusammengeklaubtes Pseudowissen verfügen, aber Goethes Faust für eine besonders gelungene Boxkampfvariante halten.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat kürzlich vor dem Juristentag in Berlin ein anderes Beispiel genannt: „Es heißt, daß Studenten zur Zeit kaum noch Monographien lesen, sondern nur Kommentarliteratur."

In dem stärkeren Wunsch der Bürger, daß die Schule zuallererst Allgemeinwissen zu vermitteln hat, artikuliert sich ganz offenbar die aufgrund schmerzlicher Erfahrung gewonnene Einsicht, daß wir durch eine falsch verstandene Modernität auf dem besten Weg waren, unsere geisteswissenschaftlichen Wurzeln zu vergessen, obwohl eine Gesellschaft ohne sie auf Dauer nicht lebensfähig ist.

Der hintergründige Witz an der Geschichte ist, daß eine solche, in der Umfrage festgestellte Prioritätenverschiebung nicht denkbar wäre, wenn diejenigen, die unter der modernen Pädagogik leiden mußten, nicht inzwischen aus eigenen Erfahrungen ihre Konsequenzen gezogen hätten.

PETER PHILIPPS

# „Unsere Chancen liegen in der Qualität"

**Bürgermeister Diepgen und Senator Pieroth laden nach Berlin ein zum ersten Europäischen Weiterbildungskongreß**

Berlins ICC wird am 9. und 10. Oktober Schauplatz einer Premiere sein: Rund 500 Experten aus allen Ländern der EG werden sich zum ersten Europäischen Weiterbildungskongreß treffen. Im Mittelpunkt wird dabei die Frage stehen: „Weniger Arbeitslosigkeit durch mehr Weiterbildung – Aufgaben für die Europäische Gemeinschaft?"

Der Berliner Wirtschaftssenator Elmar Pieroth, einer der Veranstalter des Kongresses, erklärte dazu: „Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft wird zunehmend davon abhängen, wie weit es Europa gelingt, den Qualitätsvorteil seiner Verfahren, Produkte und Dienstleistungen auszubauen und im internationalen Wettbewerb geltend zu machen. Voraussetzung dafür ist eine Verbesserung unserer Weiterbildung."

Und: „Wer sich über die Zukunft der europäischen Wirtschaft Gedanken macht, kommt an dem Thema Weiterbildung nicht vorbei. Im internationalen Wettbewerb liegen die Chancen der europäischen Wirtschaftsnationen weniger auf den Preismärkten, wo die Schwellenländer immer stärker ein Wort mitsprechen werden, sondern auf den Qualitätsmärkten. Das bedeutet, wir müssen unsere Wirtschaftsstrukturen mehr und mehr ausrichten auf hochwertige Verfahren und Produkte, auf intelligenté Dienstleistungen und qualifizierte Arbeitsplätze für engagierte und kreative Mitarbeiter."

### Hochkarätiges Podium

Das zweitägige Kongreß-Programm im ICC besteht aus einer dichten Folge hochkarätiger Veranstaltungen: Nach einem Einführungsreferat von Karl-Heinz Narjes, dem deutschen Vizepräsidenten der EG-Kommission, wird gleich zu Beginn des ersten Tages eine illustre Runde auf dem Podium über „Weiterbildung in Europa – Mehr Chancen auf den Weltmärkten?" diskutieren. Berlins Bürgermeisterin Hanna-Renate Laurien, der Bonner Bildungs-Staatssekretär Paul Harro Piazolo, der Generaldirektor der IHK-Paris, François Essig, der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach werden unter anderem miteinander debattieren.

In den sich anschließenden Workshops sind es dann vor allem die Praktiker aus der Wirtschaft und dem Bereich der beruflichen Bildung, die ihre Beiträge abliefern werden. Die Palette der Themen reicht von „Standortvorteile bei der Weiterbildung – ein europäischer Überblick" über „Darstellung der Situation und beispielhafter Entwicklungen" der beruflichen Weiterbildung in einzelnen europäischen Ländern bis zur „Mobilität in Europa durch Änderung oder Annäherung der Bildungssysteme und Beschäftigungspolitik von Unternehmen".

### Gute Startchancen

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen hat in seiner Einladung zu dem Kongreß verdeutlicht, warum gerade seine Stadt für die Ausrichtung dieser Veranstaltung prädestiniert ist:

„In Berlin haben wir mit Qualifizierungsprogrammen für Arbeitnehmer und Arbeitslose bereits gute Erfahrungen gemacht. Als ein expandierender Standort für die Produktion von Hochtechnologiegütern hat Berlin einen hohen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Uns kommt es deshalb darauf an, den heutigen Arbeitnehmern oder Arbeitslosen gute Startchancen für den Arbeitsmarkt der Zukunft zu bieten. Ich bin daher zuversichtlich, daß von Berlin wichtige Ideen und Impulse für die Weiterbildung in Europa ausgehen."

Manuel Marin, Vizepräsident der EG-Kommission, ergänzte Diepgens und Pieroths Bemerkungen: „Über die Berufsbildung in das Humankapital zu investieren, ist ein wesentlicher Faktor der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung." Ob es sich nun um Erstausbildung oder Fortbildung handele, „anzustreben ist nicht nur ein bestimmtes Fachwissen, sondern auch die soziale Beherrschung der Veränderungen am Inhalt der Aufgaben und an der internen Unternehmensorganisation."

Neben Wirtschaftssenator Pieroth zeichnen seine Kabinettskollegen für Schule und für Wissenschaft als Veranstalter des Kongresses sowie das Berliner Bundesinstitut für Berufsbildung, das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) und die Europäische Wirtschaftshochschule.

JAMES ROVER


Über Kopfhörer kann man sich auch mit Wissen berieseln lassen

## Beide Hälften des Gehirns werden aktiviert

G. P. O. Hamburg

Wer jetzt Jugendliche oder Erwachsene mit Kopfhörern beschwingt durch die Straßen bummeln sieht, muß in deren Ohren nicht mehr unbedingt Popmusik vermuten. Denn es ist durchaus möglich, daß sie gerade auf eingängige Weise eine Fremdsprache erlernen.

Der normale Weg zum „Superlearning" führt allerdings nicht über die Straße, sondern ins Lernstudio. „Entspannt, spielerisch, ohne jeden Streß und mit viel Freude" – mit diesen Begriffen etwa wirbt das Superlearning Studio Alstertal in Hamburg für sein sogenanntes „Lernkonzert".

„Superlearning" nutzt, so Studio-Chef Wolfgang Hegels, die neueren Forschungen über die Funktionsweise des Gehirns. „In einem Lernkonzert von etwa 45 Minuten nimmt man – ungestört und entspannt im Sessel sitzend – den Lernstoff auf."

Was aus den Kopfhörern dringt, ist allerdings nicht die monotone Stimme eines Vorlesers, wie es früher bei simplen Sprachkursen üblich war. Die vom bulgarischen Arzt Georgi Lozanov entwickelte Methode des „Superlearning", die von Fachleuten lieber und richtiger als „Suggestopädie" bezeichnet wird, beruht auf der gleichzeitigen Aktivierung beider Gehirnhälften durch harmonische Verknüpfung von Sprache und – vorzugsweise romantischer – Musik.

Das zugrundeliegende Prinzip: Durch Verlangsamung der Gehirnwellen wird ein Zustand tiefer geistiger und körperlicher Ruhe erreicht, die den Bereich des Unbewußten unter weitgehender Umgehung des Bewußtseins dem Lernprozeß zugänglich macht. Das „entstreßte" Gehirn, so die Erkenntnis, ist besonders aufnahmefähig. Dadurch können sehr große Wissensmengen in kurzer Zeit intensiv ins Langzeitgedächtnis aufgenommen werden.

Standardkurse in Hamburg – angeboten werden Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch – dauern 15 Wochen. Intensivkurse werden für ein bis zwei Wochen angesetzt.

## Den Mädchen werden neue Türen geöffnet

lb. Dortmund

Als „Signal" an die Wirtschaft ist ein Ausbildungsprojekt vornehmlich für Mädchen zur Unterweisung in technisch-gewerblichen Berufen in Dortmund auf den Weg geschickt worden. 20 Mädchen und zehn Jungen werden seit einigen Tagen unter Federführung des Berufsbildungszentrums der Hoesch AG für ein Jahr auf moderne Technologien in den Berufsfeldern Metall- und Elektrotechnik, Wirtschaft und Verwaltung vorbereitet. Bei Hoesch sind unter 368 Auszubildenden in Metall- und elektrotechnischen Berufen bisher nur zwölf Mädchen. Die Teilnehmer des Dortmunder Projekts haben durchweg Fachoberschulreife, höhere Handelsschule oder auch Abitur.

Parallel wird von Mitte September an in Remscheid eine dauerhafte „Probierwerkstatt" mit 20 Plätzen eingerichtet, die auch Mädchen jeweils eine Woche lang Tätigkeiten in der Metallverarbeitung und der Elektrotechnik schmackhaft machen und einer vorschnellen Festlegung auf traditionelle Frauenberufe vorbeugen soll. Die Werkstatt ist bereits bis Februar 1987 ausgebucht.

Wie Landesarbeitspräsident Olaf Sund bei der Vorstellung der Initiativen in Dortmund sagte, könne man nicht länger nur „Kampagnen" ausrufen, wenn auch in diesem Jahr wieder absehbar zwei Drittel der nichtvermittelten Bewerber Mädchen sein werden. Ende Juli waren es in Nordrhein-Westfalen noch mehr als 37 000.

## Allgemeinbildung steht auf Platz eins

p. p. Bonn

Allgemeinwissen gilt in der Bundesrepublik Deutschland als das höchste Gut, das die Schule an junge Menschen zu vermitteln hat. Dies hat eine repräsentative Meinungsumfrage der Arbeitsstelle für Schulentwicklungsforschung in Dortmund ergeben. Allgemeinwissen rangiert damit erstmals vor Disziplin und Höflichkeit. Nur jeder zehnte denkt, die Schule müßte sich vor allem um Fachwissen kümmern.

Die Schulforscher der Universität Dortmund fragen mit Hilfe des Meinungsforschungsinstituts Infratest in regelmäßigen Abständen nach den Vorstellungen der Bevölkerung zum Bildungssystem (jeweils rund 2500 Befragte).

Häufiger als früher wird auch Vermittlung von „kritischem Denken" und „Rechtschreibung" gewünscht. Nach Ansicht der Schulforscher belegen die jüngsten Ergebnisse der Umfrage im Vergleich zu früheren, „daß die inhaltlichen Anforderungen an die Schule fortwährend anspruchsvoller werden".

Nach Sozialschichten aufgeteilt ergibt die Studie, daß vor allem Angestellte und Beamte die Forderung nach Allgemeinwissen favorisieren, während Arbeiter nach wie vor Disziplin und Höflichkeit knapp vor Allgemeinwissen anführen. Überrepräsentativ gegenüber der Gesamtbevölkerung ist in der Beamtengruppe die Forderung nach Höflichkeit vertreten.

# Die Konflikte sind für den Controller vorgezeichnet

**Daten des Rechnungswesens meistens zu schmale Basis**

wat. Bonn

Im Schnitt dieses Jahres wurden auf dem Stellenmarkt überregionaler Tageszeitungen und der Fachpresse rund 58 Prozent mehr Angebote für den Bereich Controlling veröffentlicht als 1985. Vorrangig stammten diese Ausschreibungen aus dem Kreditgewerbe, der Elektroindustrie und dem Maschinenbau und richteten sich zu knapp zwei Dritteln ausdrücklich an Betriebswirte.

Funktion und Begriff des Controllers sind im öffentlichen Dienst der USA geprägt worden: 1778 wurde in der Staatsverwaltung eine Behörde eingerichtet, deren Aufgabe darin bestand, dem Steuerzahler Rechenschaft über die Verwendung seiner Steuergelder zu geben. Erst ab 1890 etablierte sich dann der Controller – Comptroller, wie er ursprünglich hieß – in der Privatwirtschaft.

Seit rund 15 Jahren ist der Beruf auch in der Bundesrepublik stark im Vormarsch. Nach eigenen Angaben hat der deutsche Controller-Verein e. V. inzwischen mehr als 580 Mitglieder. Zwar hat sich hier das Know-how ursprünglich stark aus der Praxis heraus entwickelt, aber inzwischen hat sich ein verstärkter Dialog mit der Wissenschaft entwickelt.

Um seinen Hauptaufgaben nachkommen zu können, muß der Controller über die Kosten und den Erfolg des Unternehmens Bescheid wissen. Üblicherweise greift er dabei auf das betriebliche Rechnungswesen zurück, insbesondere auf die Deckungsbeitragsrechnung. Sie gibt an, mit welchem Anteil das jeweilige Produkt zur Deckung der fixen Kosten beiträgt beziehungsweise ob überhaupt Gewinn abfällt.

Der betriebliche Alltag konfrontiert den Controller allerdings meistens mit Komplikationen. Zur Unterstützung der Steuerung des Unternehmens durch Informationen braucht der Controller oft mehr Daten, als das betriebliche Rechnungswesen liefern kann. Denn als planerischer Steuermann des Unternehmens ist der Controller gleichzeitig für die Frühwarnung zuständig. Das betriebliche Rechnungswesen hinkt aber zeitlich oft hinterher. Der Controller ist also auf zusätzliche Informationen aus den Abteilungen angewiesen.

Damit ist der Konflikt programmiert. Denn kein Sparten- oder Abteilungsleiter läßt sich gerne in die Karten sehen oder gar in seinen Befugnissen einschränken. Die notwendige und vor allem schnelle Informationsbeschaffung überträgt dem Controller auch die Verantwortung für die erstmalige und erneuernde Strukturierung des Rahmens der Datenverarbeitungsprozesse. All diese Probleme haben auch die Wissenschaftler erkannt. Sie erweitern ihr Theoriegebäude ständig und geben ihre Erkenntnisse an die Praktiker in den Unternehmen weiter. Dementsprechend hoch sind auch die Anforderungen an Aus- und Weiterbildung der Controller. So führt die Controller-Akademie jedes Jahr 44 Seminare mit mehr als 1500 Teilnehmern durch.

Auch die Unternehmen versuchen dem Dilemma zu entkommen. So werden Controller häufig in die Organisation der Abteilung integriert. Aber dabei ist der nächste Konflikt vorgezeichnet: Zwar hat der Controller jetzt direkten Zugriff auf die Informationen. Aber wiederum gerät er in Konflikte mit dem Abteilungsleiter.

# Die EDV bietet arbeitslosen Lehrern neue Perspektiven

**In 13 Monaten Umschulung zum Informatik-Spezialisten**

-er. München

Die „gelernte" Pädagogin Erika Schmitt kann zwar angesichts der Arbeitsmarktlage ihren Traumberuf als Lehrerin nicht ausüben, dennoch schwärmt sie: „Die beruflichen Möglichkeiten in der Bundesrepublik werden von Jahr zu Jahr besser, weil qualifiziertes Personal kaum zu bekommen ist. Die Branche ist zukunftsweisend und die Karriere ausbaufähig." Wovon sie spricht, ist die EDV-Branche. Denn Erika Schmitt hat sich nach dem Ersten Staatsexamen ihres damaligen Grundschullehrerstudiums innerhalb von zwei Jahren zum EDV-Kaufmann in einem EDV-Bildungszentrum umschulen lassen. Heute ist sie Datenverarbeitungs-Referatsleiterin in einem bayerischen Chemieunternehmen.

Keine Akademikergruppe ist zur Zeit so stark mit dem Problem konfrontiert, nach dem Examen keine Anstellung im studierten Beruf zu finden. Und diejenigen, die dann auf eine Planstelle übernommen werden, müssen sich diese heute – unter finanziellen Einbußen – mit anderen Kollegen teilen.

Claus Kemmet, Geschäftsführer der Hamburger Arbeitgeberverbände, wendet diese Tatsachen ins Positive: „Die Lehrerschwemme bietet ein akademisch geschultes Personal, das die Wirtschaft für sich nutzen sollte." Neben dem bei Großindustrie und Banken beliebten „training on the job" bilden rund 30 Bildungswerke der Wirtschaft, Industrie- und Handelskammern sowie anderer Institutionen arbeitslose Lehrer und andere Akademiker für die Wirtschaft aus.

Bei solider Weiterbildung ist der Erfolg der Anstrengungen eindrucksvoll: 46 Prozent der Jungakademiker, die länger als ein Jahr arbeitslos waren, fanden unmittelbar nach Abschluß ihrer Fortbildung einen Job. Noch höher liegt die Erfolgsquote bei den Gymnasiallehrern, die sich mit Abschluß im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung weitergebildet haben: Von ihnen fanden 66 Prozent sofort eine Anstellung.

Einer von ihnen ist Erwin Kuhlmann, der nach seinem Zweiten Staatsexamen sich erst einmal mit Engagements in Privatschulen und Internaten über Wasser gehalten hatte. Über das Arbeitsamt kam er im April 1984 zum Control Data Institut in München, schloß im August 1985 seine Umschulung zum Wirtschaftsinformatiker mit der IHK-Prüfung ab und arbeitet seit dem 1. September 1985 als Hard- und Softwareplaner.

Das 13monatige Qualifizierungsprogramm zum EDV-Fachmann Wirtschaft mit seinen Vertiefungsrichtungen Datenbankorganisation oder Systemprogrammierung ist von dem Münchner Institut speziell für Akademiker konzipiert worden. Der fortschreitende Ausbau umfassender Informations- und Kommunikationssysteme verlangt nach immer mehr qualifizierten Experten. Mehr als zwei Drittel der Großrechner werden mit IBM-Software betrieben, deshalb bietet die Schulung gerade in diesen Betriebssystemen die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Da das Control Data Institut sich selbst als konkurrenzlosen Anbieter von Akademikerbildungsprogrammen für IBM-Großcomputer-Software bezeichnet, mag hier ein weiterer Grund für die schnelle Vermittlung seiner Absolventen liegen.

# Von Einheitlichkeit ist Europa weit entfernt

## Bei beruflicher Bildung wird gegenseitige Hilfe versucht

GEORGE P. OGDEN, Berlin

Vertreter der EG-Mitgliedsländer treffen sich regelmäßig, um über die Entwicklung der beruflichen Bildung in ihrer Heimat Erfahrungen miteinander auszutauschen. Im Vordergrund stehen dabei zwei Ziele: die gegenseitige Hilfe bei der Bewältigung von Problemen und die Suche nach „alternierenden Ausbildungen", aus denen „allgemeine Prinzipien für die vertragliche Regelung der Ausbildung abzuleiten" seien. Mit am Tisch sitzen jeweils Mitarbeiter des „Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung" (CEDEFOP).

Beim jüngsten Treffen der europäischen Berufsbildungs-Experten standen die Situationen der Neu-EG-Mitglieder Griechenland, Spanien und Portugal im Zentrum. Alle drei haben dieselben Grundprobleme: Die Pflichtschulzeit ist ungenügend, die Systeme sind vorwiegend allgemeinbildend oder akademisch ausgerichtet. Die Berufsbildung hat dort kaum soziales Prestige.

Daraus ergaben sich zwangsläufig Forderungen an die Regierungen: „Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit muß die berufliche Qualifikation der Erwerbsbevölkerung angehoben werden. Inhaltliche Vorstellungen müssen ebenso entwickelt werden wie die Beteiligung der Sozialpartner, Regierungen und anderer regionaler Institutionen gestärkt und die Kooperation intensiviert werden muß. Auch wenn bessere und spezifische Qualifikationen gewiß nicht die Arbeitsmarktprobleme alleine lösen können, so ist doch die gezielte Berufsberatung für Erstausbildung und Weiterbildung in den drei Ländern wichtig."

### Geringer Stellenwert

Aber auch die Alt-EG-Staaten haben im Bildungsbereich genügend aktuelle sowie strukturelle Probleme, auch bei ihnen hat die berufliche Bildung häufig nicht den Stellenwert, der ihr zukommt.

In England und Wales beispielsweise wird zur Zeit die berufliche Qualifikation unter folgenden Gesichtspunkten überprüft: Anerkennung von Ausbildungsmaßnahmen, die allgemeine und berufliche Bildung sowie praktische Arbeit umfassen; Anerkennung der Fähigkeit zur Anwendung von Kenntnissen und Fertigkeiten; Möglichkeiten des Zugangs. Parallel dazu werden jetzt unter anderem das Verhältnis von Kosten und Nutzen der beruflichen Ausbildung sowie die im Vergleich zu anderen Ländern, mit denen die Briten im wirtschaftlichen Wettbewerb stehen, geringe Höhe der Investitionen im Ausbildungsbereich unter die europäische Lupe genommen.

In den Niederlanden ist andererseits in der staatlichen Schulpolitik die Verstärkung des Berufsunterrichts bereits Wirklichkeit geworden. In einem nächsten Schritt soll nun erreicht werden, daß „die Schulen in die Lage versetzt werden, ihre Schüler so maßgerecht wie möglich auf die Berufspraxis vorzubereiten". Ein Lehrplan für die Gestaltung des Berufsunterrichts ist bereits erarbeitet worden. Außerdem ist seit 1985 durch die Anstrengungen der Sozialpartner eine beträchtliche Erhöhung der Lehrlingszahlen in der Ausbildung erreicht worden.

### Öffentliche Mittel

In Dänemark ist ein neues Umschulungs- und Weiterbildungssystem für Techniker, Betriebsobleute und mittlere Führungskräfte eingeführt worden. Nach dem zugrundeliegenden Gesetz können die Bildungseinrichtungen öffentliche Mittel für die Entwicklung neuer Ausbildungsgänge sowie Zuschüsse für ihre laufenden Ausgaben erhalten. Den Ausbildungsteilnehmern werden ebenfalls Zuschüsse zum Lebensunterhalt gewährt.

Im französischsprachigen Teil Belgiens ist das System der „Stundenkredite" seit dem vergangenen Jahr durch einen bezahlten Bildungsurlaub ersetzt worden. Dabei werden Allgemeinbildung, sektorale berufliche Bildung und betriebliche Ausbildung berücksichtigt. Vom Staat werden die Kosten der beruflichen und allgemeinen Bildungsmaßnahmen, beziehungsweise von 50 oder 100 Prozent der Löhne und Gehälter übernommen. Für „unbeschäftigte Arbeitnehmer" sind „Stätten für Ausbildung und Umschulung" eingerichtet worden. Dort soll „unternehmerische Dynamik entwickelt werden, damit kollektive Arbeitsplätze in gesellschaftlich und wirtschaftlich nützlichen Marktlücken geschaffen werden können". Außerdem gibt es inzwischen „Örtliche Beschäftigungsinitiativen", die auf die Schaffung fester Arbeitsplätze ausgerichtet sind „in wirtschaftlich lebensfähigen Betrieben mit neuen Formen der Arbeitsorganisation und des Berufslebens".

Im niederländischen Teil ist in 30 Bildungseinrichtungen ein Versuch gestartet worden zur „Reform des technisch-technologischen Unterrichts" in den Schulen. Dabei sollen Computerkunde und die neuen Technologien in den Unterricht einbezogen werden. Alle Schulzweige der Sekundarstufe sind davon erfaßt, in den ersten beiden Versuchsjahren sind jeweils zehn Unterrichtsstunden pro Jahr dafür abgeteilt worden. Begonnen wird jeweils mit einer Einführung in mikroelektronische Schaltungen.

In Irland hat sich die Regierung schwerpunktmäßig des Problems der Langzeitarbeitslosen angenommen. Ein Programm unter dem Titel „Aufbauen auf Erfahrung" bietet für jeweils 1250 Langzeitarbeitslose Kurse an, in denen die Ausbildung durch praktische Arbeitserfahrung ergänzt wird. Pro Jahr sind 2500 Teilnehmer vorgesehen. Daneben ist für Jugendliche, die nach Schulabschluß keine Arbeit finden, ein Vollzeitprogramm entwickelt worden, das eine Grundausbildung mit beruflicher Praxis bietet.

# Senioren drängen in die Universitäten

## Spezielle Studienangebote locken / Bamberger Untersuchung: Es geht nicht nur um berufsbezogene Vorlesungen

Wenn über die Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit gesprochen wird, steht fast immer die Frage der „Überlast" und der schlechter gewordenen Berufschancen ihrer Absolventen im Vordergrund. Daß der Bereich der Weiterbildung und das an manchen Orten so genannten „Senioren-Studiums" auf dem Campus ein immer stärkeres Gewicht erhält, gerät darüber allzu leicht in Vergessenheit. Dabei ist das Angebot der meisten Hochschulen für das kommende Wintersemester durchaus sehenswert.

Wie groß das Interesse in der Bevölkerung ist, belegt eine Untersuchung der Universität Bamberg. Danach haben im Wintersemester 1983/84 an den Universitäten etwa 16 000 Gasthörer studiert – und die Tendenz hat seitdem unverändert steil nach oben gezeigt. Die Bamberger Wissenschaftler Werner Faber und Klaus Dieckhoff haben 1313 dieser Gasthörer für ihre Untersuchung befragt.

Für die jüngeren Hörer – etwa bis zum Alter von 45 Jahren – hat dieses Studium eindeutig den Zweck berufsbezogener Weiterbildung. Sie belegen nicht regelmäßig, sondern von Fall zu Fall, je nach Bedeutsamkeit für ihr berufliches Wissen.

Für ältere Menschen hingegen ist das Gasthörerstudium meistens zu einem „regelmäßigen Bestandteil ihrer Lebensführung" geworden. Sie besuchen regelmäßig in jedem Semester ausgewählte Lehrveranstaltungen und suchen sich naturgemäß vor allem die Angebote der geisteswissenschaftlichen Fächer aus. Ihnen geht es um Allgemeinbildung, um geistige Dinge, für die sie früher aufgrund ihres Bildungsganges und ihrer beruflichen Tätigkeit weder Zeit noch Gelegenheit hatten.

Die dritte große Gruppe unter den Gasthörern stellen nach der Bamberger Untersuchung die Frauen, die in der zweiten Lebenshälfte nach der Arbeit als Mutter und Hausfrau zwar den Kontakt zum ursprünglich erlernten Beruf verloren haben, aber nun – von familiären Aufgaben entlastet – „die Chance zu geistiger Aktivität und zur Verarbeitung ihrer neuen Rolle wahrnehmen. Für sie hat das Studium oft die Funktion einer Sinnstiftung".

Johannes Baltzer, Jura-Professor und zugleich Leiter der „Kontaktstelle für Senioren-Studium und Alterswissenschaften" an der Universität Marburg, unterstrich gegenüber der WELT, „daß dem Senioren-Studium als Teil der Weiterbildungsaufgaben der Hochschulen zunehmend größere Bedeutung zukommt, und daß in diesem Bereich wissenschaftliche Arbeit auch zweckfrei möglich sein muß".



Ältere Semester im Hörsaal: Das Studium ist für sie inzwischen zum „regelmäßigen Bestandteil ihrer Lebensführung geworden"

Seine Hochschule hat deshalb bereits vor sechs Jahren ein eigenes „Modell des Senioren-Studiums" entwickelt, das – so Baltzer – „im Gegensatz zu anderen Projekten versucht, das reguläre Lehr- und Forschungsangebot der Universität für die Senioren zu öffnen".

Die Anfänge dieser Aktivitäten waren auch in Marburg schwierig. Für die erste, zweijährige Testphase sprangen für Finanzierung und zusätzliche personelle Ausstattung erst einmal die Stuttgarter „Stiftung für Bildung und Behindertenforschung" sowie das Marburger Arbeitsamt ein. Inzwischen sind im Uni-Haushalt Mittel bereitgestellt worden. Gesonderte Studiengebühren werden von den Senioren nicht erhoben, es sei denn, sie schrieben sich als reguläre Gasthörer für 60 Mark pro Semester ein.

Die Palette des Angebots ist reichhaltig. Im Marburger „Studienführer für Senioren" etwa reicht sie von einer „Einführungsveranstaltung Archäologie" über „Stadtsanierung in Marburg" bis zur „Einführung in die Technik des betrieblichen Rechnungswesens".

Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen: Die Universität Stuttgart bietet neben ihrem „normalen" Programm „Studium Generale" auch noch ein spezielles „Angebot für Senioren". Als „besonderes Angebot" für das Wintersemester wurden dort Vorträge zum Themenbereich Biotechnik vorbereitet, nachdem im Sommersemester die Festkörperforschung mit illustren Namen signalisiert hatte, wie sehr sich die Hochschule um die älteren Semester bemüht: Nobelpreisträger Klaus von Klitzing und sein Max-Planck-Kollege Hans Queisser hatten am Pult gestanden.

PETER PHILIPPS

# Wirtschaft und Schule lernen sich kennen

p. p. Bonn

„Eine engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft wird angesichts des raschen technischen und beruflichen Wandels immer wichtiger." Diese richtige Erkenntnis stand am Anfang, als der „Studienkreis Schule-Wirtschaft Bayern" gegründet wurde. Seit 1982 ist ein Konzept „partnerschaftlicher Zusammenarbeit" erprobt worden, als dessen erstes Ergebnis im vergangenen Jahr ein Leitfaden für Partnerschaftsaktionen zwischen Gymnasium und Unternehmen erschien. Nun folgt die Fortsetzung: „Partnerschaftsaktionen Schule und Unternehmen, Realschule-Unternehmen".

Wie im ersten Band, über den die WELT berichtete, werden wieder erprobte Formen der Zusammenarbeit dargestellt sowie Grundlegendes über Prinzipien, Ziele und Inhalte derartiger Kooperationsmöglichkeiten. Es soll ein Anreiz gegeben werden, neue Kontakte zu knüpfen beziehungsweise bestehende auszubauen und zu intensivieren. Aber der Studienkreis warnt auch alle Interessierten: „Jede Schule sollte nur den Teil verwirklichen, der für das jeweilige Umfeld der Schule machbar erscheint."

Erreicht werden soll bei einer Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft ein für beide Seiten positives Ergebnis: Die Heranwachsenden sollen unter anderem das marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftssystem an praktischen Beispielen besser verstehen lernen und Anregungen zur beruflichen Orientierung erhalten. Auf der anderen Seite kann in Unternehmen beispielsweise mehr Verständnis für die Schule wachsen.

Die Möglichkeiten, die von dem bayerischen Studienkreis in der Broschüre vorgestellt werden, beginnen bei relativ einfach zu verwirklichenden Projekten: In 8. Klassen beispielsweise wird im Fach Wirtschafts- und Rechtslehre die Erkundung eines Fertigungsbetriebs in den Stundenplan aufgenommen, um einen Überblick über die Mannigfaltigkeit der Betriebswirtschaft zu erhalten.

Etwas aufwendiger ist ein weiteres Beispiel: Der Personalchef des Partnerbetriebs erklärt sich bereit, in mindestens zwei Unterrichtsstunden im Klassenzimmer einer 9. Klasse in Form eines Rollenspiels im Klassenzimmer Vorstellungsgespräche durchzuspielen. Dabei sind zwei Alternativen möglich: Entweder verhält sich der Manager so, wie er auch in seinem Betrieb Vorstellungsgespräche zu führen pflegt und ein Schüler übernimmt spontan die Rolle des Bewerbers. Dabei „spielt" auch er nur sich selbst.

Die andere Möglichkeit erfordert mehr Aufwand: Beispielsweise spielt ein Schüler nach entsprechender Vorbereitung einen schüchternen Bewerber oder einen Aufschneider. Der Personalchef wird dann etwa zum verständnisvollen oder zum furchteinflößenden Gegenüber.

(Studienkreis Schule-Wirtschaft, Brienner Straße 7, 8000 München 2)

# Ausbildung zur Sekretärin auch mit BAföG-Hilfe

J. R. Baden-Baden

Die „Baden-Badener Sprachschule" hat für die ihr angeschlossene Sekretärinnenschule vom Kultusministerium die BAföG-Anerkennung erhalten. Damit können die dortigen Vollzeit-Unterrichtsprogramme nun nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz finanziell unterstützt werden. Drei Kurse werden in Baden-Baden angeboten: Ausbildung zur „Europasekretärin" mit drei Fremdsprachen sowie Text- und Datenverarbeitung auf Personalcomputern von IBM; „Fremdsprachensekretärin" sowie „Fremdsprachlicher Korrespondent".

Am Ende der Ausbildung stehen Abschlußprüfungen vor der Industrie- und Handelskammer. Diese Ausbildungen werden auch als Fortbildungslehrgänge in Vollzeit- oder berufsbegleitendem Teilzeit-Unterricht durchgeführt. Wer hierfür staatliche Hilfe erhalten möchte, muß Mittel nach dem Arbeitsförderungsgesetz beantragen.

# Betriebe fördern vor allem ihren Absatzbereich

-ps. Berlin

Die Wirtschaft investiert jährlich mehr als zehn Milliarden Mark für die Weiterbildung, aber nur fünf Prozent der Unternehmen führen auch eine Kostenrechnung durch. Das Berliner „Bundesinstitut für Berufsbildung" hat nun eine Studie darüber vorgelegt, „welche Funktionsbereiche der Betriebe an der Weiterbildung partizipieren und in welchem Umfang die verschiedenen Mitarbeitergruppen an Weiterbildung teilnehmen".

Danach liegt der Schwerpunkt eindeutig im Bereich der Technik einschließlich der elektronischen Datenverarbeitung. Mehr als 60 Prozent der Mittel entfallen auf diesen Bereich. Noch weiter aufgeschlüsselt zeigt sich, daß mehr als die Hälfte dieses Geldes im Absatzbereich konzentriert wird, nur 22 Bereich in der Produktion. 72,8 Prozent der geförderten Mitarbeiter sind technische oder kaufmännische Angestellte, nur 2,2 Prozent an- und ungelernte Arbeiter.

# Zusatzstudium für arbeitslose Mathe-Lehrer

p. p. Bonn

Vom kommenden Wintersemester an können sich traditionell ausgebildete Mathematiker an der Universität Kaiserslautern in einem viersemestrigen Postgraduiertenstudium besser auf eine Tätigkeit in Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Industrie vorbereiten. Aber auch mathematisch interessierte Naturwissenschaftler und Ingenieure sollen diesen zusätzlichen Grad eines Diplom-Technomatikers erwerben können. Der Modellversuch wird von Bund und Land finanziert.

Im Hintergrund stand dabei das Ziel, vor allem den Hochschulabsolventen eine neue Perspektive zu bieten, die als Mathematiklehrer keine Anstellung im Staatsdienst finden können. Mit dem neuen Studiengang wird die Konsequenz daraus gezogen, daß das herkömmliche Mathematikstudium oft nicht ausreichend auf die Aufgabe der Mathematisierung technischer Probleme vorbereitet.

# Vierzig getestete Internate auf einen Blick

G. P. O. Bonn

Das Interesse an den Internaten in der Bundesrepublik Deutschland wächst. Private Schulen und Internate haben längst den Ruf hinter sich gelassen, nur Institute zu sein, auf denen dumme Kinder wohlhabender Eltern für einen hohen Preis zum Alibi-Abitur durchgeschleppt werden. Kleinere Klassen, Hausaufgaben-Betreuung, gezielte Förderung – das sind inzwischen die Leitmotive.

Doch interessierte Eltern stehen meistens vor einem großen Problem: Ihnen fehlt der notwendige vergleichende Überblick über das Internats-Angebot. In diese Lücke ist die Euro-Internatsberatung in München (Tel.: 089-4487282) gestoßen. Deren Fachleute haben rund 100 Internate in den vergangenen Jahren in Augenschein genommen. Herausgekommen ist ein 140 Seiten starkes „Fachbuch" (30 Mark), in dem 40 von dem Institut empfohlene Internate detailliert beschrieben werden.

# „Drogenhändler terrorisieren und töten Amerika“

wth. Washington

Präsident Reagan hat jetzt mit einem emotionalen Appell zusammen mit seiner Frau Nancy dem „nationalen Kreuzzug für ein rauschgiftfreies Amerika“ einen neuen Auftrieb gegeben. Sie erklärten den Krieg gegen die Rauschgifthändler, „die Amerika töten und terrorisieren“, und kündigten an, daß für den Kampf gegen diese Epidemie von der Regierung jährlich drei Milliarden Dollar bereitgestellt werden.

Es war der erste gemeinsame Fernsehauftritt Reagans und seiner Frau, die seit fünf Jahren den Kampf gegen das Rauschgift zu ihrem Thema gemacht hat. Ihr Appell ist Teil eines neuen Rauschgiftalarms, der das politische Establishment in Washington im Vorfeld der Kongreßwahlen erfaßt hat. Meinungsumfragen haben bestätigt, daß die Mehrheit der Amerikaner die Rauschgiftepidemie im Augenblick für das dringendste und gefährlichste Problem der Nation hält.

Reagan selbst umriß es in seiner Fernsehrede mit der Feststellung, daß es im Augenblick vier bis fünf Millionen regelmäßige Kokainkonsumenten und 250 000 Heroinsüchtige in den USA gibt. Jeder zwölfte Amerikaner raucht regelmäßig Marihuana. „Drogenmißbrauch zerstört sämtliche Werte, die diese Nation groß gemacht haben“, erklärte Reagan, der Einzelheiten seines Anti-Rauschgiftprogramms später bekanntgeben wird. Das Repräsentantenhaus hatte bereits in der vergangenen Woche mit großer Mehrheit drakonische Maßnahmen gegen den Rauschgifthandel gefordert.

Das erwartete Programm des Präsidenten dürfte sich vor allem darauf konzentrieren, drogenfreie Schulen, Universitäten und Arbeitsplätze zu schaffen. Darüberhinaus dürfte die Regierung die Einführung gesetzlich vorgeschriebener Rauschgifttests für besondere, „sensitive Berufsgruppen“ wie Piloten, Fluglotsen, Ärzte und Polizisten fordern. Außerdem könnten etwa 1,5 Millionen Staatsangestellte diesem Testzwang unterworfen werden.

Nancy Reagan wandte sich in ihrem Appell besonders an die US-Jugend und rief zur „Intoleranz gegenüber dem Rauschgift“ auf. „Betrügt euch nicht selbst um die Vorzüge und Schönheiten dieser Welt“, sagte sie. „Amerika braucht euch, aber wir brauchen euch bei klarem Verstand.“

# Sturm vor Ruhe in Afghanistan?

## Schwächung des Widerstandes bedeutet Stärkung Moskaus im Falle von Truppenrückzug

WALTER H. RUEB, Bonn

Eine politische Lösung des Afghanistan-Konflikts ist nach fast siebenjährigem Krieg mit 1,4 Millionen Toten, fünf Millionen Flüchtlingen in Pakistan und Iran sowie Hungersnot in zahlreichen Regionen des sowjetisch besetzten und weitgehend zerstörten Landes nach Ansicht vieler Fachleute in Aussicht. Zwar wurde die achte Runde der Verhandlungen unter UNO-Aufsicht in Genf vor einem Monat ohne Angabe von Gründen abgebrochen, doch mehren sich die Anzeichen einer sich anbahnenden Lösung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß US-Präsident Reagan und der sowjetische Parteichef Gorbatschow beim Gipfeltreffen das letzte Hindernis für einen sowjetischen Truppenabzug angehen werden: die Frage des Zeitplans für den Rückzug der 150 000 Sowjetarmisten.

Die anhaltenden militärischen Aktivitäten afghanischer Regierungstruppen und Roter Armee am Hindukusch widerlegen die These von einer möglichen politischen Lösung nicht. Das Gegenteil ist der Fall: Schließlich geht es Kabul und Moskau darum, ihre Ausgangsbasis für die Zeit nach einem sowjetischen Abzug zu festigen. „Eine Schwächung des Widerstands ist automatisch eine Stärkung des in Kabul von den Russen installierten und gestützten Regimes“, heißt es in Kreisen der Guerilla. „Deshalb benötigen wir gerade jetzt größtmögliche Unterstützung.“

In Islamabad appellierte Professor Burhanuddin Rabbani, Führer von Jamiat Islami (Islamische Gesellschaft) an andere Widerstandsgruppen, den stark bedrängten Mudschahedin in der westafghanischen Großstadt Herat zu Hilfe zu kommen. Nach blutigen Kämpfen um die mit 120 000 Einwohnern drittgrößte Stadt Afghanistans hatten sich die Mudschahedin im Juli zurückziehen müssen.

Nachdem sie in den letzten Wochen in der Stadt wieder Fuß fassen konnten, sind afghanische Regierungstruppen und die Rote Armee jetzt zur Entscheidungsschlacht angetreten. Artillerie-Sperrfeuer und Angriffe aus der Luft haben der Guerrilla sowie der Zivilbevölkerung hohe Verluste zugefügt.

Schauplatz weiterer Militäraktionen von Regierungstruppen und Sowjets ist die Region nordwestlich von Kabul. Aus der Luft und mit Artillerie werden dort seit Tagen Stellungen der Mudschahedin unter Feuer genommen.

Ziel der kommunistischen Offensive ist es, die Stützpunkte der Guerrilla zu vernichten, denn von diesen aus wurden zahlreiche Operationen gegen die Hauptstadt unternommen, die für Sowjets und Kabuler Truppen stets verlustreich verliefen.

In Kabul und Moskau hält man aber nicht nur militärische, sondern auch propagandistische Mittel für geeignet, die Ausgangsbasis für die Zeit nach einem eventuellen Abzug der „sowjetischen Beschützer“ zu verbessern. Der Vorwurf der Regierung in Kabul, die Mudschahedin verwendeten chemische Waffen, ist der bisherige Höhepunkt. Als Lieferanten wurden die USA, Großbritannien und andere westliche Länder genannt. Ein Sprecher des Widerstands bezeichnete diese Behauptungen als „absurd“ und als „Beispiel sowjetischer Desinformations-Kunst“.

# USA sind nicht bereit, für Gipfel zu zahlen

rtr. Washington

Der Fall Daniloff behindert nach Angaben des stellvertretenden amerikanischen Außenministers John Whitehead nicht zwingend die vorgesehenen Kontakte zwischen den Supermächten. Whitehead sagte, die sowjetischen Spionagevorwürfe dürften aber im Mittelpunkt des Außenministertreffens der Supermächte stehen. Falls Daniloff nicht freigelassen werde, nehme dieses Thema einen wichtigen Platz bei den für Freitag vorgesehenen Gesprächen zwischen US-Außenminister George Shultz und seinem sowjetischen Kollegen Eduard Schewardnadse ein.

Scheiterten die Bemühungen, den Fall zu lösen, schließe dies aber nicht notwendigerweise weitere sowjetisch-amerikanische Gespräche aus. Whitehead erklärte, die USA seien „aber nicht bereit, für einen Gipfel zu zahlen“. Nach seinen Worten wäre ein Gipfeltreffen gut für die Welt. Es sei „aber nicht das Ende der Welt, wenn es keinen Gipfel gibt“.

Whitehead machte noch einmal die Auffassung der amerikanischen Regierung deutlich. Er sagte: „Sacharow ist ein Spion. Er wurde in New York auf frischer Tat ertappt, und ihm wird der Prozeß gemacht.“ Daniloff dagegen sei unschuldig. Er sei in eine Falle gelockt worden.

Nach Ansicht des früheren Außenministers Alexander Haig kann sich Reagan nicht mit Gorbatschow treffen, solange der US-Korrespondent Daniloff nicht frei ist. Haig sagte in einem Interview der Fernseh-Gesellschaft ABC auf eine entsprechende Frage: „Ich denke, offen gesagt, nein.“ Gegen einen Gipfel unter solchen Umständen sprach sich in derselben Sendung auch der demokratische Senator Daniel Moynihan aus. Nach Ansicht des Republikaners und Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Senats, Richard Lugar, kann es bei dem Treffen von Shultz und Schewardnadse „nur das Thema Daniloff“ geben.

Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadi Gerassimow, sagte in einem Fernsehinterview, die Sowjetunion sei daran interessiert, beide Fälle, die nichts miteinander zu tun hätten, über diplomatische Kanäle zu lösen. Gerassimow machte klar, daß er dabei aber nicht automatisch an einen Austausch denke.

# Gatt-Runde: EG wird zu Zugeständnissen gedrängt

## Frankreich signalisiert Härte / Verstöße gegen Freihandel

H.-J. MAHNKE, Punta del Este

Mit Plädoyers gegen den Protektionismus und für einen möglichst freien Welthandel wurde gestern die Ministerkonferenz des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) in Punta del Este in Uruguay eröffnet, die erste Veranstaltung dieser Art seit vier Jahren. Der zu Beginn der ersten Sitzung zum Präsidenten der Konferenz gewählte uruguayische Außenminister Enrique Iglesias sprach von einem historischen Ereignis. Denn in diesen Tagen soll über die schwerste und umfassendste Liberalisierungsrunde für den Welthandel entschieden werden, die es je gab. In Punta del Este wollen Vertreter aus 92 Staaten und einigen internationalen Organisationen die Tagesordnung und das Vorgehen für die achte Welthandelsrunde festlegen, die dann mit ihrer Arbeit im nächsten Jahr in Genf beginnen soll.

In seiner Rede ging Iglesias, der sich in der zweijährigen Vorbereitungszeit für diese Konferenz bereits als ein äußerst geschickter und sehr engagierter Verfechter der Idee des Freihandels erwiesen hatte, auch auf das Problem ein, daß die Dritte Welt unter den weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten und Beschränkungen des Warenverkehrs am meisten zu leiden habe, so einige Länder unter der hohen Verschuldung. Die Zahl der Verstöße gegen die Regeln des Gatt habe zugenommen. Hier bedürfe es der Umkehr.

### Deutliche Unterschiede

Am Rande der Konferenz machte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann deutlich, daß mit der Entscheidung über eine neue Handelsrunde auch eine Absprache darüber verbunden sei, keine weiteren protektionistischen Maßnahmen während der Verhandlungsdauer einzuführen. Wenn schon jetzt eine feste Verabredung über den Abbau bestehender Handelshemmnisse getroffen werden könnte, wäre das günstiger, als dieses Ziel erst im Laufe der Verhandlungen zu erreichen. Die Aussichten dafür stehen allerdings schlecht.

Die Redner des Eröffnungstages setzen sich zwar alle für den Freihandel ein. Aber es wurden auch feine Unterschiede deutlich.

Schon zu Beginn der Konferenz zeigte sich, daß die EG-Agrarpolitik zu einem zentralen Punkt geworden ist. Die französische Delegation scheint hart pokern zu wollen. Sie hat signalisiert, sie habe von ihrer Regierung Weisung, überhaupt nichts zu bewegen. Sie will zwar nach dem EG-Beschluß vom März 1985 auch über den Handel mit Agrarerzeugnissen sprechen, aber dieser dürfe nicht dazu führen, daß über die Ausrichtung der EG-Agrarpolitik selbst verhandelt werde.

### Der Gemeinschaft gedroht

Die Agrarländer wie Australien, Argentinien, Neuseeland, Kanada und zehn andere haben noch einmal deutlich gemacht, daß sie von der Europäischen Gemeinschaft ein Entgegenkommen erwarten. Einige Entwicklungsländer haben schon gedroht, sie würden die Ministertagung verlassen, wenn die EG nicht zu Zugeständnissen bereit sein sollte.

Überhaupt: Die Spekulation über das Ende der Konferenz von Punta del Este spielte bereits beim Auftakt eine große Rolle. Für den Ablauf der Konferenz in den nächsten Tagen werden zwei Versionen gehandelt:

● Die Amerikaner machen von Anfang an Dampf und lassen sich auf kein kleinliches Gefeilsche ein. Sie verharren auf ihrem Standpunkt, daß über alle Themen, also auch über Dienstleistungen, gesprochen werden muß, die irgendein Land interessieren. Das heißt, die Amerikaner streben auch Verhandlungen über den Schutz von Auslandsinvestitionen an, ein Thema, das für die Bundesrepublik nicht die große Rolle spielt, weil sie mit fast allen Ländern bilaterale Investitionsschutzabkommen abgeschlossen hat.

● Es werden drei Tage Festreden gehalten. Kurz vor dem offiziellen Ende am Freitag wird in informellen Zirkeln versucht, einen Kompromiß auszuhandeln. Dann würde sich die Konferenz noch über das Wochenende hinaus hinziehen.

Diese zweite Version, die immer wieder zu Spannungen führen wird und bei der ständig irgendein Land mit dem Auszug aus Punta del Este drohen wird, wird allerdings gegenwärtig als die wahrscheinlichste gehandelt.

# Südkorea verstärkt Polizei-Einsatz

dpa/AFP, Seoul

Nach dem Bombenanschlag auf dem Kimpo-Flughafen in Seoul haben die südkoreanischen Behörden ihre Sicherheitsmaßnahmen für die am Samstag beginnenden Asienspiele verschärft. Die Überwachung des Sportlerdorfes wurde ebenso verstärkt, wie die von Flughäfen, Bahnhöfen und anderen öffentlichen Gebäuden. Das Seouler Organisationskomitee für die Asiade hat dem asiatischen Olympischen Kommitee unterdessen mitgeteilt, daß die Spiele durch den Bombenanschlag nicht gefährdet seien.

Bei der offensichtlich elektronisch gesteuerten Explosion vor der Abflughalle des Kimpo-Flughafens waren am Sonntag nachmittag fünf Menschen ums Leben gekommen und 32 Personen verletzt worden, 21 davon schwer.

Das in einem Müllcontainer versteckte Sprengpaket war nach Vermutung der Fahnder ferngezündet worden. Die Regierungsstellen in Seoul hatten Nordkorea für den Anschlag verantwortlich gemacht.

# Weizsäcker tritt für Aussiedler ein

epd, Wolfsburg

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat nach einem Treffen mit Spätaussiedlern aus verschiedenen osteuropäischen Ländern versprochen, sich künftig verstärkt für eine Anerkennung der Spätaussiedler als „Deutsche unter Deutschen“ einzusetzen. Bestehende Sprachprobleme müßten im Alltag vor allem mit Hilfe der Arbeitskollegen überwunden werden.

Ein Aussiedler aus der Sowjetunion berichtete, in der UdSSR sei er als „Deutscher“ angesehen worden, hier werde er von den Mitbürgern immer wieder als „Russe“ oder „deutschstämmiger Russe“ bezeichnet. Ein Oberschlesier klagte, in Polen sei er als „Faschist“ beschimpft worden, in Westdeutschland werde er vor allem aus der Altersgruppe um 30 herum als „Polacke“ verunglimpft. Ein Siebenbürger Sachse schlug vor, die Spätaussiedler sollten selbst etwas tun, damit die Vorurteile abgebaut würden. Die Aussiedler müßten den Kontakt zu ihren Nachbarn und Kollegen am Arbeitsplatz suchen.

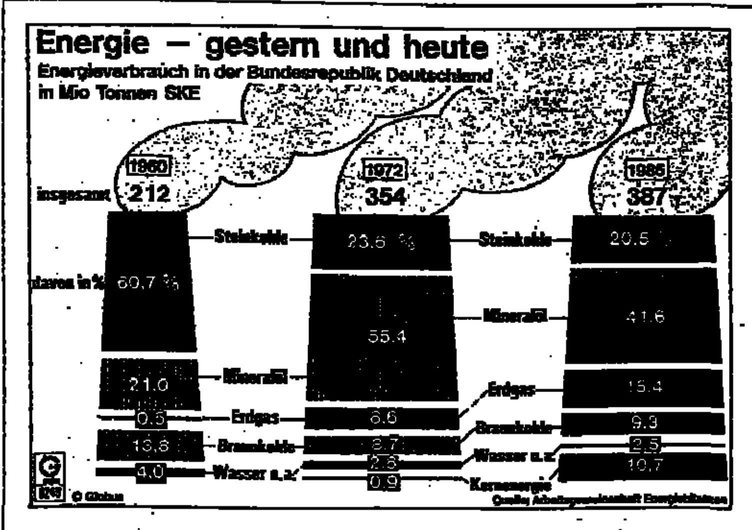
# ‚Greenpeace‘-Aktion in Ost-Berlin

DW. Berlin

Nur fünf Minuten hat gestern eine Aktion westdeutscher Mitglieder der Umweltorganisation „Greenpeace“ vor dem Gebäude des Ministeriums für Umweltschutz in Ost-Berlin gegen die Verschmutzung von Werra und Weser durch Salz aus dem „DDR“-Kalibergbau gedauert. Von einem Vorbau, der unbemerkt über eine Aluminiumleiter bestiegen worden war, wurde ein Transparent mit der Aufschrift „DDR-Salz vergiftet Werra + Weser. Schluß damit. Greenpeace“ heruntergelassen. Am Eingang waren vier Plastiksäcke mit Salz, das aus der Werra gefiltert worden war, ausgeschüttet worden. Auf einer Tafel stand: „Weser-Salz. Zurück an Absender“.

Kurz nach Beginn der Aktion eilten etwa 50 „Volkspolizisten“ herbei. Sieben „Greenpeace“-Mitglieder wurden festgenommen, fünf durften nach West-Berlin zurückfahren.

Der Salzgehalt der Werra, so „Greenpeace“ in einem Brief an „DDR“-Umweltminister Reichelt, sei höher als der der Ostsee.




Ein Jahr nach der Gründung der Bundesrepublik deckten Stein- und Braunkohle den gesamten Energiebedarf der deutschen Wirtschaft. Inzwischen haben Öl und Atomkraft aufgeholt.
GRAFIK: GLOBUS

## FÜR DEN ANLEGER

**IVG:** Die Aktien der Industrieverwaltungsgesellschaft aus Bundesbesitz werden ab 14. Oktober an der Börse gehandelt. Vom 6. bis 8. Oktober stehen 45 Prozent des Grundkapitals zum Verkauf.

**Commerzbank:** Der Kurs der Aktie schoß vor der heutigen Präsentation anläßlich der Börseneinführung in Tokio um 12,70 auf 346,70 DM hoch. Außerdem wird auf eine Dividendenerhöhung von acht auf zehn Mark spekuliert.

**Sparen:** Bei Zinserträgen der privaten Haushalte von fast 100 Mrd. DM im Jahr erscheine staatliche Ersparnisförderung überflüssig, meinte Bundesbank-Vizepräsident Schlesinger. (S. 12)

**WELT-Aktien-Indizes:** Gesamt: 278,03 (277,99); Chemie: 164,51 (164,82); Elektro: 332,95 (331,34); Auto: 742,56 (743,18); Maschinenbau: 153,64 (153,56); Versorgung: 157,96 (159,04); Banken: 408,65 (405,65); Warenhäuser: 168,18 (167,05); Bauwirtschaft: 533,59 (536,94); Konsumgüter: 183,51 (184,92); Versicherung: 1457,98 (1465,91); Stahl: 154,93 (155,40).

| Kursgewinner: | DM | + % |
|---|---|---|
| Control Data | 56,50 | 9,71 |
| Mitsui | 2,50 | 6,38 |
| Komatsu Ltd. | 7,50 | 5,63 |
| Lahmeyer AG | 815,00 | 5,57 |
| IFI Inh. Vz. | 42,00 | 5,00 |

| Kursverlierer: | DM | – % |
|---|---|---|
| Lone Star | 58,50 | 5,65 |
| Philip Morris C | 135,00 | 5,59 |
| Ford Motor | 110,00 | 5,17 |
| American Cyan. | 158,70 | 4,97 |
| Traub AG | 326,00 | 4,96 |

(Frankfurter Werte)
Nachbörse: Uneinheitlich

## WELTWIRTSCHAFT

**Frankreich:** Der Außenhandel hat im Monat August nach Angaben von Premierminister Jacques Chirac einen Überschuß von über drei Mrd. F (eine Mrd. DM) erzielt. (S. 13)

**Portugal:** Das ärmste Land der EG mit einem Pro-Kopf-Einkommen von rund 2000 Dollar wird 1986 ein Wachstum von vier Prozent nach 2,5 Prozent 1985 erreichen.

**Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte** (fob ARA/Dollar/t)

| Produkt | 12. 9. 86 | 11. 9. 86 | 1. 7. 86 | 1. 8. 85 | 1973 |
|---|---|---|---|---|---|
| Superbenzin 0,15 g Bleigehalt | 189,50 | 189,50 | 165,0 | 286,00 | 97,00 |
| Diesel (EG-Material) | 124,50 | 123,50 | 104,00 | 226,00 | 84,00 |
| Heizöl 3,5 % S | 76,50 | 78,00 | 76,50 | 139,00 | 29,00 |

## UNTERNEHMEN & BRANCHEN

**Stahlindustrie:** Bis 1988 sollen 20 000 Arbeitsplätze abgebaut werden. (S. 13)

**NAK:** Der bisherige Mehrheitsaktionär der NAK Stoffe AG – die Familie Klaus – wird ihre gesamte Beteiligung zum Jahresende abgeben.

**Porsche:** Der Jahresüberschuß des Sportwagenherstellers soll im Geschäftsjahr 1985/86 (31. Juli) im Vergleich zum Vorjahr um gut 20 Prozent auf rund 95 Mill. DM gesunken sein.

**Digi-Tech:** Der Uhrenimporteur hat den Preisverfall überlebt. (S. 18)

**BBC:** Der Anlagenbau- und Elektrokonzern hat im laufenden Geschäftsjahr einen Rückgang beim Auftragseingang von „einigen Prozent" zu verzeichnen.

## MÄRKTE & POLITIK

**Schiffahrt:** Die Krise wird nach Meinung der Commerzbank so lange andauern, wie Überkapazitäten nicht abgebaut und Neubauaufträge nicht reduziert werden.

**Konjunktur:** Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband sieht Anlaß zu weiterem Konjunkturoptimismus in der Bundesrepublik.

## NAMEN



**BBC:** Eberhard von Koerber (Foto), bis Mitte März 1986 stellvertretendes Vorstandsmitglied und Vertriebschef von BMW, ist gestern vom Verwaltungsrat der schweizerischen BBC in die Konzernleitung berufen worden. Ab Mitte Oktober übernimmt er dort die Leitung der Sparte „Standardprodukte" sowie die Bereiche Planung und Marketing. Ebenfalls in die Konzernleitung der BBC berufen wurde Bertold Romacker, Vorstandsmitglied der BBC in Mannheim.

WER SAGT'S DENN?

*„Inflation ist der Taschendieb der kleinen Leute."*
Bundesarbeitsminister Norbert Blüm

# SPD-Pläne belasten Steuerzahler und Staatssäckel gleichermaßen

### Bereits 1988 müßten drei Millionen Steuerpflichtige mehr zahlen – „Leistungsfeindlich"

HEINZ HECK, Bonn

Die SPD-Steuerpläne für 1988 sind im Vergleich zum geltenden Recht, also der bereits gesetzlich verankerten Steuersenkung, als leistungsfeindlich zu bezeichnen. Das ergeben Berechnungen des Bundesfinanzministeriums. Danach würden schon 1988 rund drei Millionen Steuerpflichtige (rechnet man Doppelverdiener getrennt, vier Millionen) von Mehrbelastungen getroffen. 1992 wären es bereits 5,4 (7,2) Millionen.

Soweit der SPD-Tarif vorübergehend zu einer Entlastung führt, wird diese in vielen Fällen schon nach wenigen Jahren wegen der verschärften Grenzbelastung (das ist die Besteuerung der zusätzlich verdienten Mark wieder „einkassiert" und schlägt in eine dauerhafte und zunehmende Mehrbelastung um. So würde beispielsweise ein lediger Bergarbeiter 1988 (mit rund 47 000 Mark brutto) mit dem SPD-Tarif um 6 Mark jährlich entlastet, müßte aber 1990 (mit rund 50 600 Mark) 190 Mark mehr zahlen.

Insgesamt wird der SPD-Tarif in den ersten Jahren als in etwa aufkommensneutral bezeichnet. Wegen der Progressionsverschärfung führe er jedoch auf Dauer zu einer stärkeren Belastung der Steuerzahler als der 1988 geltende Tarif. Diese Wirkungen verstärken sich erheblich, wenn man die von der Bundesregierung für die nächste Legislaturperiode geplanten Steuerentlastungen einbezieht.

Für Steuerzahler mit Kindern führen die SPD-Vorschläge oft zu größeren Entlastungen als der steuerliche Kinderlastenausgleich nach geltendem Recht (die SPD will die Kinderfreibeträge abschaffen und das Kindergeld für das erste Kind auf 100, für das zweite auf 200 und jedes weitere auf 300 Mark monatlich erhöhen und die Kürzung des Kindergeldes für Besserverdienende streichen). Die SPD-Vorschläge seien allerdings nicht aufkommensneutral, sondern führten zu einer Mehrbelastung von rund 1,5 Mrd. Mark (Mehrausgaben des Bundes von 6,7 Mrd. stünden Entlastungen der Länder und Gemeinden von 5,2 Mrd. gegenüber).

Ungeachtet dieser großzügigeren Dotierung müßten schon 1988 etwa eine Million und 1992 sogar 1,8 Millionen Steuerpflichtige mit Kindern per saldo Verschlechterungen hinnehmen: Familien mit einem Kind und einem Familieneinkommen von rund 45 000 Mark wären schlechter gestellt, ebenso Steuerzahler mit zwei und drei Kindern und einem Einkommen von 90 000 Mark. Die ursprünglichen SPD-Vorschläge hatten nur eine Kindergelderhöhung um monatlich 45 Mark je Kind vorgesehen. SPD-Kanzlerkandidat Rau hat sie deutlich erhöht. Damit wurde der Plan um rund 3,5 Mrd. Mark teurer.

Zahlväter wären nach den SPD-Vorschlägen durchweg schlechter gestellt. Denn sie verlören die Steuerentlastung, hätten aber keinen entsprechenden Vorteil durch die Kindergelderhöhung.

Das Ministerium widerlegt mit Zahlen die Behauptung der SPD, wonach die Grenzsteuersätze in ihrem Modell bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 41 000/82 000 (Ledige/Verheiratete) stärker abgeflacht würden. Eine Entlastung sei vielmehr nur bis zu 30 400/60 800 Mark zu erwarten. Anschließend gibt es erhebliche Tarifsprünge.

Die Behauptung der SPD, ihre Steuervorschläge führten „zu einer stärkeren Entlastung bis einschließlich der sogenannten Facharbeiter-Zone, das heißt auch der Meister, Ingenieure und kleinen Selbständigen", sei falsch und irreführend.

Die SPD will den Tarif 1988 aufkommensneutral umgestalten durch Anhebung des Grundfreibetrags von jetzt jährlich 4536/9072 auf 5022/10 044 Mark, Ausdehnung der unteren Proportionalzone (22 Prozent) von jetzt 18 000/36 000 auf 21 600/43 200 Mark sowie eine Änderung der Progressionszone: Von 21 600/43 200 bis 41 040/82 080 Mark soll die Progression gleichmäßig verlaufen. Von da an sollen die Tarifsenkungen 1986 und 1988 abgeschafft werden, so daß wieder der Tarif von 1981 gelten würde. Daraus erklärt sich die steilere Progression.

# Zollabbau gegenüber den USA macht Schwierigkeiten

### Südliche EG-Staaten kritisieren „Spaghetti"-Kompromiß

WILHELM HADLER, Brüssel

Als politisch unausgewogen haben die südlichen EG-Staaten gestern die mit der US-Regierung getroffenen Vereinbarungen zur Beilegung des „Spaghetti-Krieges" kritisiert. Die übrigen Delegationen versuchten ihnen trotzdem die Zustimmung schmackhaft zu machen, schon um die angelaufenen Beratungen im Gatt nicht zu gefährden.

Die EG-Kommission hatte sich mit Washington im August auf ein Bündel von Handelskonzessionen verständigt und damit einer gefährlichen Eskalation im langwierigen Konflikt über die Zitrus- und Teigwarenlieferungen vorgebeugt. Während von beiden Seiten eingeleitete Retorsionsmaßnahmen inzwischen wieder zurückgenommen sind, bedarf der vereinbarte Zollabbau noch der Ratifizierung durch die Regierungen.

Die EG soll unter anderem zusagen, ihre Einfuhrbelastungen für Süßorangen, Pampelmusen und Mandeln zu senken. Dafür haben die USA in Aussicht gestellt ihre Zölle für Käse, Oliven und Kapern aus Europa abzubauen.

Im Rat machten gestern die Italiener geltend, die handelspolitischen Opfer seien unter den Mitgliedsstaaten zu ungleich verteilt. Die Spanier glauben, daß sich die geplante Senkung der EG-Zölle für Mandeln (von sieben auf zwei Prozent) zum Nachteil für ihre Exporte in die übrige Gemeinschaft auswirken wird. Auch die Griechen äußerten erhebliche Bedenken.

Dagegen machte die Kommission geltend, eine Aufbesserung des Verhandlungsergebnisses sei auch bei einer Wiederaufnahme der Gespräche mit Washington nicht zu erwarten. Die Einigung sei ein großer Fortschritt, da sie die Chance biete einen seit 17 Jahren andauernden Konflikt zu beenden. Ein für allemal habe die US-Regierung jetzt die Präferenzabkommen der EG mit den nicht beigetretenen Mittelmeer-Anrainern als gatt-konform anerkannt.

Auch der Bonner Staatsminister im Auswärtigen Amt, Lutz Stavenhagen, meinte, für die EG sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, die Chance für einen Kompromiß zu nutzen.

Am Rande der Ratssitzung wurde versucht, den noch zögernden Partnern die Zustimmung durch interne Zusicherungen zu erleichtern.

## AUF EIN WORT




„Karrierestart heißt, Dinge tun, die andere wollen. Karriereziel heißt, das umsetzen, was man selbst will. Karriereflop heißt, Ziel und Start verwechseln."

Heinz-Joachim Karnbach, Mitglied des Vorstandes der VA-Akademie für Führen und Verkaufen, Sulzbach.
FOTO: DIE WELT

# Kernkraft muß Braunkohle ersetzen

### Prognos-Gutachten: Bei Reduzierung der Förderung werden Engpässe entstehen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Bei einer Reduzierung der Braunkohlenförderung von 120 000 auf 70 000 Jahrestonnen und deren kostengünstige Verstromung muß eine deutliche Hinwendung zur Kernenergie in Kauf genommen werden. Das bedeutet für die gesamte Bundesrepublik unter betimmten Vorgaben – Steigerung des Stromverbrauchs bis zum Jahr 2020 um 65 oder zehn Prozent, erforderliche Engpaßleistungen von 124 000 (90 000) MW bzw. 84 000 (90 000) MW – Kostensteigerungen von unter einem Prozent, für Nordrhein-Westfalen jedoch mit seiner starken Ausrichtung auf Kohleeinsatz, Kostensteigerungen von drei Prozent, „die beachtliche ökonomische Anpassungsprozesse auslösen".

Das sind einige Kernaussagen des bei der Prognos AG in Auftrag gegebenen, nur in Ergebniskurzfassung vorliegenden Gutachtens über „energiepolitische, gesamtwirtschaftliche *und regionalwirtschaftliche Folgen* einer möglichen Reduzierung der Braunkohlenförderung". Die 1984 vom Wirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebene Studie wurde erst nach deutlicher Kritik an der Informationspolitik von Landesminister Prof. Jochimsen (SPD) seitens CDU und FDP in Düsseldorf veröffentlicht. Der Gesamttext, ohne den einige Passagen der Egebnisse nicht recht verständlich sind, wird weiterhin geheim gehalten.

Erstaunlich ist ein Satz der energetischen Rahmenbedingungen: „Die Energieträgerstruktur des Kraftwerkparks wird langfristig von Kernenergie, Braunkohle und Steinkohle bestimmt", einer sichtbaren Konsequenz aus verschiedenen Annahmen. In verschiedenen Kontrastvarianten wird herausgestellt, daß der Abbau von Braunkohle-Kraftwerkskapazität *durch Kernenergie, aber auch durch* Drittländerkohle ersetzt werden muß. Eine dritte Variante stellt sogar bei unverändert hoher Kraftwerkskapazität und angenommener Verwendung von Braunkohle nur im Mittellastbereich sowie Verdrängung der Steinkohle aus diesem Bereich den Ersatz im Grundlastbereich durch Energie heraus.

Für die ersten beiden Varianten wird bundesweit bis 2020 ein Wertschöpfungsverlust von bis zu 442 Mill. DM und ein Verlust von 4000 bis 8000 Arbeitsplätzen vorausgesagt. Für NRW allein addiert sich der Wertschöpfungsverlust jedoch auf rund 3,4 Mrd. DM bis 2020. Direkt und indirekt gingen dadurch bis zum Jahr 2000 rund 21 000, bis 2020 etwa 19 000 Arbeitsplätze verloren.

# Schnell vergessen

**fu (London)** – Die Inflationsrate in Großbritannien ist im August auf Jahresbasis unverändert bei 2,4 Prozent geblieben. Dies wäre weiter kaum erwähnenswert, gäbe es da nicht den Vermerk in den Statistiken, daß die britische Preissteigerungsrate im Juli und August so niedrig lag wie seit knapp 20 Jahren nicht mehr. Um genau zu sein: Im November 1967 erreichte die Inflationsrate zum letzten Mal einen noch niedrigeren Jahressatz, nämlich zwei Prozent.

Die Leistung der Regierung Thatcher in ihrer konsequenten Inflationsbekämpfung ist sicherlich nicht zu unterschätzen. So darf nicht vergessen werden, daß die Preissteigerungsrate im Frühjahr 1980 kurz nach ihrem Amtsantritt auf mehr als 20 Prozent gestiegen war. Doch wesentlich unterstützt wurde die Regierung bei ihren Bemühungen durch fallende Rohstoffpreise und die schwere Rezession.

Das Beispiel Nordsee-Öl drängt sich hier auf. Halfen die himmelstürmenden Ölpreise noch, den Briten eine hohe Inflationsrate zu „bescheren", so sind sie heute von dieser „Last" befreit. Was da einmal hohe Inflationsraten verursachte. war zugleich klingelnde Kasse des eigenen Öls. Und in dieser Kasse klingelt es nun nicht mehr, dafür aber kann die Regierung niedrigere Kaufkraftverluste melden. Hier geht es also um den Saldo von Cash und Pay, und der könnte nach höherer Inflationsrate rufen.

Inzwischen sieht alles danach aus, als habe die Inflationsrate ihren niedrigsten Punkt vor den nächsten Parlamentswahlen erreicht. Wirtschaftsforscher rechnen damit, daß die Steigerungsrate zum Jahresende bei über drei Prozent liegen wird. Die große Gefahr ist nämlich, daß ein Großteil der Briten die für ihre Verhältnisse extrem niedrige Inflationsrate als übertrieben ansieht. So rasch läßt sich eine Inflationsmentalität, die tief in einem Volk wie den Briten steckt, offenbar nicht ausmerzen.

Vergessen scheinen bereits die verheerenden Auswirkungen zu sein, die nahezu zwei Jahrzehnte hoher Inflation auf Ersparnisse, Investitionen und Arbeitsplätze hatten. Wie anders ist zu erklären, daß die Lohn- und Gehaltserhöhungen im Durchschnitt um mehr als fünf Prozent über der Inflationsrate liegen.

# Opec – jetzt oder nie

Von HANS BAUMANN

Der Monat ist halbiert. Seit dem 1. September wollte die Opec die Ölförderung der in ihr organisierten 13 Staaten drosseln, um die Schwemme am Weltmarkt einzudämmen und die verfallenen Preise weiter aufzupäppeln. Doch obwohl die meisten der Ölförderländer angekündigt hatten, ihre Hähne etwas zuzudrehen, steht fast sechs Wochen nach der Einigung von Genf am 5. August fest, daß die vereinbarte Fördermenge von 16,7 Millionen Faß pro Tag immer noch um gut eine Million überschritten wird.

Darin kommt nicht nur zum Ausdruck, daß es ungewöhnlich schwer ist, die Opec-Staaten zu disziplinieren, schlägt doch offensichtlich bei manchen die Versuchung durch, über zusätzliche Mengen die so rar gewordenen Devisen in die Kasse zu bekommen. Eine zweite, vielleicht noch gravierendere Sorge, scheint sich ebenfalls gegen eine durchgreifende Förderkürzung zu stellen: Die sicherlich nicht ganz unbegründete Befürchtung, daß Ölförderländer, die nicht der Opec angehören, in jene Mengen einsteigen könnten, die die Opec aus dem Markt nimmt. Anders läßt es sich kaum erklären, daß sich ein Ölscheich Yamani von Saudi-Arabien in geheimer Mission nach Oslo aufmacht, um dem dortigen Energieminister das Versprechen abzuringen, nun auch im Interesse eines höheren Ölpreises die Förderung zu drosseln.

**Noch ist es der Opec nicht gelungen, die in Genf vereinbarte Förderkürzung durchzusetzen. Termin war der 1. September. Gelingt die Disziplinierung in letzter Minute?**

Aber nicht nur mit solchen Goodwill-Besuchen versucht Yamani, Konsens am internationalen Ölmarkt zu erzeugen. Auch für die eigenen Reihen der Opec hat er ein Schwert geschliffen, das er einsetzen wird, sobald sich herausstellt, daß ein Opec-Land aus der Karawane ausschert. Eine stattliche Flotte von Tankern dümpelt auf See, um den Weltmarkt wieder mit Öl zu überschwemmen, wenn die Vereinbarung von Genf unterlaufen werden sollte.

All dieser Aufwand wird für lange Zeit vergebens getrieben worden sein, wenn es jetzt nicht gelingt, die Ölschwemme einzudämmen und den Ölpreis zu stabilisieren.

Dabei hoffen die Opec-Länder schon längst nicht mehr auf Preise, die einst über 30 Dollar je Faß lagen. Wenn sie sich überhaupt erst einmal über 10 Dollar stabilisieren würden, wäre schon viel gewonnen. Ziel der zur Zeit praktizierten Selbstdisziplinierung ist ein Ölpreis zwischen 15 und 20 Dollar, der nicht nur Überschüsse in den Staatskassen der Opec-Länder entstehen ließe, sondern auch dazu verleiten könnte, wieder nach Öl zu suchen.

Und genau hier liegt das Interesse der Ölverbraucherländer auf längere Sicht. Sie brauchen eigene Quellen, um der Opec auch längerfristig Paroli bieten zu können. Der ungewöhnlich hohe Preis für Rohöl von über 30 Dollar hatte eine fieberhafte Suche nach Öl ausgelöst mit dem Erfolg, daß viele neue Quellen entdeckt wurden – man denke an die Nordsee, an den Ölboom in Mexiko oder an die Funde in Ägypten.

Zusammen mit den Sparmaßnahmen, die das teure Öl ebenfalls initiierte, wurde die Opec auf weniger als ein Drittel ihrer Förderung zurückgeworfen. Übermut kommt vor dem Fall. Auch die Opec mußte dies lernen. Wenn im ersten Halbjahr 1986 die Opec 20 Prozent mehr Öl verkaufte, so mußte sie doch auf rund ein Drittel ihrer Öleinkünfte verzichten, weil eben die Preise unter dem Druck der Mengen verfielen.

Anfang Oktober wollen sich die Ölminister der Opec-Länder treffen, um Kriegsrat zu halten über die neue Feindlage am internationalen Ölmarkt. Dann werden sie festhalten müssen, daß ihnen keine neuen Felle zuschwimmen werden aus dem Streit um Kernenergie in der Bundesrepublik, daß noch bis in den Herbst hinein die großen Fördermengen der letzten Monate aus der Verarbeitung auf den Markt drängen und daß ihre nichtorganisierten Mitbewerber parat stehen, um die allmählich wachsende Nachfrage nach Öl zu bedienen, um sich also Marktanteile zu sichern.

Für die Bundesrepublik bedeutet diese Konstellation, daß die Ölpreise in diesem Jahr nicht wieder in den Himmel wachsen. Zielgröße dürften die 20 Dollar pro Faß sein. Da aber für das laufende Jahr kaum mit höheren Preisen für Öl als die jetzt gegen 15 Dollar tendierenden zu rechnen sein wird, steht der Republik eine Ersparnis für Energieeinfuhren um 50 Prozent ins Haus. Da 1985 dafür 95 Milliarden Mark aufgewendet werden mußten, bleiben grob 50 Milliarden im Land, die zur Stützung der Konjunktur genutzt werden können.

# Heftige Kritik an Finanzpolitik

## Schlesinger: „Entwicklungsrückstand" bei Emissionen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Politiker und Bankiers werden sicherlich nicht gerade begeistert sein von so manchen Passagen eines Vortrags, den Prof. Helmut Schlesinger, Vizepräsident der Bundesbank, gestern auf der Jahrestagung des Vereins für Sozialpolitik hielt. Wie ist es zu erklären, daß die meisten Politiker fast immer für niedrigere Zinsen oder staatliche Zuschüsse oder Kreditprogramme plädieren, obwohl es doch unter den Wählern mehr Anleger als Schuldner gibt? In der Politik bestimmt eben in Wirklichkeit nicht die Mehrheit, sondern den Ausschlag geben Gruppen von Minderheiten, meint Schlesinger, der die unter politischem Druck zustandegekommenen Kapitalfehllenkungsmaßnahmen – auch Zinsverbilligungsprogramme – letztlich als die wahrscheinlich entscheidende Ursache der Unterbeschäftigung ansieht.

Zugleich kritisiert der Bundesbankvize die staatlich subventionierten Kreditaktivitäten öffentlicher Spezialbanken (z.B: KfW und Ausgleichsbank). Mit dem Verzicht dieser Institute auf Zinsverbilligung aus eigenen Erträgen würde die Verfügungsmasse für Steuersenkungen größer. Außerdem würde dann das eine oder andere Institut für eine Privatisierung heranreifen und damit den Fiskus zusätzlich entlasten. Schlesinger gab sich überzeugt, daß Kreditgenossenschaften und Sparkassen die jetzt indirekt staatlich geförderten kleinen und mittleren Unternehmen sehr wohl zu bedienen wüßten. Überdies dürfte bei ausreichender Kreditnachfrage aus diesem Kundenkreis auch weniger Gefahr bestehen, daß sich diese Institute an für sie untauglichen Großprojekten versuchten.

Kritisch setzte sich Schlesinger mit der „kümmerlichen Rolle" des organisierten Kapitalmarkts bei der Unternehmensfinanzierung auseinander. Es sei widersinnig, daß der deutsche Rentenmarkt zunehmend von der Auslandskonkurrenz deutscher Unternehmen in Anspruch genommen wird, aber nicht von ihnen selbst, die sich an ausländischen Kapitalmärkten finanzierten. Zwecks Abhilfe forderte Schlesinger eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Unternehmensanleihen, das berücksichtige, daß deutsche Anleihekäufer nicht mehr so „schutzbedürftig" seien wie vor zwei oder drei Jahrzehnten.

Mit der zu geringen Nutzung des Kapititalmarktes zur Eigen-und Fremdfinanzierung seien große und mittlere und erst recht kleine Unternehmen sehr stark auf den Bankkredit angewiesen. Wenn aber bei den Banken das Vorsichtsmotiv bei der Kreditvergabe herrsche, was Schlesinger mit Blick auf die Bonität des Bankenapparates für wünschenswert hält, könnten sich technologisch oder absatzpolitisch innovative Investitionen möglicherweise nicht voll entfalten.

Ein „Entwicklungsrückstand" besteht im Vergleich zu vielen anderen Ländern nach Meinung des Notenbankiers noch bei der Heranführung von Börsenneulingen an den Aktienmarkt. Schlesinger, der auf das Fehlen von Spezialinstituten für dieses Geschäft hinweist, lobt zwar die in den letzten Jahren größeren Aktivitäten der Banken auf diesem Gebiet, aber er plädiert dafür, wie von der Bundesregierung vorgesehen, daß am neuen Börsensegment, dem „Geregelten Markt" auch Finanzierungsfirmen aus dem Nichtbankenbereich Börsenneulinge bei der Börseneinführung begleiten.

Einen neuen Weg in der Kapitalmarktpolitik empfiehlt Schlesinger den Bundesländern, die, weil Länderanleihen im Ausland als ziemlich uninteressant gelten, höhere Zinsen als der Bund zahlen müsse. Sie sollten sich, um etwa das gleiche Emissionsstanding wie der Bund zu erwerben, zu einem Emissionsfonds zusammenschließen, der für sie als einziger, voll innsolventer, von allen Ländern gesicherter Emittent aufträte. Sie könnten dann vermutlich das Bundesanleihekonsortium nutzen, gemeinsame Werbung und Kurspflege über die Bundesbank, den Führer des Bundesanleihekonsortiums betreiben.



# Schwedens Aussichten günstiger denn je

## Reichsbankpräsident Bengt Dennis über die Konjunktur in einem Gespräch mit der WELT

ALFRED ZÄNKER, Genf

Schwedens Wirtschaft sieht wieder mit Zuversicht in die Zukunft. In Industriekreisen werden die Aussichten als „günstiger denn je seit den siebziger Jahren" bezeichnet. „Wir haben in letzter Zeit bei der Lösung unserer Probleme viel raschere Fortschritte gemacht als irgend jemand erwartet hätte", meint Bengt Dennis, Präsident der schwedischen Reichsbank, in einem Gespräch mit der WELT. „Eine beträchtliche Abwertung der Krone, sinkende Importpreise, vor allem billigeres Öl, eine verhältnismäßig gute Weltkonjunktur haben uns geholfen, unsere Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Ebenso wichtig ist gewesen, daß wir seit 1983 zu einer strafferen Geld- und Finanzpolitik übergegangen sind und daran konsequent festgehalten haben", betont Dennis.


FOTO: DPA

Die Sanierung des früher stark defizitären Staatshaushaltes ist durch strenge Ausgabenkontrolle und Abbau von Subventionen gut vorangekommen. Das Defizit im öffentlichen Sektor hat sich inzwischen von noch über 6 Prozent auf nur 1 Prozent des Sozialprodukts vermindert. Nur die Bundesrepublik, Japan und die Schweiz weisen heute etwas kleinere Defizite aus.

Ola Virin, Chefökonom des schwedischen Industrieverbandes, erwartet einen fortgesetzten Konjunkturanstieg für die nächsten 15 bis 20 Monate. Die Gewinne sind in den meisten Branchen recht befriedigend, die Stimmung ist gut. Die Industrieinvestitionen dürften 1987 nochmals um 8 bis 10 Prozent (real) steigen. Für den privaten Verbrauch wird ein Anstieg um mindestens 2,5 und für den Export eine Zunahme um nochmals 5 bis 6 Prozent vorausgesehen. Autobranche, Maschinenbau und Elektroindustrie hoffen auf neue Absatzerfolge, vor allem in Europa.

Insgesamt rechnet Virin zwar nur mit 2,5 Prozent Wachstum, die Produktion steigt damit nun aber wieder wesentlich rascher als in der kritischen Periode von 1976 bis 1982 mit damals weniger als ein Prozent pro Jahr. Schwedens Arbeitslosenrate bleibt unter drei Prozent, im Baugewerbe herrscht akuter Facharbeitermangel.

Beunruhigend ist, so Dennis, daß die Lohnkosten mit rund 6 Prozent in diesem Jahr immer noch rascher steigen als in anderen wichtigen Industrieländern. Dadurch droht sich auf etwas längere Sicht die Konkurrenzkraft wieder abzuschwächen. Zwar haben die Arbeitergewerkschaften ihre Forderungen für 1986/87 gemäßigt. Die in Schweden üblichen außertariflichen Zahlungen treiben die Löhne aber trotzdem stark in die Höhe.

Auch Schwedens hohe Steuerlasten und stark progressive Einkommensteuern bleiben ein Nachteil im weltweiten Wettbewerb und ein Hindernis auf dem Wege für rascheres Wachstum. Die Steuerquote – laut OECD – liegt mit 51 Prozent um gut ein Drittel über der deutschen. Die meisten Arbeitnehmer zahlen 50 bis 60 Prozent steuern. Das hat massive Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit, Emigration hochqualifizierter Fachkräfte zur Folge.

Inzwischen ist eine intensive Steuerdiskussion in Gang gekommen. Der sozialdemokratische Finanzminister Kjell-Olof Feldt meint jetzt, daß die progressive Besteuerung die Inflation durch zusätzliche Lohnansprüche anheize und keineswegs dazu beitrage, die Einkommensunterschiede auszugleichen, zumal Empfänger höherer Einkommen und Kapitalbesitzer viele Abzugsmöglichkeiten haben.

Feldt glaubt auch, daß die US-Steuerreform eine Kettenreaktion auslösen und in vielen Ländern zu ähnlichen Erleichterungen bei der Progression wie in USA führen wird. Er plädiert deshalb für eine Art „Reagansche" Reform auch in Schweden mit niedrigrer Steuerprogression, aber verminderten Abzugsmöglichkeiten und höherer Belastung von Unternehmen und Kapital.

Fraglich ist, ob wirksame Erleichterungen möglich sind, ohne die gesamte Steuerlast wesentlich zu senken und damit schließlich auch die Staatsausgaben zu drosseln. Die stark aufgeblähten Sozialleistungen des Landes will aber bisher noch niemand – außer den Konservativen – antasten. Alles deutet nun aber darauf hin, daß der schwedische Wohlfahrts- und Steuerstaat seinen Höhepunkt überschritten hat.

# Fachkräfte sind Mangelware

## Personelle Engpässe in jedem dritten Metallunternehmen

AP, Köln

Der Mangel an Fachkräften wird nach Darstellung der Arbeitgeber in der Metallindustrie, dem mit 3,94 Millionen Beschäftigten größten Wirtschaftszweig der Bundesrepublik, immer häufiger zu einer Belastung. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall teilte gestern in Köln mit, Mitte des Jahres hätten bereits 6000 Firmen Produktionsschwierigkeiten gehabt, weil ihnen Fachkräfte fehlen. Die Tendenz steige weiter an.

Aufgrund einer Umfrage erklärte Gesamtmetall, Mitte 1986 habe es in jedem dritten Betrieb der Metallindustrie Probleme wegen fehlender Fachkräfte gegeben. Ein weiteres knappes Fünftel der Metallunternehmen rechne in den nächsten Monaten damit, so daß Ende dieses Jahres über die Hälfte der Metallfirmen – das sind hochgerechnet fast 10 000 Betriebe – vom Fachkräftemangel betroffen sei. Selbst in Regionen mit überdurchschnittlich vielen Arbeitslosen fänden die Firmen nicht die dringend benötigten Fachkräfte.

Gesucht werden nicht nur Fachkräfte mit NC- und CNC-Kenntnissen, um computergesteuerte Anlagen zu bauen und zu bedienen. Auch bei Facharbeitern mit traditionellen Qualifikationen sei der Bedarf groß. Kaufmännische Angestellte und Arbeitskräfte für einfache Tätigkeiten seien hingegen in ausreichender Zahl vorhanden.

Wichtigste Ursache für den Facharbeitermangel ist nach Auffassung der Arbeitgeber der starke Investitionsschub seit 1983, der zu einer raschen Einführung neuer Techniken in Produkte und Produktion der Metallindustrie geführt habe.

Den größten Bedarf an Facharbeitern und Ingenieuren melden der Fahrzeugbau, der Maschinenbau und die Elektroindustrie, teilt Gesamtmetall mit. Ingenieure fehlten in 38 Prozent der Elektro-Betriebe. Im Fahrzeugbau und im Maschinenbau suchten 19 Prozent und 17 Prozent der Unternehmen Ingenieure. Facharbeiter mit NC/CNC-Kenntnissen fehlten in 35 Prozent der Maschinenbau-Unternehmen und in jeweils 24 Prozent der Firmen des Fahrzeugbaus und der Elektroindustrie. Während Großunternehmen mit 5000 und mehr Beschäftigten hauptsächlich nach Ingenieuren, NC-, CNC- und Elektrofacharbeitern fahnden, brauchen die Kleinunternehmen vor allem traditionell ausgebildete Facharbeiter.

Um den personellen Engpaß zu beheben, verstärken die Unternehmen ihre eigenen Aus- und Weiterbildungsanstrengungen. Neun von zehn befragten Betrieben bieten ihren Mitarbeitern Weiterbildungskurse an. Jedes fünfte Unternehmen klagt aber über mangelndes Interesse bei den Beschäftigten. Die Metallarbeitgeber halten es für abwegig, für die Mangelsituation Versäumnisse in der betrieblichen Ausbildung verantwortlich zu machen. Der heutige Bedarf sei in den 60er- und 70er-Jahren noch nicht vorhersehbar gewesen.

# *Ferienhäuschen wurde zur Pleite*

ALFRED ZÄNKER, Genf

Der Zahnarzt aus dem Ruhrgebiet, der vor Jahren eine teure Ferienwohnung in einem kleinen Ort in Graubünden erwarb, in der Annahme, es handele sich um eine sichere, auf die Dauer höchst profitable Anlage, kommt sich heute arg gebeutelt vor. Denn der Wert seiner Schweizer Wohnung ist inzwischen erheblich gesunken. Er kann sie jetzt praktisch nur noch an Schweizer verkaufen, seitdem die gesetzlichen Vorschriften für den Erwerb von Immobilien durch Ausländer im vorigen Jahr drastisch verschärft wurden. Ein kaufwilliger Schweizer aber ist nicht leicht zu finden, jedenfalls müssen gewaltige Preisabschläge von 50 oder 60 Prozent hingenommen werden. So ist es in letzter Zeit vielen Ausländern, vor allem auch Bundesbürgern, ergangen.

Wie grundlegend sich die Lage am hiesigen Immobilienmarkt geändert hat, geht aus nun vorliegenden Zahlen für 1985 hervor. Danach sanken die bewilligten Verkäufe an Personen im Ausland auf nur noch 1224, verglichen mit 2316 im Vorjahr und jährlich noch rund 6000 zu Beginn der achtziger Jahre. Die Zahl bewilligter Ferienwohnungen sowie Wohneinheiten in sogenannten Apparthotels, die der Besitzer für eine bestimmte Zeit im Jahr weitervermieten muß, fiel auf nur noch 697 (1551). Insgesamt genehmigte die Schweiz den Verkauf von 155 Hektar an Ausländer, halb soviel wie 1984, davon 74 Prozent für gewerbliche Betriebsstätten.

Die meisten Kantone hatten in der Einführungsphase des neuen Gesetzes monatelang überhaupt keine ausländischen Käufe von Ferienwohnungen mehr bewilligt. Aber auch in diesem Jahr dürften die Bewilligungen kaum mehr als 1500 bis 1600 Einheiten erreichen, zumal nun auch die Nachfrage nachläßt. Sie bleiben damit selbst unter dem für das ganze Land vorgesehenen jährlichen Kontingent von 2000 Bewilligungen, das 1987/88 auf 1800 gesenkt werden soll. Bern behält sich allerdings vor, bei Bedarf den „Ausländerhahn" wieder aufzudrehen.

Ferienorte werden nach wie vor begünstigt auf Kosten bereits stark „überfremdeter" Kantone wie zum Beispiel Genf. Auch vermögende Ausländer, selbst Araber, können heute kaum mehr Villen oder Chalets am Genfer See erwerben. Hier hatte die „Überfremdungsgefahr" im Herbst 1985 zu einem markanten Wahlerfolg der ausländerfeindlichen Partei, der „Vigilants", geführt. „Genf ist nicht mehr zum Verkauf", erklärte kürzlich Jean-Philippe Maitre, der neue Wirtschaftsdirektor des Kantons.

Doch nun geht auch das ausländische – besonders das deutsche – Interesse an teuren, im Notfall aber fast unverkäuflichen Schweizer Wohnungen zurück. Steuerliche Anreize des Bauherrenmodells, die den Kauf teurer Schweizer Immobilien bis 1982 angeheizt hatten, bestehen nicht mehr. Auch der hohe Frankenkurs, der seit den frühen siebziger Jahren der D-Mark gegenüber um 50 Prozent gestiegen ist, dämpft die Nachfrage. Dazu kommt, daß sich nur wenige Schweizer für Ferienwohnungen auf engem Raum in „Ausländergettos" interessieren. Eine Wohnung in der Schweiz hat sich für den deutschen Anleger als schlechte Investition erwiesen. Und daran wird sich auf absehbare Zeit jedenfalls bis in die neunziger Jahre kaum viel ändern.

# WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

### Kritik an Reformplänen

**Brüssel** (dpa/vwd) – Die Dachverbände der Bauern und der ländlichen Genossenschaften in der Europäischen Gemeinschaft (COPA und COGECA) haben die Pläne der EG-Kommission zu Maßnahmen gegen die Milchüberschußproduktion scharf kritisiert. In einer Stellungnahme hieß es, insbesondere die Vorschläge zur Einschränkung der Intervention (staatliche Ankaufverpflichtung zu Garantiepreisen) bedeuteten eine „totale Aushöhlung" der bestehenden Stützung.

### BBC mit weniger Gewinn

**Baden** (dpa/vwd) – Der Anlagenbau- und Elektrokonzern BBC Aktiengesellschaft Brown, Boveri und Cie., Baden/Schweiz, hat im laufenden Geschäftsjahr einen Rückgang beim Auftragseingang von „einigen Prozent" zu verzeichnen. Dies berichtete das Unternehmen ohne Angaben genauerer Zahlen. Als Gründe wurden die Währungsituation sowie stark reduzierte Projekte unter anderem in Ländern der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) genannt. Im Vorjahr hatte der Bestelleingang rund 13 Milliarden Franken (15,7 Mrd DM) erreicht. Nach der Abrechnung eines Kernkraftwerkes dürfte der Umsatz im Vergleich zu 1985 (13,9 Mrd. Franken) jedoch leicht ansteigen und das Konzernergebnis wieder positiv ausfallen. Der Vorjahresgewinn von 109 Mill. Franken werde nicht wieder erreicht. Das Unternehmen beschäftigt weltweit 98 000 Mitarbeiter.

### Südafrika: Goldgeschäft

**Johannesburg** (dpa/VWD) – Die südafrikanische Regierung erwartet, daß die Wirtschaft am Kap noch mindestens 30 Jahre lang von der Goldförderung profitieren kann. Das sagte Finanzminister Barend du Plessis in Johannesburg. Nach seinen Worten werde die Wirtschaft in den nächsten zwölf Monaten einen besonders deutlichen Aufschwung erleben, falls sich der Goldpreis über 400 US-Dollar je Unze halte.

### Mehr Joint-ventures

**Budapest** (dpa/VWD) – „Entideologisierung" ist angesagt in Ungarns Wirtschaftsleben. Die Öffnung in Richtung Westen, vor allem nach der Bundesrepublik, steht seit einigen Jahren immer höher im Kurs. Inzwischen, so berichtete der Direktor im ungarischen Außenhandelsministerium, Szabolcz Fazakas, vor Journalisten aus der Bundesrepublik, bestehen rund 60 Joint Ventures.

### Loewe-TV für Mitsubishi

**München** (sz.) – Ab 1987 wird die Loewe Opta GmbH, Kronach, den japanischen Elektrokonzern Mitsubishi mit Farbfernsehgeräten beliefern. Aufgrund einer in diesen Tagen getroffenen Vereinbarung wird Loewe zunächst 25 000 TV-Geräte für die deutsche Mitsubishi Europe GmbH, Ratingen, herstellen, die diese dann unter eigenem Markennamen in Europa vertreiben wird. Für die folgenden Jahre hat Loewe nach eigenen Angaben eine Option mit leicht steigenden Stückzahlen. Bei den Farbfersehern handelt es sich um voll digitalisierte Geräte mit Stereoton und Videotext. Mit einem Umsatz von 266 Mill. DM (1985) und einem Produktionsvolumen von etwa 200 000 Farbfernsehgeräten gehört Loewe zu den kleineren deutschen Herstellern.

### Weniger Aufträge

**Frankfurt** (adh) – Die Aufträge an die deutschen Textilindustrie fließen langsamer als im vergangenen Jahr. Nach den ersten sieben Monaten ergibt sich ein Rückstand von 2,3 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahresstand. In den letzten drei Monaten zusammengenommen ergab sich gegenüber dem Vorjahr bei den Aufträgen aus dem Ausland ein Minus von 5 Prozent, aus dem Inland kamen 4 Prozent weniger Orders, teilt Gesamttextil mit. Die Verlangsamung beim Exportwachstum (plus 5 Prozent) und die geringeren Auslandsaufträge sind vor allem Folge der veränderten Währungsrelationen. Der Umsatz der Textilindustrie liegt nach den ersten sechs Monaten bei 18,5 Mrd. DM, ein Prozent mehr als im Vorjahr.

# PERSONALIEN

Staatssekretär a. D. **Wolfram Langer**, früherer Präsident der Deutschen Pfandbriefanstalt, wird heute 70 Jahre alt.

Dr. **Wolfgang Lücke**, Universitätsprofessor für Betriebswirtschaftslehre an der Georg-August-Universität Göttingen, wurde am 15. September 60 Jahre.

Dr. **Klaus Dehler**, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Berufsständischer Versorgungseinrichtungen, Köln, feierte am 15. September seinen 60. Geburtstag.

**Bernd-Michael Kloster** (44), bisher Geschäftsführer und Vice President Marketing bei der Avon Cosmetics GmbH, München/Neufahrn, wurde mit Wirkung vom 1. November 1986 zum Geschäftsführer der Lekkerland Süßwaren- und Spirituosen-Vertriebsges. mbH & Co., Frechen, bestellt.

Dr. **Wilfried Wendhausen** wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Elmeg GmbH Kommunikationstechnik, Peine, gewählt. Er ist Nachfolger des kürzlich verstorbenen Prof. Dr. Dr. **Fritz Gragger**.

**Klaus B. Baumgarth**, Geschäftsführer der Perceptron Europe GmbH, Kirchheim, hat die Planung und Erstellung der Produktionsstätten für Europa übernommen.

# Werden Flugtarife modifiziert?

## EG-Kommission zeigt sich verhandlungsbereit

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG-Kommission hat sich bereit erklärt, mit den europäischen Luftverkehrsgesellschaften über eine Modifizierung der Flugtarife zu verhandeln. Sie will den Unternehmen erneut eine Frist von zwei Monaten geben, um ihre Tarifpolitik in Einklang mit den Wettbewerbsbestimmungen des Römischen Vertrages zu bringen.

Wie gestern aus der Umgebung des zuständigen irischen Kommissars Peter Sutherland bekannt wurde, haben bisher acht der zehn Gesellschaften geantwortet, denen die EG-Behörde im Juli Verstoßverfahren angedroht hatte. Die damals in Einschreibebriefen gesetzte zweimonatige Frist ist allerdings noch nicht ganz abgelaufen, da die Briefe zwar am 18. Juli unterschrieben aber erst am 22. Juli versandt wurden. Die beiden säumigen Gesellschaften sind dem Vernehmen nach die Alitalia und die Olympic Airways.

Nach Brüsseler Informationen haben die meisten Fluggesellschaften sich zunächst auf vorläufige Antworten beschränkt aber ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, auch „in der Substanz" über ihre Tarif- und Kapazitätspolitik Auskunft zu geben. Mehrere Gesellschaften baten jedoch um Gespräche mit den Brüsseler Experten. Zu diesem Zweck hat die EG-Behörde ihre Frist verlängert.

Die Diskussion über die Vereinbarkeit der Tarifabsprachen mit den Wettbewerbsbestimmungen war durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes belebt worden. Die EG-Behörde hat zwar seit längerer Zeit Vorschläge für eine gemeinsame Luftfahrtpolitik unterbreitet, im Rat sind indes bisher alle Ansätze für eine (zumindest vorsichtige) Liberalisierung gescheitert.

Zur Diskussion steht vor allem ein deutsch-französischer Vorschlag für bestimmte Auflockerungen bei den Discount- und Superdiscount-Tarifen sowie bei den Fracht- und Personenkapazitäten im bilateralen Verkehr. Den Briten geht dieser Ansatz nicht weit genug. Sie treten für eine völlige „Deregulierung" im Luftverkehr ein.

# Handel in schwarzen Zahlen

## Chirac: Frankreichs neue Wirtschaftspolitik trägt Früchte

J. Sch. Paris

Premierminister Jacques Chirac hat es sich nicht nehmen lassen, das überraschend günstige Ergebnis der Handelsbilanz persönlich zu verkünden. In einer Rundfunksendung erklärte er, daß im August ein Überschuß von rund 3 Mrd. Franc erzielt wurde, nach plus 1,5 Mrd. Franc im Vormonat. Diese Verdoppelung des Aktivsaldos sei „sehr ermutigend" und zeige, daß die neue französische Wirtschaftspolitik ihre Früchte zu tragen beginne. In den ersten drei Monaten nach Chiracs Amtsübernahme (April bis Juni) waren noch Defizite verbucht worden, nicht zuletzt wegen der abwertungsbedingten Einfuhrverteuerung.

Im August erhöhte sich zum ersten Mal seit langer Zeit auch der Überschuß im Außenhandel mit Industriegütern auf 4,5 (3,2) Mrd. Franc. Er liegt damit aber immer noch erheblich unter den Aktivsalden des letzten Jahres von monatsdurchschnittlich 7 Mrd. Franc. Der agroalimentäre Überschuß nahm auf 4,5 (3,2) Mrd. Franc zu, während das Defizit der Energiebilanz trotz der Ölverteuerung auf 5,3 (5,4) Mrd. Franc leicht zurückging.

Sollten sich diese Ziffern bestätigen, dann wäre für die ersten acht Monate dieses Jahres aber immer noch ein kumuliertes Defizit von 2,7 Mrd. Franc entstanden – gegenüber allerdings 18 Mrd. Franc in der gleichen Vorjahreszeit. Auf das ganze Jahr gesehen erwartet die Regierung eine ausgeglichene Handelsbilanz und einen Leistungsbilanzüberschuß von 30 bis 40 Mrd. Franc. In den ersten sieben Monaten hatte ihr Aktivsaldo 15 Mrd. Franc erreicht, nach 6 Mrd. Franc Defizit im Vorjahr.

Auch im Kampf gegen die Inflation erzielte Frankreich beachtliche Erfolge und liegt inzwischen unter dem OECD-Durchschnitt.

# Auch Private kaufen wieder

## Der deutsche Immobilienmarkt hat sich weiter belebt

adh. Frankfurt

Der Immobilienmarkt hat sich weiter belebt, registriert die Frankfurter Immobilienbörse in ihrem jüngsten Marktbericht. Sie Preise seien dabei jedoch relativ stabil geblieben. Die immer noch relativ günstigen Konditionen für Hypotheken haben offenbar Wirkung gezeigt. Auch Privatleute kaufen nach Beobachtung der Mitglieder der Immobilienbörse wieder häufiger. Dahinter steht freilich auch der Wille, noch vor dem Auslaufen der alten Steuervorteile zum Jahresende dabei zu sein.

Vor diesem Hintergrund rechnen die Makler im Frankfurter Raum besonders bei Wohnimmobilien für den Rest des Jahres mit steigenden Umsätzen. Auffallend sei, so heißt es, daß jetzt offensichtlich auch jene Kunden kaufen, die ein hohes Eigenkapital besitzen und bisher in Erwartung weiter sinkender Preise Zurückhaltung übten.

Besonders stark zugenommen habe die Nachfrage nach Reihenhäusern bis zu 400 000 DM in Stadtrand- und Umlandlagen. Dies ist freilich ein regelmäßig sehr gesuchter (weil noch finanzierbarer) Preisbereich, der allerdings in Ballungsgebieten nur wenig angeboten wird. Gut verkaufen sich aber auch Ein- und Zweifamilienhäuser bis zu 850 000 DM in Frankfurt und seinem bevorzugten Umland. Bei Häusern aus den 50er und 60er Jahren zeigen die Käufer jedoch, daß sie rechnen können.

Hier werden wegen der notwendigen Modernisierungsarbeiten Preisabschläge durchgesetzt. Nach Ansicht von Hypothekenbanken „lohnt" sich der Erwerb eines gebrauchten Hauses jedoch meistens: Trotz Sanierungsaufwand ergeben sich durchschnittlich Einsparungen von 30 Prozent zu einem vergleichbaren Neubau, umso mehr, als der Markt für Bauland in guten Lagen nicht viel hergibt. Im Frankfurter Raum werden bei Grundstücken für Einfamilienhäuser Preise zwischen 300 und 800 DM je Quadratmeter verlangt.

Leicht verbessert hat sich die Lage am Markt für Eigentumswohnungen, soweit die Lage gut und das Objekt klein ist (Quadratmeterpreis je nach Lage, Ausstattung und Alter zwischen 1700 und 6000 DM).

Als ausgeglichen gilt der Mietwohnungsmarkt, während am Büromarkt die Nachfrage bei leicht steigenden Preisen anzieht. Auch hier kommt es aber auf die Lage an. Kaum zu haben, aber stark nachgefragt sind in Frankfurt derzeit Ladengeschäfte in erstklassigen Lagen.

# Einigung zwischen IWF und den Philippinen?

## Rezession beendet – Staatsbetriebe werden verkauft – Liberalisierung der Märkte

HEINZ HECK, Bonn

Rechtzeitig vor dem USA-Besuch der philippinischen Präsidentin Aquino ist eine Einigung zwischen ihrer Regierung und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) in greifbare Nähe gerückt. Damit ist zwar die von der Regierung Marcos übernommene Erblast nicht aus dem Weg geräumt. Doch ist eine entscheidende Voraussetzung geschaffen, um der Schwierigkeiten im Laufe der nächsten Jahre Herr zu werden, wenn politische Stabilität gewährleistet bleibt. Frau Aquino kann sich bei ihren Gesprächen mit Reagan heute voll auf die politischen Themen konzentrieren.

Die Einigung mit dem IWF ist Voraussetzung für die Inanspruchnahme neuer Kreditlinien des Fonds in Höhe von 540 Mill. Dollar (davon 220 sofort, der Rest über 18 Monate). Noch wichtiger ist, daß im Anschluß neue Kredite ausländischer Privatbanken von 350 Mill. Dollar winken und die Umschuldungsverhandlungen über die Fälligkeiten der Jahre 1987 bis 1991 in Höhe von sechs bis neun Mrd. Dollar beginnen können.

### Erhebliches Vertrauen

Entwicklungsminister Warnke hat bei seinem Manila-Besuch in der letzten Woche dafür plädiert, daß nach der Einigung mit dem IWF auch die Verhandlungen mit den öffentlichen Gläubigern im Pariser Club über die Umschuldung der Fälligkeiten ab Mitte 1986 „so rasch wie möglich" beginnen sollten.

Die Experten des IWF sind der neuen Regierung in den Verhandlungen mit einem erheblichen Vertrauensvorschuß entgegengekommen. So hat man für 1986 einem Budgetdefizit von rund 28 Mrd. Pesos (knapp drei Mrd. DM) zugestimmt. Das entspricht etwa vier Prozent des Bruttosozialprodukts oder mehr als einem Viertel der Haushaltseinnahmen. Zusätzlich erwartet die Regierung, daß sie weitere zehn Mrd. Pesos Garantiezahlungen an notleidende Unternehmen zahlen muß. 1987 soll das Defizit auf 17 bis 20 Mrd. Pesos heruntergefahren werden.

Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und Ankurbelung des Wirtschaftswachstums sind im 86er Etat neun Mrd. Pesos für Ausgabenprogramme vorgesehen, die überwiegend durch Kredite der USA, Japans und der Weltbank finanziert werden. Auch der IWF ist der Meinung, daß die Rezession auf den Philippinen beendet ist und ein etwa dreiprozentiges Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte ein entsprechendes Minus im ersten Halbjahr kompensieren dürfte. Der IWF billigt eine 15prozentige Ausweitung der Geldmenge, da die Inflationsgefahr als äußerst gering angesehen wird.

Eine weit schwierigere Aufgabe dürfte die Privatisierung der stark überschuldeten Staatsbetriebe sowie solcher Unternehmen sein, die Marcos oder seinem Clan gehörten und die die neue Regierung enteignet hat oder noch enteignet. Allein die beiden Staatsbanken Philippine National Bank und Development Bank of the Philippines haben durch Übernahme nahezu 100 bankrotter Firmen etwa sieben Mrd. Dollar Auslandsschulden an sich gezogen, denen kaum ein Gegenwert gegenübersteht und deren Schuldendienst das Budget auch in Zukunft mit mehr als zehn Mrd. Pesos belasten wird.

### Privatisierungspläne

Zentralbankchef Fernandez gab sich im Gespräch mit deutschen Journalisten hinsichtlich der Veräußerungschancen zuversichtlich.

In jedem Falle wertet die in- und ausländische Privatwirtschaft die Veräußerungspläne der Regierung als positives Signal. Hatte sich unter Marcos de facto eine Staatswirtschaft herausgebildet, so steckt die Regierung Aquino jetzt die Betätigungsfelder neu ab und grenzt den staatlichen Aktionsradius eng ein.

Schwierigkeiten macht auch das Liberalisierungsprogramm, also die Aufhebung von Importbeschränkungen (in Form von Importverboten oder kleinen -kontingenten) und Ersatz durch Wertzölle bis zu 50 Prozent. Von insgesamt 1200 Tarifpositionen wurden – zum Teil noch unter Marcos – etwa 800 liberalisiert. Der Rest soll ungeachtet des Widerstands der einheimischen Wirtschaft bis spätenstens Mitte 1988 folgen.

# Stahlindustrie muß weiter Arbeitsplätze abbauen

## Erwartungen für 1986 werden nicht erfüllt – Produktion bleibt deutlich unter dem Ergebnis des Vorjahres

HENNER LAVALL, Aachen

Für die deutsche Stahlindustrie hat sich das laufende Jahr bisher nicht so gut entwickelt wie erwartet. Von der Branche wird übereinstimmend mit einer Stahlerzeugung gerechnet, die um gut 2,5 Millionen Tonnen hinter dem 1985er Produktionsergebnis von insgesamt 40,5 Millionen Tonnen zurückbleiben wird.

Ruprecht Vondran, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, Düsseldorf, der diese Ergebnisse in Aachen anläßlich des Internationalen Kongresses des Europäischen Hochofenausschusses vorlegte, wies allerdings darauf hin, daß der Stahlverbrauch nicht generell gesunken sei. „Die Problembereiche sind zum einen der Schiffbau und zum anderen die Röhren", meinte Vondran.

Andererseits hätte der Stahlverbrauch der Automobilindustrie zugenommen und diesen Rückgang ausgeglichen. Der gesunkene Stahlabsatz sei einzig und allein dem Außenhandel zu verdanken. Dort erwarte man für dieses Jahr nur einen Export von 2,5 (fünf) Millionen Tonnen.

Überhaupt macht das Ausland der deutschen Stahlindustrie nach wie vor Probleme. Obwohl seit Jahresanfang der alte Montanvertrag mit dem allgemeinen Subventionsverbot in der Europäischen Gemeinschaft wieder in Kraft ist – er läßt nur drei Subventionsausnahmen zu: Forschung und Entwicklung, Umweltschutzinvestitionen sowie bei sozialen Maßnahmen –, werde in einigen EG-Ländern fleißig weiter subventioniert. Ohne diese Hilfen würden in einigen Stahlwerken der Nachbarländer „die Lichter bald ausgehen", meinte Vondran.

Auf die Probleme, die gerade durch die jungen Stahlländer weltweit geschaffen werden, hatte bei der Eröffnung dieses bis zum 17. September dauernden Kongresses, auf dem 600 Experten aus allen Teilen der Welt vertreten sind, Heinz Kriwet, Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung, hingewiesen.

Einige der neuen Stahlwerke seien dort mit spezifischen Investitionskosten von rund 4000 Dollar je Tonne Jahreskapazität belastet. „Nach menschlichem Ermessen werden sie nie wirtschaftlich arbeiten können", zeigte sich Kriwet überzeugt. Mit den auf dem Weltmarkt zu erzielenden Erlösen könnten nicht einmal die Zinskosten, geschweige denn Erz, Kohle, Arbeitskraft und andere Elemente der Kostenrechnung gedeckt werden. Sie würden deshalb ihr Heil im Export suchen. „Damit verschärfen sie aber das Überangebot am Weltmarkt", meinte Kriwet, was vor allem zu Lasten des relativ offenen europäischen Marktes gehe.

Die deutsche Stahlindustrie hat sich in diesem schwierigen Umfeld vergleichsweise gut behauptet. Die überwiegende Zahl der Unternehmen schreibe schwarze Zahlen, erläuterte Vondran. Aber es gebe auch zahlreiche „hausgemachte" Probleme für die Branche, die in den nächsten Jahren („bis etwa 1988") zum Abbau von rund 20 000 Arbeitsplätzen zwingen. „Dies nicht nur durch notwendige Rationalisierung, sondern – aus heutiger Sicht – auch durch Stillegungen", zeigte sich Vondran überzeugt.

Dennoch zeigt sich die Branche überzeugt, alles relativ gut überstehen und den notwendigen Arbeitsplatzabbau kontinuierlich (Vondran: „Das heißt ohne größere Entlassungen") durchführen zu können. Es sei denn, der Subventionswettbewerb laufe wieder an. Um dies zu verhindern, wird die Stahlindustrie in diesem Monat mit dem Bundeswirtschaftsminister Schritte auf nationaler und EG-Ebene beraten.

# Lentjes-Gruppe neu geordnet

Py. Düsseldorf

Die Ferdinand-Lentjes-Stiftung, Düsseldorf, faßt zum Jahreswechsel 1986/87 Vermögen und Aktivitäten für die Bereiche Energie-, Verfahrens- und Umwelttechnik in der im Juni dieses Jahres gegründeten Lentjes AG zusammen. Die Ferdinand Lentjes Dampfkessel- und Maschinenbau, wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb der Unternehmensstiftung, übernimmt die Funktion einer Holding und führt die Lentjes AG sowie die Schiess AG (Maschinenbau). Die Lentjes AG entstand aus Verschmelzung von Ferdinand Lentjes GmbH und ARG-Kahle Anlagen- und Rohrleitungsbau GmbH.

Das Lentjes-Grundkapital wurde um 15,5 auf 58 Mill. DM aufgestockt, es liegt voll bei der Holding. Lentjes hatte 1985 einen Umsatz von 818 (598) Mill. DM. Der Jahresüberschuß vor Steuern lag bei 24,1 (32,1) Mill. DM. Das Eigenkapital von 79 Mill. DM macht 16 Prozent der Bilanzsumme aus. In den ersten acht Monaten dieses Jahres erreichte der Auftragsbestand des Konsolidierungskreises (In- und Ausland) 2,7 Mrd. DM. Für 1986 wird eine Gesamtleistung von rund 900 Mill. DM erwartet. Gegenwärtig beschäftigt die Gruppe 4850 Mitarbeiter.

# Burda startet neue Zeitschrift

sz. München

Mit einem vollkommen neuartigen Zeitschriftenkonzept wird der Burda-Verlag, Offenburg, ab 22. September auf den Markt kommen. Die „Glücks-Revue", die jeweils montags erscheinen wird, ist nach den Worten ihres Chefredakteurs Lothar Strobach eine „einzige große Spiel- und Unterhaltungs-Show" und wird auf fast jeder der 84 Seiten ein Preisrätsel mit Bargeldgewinnen bis zu 1 Million DM und Sachpreisen bringen.

Bei den Sachpreisen wird man auf Basis von Promotion und Product-Placement eng mit einzelnen Unternehmen zusammenarbeiten. Gestartet wird mit einer Auflage von über 1,5 Millionen Exemplaren und einem Einführungspreis von 0,30 DM für die beiden ersten Hefte. Danach wird der Preis „voraussichtlich 1,00 DM" betragen. Zur Markteinführung wird der Burda-Verlag „über 10 Millionen DM" für Werbung bereitstellen. Langfristig rechnet Strobach mit einer verkauften Auflage von rund einer Million Exemplaren.

# Den Erfolgsfaktor Personal nicht ausgeschöpft

## Viele Firmen tun sich mit einer leistungsorientierten Vergütung für Führungskräfte schwer

Stü. Bonn

Der Personalbereich bietet bei vielen deutschen Unternehmen ein noch nicht ausgeschöpftes Erfolgspotential, das durch eine andere Einstellung zur Führung und ein besseres Vergütungsinstrumentarium genutzt werden kann. Diese Situationsbeschreibung gab der Unternehmensberater Detlef Lehmann, Gründer und geschäftsführender Gesellschafter der 4-L Consult, auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Personalführung (DGFP) in Berlin, auf der Personalexperten aus der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz Erfahrungen austauschen.

Viele Unternehmensleitungen begehen nach Lehmanns Ansicht den Fehler, Führung und Vergütung nur als technische Probleme anzusehen. Dabei sei nicht die Frage „Wie ändere ich die Tantieme-Regelung?" entscheidend, sondern die Überlegung, welche Leistungsvereinbarungen mit den Führungskräften getroffen werden können. Die Firmen müßten bei ihren leitenden Mitarbeitern sowohl von nicht-leistungsorientierten, genormten Vereinbarungen, wie etwa einer Kopplung der Vergütung an die Dividende, wie auch vom freien Ermessensspielraum Abschied nehmen.

Daß dabei Hemmungen zu überwinden sind, verkennt Lehmann nicht: „Es ist menschlich verständlich, daß es schwer fällt, den Führungsnebel zu verlassen und sich zur Transparenz zu bekennen." Bisher hätten erst wenige Unternehmen diesen Einstellungswandel vollzogen und eine differenzierte Leistungsvergütung eingeführt, die häufig als „Augenöffner für Führungsdefizite" wirkten.

Welche Möglichkeiten der Staat hat, die Unternehmen bei der Beschaffung qualifizierter Fach- und Führungskräfte zu unterstützen, verdeutlichte Günter Braun, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Berlin, am Beispiel des Berliner Senats, dem er eine „ideenreiche und konsequente Wirtschaftspolitik" bescheinigte.

Im Rahmen eines Pilotprojektes werden qualifizierte junge Ingenieure und Naturwissenschaftler in mittelständische Firmen vermittelt. Sie arbeiten dort ein Jahr, wobei das Land Berlin 40 Prozent der Personalkosten übernimmt. Von den rund 200 „Innovations-Assistenten" hätten während des ersten Jahres mehr als 90 Prozent langfristige Arbeitsverträge erhalten.

# Kohl weist Kritik der freien Berufe zurück

HH. Bonn

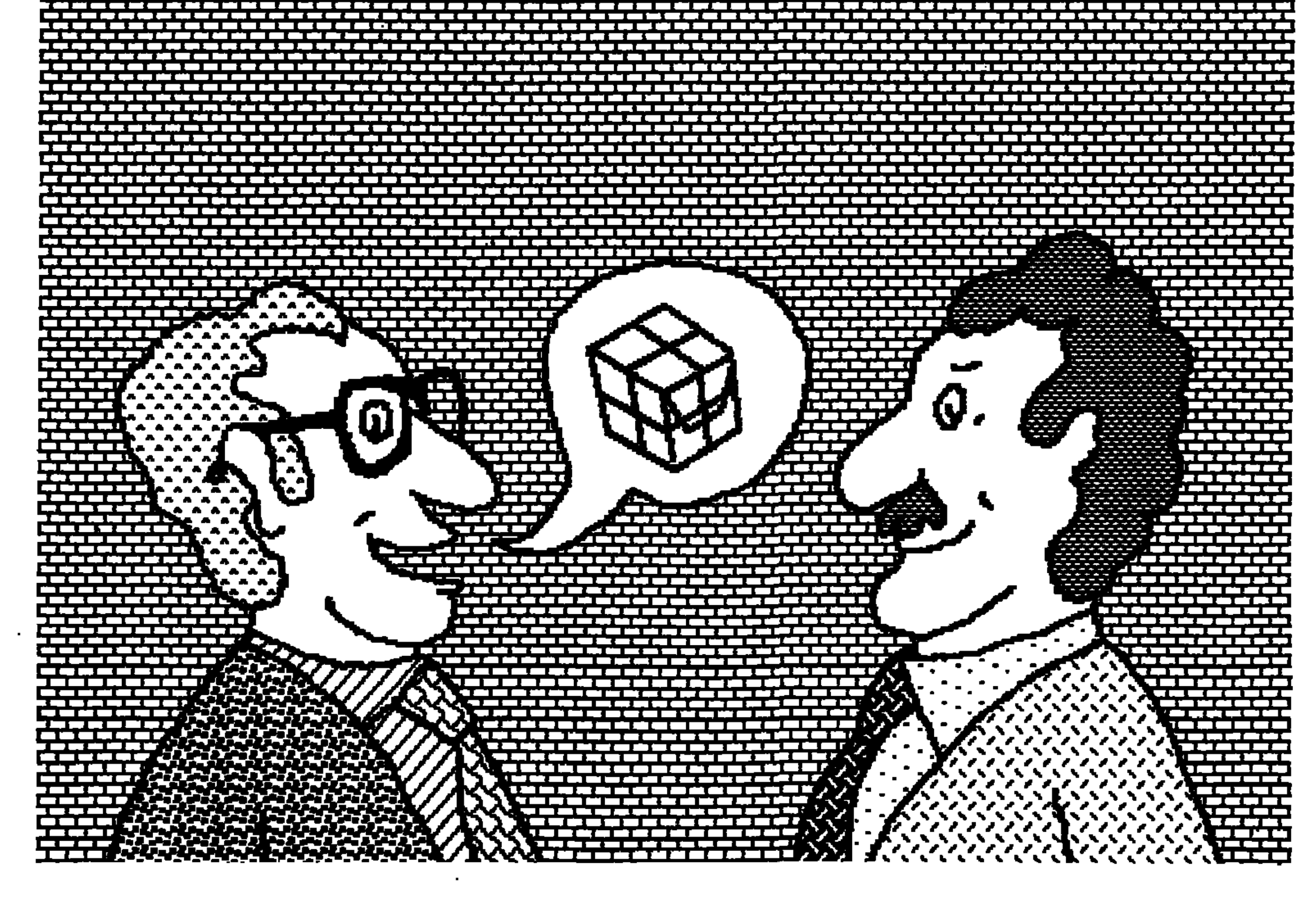
Bundeskanzler Helmut Kohl hat beim Bundeskongreß des Berufsverbandes der Freien Berufe gestern in Bonn die Regierungsleistungen der zu Ende gehenden Legislaturperiode hervorgehoben und die in der letzten Woche laut gewordene Verbandskritik zu entkräften versucht. Allein 1986 stiegen die Nettorealeinkommen um vier Prozent, die höchste Zunahme seit 1970. Der Abwärtstrend bei der Beschäftigung sei überwunden.

Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitsplätze liege heute um 250 000 über dem Stand beim Regierungswechsel im Herbst 1982 und um über eine halbe Million über dem Tiefststand Anfang 1984. Die Jugendarbeitslosigkeit sei niedriger als in allen anderen EG-Ländern. „Kernpunkt unserer wirtschaftspolitischen Anstrengungen" sei die Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen.

Kohl erläuterte das Konzept der Bundesregierung zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Zur wachsenden Akademikerzahl meinte er, Verbote und Beschränkungen beim Berufszugang seien keine Lösung. Notwendig seien Aufklärung und realistische Berufsberatung. Die für die nächste Legislatur geplante „echte Reform der Steuerstruktur" ziele darauf, daß die persönliche Leistung durch die Art der Besteuerung „nicht unangemessen bestraft, sondern angemessen honoriert wird".

Verbandspräsident Volrad Deneke sprach in seiner Eröffnungsrede auch von enttäuschten Hoffnungen. Er hatte in einem Schreiben an CDU-Generalsekretär Heiner Geißler seine Enttäuschung darüber geäußert, daß die freien Berufe in den Wahlprogrammentwürfen der Union „nicht einmal verbal stattfinden". Kritikpunkte sind für Deneke die Freiheit der Berufsausübung, der Nachwuchsdruck in den freien Berufen, die Risikovorsorge und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.







## Ist die Bügelfalte in deutschen Büros nicht mehr gefragt?

lok. Bonn

Mit dem für 1986 erwarteten Umsatz von 3,4 Mrd. DM ist der Deutsche Textilreinigungs-Verband (DTV) zufrieden. Sorgen tut sich der DTV eher um die Sauberkeit der Deutschen. Der Bundesbürger gibt nämlich lediglich 2,50 DM pro Monat für die Instandhaltung seiner Garderobe aus.

Ein dunkler Fleck auf den weißen Westen der Bundesbürger? Jährlich werden 300 Mill. Kleidungsstücke von den 11 000 chemischen Reinigungen und Wäschereien professionell gereinigt, gebügelt und gefaltet. Das ist nur jedes dritte in bundesdeutschen Haushalten befindliche Kleidungsstück.

Trotzdem ist der Umsatz der Branche in diesem Jahr um 2,3 Prozent gestiegen, was allerdings, so klagen die „Saubermänner", ausschließlich auf die Steigerung im „Objektbereich" – Hotels, Krankenhäuser, Bundeswehr usw. – zurückzuführen sei. Bei den Privatkunden jedoch beklage man einen Umsatzrückgang vom 2,9 Prozent. Ob der Bundesbürger nun auch um 2,9 Prozent unsauberer geworden ist, konnte der DTV nicht bestätigen.

„Der Verbraucher spart wo er kann", erklärte ein Sprecher des Verbandes gegenüber der WELT. Er führte den Umsatzrückgang auf die in der Qualität verbesserten Waschmaschinen, die pflegeleichteren Stoffe und auf die „Modewellen der letzten Jahre" zurück. So lege der Bundesbürger auf die Bügelfalte eben keinen so großen Wert mehr und die inzwischen auch in den Büros eingekehrten Jeans würden einfach in die Waschmachine geworfen.

# Kurze Spots produzieren beim Zuschauer Verwirrung

### Wichtige Zielgruppen werden verärgert – US-Forscher legen Testergebnisse über Werbewirkung des Fernsehens vor

HANNA GIESKES, Bonn

Wie lang – oder kurz – sollte ein Werbespot im Fernsehen sein, damit er die „richtige" Länge hat? Während deutsche Markenartikler aufatmeten, als ihnen das Privatfernsehen die Chance eröffnete, dem engen zeitlichen Rahmen der Öffentlich-Rechtlichen teilweise zu entrinnen – dort dauern die meisten Spots zwischen 20 und 30 Sekunden –, wollen in den USA immer mehr Anbieter den 15-Sekunden-Spot. Eine Untersuchung der Werbeagentur J. W. Thomson und ABC Television hat sich mit diesem Problem beschäftigt. Die Ergebnisse wurden im „Journal of Advertising Research" veröffentlicht.

Es ging um die Frage, welche Risiken und welche Chancen kürzere Spots bergen. Die Chance ist klar: Sie sind billiger. Doch das Risiko liegt ebenso auf der Hand: Viele kurze Spots hintereinander produzieren nicht nur auf den Bildschirmen, sondern auch in den Köpfen der Zuschauer ein Durcheinander. Das kann nicht im Sinne der Werber sein.

Drei Fragen wollten die Forscher in ihrer Untersuchung klären. Erstens, ob zusätzliche Spots die Wirkung des Werbemediums Fernsehen beeinflussen; zweitens, welchen Einfluß kurze Spots auf längere Spots haben. Und drittens wollten sie herausfinden, welchen Einfluß eine Mischung verschiedener Längen auf die Werbewirkung des Fernsehens hat.

Getestet hat man die Auswirkungen bei verschiedenen Zuschauergruppen; insgesamt wurden fünf Spots von 30 Sekunden und acht verschiedene 15-Sekunden-Spots eingesetzt. Es gab 13 unterschiedliche Kombinationen, die jeweils 90 Sekunden dauerten: Ein einfacher Block mit drei 30-Sekunden-Spots, gemischte Blöcke mit kurzen und längeren Spots bis hin zu einem Block, der ausschließlich aus 15-Sekunden-Einschaltungen bestand.

Als wichtigstes Ergebnis kam heraus, daß Zuschauer auch dann noch Interesse an dem die Werbespots umgebenden Unerhaltungsprogramm haben, wenn die Zahl der Spots erhöht wird.

Allerdings vermuten sie, daß mehr 15-Sekunden-Spots dies Unterhaltungsprogramm verkürzen – auch wenn sie insgesamt nicht länger als 90 Sekunden dauern. Die meisten Zuschauer konnten nämlich nicht unterscheiden, ob die Werbe-Einschaltung nun 30 oder nur 15 Sekunden gedauert hat.

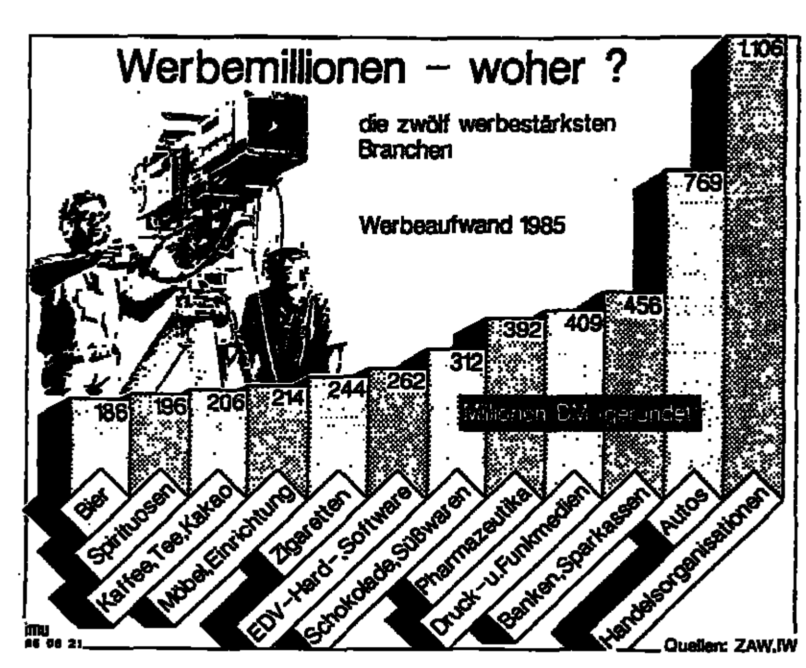
Folgerichtig glauben sie auch, daß der Werbeblock um so länger wird, je mehr kürzere Spots er enthält. Und darauf reagieren sie unwillig, weil sie der Ansicht sind, daß sich die Werbung auf Kosten des Unterhaltungsprogramms ausgedehnt habe.

Es stellte sich auch heraus, daß kurze Spots weniger wirksam sind als längere: Sie werden für weniger interessant, weniger glaubwürdig und weniger informativ gehalten; die Zuschauer denken, daß sie in höherem Maße irreführend und verwirrend seien als längere Spots.

Man kam indes auch darauf, daß die Werbewirksamkeit von 30-Sekunden-Spots erhöht wird, wenn im selben Werbeblock mehrere 15-Sekunden-Spots gesendet werden; die Erinnerung an eine 30-Sekunden-Werbung wird hingegen gestört, wenn ihr ein weiterer 30-Sekunden-Werbefilm folgt. Anders hingegen, wenn das folgende Filmchen nur 15 Sekunden dauert. Daraus schließen die Forscher, daß der Markenartikler, der die Risiken eines kurzen Spots kalkuliert, sich darüber klar sein müsse, daß sie die Wirkung der umgebenden Spots verstärken.

Zusammenfassend lassen sich die Risiken kurzer Werbespots so beschreiben: Erstens kann es sein, daß wichtige Zielgruppen verärgert werden. Mit der Folge, daß ihnen das Fernsehen keinen Spaß mehr macht. Wenn sie der Meinung sind, daß die Unterhaltsamkeit des Fernsehens durch Werbung beeinträchtigt wird, dann machen sie dafür nicht das Medium verantwortlich – obwohl es ja die Werbezeiten verkauft –, sondern die Werbung selbst.

Zweitens ist die Werbung in kurzen Spots weniger wirksam; die Zuschauer sehen 30-Sekunden-Einschaltungen offenbar lieber. Im schlimmsten Fall reagieren sie mit „Zapping", Kurzformel für Massenschießereien in Wildwest-Filmen. Heutzutage versteht man darunter den Druck auf den Knopf der Fernbedienung des TV-Geräts. Das kann die werbungtreibende Wirtschaft nicht wollen; so verwundert es nicht, daß das Urteil, das die amerikanischen Forscher über die begehrten 15-Sekunden-Spots gefällt haben, im wesentlichen negativ ist.




# „Kodex nur ein Nebelwerfer"

### Pharma und Kassen im Streit über Arzneimittelwerbung

THOMAS LINKE, Bonn

„Arzneimitteln werden nach wie vor heilsame Wirkungen anphantasiert, die sie nach dem einhelligen Urteil aller Fachleute nicht haben. Ladenhüter werden als neu angepriesen. Bezahlte Anzeigen erscheinen als redaktionelle Beiträge getarnt." Die Kritik der Ortskrankenkassen an den Werbemethoden der Pharmaindustrie hatte sich gewaschen.

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) bezeichnet die Vorwürfe als „lächerlich" und „kleinkariert" und spricht von einem „Sommertheater": „Wenn sich bei der hohen Kommunikationsaktivität der Arzneimittelindustrie in zwei Jahren so wenig wirklich Kritikwürdiges findet, ist dies ein Kompliment für unsere Mitgliedsfirmen."

Die im BPI zusammengeschlossenen Mitgliedsfirmen hatten bereits im Jahre 1969 Richtlinien für die Arzneimittelwerbung verabschiedet, die sich vor allem auf das Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln und das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb stützten. Seitdem wurden die selbst auferlegten Beschränkungen ein ums andere Mal redigiert und revidiert. Seit 1981 heißt das Selbstbeschränkungswerk: „Kodex der Mitglieder des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie" – ordnungsgemäß eingetragen beim Bundeskartellamt.

Doch für die Ortskrankenkassen ist der Kodex allenfalls mit der bekannten österreichischen Artillerie vergleichbar: „Die psychologische Wirkung ist ungeheuer", erklärte Eckhardt Westphal, Leiter der Abteilung Vertragswesen des AOK-Bundesverbandes (BdO). Anders als bei der österreichischen Artillerie sei allerdings der Zeitpunkt eines Schusses aus diesem Nebelwerfer genau vorauszuberechnen: Jedesmal wenn administrative Eingriffe in den Arzneimarkt drohten, „schmelzen per Kodexbeschluß die Musterberge und schrumpfen die Geschenkkataloge."

Rund 5 Mrd. DM gibt die Pharmaindustrie laut BdO pro Jahr für Werbung aus. „Absurd" nennt der BPI diese Zahl, wenn man den Arzneimittelumsatz zu Herstellerpreisen von rund 12 Mrd. DM gegenüberstellt. Laut BPI sind es 4,3 Prozent vom Umsatz, also lediglich 516 Mill. DM. Dazu kommen 12,5 Prozent vom Umsatz, gleich 1,5 Mrd. DM, für wissenschaftliche Information und die Erfassung von Arzneimittelrisiken.

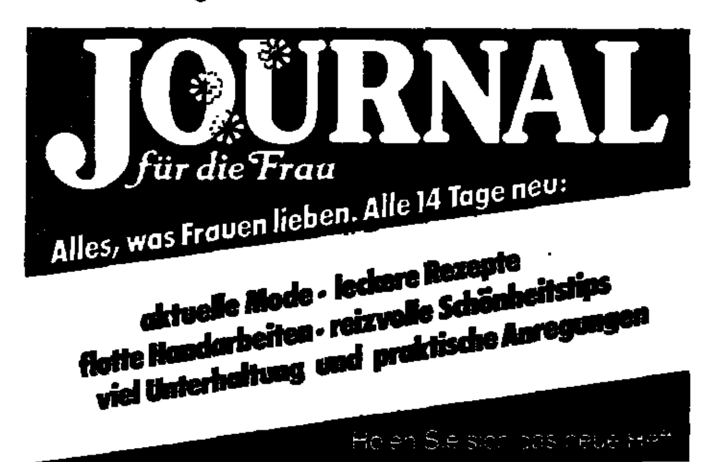
Anhand dreier Werbeanzeigen für die Herz-Präparate Sensit 100, Segontin 60 und Bufedil dokumentieren die Kassen eine angeblich irreführende Werbung. So werde „eine therapeutische Wirksamkeit oder Wirkung" angepriesen, die nicht existiert. Der BPI verteidigt die Unternehmen damit, daß das Bundesgesundheitsamt die in den Anzeigen erwähnten Leistungen zugelassen habe.

Auch die Pille wurde zum Streitpunkt zwischen BdO und BPI. Nach dem Kodex ist es ebenfalls irreführend, wenn fälschlich der Eindruck erweckt wird, daß mit einem Medikament ein Erfolg mit Sicherheit erwartet werden kann. „Sicher ist sicher" hieß der Werbespruch für das Verhütungsmittel Sinovula. Das ging den Ortskrankenkassen zu weit. Darauf die Pharmaindustrie: „Daß die Pille das sicherste Verhütungsmittel ist, ist außerhalb des AOK-Bundesverbandes unbezweifelt."














DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp
Chefredaktion: Peter Gillies und Manfred Schell
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm
Meinungen: Enno von Loewenstern

## STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

**Tauschaktion für das Wintersemester 1986/87**
**Die Semesterangabe bezieht sich auf das Sommersemester 1986**

**1. Semester**
**Vorklinik Humanmedizin**

| von | nach |
|---|---|
| 1 Bonn | Freiburg |
| 2 Bonn | München |
| 3 Bonn | Tübingen |
| 4 Bochum | Freiburg |
| 5 Bochum | Heidelberg |
| 6 Bochum | Tübingen |
| 7 Berlin | Aachen |
| 8 Berlin | Bonn |
| 9 Berlin | Düsseldorf |
| 10 Berlin | Erlangen |
| 11 Berlin | Göttingen |
| 12 Berlin | Hannover |
| 13 Berlin | Heidelberg |
| 14 Berlin | Hamburg |
| 15 Berlin | Köln |
| 16 Berlin | Kiel |
| 17 Berlin | Marburg |
| 18 Berlin | Münster |
| 19 Berlin | München |
| 20 Berlin | Tübingen |
| 21 Berlin | Ulm |
| 22 Berlin | Würzburg |
| 23 Düsseldorf | Aachen |
| 24 Düsseldorf | Bonn |
| 25 Düsseldorf | Erlangen |
| 26 Düsseldorf | Freiburg |
| 27 Düsseldorf | Hamburg |
| 28 Düsseldorf | Lübeck |
| 29 Düsseldorf | Kiel |
| 30 Düsseldorf | Marburg |
| 31 Düsseldorf | Münster |
| 32 Düsseldorf | München |
| 33 Düsseldorf | Tübingen |
| 34 Essen | Hannover |
| 35 Essen | Hamburg |
| 36 Essen | Lübeck |
| 37 Erlangen | Münster |
| 38 Erlangen | München |
| 39 Frankfurt | Düsseldorf |
| 40 Frankfurt | Erlangen |
| 41 Frankfurt | Göttingen |
| 42 Frankfurt | Hannover |
| 43 Frankfurt | Hamburg |
| 44 Frankfurt | Kiel |
| 45 Frankfurt | Marburg |
| 46 Frankfurt | Münster |
| 47 Frankfurt | München |
| 48 Frankfurt | München |
| 49 Frankfurt | Regensburg |
| 50 Frankfurt | Saarbrücken |
| 51 Frankfurt | Tübingen |
| 52 Freiburg | Tübingen |
| 53 Gießen | Bonn |
| 54 Gießen | Bochum |
| 55 Gießen | Erlangen |
| 56 Gießen | Freiburg |
| 57 Gießen | Göttingen |
| 58 Gießen | Hannover |
| 59 Gießen | Heidelberg |
| 60 Gießen | Hamburg |
| 61 Gießen | Marburg |
| 62 Gießen | Münster |
| 63 Gießen | München |
| 64 Gießen | München |
| 65 Gießen | Tübingen |
| 66 Gießen | Würzburg |
| 67 Göttingen | Hannover |
| 68 Göttingen | Hamburg |
| 69 Göttingen | Münster |
| 70 Göttingen | Tübingen |
| 71 Heidelberg | Tübingen |
| 72 Köln | Aachen |
| 73 Köln | Bonn |
| 74 Köln | Erlangen |
| 75 Köln | Hamburg |
| 76 Köln | Münster |
| 77 Marburg | Erlangen |
| 78 Marburg | Göttingen |
| 79 Marburg | Heidelberg |
| 80 Marburg | Hamburg |
| 81 Marburg | Lübeck |
| 82 Marburg | Kiel |
| 83 Marburg | München |
| 84 Marburg | Regensburg |
| 85 Marburg | Würzburg |
| 86 München | Freiburg |
| 87 München | Hamburg |
| 88 Mainz | Bonn |
| 89 Mainz | Essen |
| 90 Mainz | Freiburg |
| 91 Mainz | Hannover |
| 92 Mainz | Heidelberg |
| 93 Mainz | Münster |
| 94 Mainz | Tübingen |
| 95 Tübingen | Hamburg |
| 96 Ulm | Frankfurt |
| 97 Ulm | Heidelberg |
| 98 Würzburg | Bochum |
| 99 Würzburg | Essen |
| 100 Würzburg | Münster |
| 101 Würzburg | München |

**2. Semester**
**Vorklinik Humanmedizin**

| von | nach |
|---|---|
| 1 Aachen | Bonn |
| 2 Aachen | Erlangen |
| 3 Aachen | Frankfurt |
| 4 Aachen | Freiburg |
| 5 Aachen | Göttingen |
| 6 Aachen | Hannover |
| 7 Aachen | Köln |
| 8 Aachen | Marburg |
| 9 Aachen | Münster |
| 10 Aachen | Mainz |
| 11 Aachen | Regensburg |
| 12 Aachen | Würzburg |
| 13 Bonn | Hamburg |
| 14 Bochum | Aachen |
| 15 Bochum | Bonn |
| 16 Bochum | Berlin |
| 17 Bochum | Erlangen |
| 18 Bochum | Frankfurt |
| 19 Bochum | Freiburg |
| 20 Bochum | Gießen |
| 21 Bochum | Göttingen |
| 22 Bochum | Hannover |
| 23 Bochum | Heidelberg |
| 24 Bochum | Hamburg |
| 25 Bochum | Lübeck |
| 26 Bochum | Köln |
| 27 Bochum | Marburg |
| 28 Bochum | Münster |
| 29 Bochum | München |
| 30 Bochum | München |
| 31 Bochum | Mainz |
| 32 Bochum | Regensburg |
| 33 Bochum | Tübingen |
| 34 Bochum | Ulm |
| 35 Bochum | Würzburg |
| 36 Berlin | Bonn |
| 37 Berlin | Frankfurt |
| 38 Berlin | Hannover |
| 39 Berlin | Hamburg |
| 40 Berlin | Köln |
| 41 Berlin | Marburg |
| 42 Berlin | Münster |
| 43 Berlin | München |
| 44 Berlin | München |
| 45 Berlin | Ulm |
| 46 Düsseldorf | Bonn |
| 47 Düsseldorf | Heidelberg |
| 48 Düsseldorf | Hamburg |
| 49 Düsseldorf | Lübeck |
| 50 Düsseldorf | Köln |
| 51 Düsseldorf | Münster |
| 52 Düsseldorf | Mainz |
| 53 Essen | Aachen |
| 54 Essen | Bonn |
| 55 Essen | Frankfurt |
| 56 Essen | Freiburg |
| 57 Essen | Gießen |
| 58 Essen | Heidelberg |
| 59 Essen | Köln |
| 60 Essen | Münster |
| 61 Essen | Mainz |
| 62 Essen | Tübingen |
| 63 Essen | Ulm |
| 64 Frankfurt | Erlangen |
| 65 Frankfurt | Freiburg |
| 66 Frankfurt | Hamburg |
| 67 Frankfurt | München |
| 68 Frankfurt | Mainz |
| 69 Frankfurt | Tübingen |
| 70 Freiburg | München |
| 71 Gießen | Erlangen |
| 72 Gießen | Göttingen |
| 73 Gießen | Hannover |
| 74 Gießen | Heidelberg |
| 75 Gießen | Hamburg |
| 76 Gießen | Köln |
| 77 Gießen | Marburg |
| 78 Gießen | Münster |
| 79 Gießen | München |
| 80 Gießen | München |
| 81 Gießen | Tübingen |
| 82 Gießen | Würzburg |
| 83 Göttingen | Freiburg |
| 84 Göttingen | Hannover |
| 85 Göttingen | Heidelberg |
| 86 Göttingen | Hamburg |
| 87 Göttingen | Würzburg |
| 88 Hannover | Heidelberg |
| 89 Hannover | München |
| 90 Hannover | München |
| 91 Heidelberg | Freiburg |
| 92 Heidelberg | München |
| 93 Lübeck | Bonn |
| 94 Lübeck | Erlangen |
| 95 Lübeck | Frankfurt |
| 96 Lübeck | Göttingen |
| 97 Lübeck | Hamburg |
| 98 Lübeck | Köln |
| 99 Lübeck | München |
| 100 Lübeck | München |
| 101 Lübeck | Würzburg |
| 102 Köln | Bonn |
| 103 Köln | Freiburg |
| 104 Köln | Heidelberg |
| 105 Köln | München |
| 106 Köln | München |
| 107 Köln | Tübingen |
| 108 Kiel | Aachen |
| 109 Kiel | Bonn |
| 110 Kiel | Düsseldorf |
| 111 Kiel | Erlangen |
| 112 Kiel | Freiburg |
| 113 Kiel | Heidelberg |
| 114 Kiel | Hamburg |
| 115 Kiel | Köln |
| 116 Kiel | München |
| 117 Kiel | Regensburg |
| 118 Kiel | Tübingen |
| 119 Kiel | Ulm |
| 120 Kiel | Würzburg |
| 121 Mannheim | Heidelberg |
| 122 Marburg | Hamburg |
| 123 Marburg | Münster |
| 124 Marburg | München |
| 125 Marburg | München |
| 126 Münster | Bonn |
| 127 München | Erlangen |
| 128 München | Freiburg |
| 129 München | Hamburg |
| 130 Mainz | Freiburg |
| 131 Mainz | Münster |
| 132 Mainz | München |
| 133 Mainz | München |
| 134 Mainz | Tübingen |
| 135 Regensburg | Berlin |
| 136 Regensburg | Erlangen |
| 137 Regensburg | Freiburg |
| 138 Regensburg | Heidelberg |
| 139 Regensburg | München |
| 140 Saarbrücken | Bonn |
| 141 Saarbrücken | Düsseldorf |
| 142 Saarbrücken | Erlangen |
| 143 Saarbrücken | Frankfurt |
| 144 Saarbrücken | Freiburg |
| 145 Saarbrücken | Göttingen |
| 146 Saarbrücken | Hannover |
| 147 Saarbrücken | Heidelberg |
| 148 Saarbrücken | Hamburg |
| 149 Saarbrücken | Köln |
| 150 Saarbrücken | Marburg |
| 151 Saarbrücken | Münster |
| 152 Saarbrücken | München |
| 153 Saarbrücken | Mainz |
| 154 Saarbrücken | Regensb. |
| 155 Saarbrücken | Tübingen |
| 156 Saarbrücken | Ulm |
| 157 Saarbrücken | Würzburg |
| 158 Tübingen | Heidelberg |
| 159 Ulm | Bonn |
| 160 Ulm | Erlangen |
| 161 Ulm | Frankfurt |
| 162 Ulm | Freiburg |
| 163 Ulm | Göttingen |
| 164 Ulm | Hannover |
| 165 Ulm | Heidelberg |
| 166 Ulm | Hamburg |
| 167 Ulm | Lübeck |
| 168 Ulm | Marburg |
| 169 Ulm | Münster |
| 170 Ulm | München |
| 171 Ulm | München |
| 172 Ulm | Mainz |
| 173 Ulm | Tübingen |
| 174 Ulm | Würzburg |
| 175 Würzburg | Erlangen |
| 176 Würzburg | München |
| 177 Würzburg | München |

# Aktien teilweise erholt

## Lebhafte Nachfrage Commerzbank zu steigenden Kursen

**DW. – Die Wochenendschwäche an der Wallstreet hatte für die deutsche Aktientendenz am Montag keine Auswirkungen mehr. Die inländischen Anleger sahen keine Notwendigkeit sich überstürzt von ihren Papieren zu trennen. Aus London lagen sogar einige Kaufaufträge vor, die wesentlich zu einer Stabilisierung des Marktes beitrugen. Sonderbewegungen bei einigen Papieren sorgten für Aufmerksamkeit. So vor allem die Commerzbank, deren Aktien an der Tokioter Börse eingeführt worden sind und die lebhaft gesucht wurden.**

Das Wiederaufleben der Auslandskäufe machte sich auch bei Siemens bemerkbar. Hier kletterte der Kurs wieder über die 700 DM-Marke hinaus. Puma begann knapp über 800 DM und schloß in der Nähe von 860 DM. Bankaktien lagen im allgemeinen etwas freundlicher; sie reagierten damit auf die festere Tendenz am Rentenmarkt. Großchemieaktien wurden auf Wochenendbasis und leicht darunter umgesetzt. Trotz des bevorstehenden Bezugsrechthandels konnten sich VW-Aktien leicht verbessern. Uneinheitlich war dagegen die Tendenz bei den Maschinenbauwerten, bei denen es noch teilweise zu Gewinnrealisationen kam. Bei den Einzelhandelsaktien haben diese weitgehend aufgehört. Rückkäufe sorgten besonders bei Kaufhof und Hussel für bessere Notierungen. Zurückhaltung gegenüber den Stahlwerten. Bei Phönix hielten die Käufe an, dadurch wurde der leichte Rückschlag vom Freitag wieder aufgeholt.

**Frankfurt:** Bilfinger verteuerten sich um 8,30 DM, Conti Gas um 8 DM und Didier um 10 DM. Lahmeyer bewegten sich mit plus 42 DM weiter nach vorn. Puma verbesserten sich um 39 DM. Asko büßten dagegen weitere 40 DM ein.

**Düsseldorf:** AVA mußten um 95 DM zurückgenommen werden. Conc. Chemie wurden um 5 DM höher taxiert. Gildemeister befestigten sich um 2 DM und Keramag um 10 DM. Schiess gaben um 7,50 DM und Verseidag um 3 DM nach.

**Hamburg:** Hamrstorf wurden zu 36,50 DM (minus 4,50 DM) notiert. Felten gaben um 3,50 DM nach. Um 4 DM schwächer wurden Beiersdorf gehandelt. Hapag waren 1 DM leichter. Einen Gewinn von 3,90 DM verbuchten Triton.

**Berlin:** Viag verbesserten sich um 3 DM. Engelhardt wurden um 15 DM niedriger taxiert. Berliner Elektro büßten 9 DM, DeTeWe und Kempinski je 5 DM ein. Orenstein verringerten sich um 3,90 DM.

**München:** Audi verminderten um 18 DM, Binding Vz. um 15 DM und Dywidag um 9 DM. Escada gaben um 78 DM und Süd Chemie um 24 DM nach. Hochtief lagen um 20 DM, Flachglas um 5 DM und Hutschenreuther um 16 DM schwächer.

**Nachbörse:** uneinheitlich

**WELT-Aktienindex: 278,05 (277,99)**
**WELT-Umsatzindex: 2804 (3824)**
**Advance-decline-Zahl: 89 (49)**
**38-Tage-Linie: 274,82 (275,18)**
**200-Tage-Linie: 277,67 (277,54)**

## Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

[illegible]

## Inland

| | | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|---|
| H | Aach M Bed. 12,5 | 2471 | 2500 |
| H | Aach. M. Vers. 7 | 1955 | 1905 |
| D | Aach. Rück. 9 | 2500 | 2550 |
| D | Asaag *4 | 375T | 375T |
| M | Ack-Gögg. 8 | 165bG | 165 |
| H | Adca 3 | 185,5 | 181 |
| D | Adler 12+16 | 290G | 290G |
| F | AEG 0 | 315 | 310,5 |
| D | AEG KABEL 9 | 440 | 445G |
| S | Aesculap 9 | 425 | 425 |
| F | AGAB 5 | 167 | 168 |
| D | Agrippina *0 | 3890G | 3800 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| D | Cobk.Reste *0 RM | 15,5T | 15,5T |
| F | Cobk.Genußsch. | 120bG | 120,25 |
| D | Conc. Chem. 4,5 | 265T | 260 |
| B | Conc. Spinne *0 | 525T | 515G |
| D | Contigas 8 | 340 | 340 |
| D | Contl Gummi 5 | 328,5 | 320,9 |
| D | Dahlb. St. 7,75 | 270 | 272 |
| D | dgl. Vz. 14,75 | 405bB | 400G |
| S | Daimler 12+2,6 | 1266 | 1277 |
| M | Deckel AG 6 | 252bG | 230bG |
| D | Dt. Atl. Tel. 10 | 790T | 790T |
| D | Dt. Babcock St. 3 | 206 | 206 |
| D | dgl. Vz. 3,5 | 197 | 198 |
| F | Dt. Bank 12 | 790 | 784,5 |
| D | Dt. Centralboden 12 | 810bG | 840 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| H | Hb.Hochb. *4+0,64 | 90 | 90G |
| H | HEW 5,5 | 128,5bG | 128,1 |
| H | Hdl. Lüb. 9 | 666 | 681 |
| Hn | Hann. Papier 6 | 247 | 253 |
| H | Harmstorf 0 | 37 | 41 |
| D | Harpener 11+1 | 521 | 520 |
| F | Hartm. & B.St. 6 | 3000T | 2950T |
| F | dgl. Vz. 6 | 1570 | 1580T |
| M | Hasen-Bräu 9 | 1026 | 1010 |
| S | Heidelb. Zem. 7 | 690G | 690 |
| M | Heilit & W. 5 | 270G | 270G |
| D | Hein, Lehm. *6 | 282bG | 282bG |
| D | Heinr. Ind. *16+2 | 635 | 635 |
| D | Henkel 3 | 432 | 434 |
| F | Henninger 2 | 161 | 169 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| F | Maintraft *15 | 550 | 540T |
| F | MAB 7,5 | 350G | 350G |
| F | dgl. Vz. 7,5 | 345 | 335G |
| D | Mannesmann 6 | 184,5 | 182,5 |
| F | Mannh. Vers. 8 | 894 | 900 |
| H | Markt & K. 8 | 210 | 210G |
| F | MAN St. 5,8 | 237,3 | 238 |
| F | dgl. Vz. 5,5 | 197 | 199,5 |
| F | MAN-Rol. 20,2 | 618 | 618 |
| F | Masco | 504 | 494 |
| S | M.Müll.Weing. *0 | 348 | 340bG |
| D | Mauser 0 | 82,2 | 81 |
| F | Mercedes 10,5 | 1161 | 1160 |
| F | Metallges. 6 | 336,5 | 333 |
| S | Met. u. Lock 0 | 99,9 | 100bB |

[illegible]

## Freiverkehr

[illegible]

## Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

## Unnotierte Werte

[illegible]

## Ausland in DM

[illegible]

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart

# Ausland

## Amsterdam

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| ACF Holding | 331 | 338 |
| Aegon | 101,5 | 102,4 |
| Akzo | 157,1 | 157,8 |
| Alg. Bk. Nederl. | 555 | 563 |
| Amev | 75,3 | 77 |
| Amro Bank | 100 | 100,5 |
| Bertel's Patent | 34 | 35,5 |
| Bijenkorf | 112,2 | 112,5 |
| Bols Lucas | 159,5 | 158 |
| Bredero | 138,5 | 142 |
| Buehrmann | 215 | 215,5 |
| Dessaeur | 164 | 174 |
| Fokker | 69,8 | 70,5 |
| Gist Brocades | 50,3 | 50,6 |
| Océ-v. d. Grinten | 539 | 542 |
| Hagemeijer | 69,7 | 70,3 |
| Heineken Bierbr. | 173 | 171,5 |
| KLM | 45,2 | 45,9 |
| Hoogoven Kon. | 65,5 | 67 |
| Nationale Ned | 83,7 | 83,8 |
| Ned. Lloyd Groep | 178,5 | 180 |
| Ommeren van | 36,6 | 37,5 |
| Pakhoed | 67 | 63 |
| Philips | 52,6 | 53,2 |
| Rijn-Schelde | 5,8 | 5,8 |
| Robeco | 92,5 | 94 |
| Rolinco | 83,3 | 85,1 |
| Rorento | 49,7 | 50 |
| Royal Dutch | 201,3 | 206 |
| Crédit Lyonnais Bk.N | 90,5 | 89,5 |
| Unilever | 486 | 499 |
| Ver. Masch | 29 | 29,5 |
| Volker Stevin | 33,3 | 34,5 |
| Index ANP/CBS | 267,30 | 269,00 |

## Brüssel

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| Arbed | 2350 | 2350 |
| Brux. Lambert | 3505 | 3500 |
| Cockerill Ougrée | 149 | 146 |
| Ebes | 4830 | 4815 |
| Gevaert | 6000 | 6000 |
| Kredietbank | 17000 | 17800 |
| Petrofina | 9190 | 9010 |
| Soc. Gén. d. Belg. | 3080 | 3045 |
| Sofina | 11475 | 11300 |
| Solvay | 7950 | 7950 |
| UCB | 8850 | 8680 |
| Index | 3908,09 | 3894,48 |

## Hongkong

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| China Light + P | 17,2 | 17,2 |
| Hongkong Land | 6,5 | 6,6 |
| Hongk. + Sh. Bk. | 6,8 | 6,95 |
| Hongk. Teleph. | 11,6 | 11,6 |
| Hutch. Whampoa | 34,25 | 34 |
| Jard Matheson | 16,2 | 16,3 |
| Swire Pac. - A - | 13,9 | 13,9 |

## Kopenhagen

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| Den Danske Bank | 275 | 275 |
| Jyske Bank | 495 | 500 |
| Kopenh. Handelsbk. | 253 | 255 |
| Novo Industri | 229 | 234 |
| Privatbanken | 244 | 246 |
| Ostasiat. Komp. | 195 | 198 |
| Dan. Sukkerfabr. | 347 | 345 |
| For. Bryggerier St. | 1010 | 1020 |
| Kgl. Porc. Fabr. | 395 | 410 |

## London

| | 12.9. | 11.9. |
|---|---|---|
| All. Lyons | 341 | 343 |
| Anglo Am. Corp. | 1525 | 1475 |
| Anglo Am. Gold | 8000 | 7550 |
| Babcock Int. | 168 | 175 |
| Barclays Bank | 507 | 509 |
| Beecham Group | 410 | 411 |
| Bowater | 320 | 333 |
| B.A.T. Industries | 441 | 450 |
| Rover Group PLC | 33 | 36 |
| BLOC Int. | 323 | 335 |
| British Petroleum | 660 | 665 |
| British Aerospace | 466 | 475 |
| British Telecom | 192 | 198 |
| Britoil | 126 | 130 |
| BTR | 306 | 313 |
| Burmah Oil | 372 | 385 |
| Cable Wireless | 314 | 317 |
| Cadbury Schweppes | 174 | 177 |
| Charter Cons. | 278 | 280 |
| Cons. Gold. Fields | 542 | 539 |
| Cons. Murchison | 206,25 | 187,5 |
| Courtaulds | 275 | 282 |
| De Beers | 735 | 735 |
| Distillers | – | – |
| Driefontein | – | 1618,75 |
| General Electric | 168 | 170 |
| Guinness | 333 | 343 |
| Hawker Siddeley | 489 | 509 |
| ICI | 1039 | 1050 |
| Imperial Group | – | – |
| Lloyds Bank | 452 | 454 |
| Lonrho | 217 | 221 |
| Marks & Spencer | 209 | 212 |
| Midland Bank | 582 | 587 |
| Nat. Westminster | 547 | 557 |
| Plessey | 178 | 180 |
| Reckitt & Colman | 804 | 819 |
| Rio Tinto-Zinc | 611 | 619 |
| Rustenburg Plat. | 1188 | 1175 |
| Shell Transp. | 893 | 928 |
| Thorn Emi | 499 | 509 |
| TI Group | 457 | – |
| Trusthouse Forte | 143 | 148 |
| Unilever | 1825 | 1880 |
| Unitech | 185 | 193 |
| Vickers | 411 | 421 |
| Woolworth | 655 | 665 |
| Financial Times | 1269,10 | 1298,20 |

## Luxemburg

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| ARBED | 2350 | 2300 |
| Arkco | 116 | 116 |
| Audiofina | 5680 | 5600 |
| Bque. Gen. du Lux. | 16250 | 16550 |
| Bque. Int. du Lux. | 15150 | 15150 |
| Belgo Mineira St. | 0,17 | 0,18 |
| Cegedel | 5550 | 5500 |
| Kredietbank Lux. | 17950 | 17950 |
| PAN Holding | 11250 | – |
| SCI Techn. | 660 | 660 |
| SEO | 800 | 800 |

## Madrid

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| Banco de Bilbao | 1250 | 1285 |
| Banco Central | 836 | 851 |
| Banco Popular | 1330 | 1400 |
| Banco de Santander | 819 | 835 |
| Banco de Vizcaya | 1615 | 1670 |
| Citroën España | 500 | 500 |
| Const. Aux. Ferro | – | 169 |
| Cros | 134,5 | 141 |
| Cubiertas | 460 | 450 |
| Dragados | 342 | – |
| Duro Felguera | 494 | 520 |
| El Aguila | 298 | 308 |
| Esp. del Zinc | 280 | 325 |
| Esp. Petróleos | 337,5 | 335,5 |
| Unión Fenosa | – | 290 |
| Fecsa | 75,5 | 78,25 |
| Hidroelectr. Esp. | 110,5 | 115 |
| Iberduero | 160 | 165 |
| Macosa | 112 | 111 |
| Papelera | 190 | 200,5 |
| Soda de Barcelona | – | 445 |
| Sevillana de El. | 116 | 120 |
| Telefónica | 179,25 | 186 |
| Unión Eléctrica | 93,25 | 97 |
| Explosivos RT | – | 221 |
| Urbis | 277 | 291 |
| Vallehermoso | 253 | 266,5 |
| Index | 171,00 | 196,40 |

## Mailand

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| Bastogi | 713 | 702 |
| Benetton Group | 17350 | 17450 |
| Dalmine | 505,25 | 518,5 |
| Farmitalia C. Erba | 13520 | 13550 |
| Fiat | 14360 | 14120 |
| Fiat Vz. | 9650 | 9450 |
| Gemina | 2615 | 2900 |
| Generali | 163450 | 159700 |
| IFI Vz. | 29600 | 28800 |
| Italcementi | 77100 | 76750 |
| Lloyd Adriatico | 30660 | 29700 |
| Magneti Marelli | 4730 | 4750 |
| Mediobanca | 264000 | 266000 |
| Mondadori A. | 10220 | 10400 |
| Montedison | 3240 | 3260 |
| Mira Lanza | 40500 | 40350 |
| Banco Ambrosiano | 3930 | 3950 |
| Olivetti Vz. | 9810 | 9980 |
| dgl. St. | 17450 | 17450 |
| Pirelli SpA | 5180 | 5200 |
| La Rinascente | 1227 | 1250 |
| RAS | 58460 | 57500 |
| SAI Risp | 31000 | 30700 |
| SIP | 3580 | 3580 |
| Snia BPD | 5350 | 5330 |
| STET | 4950 | 4970 |
| Index | – | 756,09 |

## New York

| Ortszeit: 10.00 h | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| Adv. Micro Dev. | 17,5 | 17,625 |
| Aetna Life | 57,125 | 57 |
| Alcan Aluminium | 31,75 | 31,5 |
| Alcoa = | 37,125 | 36,5 |
| Allied Signal = | 38,75 | 38,375 |
| Allis-Chalmers | 3 | 3 |
| AMR Corp. | 51,625 | 51,5 |
| Amax | 14,125 | 13,5 |
| Amerada Hess Corp | 19,5 | 19,25 |
| Am. Brands | 85 | 84,75 |
| Am. Can. = | 77,75 | 77,5 |
| Am. Cyanamid | 76 | 75,75 |
| Am. Express = | 57,75 | 57,75 |
| Am. Home Prod. | 77,125 | 76,625 |
| Am. Motors | 2,5 | 2,5 |
| Am. Tel. & Telegr. = | 23,125 | 23,125 |
| Ameritech | 134,25 | 133 |
| Amoco Corp | 64,75 | 64 |
| Anchor Hocking | 31,5 | 32 |
| Armco Inc. | 6,575 | 6,5 |
| Asarco | 14,75 | 14,625 |
| Atlantic Richfield | 56 | 55,125 |
| Avon Products | 33 | 32,375 |
| Bally | 15,125 | 14,75 |
| Bk. of America | 12,125 | 12 |
| Bell Atlantic | 66,5 | 65,375 |
| Bell Howell | 40,125 | 40 |
| Bethlehem Steel = | 7,875 | 7,625 |
| Black & Decker | 15,875 | 16 |
| Boeing | 55,125 | 54,625 |
| Borg-Warner | 30,25 | 30 |
| Bristol-Myers | 73 | 72,625 |
| Brunswick | 27,75 | 27,875 |
| Burlington Ind. | 34,75 | 34,75 |
| Burroughs | 66,75 | 67 |
| Campbell Soup | 55,75 | 54,5 |
| Capital Cities Corp. | 245,25 | 245 |
| Caterpillar | 47,25 | 46,625 |
| CBS | 130,5 | 131 |
| Celanese | 209,5 | 208,5 |
| Centronics | 6,5 | 6,75 |
| Chase Manhattan | 37,625 | 37 |
| Chevron = | 43,75 | 43,25 |
| Chrysler | 37,5 | 37,125 |
| Citicorp | 51,5 | 51 |
| Clorox | 49,625 | 49,5 |
| Coca-Cola | 35 | 34,125 |
| Colgate | 36,75 | 36,625 |
| Commodore | 7,75 | 7,375 |
| Comwth. Edison | 32,625 | 32,75 |
| Comm. Satellite | 34,375 | 34,5 |
| Control Data | 28 | 27,25 |
| CPC Int. | 57,5 | 56,75 |
| Curtiss Wright | 53,75 | 54 |
| CSX | 28,5 | 28 |
| Deere | 24,25 | 24,125 |
| Delta Airlines | 42,25 | 41,75 |
| Digital Equipm. | 95,125 | 94,125 |
| Dow Chemical | 56,25 | 55,75 |
| Du Pont = | 81,75 | 81 |
| Eastern Gas-Fuel | 27,125 | 27 |
| Eastman Kodak = | 53,375 | 53,125 |
| Enron | 44,5 | 46,5 |
| Exxon Corp. = | 66,875 | 66 |
| First Chicago | 26,75 | 26,5 |
| Firestone | 25,875 | 25,75 |
| Fluor Corp. | 14,25 | 14,125 |
| Ford Motor | 53,125 | 52,75 |
| Foster Wheeler | 11,875 | 11,75 |
| Fruehauf | 47,5 | 47,375 |
| GAF Corp. | 31,875 | 31 |
| General Dynamics | 69,75 | 69 |
| General Electric = | 72,5 | 71,5 |
| General Instrument | 19 | 18,625 |
| General Motors = | 68,875 | 68,25 |
| Gillette | 39,25 | 39 |
| Global Nat. Res | 5 | 5,125 |
| Gen. T. & E. | 54 | 53,75 |
| Goodrich | 39,125 | 39,375 |
| Goodyear Tire = | 31,5 | 31,25 |
| Gould | 18,625 | 18,625 |
| Grace | 47,25 | 47,5 |
| Greyhound | 28,125 | 27,5 |
| Grumman | 24,625 | 24,5 |
| Halliburton | 21,125 | 20,375 |
| Heinz | 41 | 41 |
| Hercules | 53,5 | 53 |
| Hewlett Packard | 44,625 | 44,625 |
| Homestake Mining | 27,875 | 28,125 |
| Honeywell | 72 | 71,125 |
| IBM = | 137,75 | 137,25 |
| Inco Ltd. = | 13,25 | 13,25 |
| Inland Steel | 17,875 | 18,25 |
| Imp. Resources Corp | 4,625 | 4,625 |
| Int. Tel. & Tel. | 49 | 49,125 |
| Int. Paper = | 67,125 | 66,875 |
| Jim Walter | 46 | 45,125 |
| Kaiser Aluminium | 17,5 | 17,5 |
| Kerr McGee | 27,25 | 27,375 |
| Lehmann | 15,625 | 15,75 |
| Litton Industries | 74,75 | 74,75 |
| Lockheed Corp | 45,25 | 44,5 |
| Loew's Corp. | 64,25 | 64,125 |
| Lone Star | 28 | 27,75 |
| Louisiana Land | 28,875 | 29 |
| LTV Corp. | 2,125 | 2,125 |
| McDermott A | 20,375 | 20,125 |
| McDonald's = | 58,875 | 58,125 |
| McDonnell Doug. | 85 | 84,5 |
| Merck & Co = | 99,5 | 98,375 |
| Merrill Lynch | 35,375 | 35,25 |
| Mesa Petroleum | 3,375 | 3,375 |
| Minnesota M. = | 106 | 105,75 |
| Mobil Oil | 36,25 | 35,875 |
| Monsanto | 69,5 | 69,75 |
| Morgan J.P. | 82 | 81,75 |
| Nat. Distillers | 36,75 | 37,125 |
| Nat. Semiconductor | 9,25 | 9,25 |
| Nat. Intergroup | 18,375 | 18,375 |
| Navistar Int. Corp. = | 7 | 6,875 |
| NCR | 50,75 | 50,75 |
| Newmont | 56,875 | 57,375 |
| Owens Ill. = | 38,25 | 38,125 |
| PanAm World | 5 | 4,875 |
| Pfizer | 59,375 | 59 |
| Philip Morris = | 64,5 | 64,875 |
| Philips Petroleum | 10,5 | 10,5 |
| Pittston | 11,375 | 11,125 |
| Polaroid | 58,25 | 56,75 |
| Prime Computer | 20,625 | 20,375 |
| Procter & Gamble = | 77 | 77,875 |
| Revlon | 13 | 13 |
| Reynolds Ind. | 46,375 | 46,125 |
| Rockwell Int. | 39,25 | 39,125 |
| Rorer Group | 40,875 | 40,375 |
| Salomon Inc. | 39,5 | 39,625 |
| Schlumberger | 31,75 | 31,5 |
| Sears, Roebuck = | 40,375 | 39,625 |
| Singer | 51,875 | 52 |
| Sperry Corp. | 75,375 | 75,5 |
| Stand. Oil Calif. | 43,5 | 43,75 |
| Storage Techn. | 2,375 | 2,75 |
| Tandem | 33,375 | 33,125 |
| Tandy | 32,25 | 32,125 |
| Teledyne | 315,5 | 314 |
| Telex Corp. | 56,875 | 55,375 |
| Tesoro | 8,75 | 8,625 |
| Texaco = | 31,375 | 31,25 |
| Texas Air | – | 25,875 |
| Texas Instrum. | 113,75 | 115,25 |
| Tosco | 2,75 | 2,875 |
| Trans World Corp | 25,75 | 25,25 |
| Transamerica | 33,75 | 33,75 |
| Travellers | 44,375 | 44,125 |
| Turner Broadcast. | 15,25 | 15,5 |
| UAL | 58,625 | 55,625 |
| Uccel Corp. | 21,5 | 21,5 |
| Union Carbide = | 21,375 | 21,5 |
| Union Oil of Calif. | 21,875 | 21,5 |
| US Gypsum | 39,25 | 40,25 |
| USX Corp. = | 20,125 | 20,125 |
| United Technolog. = | 42,125 | 42 |
| Walt Disney | 38,75 | 38 |
| Warner Comm. | 19,75 | 19,125 |
| Westinghouse El. = | 53,875 | 53,5 |
| Weyerhaeuser | 35,625 | 35,625 |
| Whittaker | 31,625 | 31,625 |
| Woolworth = | 38,75 | 38,375 |
| Wrigley | 45,5 | 43,75 |
| Xerox | 53,625 | 53,375 |
| Zenith Radio | 20,125 | 19,375 |
| Dow Jones Index | 1770,11 | 1755,72 |
| Stand. & Poor's | 231,99 | 230,68 |

= = Berechnung Dow Jones Index
Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

## Oslo

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| Bergen Bank | 167,5 | 171 |
| Borregaard | 355 | 357,5 |
| Den Norske Cred. | 172,5 | 174 |
| Elkem | 110 | 115 |
| Kreditkassen | 199,5 | 199,5 |
| Norsk Data | 230,5 | 235 |
| Norsk Hydro | 159 | 161 |
| Storebrand | 273 | 275 |
| OSE Ind. Index | 372,90 | 385,49 |

## Paris

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| Air Liquide | 730 | 730 |
| Alsthom Atlant. | 345 | 358 |
| Béghin-Say | 499 | 498 |
| BSN-Gerv.-Danone | 4265 | 4200 |
| Carrefour | 3410 | 3390 |
| Comp. du Midi | 1620 | 1590 |
| Club Méditerranée | 589 | 580 |
| CSF Thomson | 446 | 1545 |
| Elf-Aquitaine | 332 | 332 |
| France Petrol B | 449 | 456 |
| Hachette | 2600 | 2700 |
| Imetal | 65,05 | 65,5 |
| Lafarge | 1334 | 1345 |
| Lafayette | 1237 | 1268 |
| Locafrance | 677 | 660 |
| L'Oréal | 3535 | 3535 |
| Machines Bull | 58 | 52 |
| Michelin | 3145 | 3088 |
| Moët-Hennessy | 2250 | 2240 |
| Moulinex | 73,5 | 74 |
| Penarroya | 45,5 | 44 |
| Pernod-Ricard | 1010 | 983 |
| Perrier (Source) | 788 | 782 |
| Peugeot-Citroën | 1138 | 1130 |
| Printemps | 585 | 590 |
| Radio Techn. | 950 | 980 |
| Redoute à Roubaix | 1961 | 1960 |
| Schneider | 711 | – |
| Sommer Allibert | 1180 | 1138 |
| Usinor | 6,6 | 6,95 |
| Index: INSEE | – | 158,40 |

## Singapur

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| Cycle - Car. | 1,94 | 1,9 |
| Cold Storage | 3,86 | 3,88 |
| Dev. Bk. of Sing. | 7,85 | 7,85 |
| Fraser + Neave | 8,05 | 8,15 |
| Kl. Kepong | 1,45 | 1,47 |
| Mal. Banking | 4,2 | 4,26 |
| Nat. Iron | 4,54 | 4,62 |
| OCBC | 8 | 8,1 |
| Sime Darby | 1,51 | 1,51 |
| Singapur Land | 5,1 | 5,3 |
| Un. Overs. Bank | 4,04 | 4,08 |

## Sydney

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| ACI | 3,6 | 3,6 |
| Ampol. Explor. | 2,35 | 2,4 |
| Westpacific Banking | 4,72 | 4,83 |
| Bougainville Copper | 3,1 | 3,05 |
| Bridge Oil | 0,83 | 0,82 |
| Brok. HBL Prop. | 7,4 | 7,76 |
| Coles | 4,8 | 4,85 |
| CRA | 7,02 | 6,9 |
| CSR (Thaiss) | 2,85 | 2,87 |
| Metals Expl. | 1,18 | 1,17 |
| MIM-Holdings | 2,27 | 2,2 |
| North Broken Hill | 2,35 | 2,34 |
| Oakbridge | 0,8 | 0,81 |
| Peko Wallsend | 6,3 | 6,16 |
| Poseidon | 3,77 | 3,85 |
| Thomas Nat. Tr. | 3,12 | 3,11 |
| Waltons Bond | 0,35 | 0,34 |
| Western Mining | 4,22 | 4,1 |
| Woodside Petr. | 0,95 | 0,95 |
| Index | 1224,38 | 1236,80 |

## Johannesburg

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| Abercom Inv. | Werte lagen bei Red.-schluß nicht vor | 2,9 |
| AE & CI Ltd. | | – |
| Barlow Rand | | 22,5 |
| De Beers | | 33,15 |
| Gold Fields | | 58 |
| Highveld Steel | | 6,6 |
| Kloof Gold Min. | | 56 |
| Rembrandt | | 74,75 |
| Rustenburg Platinum | | 52,75 |
| Sasol | | 6,35 |
| Vaal Reefs | | 346 |
| RDM Gold Index | – | 1817,50 |
| RDM Ind. Index | – | 1450,10 |

## Stockholm

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| AGA AB | 198 | 197 |
| Alfa-Laval AB Ser. B | 325 | 375 |
| ASEA Fria | 349 | 350 |
| Atlas Copco AB | 214 | 216 |
| Electrolux AB Ser. B | 301 | 298 |
| Ericsson Ser. B | 234 | 230 |
| Saab-Scania AB | – | 725 |
| Sandvik AB | 166 | 169 |
| SKF B | 344 | 345 |
| Volvo B Fria | 382 | 378 |
| J & P Ind. Index | 2500,75 | 2515,95 |

## Tokio

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| Alps | Börse geschlossen | 1840 |
| Bank of Tokyo | | 880 |
| Banyu Pharma | | 926 |
| Bridgestone Tire | | 701 |
| Canon | | 970 |
| Daikin Kogyo | | 616 |
| Daiwa Sec. | | 2310 |
| Daiwa House | | 1450 |
| Eisai | | 1550 |
| Fuji Bank | | 1680 |
| Fuji Photo | | 2840 |
| Hitachi | | 995 |
| Honda | | 1290 |
| Ikegai Iron | | 335 |
| Kansai El. P. | | 3310 |
| Kao Soap | | 1490 |
| Kirin Brewery | | 1410 |
| Komatsu | | 561 |
| Kubota Iron | | 425 |
| Matsushita El. Ind. | | 1620 |
| Matsushita El. Wks. | | 1590 |
| Minolta Camera | | 705 |
| Mitsubishi El. | | 513 |
| Mitsubishi H. I. | | 630 |
| Nikko Sec. | | 1970 |
| Nippon El. | | [illegible] |
| Nippon St. | | [illegible] |
| Nomura Sec. | | [illegible] |
| Pioneer | | 1970 |
| Ricoh | | [illegible] |
| Sankyo | | 1560 |
| Sanyo Electric | | 480 |
| Sharp | | 921 |
| Sony | | [illegible] |
| Sumitomo Bank | | [illegible] |
| Sumitomo Marine | | [illegible] |
| Takeda Chem. | | [illegible] |
| Teijin | | 746 |
| Tokio Marine | | [illegible] |
| Tokyo El. Power | | [illegible] |
| Toray | | 871 |
| Toyota Motor | | 1860 |
| Index | – | [illegible] |

## Toronto

| Ortszeit: 10.00 h | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| Abitibi Price | – | 23,625 |
| Alcan Alu. | 43,875 | 43,5 |
| Bk. of Montreal | 31,125 | 31,25 |
| Bk. of Nova Scotia | 15,25 | 15,25 |
| Bell Cda Enterprises | 38 | 38 |
| Bluesky Oil | – | 2,9 |
| Bow Valley Ind. | 11,375 | 11,375 |
| Brascade Mines | – | – |
| Brunswick M. & Sm. | – | 13,625 |
| Cdn. Imperial Bk. | 17,75 | 17,75 |
| Cdn Pacific | 15,375 | 15,375 |
| Cominco | 13 | 13,125 |
| Czeciko Res | 0,93 | – |
| Denison Mines | 6 | 6,125 |
| Dome Petroleum | 1,12 | 1,12 |
| Domtar | 32 | 31,75 |
| Falconbridge Ltd. | 19,25 | 19,125 |
| Great Lakes Forest | – | 23,5 |
| Gulf Canada | 14,375 | 14,5 |
| Gulfstream Res. | 0,45 | 0,46 |
| Hiram Walker Res. | – | 37,625 |
| Hudson Bay Mng | 6,5 | 6,25 |
| Husky Oil | 8,625 | 8,75 |
| Imperial Oil -A- | 44,625 | 44,625 |
| Inco | 18,5 | 18,375 |
| Inter City Gas Ltd. | 15,75 | 15,5 |
| Interprov. Pipeline | – | 41,625 |
| Kerr Addison | 16 | 16,25 |
| Lac Minerals | 24,75 | 24,625 |
| Moore Corp. | 30,5 | 30,5 |
| Noranda Mines | 19,375 | 19,5 |
| Norcen Energy Res. | 14,75 | 14,75 |
| Northgate Expl. | 5,875 | 5,875 |
| Northern Telecom. | 39,375 | 39,5 |
| Nova An Alberta 'A' | 5,25 | 5,25 |
| Nu West Group | 0,35 | 0,34 |
| Oakwood Petrol | 2,45 | 2,3 |
| Placer Development | 30,625 | 30,75 |
| Provigo Inc. | – | 17,625 |
| Ranger Oil | 5,5 | 5,5 |
| Revenue Properties | 3,3 | 3,25 |
| Rio Algom | – | 21,5 |
| Royal Bk. of Can. | 31,625 | 31,5 |
| Seagram | 80,5 | 80,375 |
| Shell Canada | 23,375 | 23,375 |
| [illegible] | [illegible] | [illegible] |
| Steico -A- | [illegible] | [illegible] |
| TransCan. PipeLines | 17,5 | 17,4 |
| [illegible] Corp. | [illegible] | [illegible] |
| Westcoast Transm. | 15,25 | 15,125 |
| Index: TSE 300 | [illegible] | [illegible] |

## Wien

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| Creditanst.-Bkv. Vz. | [illegible] | [illegible] |
| Gösser-Brauerei | [illegible] | [illegible] |
| Länderbank Vz. | [illegible] | [illegible] |
| Lenzing | [illegible] | [illegible] |
| Linz Textil | [illegible] | [illegible] |
| Österr. Brau | [illegible] | [illegible] |
| Perlmooser Zement | 610 | 610 |
| Semperit | [illegible] | [illegible] |
| Schwechater Br. | [illegible] | [illegible] |
| Semperit | [illegible] | [illegible] |
| Steyr-Daimler-P. | 161 | 161 |
| Steyrermühl Papier | [illegible] | [illegible] |
| Universale Hoch | [illegible] | [illegible] |
| Veitscher Magnesit | [illegible] | [illegible] |
| Index | [illegible] | [illegible] |

## Zürich

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| Alusuisse | Börse geschlossen | [illegible] |
| dgl. NA | | [illegible] |
| Bank Leu | | [illegible] |
| Brown Boveri | | [illegible] |
| Ciba Geigy Inh. | | [illegible] |
| Ciba Geigy Part. | | [illegible] |
| Elektr. Watt | | [illegible] |
| Georg Fischer Inh. | | [illegible] |
| Magazine Globus Part. | | [illegible] |
| H. La Roche 1/10 | | [illegible] |
| Holderbank | | [illegible] |
| Italo-Suisse | | [illegible] |
| Jacobs Suchard Inh. | | [illegible] |
| Jelmoli | | 3750 |
| Landis Gyr | | [illegible] |
| Mövenpick Inh. | | [illegible] |
| Motor Columbus | | [illegible] |
| Nestlé Inh. | | [illegible] |
| Oerlikon-Bührle | | [illegible] |
| Sandoz NA | | [illegible] |
| Sandoz Inh. | | [illegible] |
| Sandoz Part. | | 1700 |
| Art. A. Saurer | | [illegible] |
| Sauter Nom. | | 100 |
| Schw. Bankges. | | 5810 |
| Schw. Bankverein | | [illegible] |
| Schw. Kredit. A. Inh. | | 3770 |
| Schw. Rückv. Inh. | | [illegible] |
| Schw. Volksb. Inh. | | [illegible] |
| Sika B | | 3750 |
| Gebr. Sulzer Part. | | [illegible] |
| Swissair | | [illegible] |
| dgl. NA | | [illegible] |
| Winterthur Inh. | | [illegible] |
| Winterthur Part. | | [illegible] |
| Zür. Vers. Inh. | | [illegible] |
| Index: Schw. Bankv. | – | [illegible] |

## Inlandszertifikate

| | Ausg. 15.9. | Rückn. 15.9. | Rückn. 12.9. |
|---|---|---|---|
| AAR-UNIV.F.I | 178,88 | 168,75 | 168,75 |
| Adifonds | 69,84 | 66,51 | 66,50 |
| Adirenta | 23,90 | 23,20 | 23,26 |
| Adireva | 109,17 | 105,99 | 107,27 |
| Aditec | 109,44 | 104,23 | 105,24 |
| Adiverba | 183,08 | 174,36 | 174,35 |
| Aegis Bnk.-Fds. | 39,94 | 38,05 | 38,59 |
| Aegis Wachst.-Fds. | 68,95 | 65,66 | 64,63 |
| AGI Fonds | 172,50 | 164,29 | 164,29 |
| Aldarenta | unerh. | unerh. | 201,40 |
| Albingia Rendite Fds. | 52,60 | 50,45 | 50,66 |
| Alfa Kapital Fds. | 38,41 | 35,71 | 35,81 |
| Allianz-Rentenfonds | 127,67 | 124,56 | 124,69 |
| Analytik Fonds | 32,34 | 30,07 | 30,28 |
| Aro-Rendit. | 60,25 | 58,14 | 58,28 |
| ArtDeka | 57,96 | 55,64 | 56,04 |
| Assecura I | 92,15 | 91,69 | 91,69 |
| Austr. Pazifik | 46,79 | 45,43 | 45,79 |
| Berenberg-U-Fonds | 413,52 | 401,48 | 403,47 |
| Berenberg-U.-Eff.-F. | 52,57 | 51,04 | 51,13 |
| Berenberg-U-Renten | 125,14 | 122,09 | 122,31 |
| BW-Renta-Univ. | 55,74 | 53,89 | 53,89 |
| BW-Wertberg-Univ. | 139,43 | 134,39 | 134,39 |
| Colonia Rentenfonds | 52,28 | 50,50 | 50,77 |
| Concentra | 39,05 | 38,10 | 38,27 |
| dbi-Fonds V I | – | 60,23 | 60,23 |
| DekaFonds | 56,31 | 53,50 | 53,56 |
| DekaRent | 33,26 | 32,29 | 32,36 |
| DekaSpezial | 245,57 | 233,25 | 234,77 |
| DekaTresor | 62,64 | 61,11 | 61,20 |
| DespaFonds | 85,59 | 81,31 | 81,31 |
| DEVIF-Invest | 109,60 | 104,32 | 104,89 |
| DEVIF-Rent | 56,50 | 54,81 | 54,91 |
| DIFA-Fonds | 180,70 | 171,10 | 171,10 |
| DIFA GRUND | 106,06 | 100,76 | 100,76 |
| DIT Fonds f. Verm. | 69,36 | 67,67 | 67,95 |
| DIT Rohstoffonds | 68,06 | 66,08 | 67,56 |
| DIT Pazifikfonds | 136,92 | 133,22 | 134,20 |
| DIT Spezial | 75,87 | 73,66 | 74,34 |
| DIT Technologiefonds | 78,08 | 75,81 | 78,68 |
| DIT Wachstumsfonds | 73,68 | 71,53 | 71,87 |
| DIT Fds.f.Wä.u.Opt.A | 130,81 | 127,62 | 131,77 |
| Dt. Rentenfonds | 86,60 | 84,90 | 85,05 |
| Dt. Vermögenb. Fds. A | 41,19 | 39,23 | 39,26 |
| dgl. I | 53,91 | 51,34 | 51,42 |
| dgl. R | 28,51 | 27,68 | 27,72 |
| DWS Bayern Spezial | 101,40 | 96,56 | 97,17 |
| DWS Energiefonds | 87,05 | 84,92 | 85,84 |
| DWS Provesta | 86,30 | 82,18 | 83,00 |
| DWS Rohstoff Fds. | 78,60 | 76,66 | 77,05 |
| DWS Technologie Fds. | 86,60 | 84,48 | 85,96 |
| Fondak | 75,04 | 71,47 | 71,46 |
| Fondirent | 80,40 | 78,06 | 78,38 |
| Fondis | 66,30 | 63,14 | 63,61 |
| Fondra | 114,27 | 108,83 | 108,81 |
| FT Accuzins | 139,54 | 135,48 | 135,88 |
| FT Am Dynamik | 23,34 | 21,36 | 21,37 |
| FT Frankf. Eff. F | 148,63 | 141,20 | 143,85 |
| FT Interspezial I | 27,50 | 26,99 | 27,39 |
| FT Interspezial II | 34,22 | 31,39 | 31,77 |
| FT Interzins | 46,70 | 45,34 | 45,48 |
| FT Nippon Dynamik | 105,12 | 96,18 | 96,06 |
| FT Re-Spezial | 196,01 | 186,21 | 187,36 |
| Gerling Dynamik | 72,05 | 68,95 | 70,46 |
| Gerling Rendite | 57,44 | 55,76 | 55,88 |
| GKD-Fonds | 76,65 | 73,89 | 73,90 |
| Gothaeraz | 96,49 | 93,14 | 95,46 |
| Grundbesitz-Invest. | 74,90 | 71,29 | 71,16 |
| Grundwert-Fonds | 154,79 | 127,76 | 127,76 |
| Hbg.-M. Rentenfonds | 60,53 | 58,20 | 58,57 |
| Hansainternational | 52,05 | 50,26 | 50,21 |
| Hansarenta | 50,24 | 48,54 | 48,67 |
| Hansasecur | 68,02 | 64,78 | 66,50 |
| Hansazins | 50,98 | 49,26 | 49,33 |
| Haus-Invest | 69,70 | 66,50 | 66,30 |
| iii-Fonds Nr 1 | 117,60 | 111,90 | 111,70 |
| dgl. Nr. 2 | 76,20 | 72,50 | 72,40 |
| Industria | 64,89 | 63,00 | 64,20 |
| INKA-Global | 88,20 | 83,90 | 86,30 |
| INKA-Rent | 53,30 | 51,60 | 51,70 |
| INKA-Re-Invest | 138,80 | 134,60 | 135,30 |
| Inrenta | 75,40 | 73,56 | 73,67 |
| Interglobal | 155,49 | 150,96 | 153,96 |
| Inter-Renta | 40,10 | 38,90 | 38,83 |
| Intervest | unerh. | unerh. | 99,57 |
| Interkapital | 28,80 | 27,10 | 27,70 |
| Int. Rentenfonds | 81,58 | 79,59 | 80,92 |
| Investa | 72,45 | 69,18 | 69,23 |
| Investors Fds. | 14,61 | 13,58 | 13,70 |
| Iverafonds | 64,05 | 58,60 | 59,90 |
| Japan-Pazifik-Fds. | 82,62 | 80,21 | 80,94 |
| Kapitalf. Spezial | 146,09 | 135,13 | 138,00 |
| Magdeb. W.-Fd.DIT | 84,47 | 80,45 | 81,04 |
| Medico-Invest | 123,30 | 115,20 | 117,70 |
| Merkur I | 30,61 | 30,61 | 30,61 |
| NB Rent | 58,03 | 56,33 | 54,58 |
| Nordcumula | 78,20 | 75,92 | 77,23 |
| Nordrenta Int. | 58,55 | 56,84 | 56,79 |
| Nordstern-F. RK | 52,67 | 50,88 | 51,13 |
| Nürnberger Rentenfds. | 50,70 | 48,63 | 48,70 |
| Oppenh. Int. Rent. | 104,06 | 101,02 | 101,21 |
| Oppenh. Priva-Rent | 115,77 | 112,39 | 112,85 |
| Oppenheim-Privat | 58,62 | 55,87 | 56,89 |
| Oppenheim-Spez. I | 127,46 | 123,74 | 124,61 |
| Oppenheim-Spez. II | 98,82 | 94,10 | 94,00 |
| Plutonds | 78,58 | 74,84 | 74,81 |
| Pavafonds | 70,25 | 66,90 | 68,43 |
| Re-Invesco | 169,75 | 165,60 | 166,61 |
| Renditdeka | 36,17 | 35,12 | 35,21 |
| Rentak | 166,76 | 158,42 | 158,94 |
| Renax | 112,64 | 109,25 | 109,60 |
| Rentensparfonds | 59,08 | 57,36 | 57,59 |
| Ring Aktien-Fds. DWS | 50,15 | 47,85 | 48,84 |
| Ring Renten-Fds. DWS | 48,65 | 46,43 | 46,58 |
| Sölstar-U-Fonds | 184,75 | 179,08 | 179,08 |
| SMH-Rentenfonds | 53,97 | 52,40 | 52,63 |
| Südinvest I | 65,84 | 62,72 | 63,09 |
| dgl. II | 78,77 | 75,02 | 74,99 |
| dgl. III | 27,76 | 26,95 | 27,05 |
| dgl. IV | 81,22 | 78,10 | 78,57 |
| Thesaurent | 64,84 | 63,36 | 65,16 |
| Thesaurus | 242,00 | 236,10 | 236,76 |
| Transatlanta | 28,56 | 27,75 | 29,04 |
| Unifonds | 34,10 | 32,43 | 32,40 |
| Uniglobal | 95,40 | 90,82 | 91,69 |
| Unikapital | 85,05 | 82,97 | 85,13 |
| Unirak | 87,40 | 83,20 | 84,25 |
| Unirenta | 41,80 | 40,58 | 40,59 |
| Unispezial I | – | 65,69 | 64,05 |
| Universal-Eff.-F. | 102,50 | 100,49 | 100,49 |
| Unizins | 117,00 | 115,59 | 115,85 |
| Verm.-Aufbau-F. | 122,88 | 117,03 | 118,50 |
| Verm.-Ertrag-F | 100,16 | 96,31 | 97,42 |
| VICTORIA Rent-Adig | 72,29 | 69,85 | 70,18 |

## Auslandszertifikate

| | | | |
|---|---|---|---|
| Austro-Inv DM | 33,85 | 31,90 | 32,80 |
| Bond Valor DM | 113,69 | 111,59 | 112,08 |
| Convert Fund A DM | 35,20 | 33,40 | 35,00 |
| Convert Fund B DM | 105,70 | 100,10 | 104,90 |
| CS Money Market DM | 1096,62 | 1096,61 | 1096,40 |
| Eurinvest DM | 97,60 | 93,60 | 94,00 |
| Eurunion DM | 190,71 | 175,78 | 179,37 |
| Formular Sel. DM | 83,48 | 78,05 | 78,05 |
| GT Inv. Fund DM | 66,70 | 63,10 | 64,00 |
| Interspar DM | unerh. | unerh. | 27,29 |
| Japan Sel. DM | 464,70 | 434,50 | 434,50 |
| Unica DM | 78,10 | 75,75 | 75,85 |
| Amerika-Valor sfr. | 425,25 | 411,00 | 422,75 |
| Asia Fd. $ | unerh. | unerh. | 330,53 |
| Automation sfr. | 122,00 | 113,50 | 116,00 |
| Bond-Invest sfr. | 64,00 | 62,50 | 62,75 |
| Bond Valor Yen | 11086,00 | 10876,00 | 10881,00 |
| Bond Valor $ | 129,07 | 126,66 | 127,02 |
| Bond Valor sfr. | 109,40 | 107,35 | 107,50 |
| Bond Valor Ster. | 108,82 | 106,80 | 106,99 |
| CSF-Bonds sfr. | 79,00 | 76,25 | 77,00 |
| CS Gold Valor $ | 113,59 | 111,45 | 109,78 |
| CS Money Market $ | 1165,35 | 1165,34 | 1165,17 |
| CS Money Market Ster. | 1133,13 | 1133,12 | 1132,84 |
| CS Money Market Yen | 104140,0 | 104139,0 | 104139,0 |
| Convert Valor sfr. | 147,35 | 138,70 | 139,10 |
| Convert Valor $ | 156,09 | 153,17 | 153,86 |
| Dreyfus $* | 13,89 | 13,06 | 13,18 |
| Dreyfus Internat. $* | 49,20 | 46,25 | 46,47 |
| Dreyfus Intercont. $* | 50,84 | 47,79 | 47,79 |
| Dreyfus Leverage $* | 22,47 | 20,56 | 20,72 |
| Energie-Valor DM | 180,37 | 171,39 | 176,03 |
| Europa Valor sfr. | 195,00 | 185,75 | 189,75 |
| Fonsa sfr. | 195,00 | 190,00 | 191,00 |
| Founders Growth $* | 9,31 | 9,31 | 9,45 |
| Founders Mutual $* | 10,69 | 10,69 | 10,88 |
| Goldmines hfl. | – | 206,00 | 207,00 |
| Intercont. Tr. sfr. | – | 342,25 | 352,08 |
| Interswiss sfr. | 172,50 | 166,00 | 166,00 |
| Intervalor sfr. | 81,00 | 78,00 | 80,50 |
| Japan Portfolio sfr. | 1532,00 | 1471,75 | 1530,75 |
| Kemper Growth $* | 13,99 | 12,80 | 12,99 |
| Pacific-Valor sfr. | 198,25 | 186,00 | 193,50 |
| Pharmafonds sfr. | 327,00 | 304,50 | 312,50 |
| Pioneer Fund $* | 24,55 | 22,46 | 22,74 |
| dgl. II $* | 20,03 | 18,33 | 18,56 |
| Schweizeraktien sfr. | 498,50 | 472,50 | 482,75 |
| Siat-Imm. sfr. | 1730,00B | 1720,00G | 1720,00G |
| Siat 63 sfr. | 1350,00B | 1340,00G | 1340,00G |
| Swissimmob. N.S. sfr. | 2615,00 | 2500,00 | 2500,00 |
| Swissimmob. 1961 sfr. | 1345,00 | 1280,00 | 1280,00 |
| Swissvalor sfr. | 416,50 | 404,50 | 413,25 |
| Technology $* | 14,03 | 12,84 | 13,08 |
| Technogrowth Fd. | 100,84 | 95,14 | 95,14 |
| Templeton Growth $* | 13,46 | 12,32 | 12,40 |
| Universal B.S sfr. | 79,00 | 76,50 | 77,00 |
| Universal Fund sfr. | 117,50 | 114,28 | 117,45 |
| Usec | 734,00 | 699,00 | 719,00 |

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

## Optionshandel

Frankfurt: 15. 9. 1986
1671 Optionen = 88 200 (109 650) Aktien,
davon 385 Verkaufsoptionen = 17 660 Aktien.

**Kaufoptionen:** AEG 10-300/16,1G; 320/7B; 340/5; 360/3B; 380/2B; 400/1B, 1-300/40B; 320/34B; 340/20B; 360/18B; 380/11B; 400/9G, 4-300/50G; 320/40G; 340/30G; 360/25,9B, 380/19; 400/15G; Agiv 1-460/10G; BASF 10-260/20B; 270/10G; 280/6G; 290/2; 300/1B; 1-250/44G; 260/32G; 270/26; 280/23; 4-260/50B; 280/30B; 300/18,5B; 320/13G; 340/7,5G; Bayer 10-280/21,5; 290/13,6; 300/7,5; 310/4; 320/2,9B; 1-280/40; 290/55G; 300/21,9B; 310/14B, 320/12B; 340/10B; 4-280/54,5B; 300/29; 320/27B; BBC 10-263/67B; 1-340/14G, 4-340/25G; BHF 1-600/11G; 4-550/50B, 600/39B; Bay. Hypo 10-600/35G; 650/8,6B; 1-650/40B; 700/25G, 750/15B; 4-700/40B; Babcock 10-120/14B; 130/8; 140/5G; 1-130/15G, 140/10B; 4-130/20B; 140/12G; 150/9,9B; 160/6,9B; 170/5,9B; BMW 10-600/20G; 614,50/7,1; 644,50/4,5B; 1-550/78B, 564,50/75G; 600/65; 700/15G; 4-600/88G; 700/40G; 750/32G; Bay. Vereinsbk. 10-500/55B, 550/30B; 600/8B; 1-600/35B; 4-600/50G; 650/26,1G; Commerzbk. 10-300/41; 312/29; 320/22; 332/11; 1-300/55; 320/38; 340/21; 360/17G; 380/14; 400/5,4; 4-320/50; 340/38B; 360/30G; Conti 10-215/105G; 225/95G; 235/85G; 245/75G, 255/65, 260/61G; 275/45; 1-275/66B; 300/45B; 315/37B; 320/30G; 335/28B; 4-320/45B; 340/34B; 360/27B; 380/17; Daimler 10-1200/99B; 1300/31; 1400/10B; 1-1100/200G; 1200/138G; 1300/65B; 1400/60G; 4-1600/40G; Daimler cum BA 10-1285,50/150; 1300/130; 1385,50/60; 1400/50; 1-1400/141G; 1485,50/84B; 1500/80G; 1585,50/20G; Dt. Babcock St. 10-180/30B; 200/10B; 220/5B; 1-200/20G; 220/14B, 4-200/30G; 220/20B; Dt. Babcock Vz. 10-200/8,5B; 220/4B; 1-200/18G; 220/14B; 4-200/20G; Deutsche Bk. 10-750/55B; 788/20G; 800/18G, 1-800/50; 850/25G; 900/19B; 950/14,6; 4-800/68G; 850/46,5B; 900/30B; 950/18B; Degussa 10-460/53B; 500/8B; 1-500/23; 4-500/42G; 550/35B; Dresdner Bk. 10-400/30; 420/12; 428/10B; 460/5B; 1-400/57; 420/42B; 440/35B; 460/27B; 4-460/40B; 480/35B; GHH St. 10-240/8B; 254,50/5B; 1-260/10B; 4-240/21G; GHH Vz. 10-200/10B; 210/2B; 220/1,5B; 1-190/30B; Harpener 1-300/53B; 340/20G; 4-320/46B; 340/29B; 360/10G; Hoechst 10-260/12; 280/2G; 290/1; 1-260/27B; 270/20G; 280/13; 290/10B; 4-260/37; 280/30B; 300/15G; 320/9G; 340/8; Hoesch 10-140/19B; 150/9,5B; 156/6,1, 160/3G; 1-140/25B; 150/19G; 160/11; 170/7,5; 175/6B; 180/5,5B; 185/5B; 4-150/24; 160/20B; 170/14B; 180/10; 190/8G; 200/5; Karstadt 10-380/55B; 400/40B; 420/15B; 1-460/11G, 4-420/36G; 480/25G; Kaufhof 10-495/20B, 500/15B; 1-550/11,6; KHD 10-220/10B; 240/2,2G; 1-220/25B; 240/12G; 260/4G; 4-220/32G; 240/24B; 260/10B; Klöckner 10-75/5B; 80/2B; 85/1,5B; 90/1G; 1-75/10G; 80/6,5G; 85/5,6; 90/4B; 95/2,5G; 4-70/21,9B; 80/13B; 85/10; 90/8; 100/5; Lufthansa St. 10-170/16G; 180/8G; 190/7G; 200/6,4G; 1-190/21,9B; 200/20B; 4-180/35G; 200/22B; 220/15G; Lufthansa Vz. 10-160/10G; 1-180/15B; 190/8B; 200/6G; 4-180/27G; 200/10B; Mercedes 10-1100/74B; 1300/2B; 1-1100/95G; 1200/90G; 4-1300/88G; Mercedes cum BA 1-1300/85G; 1400/55G; 1500/35G; Metallges. 10-300/62B; 340/25B; 1-340/39G; 4-360/35G; Mannesmann 10-170/16G; 180/10B; 190/5; 194/2,2G; 1-160/32G; 170/30B; 180/22; 190/14; 200/10; 220/7; 4-160/46B; 170/39B; 180/30; 190/25; 200/14; 220/12G; 240/6G; Nixdorf 10-600/100B, 650/55B; 690/45B, 1-750/36B; 800/15G; 4-700/50B; 800/26G; Porsche 10-1100/70G; 4-1300/10G; Preussag 10-160/50G; 170/41; 180/30G; 190/21G; 1-180/33G; 190/28G; 200/22B; 220/13,4; 240/8; 4-180/40G; 200/29,9B; 220/24B; 240/14,6B; RWE St. 10-200/11B; 220/8B; 227,20/7B; 230/3B; 240/2,9B; 245,20/2B, 1-200/22G; 220/18B; 240/9G; 260/7; 280/14,1G; 4-220/30B, 240/15G; 260/8G; RWE Vz. 10-200/8B; 217,20/6B; 227,20/3,5B; 237,20/2,5B; 1-200/35B; 220/14B; 240/11; 260/40; 4-220/18B; Schering 10-638/6B; 650/56,6; 1-650/26G; 738/12,1G; 4-600/70G; 650/37G; 700/25B; Kali + Salz 10-250/70B; 275/40B; 295/15, 300/6G, 1-280/46G; 295/40, 300/35,5; 315/25G; 320/20G; 340/15G; 4-280/62G; 300/42G, 340/30B, 360/15G; Siemens 10-600/120B; 630/80B; 650/49; 700/14, 750/6,6B; 800/3B; 1-600/130B; 650/77B; 700/40,1; 750/28B, 800/16B; 850/10; 4-700/78; 750/50B; 800/30B; 850/28B; Thyssen 10-140/20B; 145/14B, 150/11B; 155/8B; 160/5, 165/3; 170/2,4; 175/1,2B; 180/1B; 190/0,80B; 1-150/25B; 160/15; 170/9,5B; 180/4,5 190/5; 200/3,5B; 220/2B, 4-160/22; 170/17; 180/12; 190/8; 200/6B; 220/5B; Varta 1-360/40B; Veba 10-260/39B; 270/20B. 280/10B; 290/5B; 300/4B; 330/2B; 350/0,80B; 1-280/30B; 300/16G; 320/12B; 340/3,5G; 4-260/46G; 300/22G; 320/18B; 340/14,5. VEW 10-150/13B; 154/11B; 164/3,5B; 170/5B; 1-160/15G; 170/10B; 174/7B; 180/5B; 4-160/24B; 170/17B; 180/12B; VW 10-450/81G; 460/70,5G; 470/60,5; 480/51; 490/41G, 500/31,1; 510/31G, 540/14,1; 550/11,1, 580/1,5; 590/1,1B; 600/1B; 1-450/10B; 500/7,7G, 540/50; 550/40; 590/30B; 600/29,5B; 650/17, 700/16G, 740/6G 750/5G, 4-500/94B; 550/70G; 600/45; 650/34; Alcan 10-70/2,5G; 75/1B; 1-65/8B; 70/5; 75/3; 4-60/17,9B; 65/11G; 70/8G; 75/5G; 80/3,8; Chrysler 1-90/2,5G, 4-70/18B; 80/10G; 90/4B; Eli 10-70,80/40B; 75,80/35B; 95,80/19,9B; 100/12,6B; 105,80/11B; 110/10B; 1-90/28B; 100/19,4; 105,80/16B; 110/13; 120/6G; 4-90/35B; 100/23G; 120/10G; General Motors 10-160/3B; IBM 10-300/4,6G; 320/2B; 1-300/16G; 320/7G; 340/3,5G; 4-320/14G; 340/10B. Norsk Hydro 10-38,10/8,5B; 40/6B; 43,10/5G 45/2,15G; 50/1,2B; 1-40/7G; 45/4,5G; 50/1,9G; 4-40/10,4; 45/7,5B; 50/4B; Philips 10-40/8G; 50/1,4B; 55/0,80B; 1-40/11B; 45/6,5G; 50/2,5G; 55/1,3G; 4-40/10G; 45/8,5B; 50/5G; 55/2G; Royal Dutch 10-170/20B; 1-180/19B; 190/14B; 200/9; 4-180/24B; 190/18; 200/14,5; Sony 10-40/2G; 4-40/4,1G; Sperry 10-140/17,1B; Unilever 10-411/79B; 460/13B; Xerox 10-110/10B; 120/5B; 1-120/7G; 4-120/12,5G.

**Verkaufoptionen:** AEG 10-280/2,6G; 300/9B; 320/14,5; 1-280/11; 300/16G; 320/22B; 4-280/12G; 300/21G; 320/28G; BASF 10-250/1B; 260/3B, 270/5; 290/17G; 1-260/10; 270/12G; 280/14G; 290/18B; 4-260/14,6B; Bayer 10-280/2G; 290/7; 300/7,1G; 310/7,5; 320/17,5; 1-280/9,5B; 300/22; BMW 10-600/15G; 1-550/15; 580/25. 600/37G; 4-500/15G; 550/37G; Commerzbk. 10-300/4,4; 320/6G; 1-300/12; 320/15G; 340/28; 360/43; 4-300/19,2B; 320/25G; Conti 10-280/4,9B; 300/7B; 1-280/6,1G; 300/10,7; 4-280/12; 300/18G; 320/28G; Daimler 10-1200/13G; 1300/41G; 1-1100/25B; 1200/45G; Dt. Babcock St. 1-200/10B; Deutsche Bk. 10-700/4G; 750/10; 788/19B; 800/32B; 1-750/25G; 800/46; 4-700/20G; 800/54G; Degussa 1-500/25G; Dresdner Bk. 10-400/4; 410/7G; 420/20; 1-380/15; 400/20; 4-400/30G; Hoechst 10-220/1,2B; 240/2B; 250/2,3B; 258,60/5B; 260/5,8; 268,60/6G; 288,60/20,5B 1-250/4,5G; 260/8G; 270/15G; 290/24B; 4-260/13,2G; Hoesch 10-140/1G; 150/2,4B; 155/5; 160/9G; 165/13; 170/20; 180/28G; 1-140/4G; 145/7G; 150/10B; 160/15B; 170/20,5G; 175/26G; 180/30G; 185/34; 4-140/8,5B; 150/12,5B; 160/19G; Karstadt 10-400/9B; 440/27B; 1-380/14B; 400/18,8G; 420/24,2G; 4-420/34G; Kaufhof 1-460/25B; 4-440/29,8; Klöckner 10-70/2G; 85/5; 90/11B; 95/15, 1-75/4B; 80/7G; 85/9G; 90/14B; 95/17,9B; 100/22B; 4-70/4G; 75/7,3G; 85/11; Lufthansa St. 10-160/3B; 180/5G; 1-180/9G; 190/15,5G; 4-180/10,5G; 200/21,5G; Linde 1-750/30G; 4-650/11G; Mercedes 10-1200/40G; 1-1100/35G; 1200/46G; 4-1200/51G; Mannesmann 10-160/1G; 180/4G; 190/6,5G; 194/12B, 1-150/4B, 160/5B, 170/7,1; 180/10B; 190/15G; 200/22G; 4-150/6B; 160/8B; 180/13; Nixdorf 1-600/7,5G; 650/17G; Preussag 10-212/0,80; 1-172/4,5B; 180/7; 200/20B; 4-180/16B; RWE St. 10-200/6B; 220/14; 1-200/10B; Schering 1-550/7,1G; 580/16,1G; 600/25G; Kali + Salz 1-300/15G; 4-300/25G; Siemens 10-600/2,4; 650/10; 700/26; 1-600/17B; 650/24,7; 700/40G; Thyssen 10-140/1,5; 150/2B; 155/3G; 160/5,5; 165/7G; 170/13G; 1-150/7; 160/12B; 4-150/9B; 160/13B; 170/20B; Varta 1-340/18G; Veba 10-260/3B; 270/4B; 280/10; 1-260/12,15G, 280/19G; VEW 10-150/7B, VW 10-460/2B; 480/4G; 490/5G; 500/9,4B; 510/10B; 520/15G; 550/25G, 1-480/20B; 500/26; 550/58G; 4-500/38G, 550/45G; Alcan 1-70/7B; Chrysler 1-75/4G; 80/10,5; 85/14B; 4-75/8B, Eli 1-100/3,4G; General Motors 10-180/37B; 4-140/10G; IBM 10-280/8B; 1-280/30; 4-240/13, Litton 1-150/8G; 4-140/6G; Norsk Hydro 10-40/1B; 45/2,5B; 50/6B; 1-45/3,6B; 4-40/3,1B; 45/4G; 50/7B; Philips 10-45/2,5B; 50/4B; 53,80/7,5G, 1-45/4B; 55/11B; Sony 1-50/14,2B; 4-40/4G; Sperry 1-150/10B, Unilever 10-430/20B; Xerox 1-110/8G.

## Rentenoptionen

Frankfurt: 15. 9. 1986

**Kaufoptionen:** 7 3/4 Bund 82 I (90): JAN87-108/1,6G; 110/0,70G; JUL87-108/2G; 110/1,2G; 7 1/2 Bund 85 III (91): JAN87-108/1,6G. JUL87-108/2,3B; 110/1G; 8 1/2 Bund 82 (92): JAN87-112/2G; 114/0,50G; JUL87-112/3G; 114/1G; 8 3/4 Bund 82 (92): JAN87-114/2B; JUL87-114/2,5G; 116/1G; 7 1/2 Bund 85 I (95): JAN87-108/2,5G; 110/1,2B; JUL87-108/3,5B; 110/1,5G; 8 Bund 85 (95): JAN87-110/3G; 112/1G; JUL87-110/3,5B; 112/2G; 8 1/4 Bund 85 V (95): JAN87-112/2,4G; 114/0,80G; JUL87-112/3,4G; 114/1,6G; 7 1/2 Bund 84/94: JAN87-108/2,8G; 110/1G; 112/0,40B; JUL87-108/3,6G; 110/1,8G; 112/1G; 7 Bund 86 I (95): JAN87-106/1,8G; 108/0,50G, JUL87-106/2,8G; 108/1,2G; 7 1/4 Bund 86 II (95): JAN87-106/3,2G; 108/1G; 110/0,30G; JUL87-106/4B; 108/2G; 110/0,80G; 6 3/4 Bund 86 (96): JAN87-104/2,5G; 106/0,80G; 108/1,55G; JUL87-104/3,5G; 106/1,8G; 108/1,5G; 6 1/2 Bund 86 (95): JAN87-104/1G; 106/0,80G; 108/0,50G; JUL87-104/2G; 106/1,2G; 108/0,70G; 7 1/4 Bahn 86 (96): JAN87-104/2,5G; 106/0,50G; 108/0,30G; JUL87-104/3,3G; 106/1,5G; 108/0,80G; 7 Post 86 (97): JAN87-106/1G; 108/0,65G; JUL87-106/2G; 108/1,8G; 110/0,50G.

**Verkaufoptionen:** 7 3/4 Bund 82 I (90): JAN87-110/2G; JUL87-108/1,8G; 110/3G; 7 1/2 Bund 85 III (91): JAN87-108/1,3G; 110/1,7G; JUL87-108/2G; 110/2,7G; 8 1/2 Bund 82 (92): JAN87-112/1,7G; 114/1,8G; JUL87-114/3,3G; 8 3/4 Bund 82 (92): JAN87-114/1,8G; 116/2,2G; JUL87-114/2,5G; 116/3,5G; 7 1/2 Bund 85 I (95): JAN87-108/1,5G; 110/1,5G; JUL87-108/2,2G; 110/2,6G; 8 Bund 85 (95): JAN87-112/1,8G; 114/2,5G; JUL87-112/2,8G; 114/3,8G; 8 1/4 Bund 85 V (95): JAN87-112/1,7G; 114/2,5G; 116/2,8G; JUL87-112/2,3G; 114/3G; 116/4G; 7 1/2 Bund 84/94: JAN87-108/1,4G; 110/1,9G; 112/3,5G; JUL87-108/2,3G; 110/3G; 112/4,5G; 7 Bund 86 I (95): JAN87-106/1,5G; 108/2,2G; 110/4G; JUL87-106/2,4G; 108/3,2G; 110/5G; 7 1/4 Bund 86 II (95): JAN87-108/1,5G; 110/2,3G; JUL87-110/4G; 6 3/4 Bund 86 (96): JAN87-106/2,3G; 108/3,5G; JUL87-106/3G; 108/4,5G; 6 1/2 Bund 86 (95): JAN87-104/2,5B; 106/3,2G; 108/5G; JUL87-106/3,8G; 108/5,8G; 7 1/4 Bahn 86 (96): JAN87-106/1G; 108/3,2G; JUL87-106/3G; 108/4,5G; 7 Post 86 (97): JAN87-108/3,2G; 110/5,2G; JUL87-108/4,5G; 110/6,2G.

## Junge Aktien

Berlin: Hermes 805G, VAB 2600B. Düsseldorf: Allianz Vers. 2360, BMW 591,5, Goldschm. 243, IKB 274, Lehnkering 215G, O & K 142. Frankfurt: Allianz Vers. 2370, BMW 590, Frankona Vz. 650T, Fuchs St. 180, Fuchs Vz. 165, Goldschm. 246, IKB 278,5, Magdeburger Feuer NA 761, Magdeburger Feuer 1520B, Mainkraft 500T, Mercedes 1145, Ymos Vz. 187. Hamburg: –. München: Mercedes 1150, Stumpf 125G, VAB 2500TB.

Bezugsrechte: Frankfurt Kraft Rheinfelden 37,00, Stuttgart Sp. Pfersee 81TG.

## Devisenmärkte

Nach den Dollarverkäufen der Bundesbank und den enttäuschenden Bazelhandelsumsätzen vom Freitag war am 15. September wenig Neigung zugunsten des Dollar vorhanden. Man tastete sich vorsichtig bei 2,057 an den Kurs heran. Nicht überraschend war, daß später nur noch 2,04 bezahlt wurde. Da der Handel aber nur sehr kurzfristige Überlegungen anstellte, kam es auf dieser Basis schon zu einer Gegenreaktion bis 2,05 nach der amtlichen Notiz von 2,046. Die Bundesbank war nicht im Markt. Der japanische Markt blieb heute geschlossen. Gegen D-Mark fiel der Yen um fast ein Prozent auf 1,325 zurück. Deutliche Abschläge hatten auch der Kanadische Dollar und der Escudo zu verzeichnen. US-Dollar in Amsterdam 2,3105; Brüssel 42,395; Paris 6,795; Mailand 1411,50; Wien 14,389; Zürich 1,6539; Ir. Pfund/DM 2,755, Pfund/Dollar 1,4678; Pfund/DM 3,044.

## Devisen und Sorten

| 15.9.1986 | Disk.-satz | Frankf. Devis. Geld | Frankf. Devis. Brief | Ank.-Kurs[4] | Wechs.-Sorten Ankauf | Wechs.-Sorten Verkauf |
|---|---|---|---|---|---|---|
| New York[1] | 5,50 | 2,042 | 2,050 | 2,0391 | 1,99 | 2,09 |
| London[2] | 10,0 | 3,037 | 3,051 | 3,002 | 2,97 | 3,12 |
| Dublin[2] | 14,5 | 2,744 | 2,760 | 2,712 | 2,69 | 2,84 |
| Montreal[1] | 8,56 | 1,4722 | 1,4802 | 1,4628 | 1,43 | 1,53 |
| Amsterd. | 5,00 | 88,515 | 88,735 | 88,505 | 87,75 | 89,50 |
| Zürich | 4,00 | 123,61 | 123,81 | 123,50 | 122,25 | 125,00 |
| Brüssel | 8,00 | 4,818 | 4,838 | 4,795 | 4,68 | 4,86 |
| Paris | 9,50 | 30,495 | 30,636 | 30,56 | 29,75 | 31,40 |
| Kopenh. | 7,00 | 26,35 | 26,47 | 26,105 | 25,50 | 27,25 |
| Oslo | 8,00 | 27,915 | 28,035 | 27,285 | 27,00 | 28,75 |
| Stockh. | 8,00 | 29,56 | 29,72 | 29,235 | 28,75 | 30,50 |
| Mailand[3] ** | 12,0 | 1,4455 | 1,4535 | 1,426 | 1,415 | 1,495 |
| Wien | 4,00 | 14,207 | 14,247 | 14,197 | 14,10 | 14,31 |
| Madrid | 8,00 | 1,52 | 1,53 | 1,496 | 1,47 | 1,59 |
| Lissabon** | 14,5 | 1,382 | 1,402 | 1,355 | 1,15 | 1,70 |
| Tokio | 3,50 | 1,3215 | 1,3245 | 1,3195 | 1,28 | 1,34 |
| Helsinki | 8,50 | 41,56 | 41,76 | 40,81 | 40,50 | 42,50 |
| Belgrad* ** | – | – | – | – | 0,22 | 0,42 |
| Budap.* ** | – | – | – | – | 2,60 | 4,10 |
| Athen* ** | 20,5 | 1,485 | 1,537 | – | 1,05 | 1,80 |
| Ankara* ** | – | – | – | – | 0,21 | 0,40 |
| Sydney* | – | 1,271 | 1,298 | – | 1,22 | 1,34 |
| Johannbg.* | 10,5 | 0,848 | 0,902 | – | 0,67 | 0,92 |
| Hongkong* | – | 24,87 | 26,33 | – | 23,00 | 30,00 |

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

---

Am 13. September 1986 verstarb im Alter von 77 Jahren das frühere Mitglied unseres Vorstandes, Herr

# Dr. jur. Alfred Einnatz

Rechtsanwalt

Ehrenbürger der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen

Herr Dr. Einnatz trat 1936 als Justitiar in unser Unternehmen ein und wurde 1957 in den Vorstand berufen, dem er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1975 angehörte.

In fast vier Jahrzehnten hat er die Geschicke unseres Unternehmens maßgeblich mitbestimmt und gestaltet. Unternehmens- und konzernrechtliche Entscheidungen aus dieser Zeit wirken noch heute im RWE fort. Im personellen Bereich war ihm die Fürsorge für unsere Mitarbeiter stets ein besonderes Anliegen. Herr Dr. Einnatz hat in seiner erfolgreichen Arbeit juristische Sorgfalt und ausgeprägten Gerechtigkeitssinn mit unternehmerischem Weitblick und großzügigem menschlichen Handeln in besonderer Weise zu verbinden gewußt. Sein Engagement und seine persönliche Bescheidenheit werden uns immer Vorbild bleiben.

Seit seinem Eintritt in den Ruhestand gehörte Herr Dr. Einnatz dem Wirtschaftsbeirat unseres Unternehmens an. Er ist uns darüber hinaus bis zu seinem Tode in Freundschaft eng verbunden geblieben. Wir nehmen in Trauer Abschied von einem Freund, der in unserem Hause unvergessen bleiben wird.

Essen, den 16. September 1986

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter

**Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk**
Aktiengesellschaft

zugleich im Namen aller Unternehmen, in denen der Verstorbene mitgewirkt hat

Die Trauerfeier im Familien- und Freundeskreis findet statt am Freitag, dem 19. September 1986, um 12.00 Uhr in der Kapelle des Südwestfriedhofes (Ehrenfriedhof), Essen, Fulerumer Straße.

Statt zugedachter Blumen und Kränze wird im Sinne des Verstorbenen um eine Spende für die Anstalten Bethel, Sparkasse Bielefeld, Konto-Nr. 6 420 103 (BLZ 480 501 61) gebeten.

---

Landeskirchenratspräsident a. D.

# Hans-Gerhard Dan

* 25. 6. 1906 † 12. 9. 1986

von 1934 bis 1955 Rechtsanwalt und Notar in Halle/Saale

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und des kgl. belgischen Ordens Leopold II.

Inhaber der Medaille der protestantisch-theologischen Fakultät Brüssel.

In tiefer Trauer, Liebe und dankbarer Treue

**Elisabeth Dan** geb. Borgmann
zugleich im Namen der Familie und des Freundeskreises

4400 Münster, Schützenstr. 11

Die Trauerfeier und die Beisetzung finden im Sinne meines Mannes im engsten Familienkreis statt am Donnerstag, dem 18. September 1986, auf dem Zentralfriedhof zu Münster.

---

## Bundesanleihen

## Bundespost

## Industrieanleihen

# Renten kräftig erholt

**Anzeichen für eine Rückbildung der Zinsen in den USA beendeten am deutschen Rentenmarkt die Talfahrt. Es keimten erneut Hoffnungen auf eine Diskontsenkung im Laufe der nächsten Wochen auf. Einzelne öffentliche Anleihen verbesserten sich bis zu einem Prozentpunkt. Am Pfandbriefmarkt, wo am Wochenende im Handel unter Banken bei zehnjährigen Laufzeiten noch gelegentlich Renditen bis zu 6,85 Prozent zu hören waren, kam es zu einer Stabilisierung der Sätze bei 6,80 Prozent. Das Geschäft blieb in diesem Bereich jedoch sehr ruhig.**

## Frankfurt

### DM-Auslandsanleihen

| | 15.9. | 12.9. |
|---|---|---|
| 8 Afr. Entwicklbk. 79/87 | 101 | 100,75 |
| 10 dgl. 82/89 | 109G | 109G |
| 8 dgl. 84/91 | 105,4G | 105,4bG |
| 9 Air Canada 82/92 | 110,5 | 110,5 |
| 7¾ dgl. 85/93 | 107,75T | 107,25G |
| 9¾ Alcoa 82/89 | 103,5 | 104G |
| 7½ Allied Chem. 84/94 | 105,9G | 105,9G |

## Länder – Städte

## Sonderinstitute

## Optionsscheine

## Währungsanleihen

## Wandelanleihen

## Optionsanleihen

## Bundesbahn

## Düsseldorf

### DM-Auslandsanleihen

# Warenpreise – Termine

**Fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. Durchschnittliche Gewinne verzeichnete Kupfer, schwächer ging Kaffee aus dem Markt.**

## Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

| | 12.9. | 11.9. |
|---|---|---|
| Sept. | 258,00-257,50 | 253,50 |
| Dez. | 259,50-260,00 | 256,25-256,00 |
| März | 255,00-255,50 | 251,50-251,00 |

## Genußmittel

## Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

| | 12.9. | 11.9. |
|---|---|---|
| | 28,50 | 28,50 |

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

## Wolle, Fasern, Kautschuk

## NE-Metalle

## Londoner Metallbörse

## Messingnotierungen

## Deutsche Alu-Gußlegierungen

## Edelmetalle

## Internationale Edelmetalle

## Erläuterung – Rohstoffpreise

## Westd. Metallnotierungen

## Zinn-Preis Penang

## Energie-Terminkontrakte

## New Yorker Metallbörse

## Kartoffeln

## Baumwolle

## Devisenterminmarkt

## Geldmarktsätze

## Euro-Geldmarktsätze

## Edelmetallmünzen

## Dollar-Anleihen

## Lux. Franc Bonds

## Rechnungs-Einheiten

## ECU

## Euro-Yen

## Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

## Nullkupon-Anleihen (DM)

## New Yorker Finanzmärkte

## ECU-Tageswerte

## SZR-Wert

# Im Norden wird wieder mehr Spielzeug gekauft

nl. Stuttgart

Im Spielwarenhandel haben nunmehr erstmals auch die Geschäfte im Norden und Westen der Bundesrepublik konjunkturell Tritt gefaßt. Zu dieser Lagebeurteilung kommt Horst Heilmann, Vorstandsvorsitzender der Vedes Vereinigung der Spielwaren-Fachgeschäfte eG, Nürnberg, indem er darauf hinweist, daß die Umsätze der Vedes-Fachgeschäfte in den einzelnen Bundesländern lediglich noch eine Streubreite von vier Prozentpunkten gegenüber früher neun Punkten aufwiesen. In den vergangenen Jahren gab es ein regelrechtes Süd-Nord-Gefälle.

Unter den Produktgruppen lägen auch im laufenden Jahr Ankleidepuppen in einem ungebrochenen Aufwärtstrend. Großer Nachfrage erfreuten sich auch Plüschtiere und Erwachsenenspiele. Demgegenüber gab es Rückgänge im Elektroniksektor. Für die Branche gelte es, so Heilmann, künftig den Freizeitmarkt noch mehr zu erschließen.

In 1985 ist der konsolidierte Umsatz der Vedes-Gruppe um 6,2 Prozent auf brutto 793 Mill. DM angestiegen. Der statistisch addierte Umsatz aller Einzelfirmen nahm um 6,6 Prozent auf 1,02 Milliarden DM zu. Beim Stammhaus der Gruppe, der Vedes eG, stieg der Umsatz um 4,6 Prozent auf 418 Mill. DM. Die Preissteigerungsrate im Spielwarenhandel lag bei weniger als zwei Prozent.

Weiter verbessert hat sich auch die Finanzbasis der Vedes, die mit einer Eigenkapitalquote von 20,1 Prozent arbeitet. In etwa stabil blieb der Mitgliederstand. Der Vedes eG gehören 408 Mitglieder an, davon sind 81 aus dem Ausland. Der gesamte Spielwaren-Facheinzelhandel in der Bundesrepublik hatte im vergangenen Jahr 1,46 Milliarden DM umgesetzt.



# Wenn Uhren billiger sind als die Batterien darin

## Importeur Digi-Tech hat den Preisverfall überlebt: Vor zehn Jahren Durchschnittspeis bei 200, heute bei fünf Mark

JOACHIM WEBER, Hofheim

„Irgendwann liegt da in jeder Schachtel noch ein 5-Mark-Stück drin", frotzelt Joachim von Vangerow, geschäftsführender Gesellschafter Digi-Tech GmbH, Hofheim, über die Preisentwicklung bei Digitaluhren. „Wenn heute vom Endverbraucher Aktionspreise von 2,95 Mark für eine Quarzuhr genommen werden, dann ist das einfach nicht mehr realistisch." Allein der Einfuhrzoll kostet – je nach Wert – zwischen 65 Pfennig und 2,50 Mark je Stück.

### Nur Ideen aus Deutschland

Digi-Tech, heute mit einem Mengenanteil von 15 (1985: 10) Prozent am deutschen Kleinuhrenmarkt wohl größter freier Quarzuhren-Importeur der Bundesrepublik, hat den anhaltenden Preisrutsch in vollem Ausmaß miterlebt und überlebt. Als das Unternehmen 1976 gegündet wurde, kostete eine Digitaluhr mit fünf Funktionen noch 200 Mark, heute liegt der Durchschnittspreis für ein gleichwertiges Modell bei 5 Mark.

Allein um das Umsatzniveau zu halten, müssen also Jahr für Jahr größere Mengen verkauft werden. Doch Vangerow kann sogar mit kräftigen Wertsteigerungen aufwarten. Wurden im ersten vollen Geschäftsjahr 1977 erst 2 Millionen Mark mit dem Verkauf von 15 000 Uhren (damals teilweise noch aus eigener Montage) und Uhrwerken (70 Prozent) umgesetzt, so waren es fünf Jahre später bereits 3,3 Millionen Mark aus 200 000 Uhren – die Produktion war bereits seit 1978 aufgegeben worden.

In diesem Jahr soll nun die Schwelle von 15 (10,6) Millionen Mark mit einem Absatz von 3 (2,1) Millionen Uhren erreicht werden. Besonders stolz ist Vangerow darauf, daß er dieses Volumen mit einer Belegschaft von ganzen zehn Mitarbeitern bewältigt: „Der Pro-Kopf-Umsatz kann sich selbst im Handel sehen lassen." Dort sitzen auch die Kunden: Kauf- und Warenhäuser, Versender, Verbrauchermarkt-Ketten, Kaffee-Filialisten und andere.

Die Uhren – in den Musterkoffern locken 300 Modelle, von denen aber nur etwa jedes zehnte zum „Dreher" wird – stammen überwiegend aus Fernost. „Eigentlich sind unsere Uhren ganz international: Die Ideen kommen aus Deutschland, die Patente aus den USA, die Teile aus Japan, die Bausätze werden in Hongkong zusammengestellt, und die Montage erfolgt in China", erlätert Vangerow.

Überwiegend in Hongkong läßt er sie bei langjährigen Lieferanten exklusiv nach eigenen Design-Vorgaben und mit eigenen Werkzeugen herstellen, besorgt aber auch den Teile-Einkauf (in Japan, Taiwan und anderen Ländern) großenteils selbst. Sogar ein eigenes Materiallager unterhält er vor Ort. Weitgehend schon von den Fabrikanten verpackt und kommissioniert, gehen die Uhren unter den sechs eigenen Marken, aber auch unter Kundenmarken in den deutschen Markt, teilweise mit vorgegebenen Stückzahlen direkt an einzelne Kaufhaus- oder Marktfilialen.

### Qualität wird immer besser

Dabei gilt der Grundsatz: „Wir kaufen nichts, was nicht schon verkauft ist." Indem er seine Abnehmer zum Beispiel bei der Ausarbeitung von Werbeplänen unterstützt, sichert sich Vangerow auch die eigenen nötigen Vorlaufzeiten. Daß seine Kunden den Import in die eigenen Hände nehmen könnten, fürchtet er nicht. Seine Funktion sieht er nicht zuletzt darin, auch kleinere Mengen von einem Tag auf den anderen nachliefern zu können, etwa, „wenn die Werbung besser läuft als erwartet – machen Sie das mal mit Fernost".

Auch bei Reklamationen ist es den Großunternehmen des Handels lieber, den Lieferanten in greifbarer Nähe zu haben. Eine separate Gesellschaft im nahen Idstein ist als Service-Center für Umtausch und Reparaturen zuständig. Immerhin: 5000 bis 6000 Päckchen pro Monat hat sie zu bewältigen, obwohl „die Qualität der preisgünstigen Uhren immer besser" wird. Bei Uhren, deren Verkaufspreise unter den deutschen Kosten eines Batteriewechsels liegen, lohnt das Reparieren freilich nicht: „Damit fangen wir erst bei Preisen ab 29 Mark an."

Trotz des permanenten Preisdrucks ist Vangerow mit seinen Erträgen zufrieden. Das stimmt ihn um so fröhlicher, als sein Weg in die Selbständigkeit vor zehn Jahren eigentlich mit einer Pleite begonnen hatte: Die deutsche Tochtergesellschaft des amerikanischen Digitaluhren-Pioniers Optel, die er damals gemeinsam mit einem Kollegen als Geschäftsführer leitete, „stand plötzlich als Vollwaise da" und sollte aufgelöst werden; die Muttergesellschaft hatte Insolvenz angemeldet. Kurzentschlossen gründeten die beiden Geschäftsführer eine Auffanggesellschaft, die es dann schließlich schaffte.

# Schuhaufträge werden flacher

## Dennoch bleibt Schuh-Union in schwarzen Zahlen

nl. Stuttgart

Molltöne klingen bei der Schuh-Union AG, Zweibrücken, Dachgesellschaft für die renommierten Schuh-Firmen Servas, Dorndorf und Remonte, an: Für 1986 rechne man, wie es im Geschäftsbericht 1985 heißt, mit einem etwas niedrigeren Umsatz als im Vorjahr. Das Ergebnis werde positiv ausfallen. Ergänzend dazu verlautet, die Auftragsdecke sei gegenüber dem Vorjahr schwächer. Hier wirke sich zunehmend der anhaltende Importdruck – vor allem aus Italien – aus.

Um mithalten zu können, ziele man bei der Schuh-Union darauf ab, mit eigener Fertigung noch mehr als bisher im Ausland Fuß zu fassen. Zwei Werke betreibt die Schuh-Union bereits in Österreich mit insgesamt 400 Beschäftigten, außerdem gibt es eine Schuhteile-Fertigung in Taiwan mit etwa 120 Beschäftigten.

Im Sektor hochwertiger und modischer Damenschuhe wurde ein Lizenzabkommen mit einem italienischen Unternehmen für Produktion und Vertrieb der Schuh-Linie „Cerutti 1881 – Ligne pour femme" abgeschlossen. Dieses Abkommen, das für die Schuh-Union neue Möglichkeiten im gehobenen Genre erschließen soll, gilt für Gesamteuropa mit einer Option für alle Länder der westlichen Welt.

In 1985 steigerte der Inlandskonzern seinen Nettoumsatz um 6,5 Prozent auf fast 189 Mill. DM. Hinzu kommt ein Umsatz im Ausland von selbständigen Firmen von 101 (84) Mill. DM. Unter dem Strich erscheint ein auf 5,7 (7,2) Mill. DM reduzierter Konzernjahresüberschuß. Auf 30 Mill. DM Stammaktien wird eine Dividende von 4 (2) Prozent ausgeschüttet, die 10 Mill. Vorzugsaktien werden demgegenüber nur mit 8 (20) Prozent bedient. Im Inland werden über 1400 Mitarbeiter beschäftigt.

# Von der Küche in die Diskothek

## Neben der Hogatec bietet Düsseldorf noch zwei Angebote

Py. Düsseldorf

Mit fast 500 Ausstellern aus elf Ländern wird sich vom 24. bis 28. November 1986 die 5. Internationale Fachmesse Hogatec – Hotellerie, Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung – im Düsseldorfer Messegelände präsentieren. Messe-Geschäftsführer Jochen Schleicher betonte, daß die Flächenbelegung von vor zwei Jahren bereits übertroffen sei. Die Technik im Hotel- und Gaststättenwesen wird wieder im Mittelpunkt der Messe stehen. Die Hersteller von Großküchen, Großkochanlagen, Kühl- und Tiefkühltechnik sowie Küchenmaschinen werden auch die überwiegende Zahl der Aussteller repräsentieren.

Zeitgleich mit der Hogatec wird die Discotec (Diskothekenanlagen) und die 10. Interbad (Schwimmbad- und Bädertechnik) veranstaltet, die eine eine noch junge Messe, die andere schon längst etabliert. Beide seien eine sinnvolle Angebotsergänzung für die Hogatec, die dem Besucher zudem keine zusätzlichen Eintrittsgelder abverlangt.

Der Sprecher des Verbands der Hersteller von Großkochanlagen, Horst Pischke, erhofft sich von der Hogatec 1986 für die Branche spürbare Impulse durch Export und Baukonjunktur. Im letzten Jahr hatte die Branche einen Umsatz von 338 Mill. DM, den höchsten, der bislang erreicht worden ist. Aus dem Inland stammten 248 und aus dem Ausland 91 Mill. DM. Das gesamte Volumen des Ver- und Entsorgungsbereichs von der Arbeitsvorbereitung bis zur Kühlung wird auf über 1,1 Mrd. DM geschätzt.

# Fraser setzt nun Computer ein

ews. Essen

Mit dem bei einem Honorarumsatz von 23 Mill. DM, der in diesem Jahr auf 24,5 Mill. DM gesteigert werden soll, hohen Aufwand von 2 bis 2,5 Mill. DM hat die Essener Fraser Unternehmensberatung in zwei Jahren ein neues Konzept erarbeitet, das auf der Datenverarbeitung basiert. Neben dem Schwerpunkt Unternehmensberatung für die Branchen Energieversorgung, Anlagenbau, Pharmazie und Chemie ist Fraser (120 Mitarbeiter) noch im Projektmanagement tätig, das sich derzeit allerdings in einer Phase der Stagnation befindet. „Ohne den neuen Datenverarbeitungs-Schwerpunkt hätten wir uns vom Markt abgekoppelt und wären in die Ecke der Stärke-Schwäche-Analytiker gedrängt worden", erklärte Geschäftsführer Wilfried Schulte.

Im nächsten Jahr wird der erste Wachstumsschub aus diesen Aktivitäten erwartet. Dann will sich das Unternehmen, das Töchter in Brasilien, Saudi-Arabien und Spanien (1985er Honorarumsatz insgesamt 11 Mill. DM bei 120 Mitarbeitern) besitzt, eine beträchtliche Scheibe vom Marktvolumen der Unternehmensberatung mit EDV-Unterstützung, das in der Bundesrepublik auf 15 Mill. DM geschätzt wird, abschneiden.

Bei dem neuen integrierten Informationssystem, dessen Anwendung zur Überwachung betrieblicher Organisation dient und so einfach konzipiert ist, daß es auch vom Handwerker oder Monteur nach kurzer Einführung vor Ort bedient werden kann, werden bereichsübergreifend Produktion, Materialwirtschaft und Instandhaltung erfaßt. Darüber hinaus ist der Anlagenbau an der Anwendung bei Angebotsbearbeitung, Auftragsabwicklung, Inbetriebnahme und im After-Sale-Geschäft interessiert.

Gleichzeitig wurde die Struktur der deutschen Gruppe neu gefaßt. Aufgenommen wurde die Personalberatung, für die 1986 ein Umsatz von 1 Mill. DM erwartet wird.

# Internationale Finanzen

**Schweiz:** Die bevorzugten Anlagen sind festverzinsliche Papiere, Inlands- und Kassenobligationen, doch auch Aktien sind bei Normalverdienern seit der Hausse im vergangenen Jahr beliebter. Die Zürcher Börse steigerte ihren Umsatz gegenüber 1984 um über 46 Prozent. Als begehrt gelten Aktien der Nestlé AG, der drei Großbanken, der Basler Chemie und Versicherungswerte.

**Bankenverkauf:** Texas Commerce Bancshare hat sich unbestätigten Berichten zufolge selbst zum Verkauf gestellt. Führende Banken prüfen derzeit die Höhe eines möglichen Angebotes.

**Bankinsolvenzen:** 1987 könnte für die US-Banken ein genauso schlimmes Jahr werden wie dieses. Es wird mit 150 Zusammenbrüchen gerechnet. Dieses Jahr gab es bereits über 100.

**Prime Rate:** Um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf sechs Prozent werden die Development Bank of Singapore Ltd. und die Overseas Union Bank Ltd. ihre Prime Rate senken.

**Malaysia:** Ein Paket von Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft will die malaysische Regierung in Kürze bekanntgeben. Dazu gehören auch Anreize für ausländische Investoren.

**EGKS:** Zu 100,50 Prozent und mit einem Kupon von 4,75 Prozent legt die EGKS eine Anleihe über 43,8 Mill. sfr auf. Endfälligkeit ist der 12. Dezember 1990.

**Wechsel:** Eine Gruppe von fünf Investmentbankern, die bislang in der Trust-Abteilung der Chase Manhattan Bank tätig war, hat zu Morgan Grenfell gewechselt. Sie hatten für in- und ausländische Kundschaft rund eine Mrd. Dollar zu Anlagezwecken in Unternehmen mit einem Marktwert von als 500 Mill. Dollar verwaltet. Zu der Gruppe gehört auch der bisherige Senior Vice President der Chase, der beim neuen Arbeitgeber Executive Vice President sein wird.

# BÜCHER DER WIRTSCHAFT

**Bernard M. Bass: Charisma – entwickeln und zielführend einsetzen, Verlag Moderne Industrie, Landsberg 1986. 279 S., 58 Mark.**

Warum erreichen die meisten Führungskräfte von ihren Mitarbeitern nur schlichte Pflichterfüllung, während einige wenige ihre Mitarbeiter zu Spitzenleistungen motivieren? Dieses Buch vermittelt einen Einblick in die Erscheinungsformen des Führungsverhaltens und macht verständlich, auf welche Weise Führungspersönlichkeiten außergewöhnliche und alle Erwartungen übertreffende Ergebnisse erzielen.

**Bernhard Keller/Hermann Linke (Hrsg.): Studium was dann?, Maximilian-Verlag, Herford und Bonn 1986, 120 Seiten, 16,80 Mark**

Das Buch stellt die problematischen Berufsperspektiven der Universitätsabsolventen dar. Wichtige bildungspolitische Institutionen machen Vorschläge zur Bewältigung der Akademikerarbeitslosigkeit. Dazu wird ein Modellversuch „Lehrer in die Wirtschaft" vorgestellt. Grafiken, Übersichten und ein aufgelockerter Seitenumbruch fördern die Lesbarkeit des aktuellen Buches.

**Uwe Lang: Der Aktien-Berater, Campus-Verlag, Frankfurt 1986. 187 S., 36 Mark.**

Erschien Ihnen der Aktienmarkt bisher als zu riskant und zu undurchsichtig? Haben Sie schon einmal Aktien gekauft? Haben Sie schon einmal zum falschen Zeitpunkt gekauft? Wurden Sie bei Ihrer Bank oder durch einen Börsenbrief schlecht beraten? Verpassen Sie meist den rechten Verkaufszeitpunkt? Wer eine dieser Fragen mit Ja beantworten kann, hat mit diesem handlichen Informations- und Rezeptbuch genau das Richtige gefunden.

**Herald Th. Danne: Das Job-sharing, Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied 1986. 211 S., 54 Mark.**

Der Gesetzgeber hat das Job-sharing (Arbeitsplatzteilung) durch das am 1. Mai 1985 in Kraft getretene Beschäftigungsförderungsgesetz (BFG) als Rechtsinstitut anerkannt und damit den Weg zu einer breiteren praktischen Erprobung und Einführung geebnet. Fragen werden analysiert und praktikablen Lösungen zugeführt: Begründung des Job-sharing-Arbeitsverhältnisses, Rechtsbeziehungen zwischen den Job-sharern, Pflichten des Job-sharers gegenüber dem Arbeitgeber, Pflichten des Arbeitgebers gegenüber dem Job-sharer, Haftung und Beendigung des Job-sharing-Arbeitsverhältnisses.

**M. Mulder (Hrsg.): Jobben in Europa 1986, Athenäum Verlag, Königstein 1986. 284 S., 19,80 Mark.**

„Jobben in Europa" ist längst ein Geheimtip in der Jugendszene. Wer als Student/in oder Schüler/in, wer überhaupt zwischen 16 und 30 Jahren für kurze Zeit eine Stelle im Ausland sucht, findet hier eine Fülle von praktischen Tips, Informationen und Anlaufstellen für: Auslands- und Ferienjobs; Au-pair-Aufenthalte; Schüleraustausch; Stipendien und Wohnungstausch. Übersichtlich – nach Staaten gegliedert, hält „Jobben in Europa" Kurzinformationen, Hunderte von Adressen und Telefonnummern bereit. Hinzu kommen wichtige Auskünfte über Visa- und andere Einreisebestimmungen.

**J. E. Klausnitzer: So teste ich meine Führungsqualitäten, Heyne Verlag, München 1986. 204 S., 9,80 Mark.**

Der Aufstieg im Beruf stellt in unserer Gesellschaft nach wie vor Statussymbol Nummer eins dar. Motivanalysen zur Berufswahl bestätigen immer wieder, daß eines der wichtigsten Berufswahlmotive „Aufstiegschancen" sind. Aber die Berufswirklichkeit ist hart: Viele sind berufen, wenige auserwählt. Die Wahrscheinlichkeit, in Führungspositionen hineinzuwachsen, nimmt nach „oben" rasch ab. Dieses Buch soll es dem Leser ermöglichen, sich über seine Führungsqualitäten – und damit seine Aufstiegsmöglichkeiten – Klarheit zu verschaffen.

# Jeder dritte erhält Geld zurück

## Nova hat die Leistungsquote weiter erhöht

Py. Düsseldorf

Die Kunden der Nova Versicherungen konnten 1985 mit ihrem Personenversicherer und ihrer Wahl zufrieden sein. Die drei Gesellschaften (Kranken, Leben, Unfall) legten als Konzern 4,1 Prozent auf 572 Mill. DM Beitragsvolumen zu.

Fast jeder dritte der insgesamt 229 000 Vollversicherten der Nova Krankenversicherung AG erhielt Beiträge zurückerstattet, im Schnitt etwa 800 DM. Insgesamt addierte sich das auf 24,4 Mill. DM. Anderen kamen Einmalbeiträge von 17,8 Mill. DM zugute, die zur Vermeidung höherer Beitragsanpassungen eingesetzt wurden. Insgesamt erhielten die Versicherten von 100 Beitragsmark 97,50 DM in irgendeiner Form, ob direkt oder indirekt, zurück. Damit wurde die Leistungsquote (siehe Tabelle) zum 4. Mal hintereinander erhöht.

Bei den Versicherungsleistungen hat sich der Anstieg der Krankenhauskosten etwas verringert. Dennoch mußten in einigen Tarifen die Beiträge erhöht werden, was jedoch aus Mitteln der Rückstellung für Beitragsrückerstattung gemildert wurde. Der Jahresüberschuß von 6 (6) Mill. DM floß in die Rücklagen.

Die Nova Unfallversicherung AG hat 1985 ihre Beitrasgseinnahmen um 3,5 (5,8) Prozent auf 83 Mill. DM gesteigert. Hier sind rund 45 000 Risiken versichert. Die Leistungen wuchsen um 11 (5,5) Prozent auf 32 Mill. DM. Der Jahresüberschuß stieg auf 7,4 (6) Mill. DM. Um das Haftungskapital zu verstärken, wurde das Grundkapital von 9 auf 12 Mill. DM erhöht. Darauf entfiel eine Dividende von 16 Prozent. In die Rücklagen flossen 5,3 (4) Mill. DM.

Die Nova Leben wiederholte ihr Vorjahres-Neugeschäft mit 156 (177) Mill. DM nicht. Der Bestand erreichte 854 Mill. DM Versicherungssumme (plus 10,8 Prozent). Die Beiträge erhöhten sich um 13,1 Prozent auf 29 Mill. DM. Die Kapitalanlagen von 105 (79) Mill. DM brachten Erträge von 8,1 (6,4) Mill. DM. Der Jahresüberschuß betrug 0,1 (0,6) Mill. DM.

| Nova Kranken | | 1985 | ± % |
|---|---|---|---|
| Beiträge (Mill.DM) | | 456 | + 3,5 |
| Aufw.f.Vers.Fälle | | 322 | + 5,2 |
| Versich.-Leistung [1] | | 445 | + 5,7 |
| Aufw.f.Beitr.-Rückerst. | | 92 | + 15,0 |
| Rückst.f.Beitr.Rückerst. | | 227 | + 27,5 |
| Kapitalanlagen [2] | | 1 148 | + 9,5 |
| Kapitalerträge [3] | | 87 | + 10,1 |
| in % d. Beiträge | 1985 | 1984 | 1983 |
| Schadenquote [4] | 70,6 | 69,5 | 66,8 |
| Leistungsquote [5] | 97,5 | 95,6 | 92,1 |
| Kostenquote [6] | 16,9 | 16,3 | 17,0 |
| Überschußquote [7] | 21,4 | 19,5 | 20,2 |

[1] Aufw. f. Vers.-Fälle, Beitr.-Rückerst. sowie Veränd. d. Deckungs- u. Stornorückstellung; [2] oh. Depotford.; [3] netto; Durchschnittsrendite: 7,9 (7,9) Prozent; [4] Aufw. f. Vers. Fälle u. erfolgsunabh. Beitr.-Rückerst.; [5] Vers.-Leistung; [6] Abschluß- u. Verw. Kosten; [7] Bruttoüberschuß.





ENGLAND / Rowdies

# 15 Jahre drohen

SAD, London

Nicht weniger als 26 Fußball-Rowdies aus Liverpool standen gestern vor dem Londoner Magistratsgericht. Das Gericht, das vor einer Woche Haftbefehle erlassen hatte, muß jetzt in einem Auslieferungsverfahren darüber entscheiden, ob die 26 Beschuldigten an Belgien ausgeliefert werden. Die 26 Männer aus Liverpool, fast alle im Alter von 18 bis 30 Jahren, gehörten im Brüsseler Heysel-Stadion zu den Schlachtenbummlern aus England, als vor dem Europapokal-Finale im Mai 1985 auf den Stadionrängen 39 Zuschauer ums Leben kamen.

Die Polizei von Liverpool hat in mühevoller Kleinarbeit durch die Analyse von Videofilmen eine Identifizierung der 26 Rowdies möglich gemacht. Zwischen Belgien und Großbritannien besteht ein Auslieferungsabkommen, in dem die Delikte aufgeführt sind, die zu einer Auslieferung führen können. Dazu gehört auch das Totschlagsdelikt, das die belgische Staatsanwaltschaft als juristische Grundlage einer Anklage benutzen will. Danach wäre eine Verurteilung bis zu 15 Jahren Gefängnis möglich. Das Londoner Magistratsgericht hat nach britischem Recht die Aufgabe zu prüfen, ob die vorgelegten Beweise gegen die 26 Fans ausreichen. Bei diesem Beweis des ersten Anscheins genügt es, wenn die Anklage in jedem einzelnen Fall einen „hinreichenden Tatverdacht" nachweisen kann.

In London wird damit gerechnet, daß das Magistratsgericht die Auslieferung in allen Fällen zulassen wird. Gegen diese Entscheidung steht den Beschuldigten jedoch ein Rechtsmittel zu.

TENNIS

# Sieg für Westphal

C. H. Hamburg

Wen der Mißerfolg derart hartnäckig beutelt wie ihn, dem genügt auch eine durchschnittliche Leistung als Erfolgserlebnis. Der Pinneberger Tennisprofi Michael Westphal hat bei den Internationalen Meisterschaften von Deutschland auf dem Hamburger Rothenbaum mit einem 6:4, 6:3 über den Schweden Johan Carlsson die zweite Runde erreicht. Und allein diese Tatsache zählt für den 21jährigen. Nicht die Art und Weise, wie der Sieg zustande kam.

Denn dies war sein erster Erfolg nach einer Serie von zehn Niederlagen, die auch den letzten Rest Vertrauen in das eigene Spiel genommen zu haben schienen. Doch hier in Hamburg, sagte Westpahl nach dem Spiel, habe er sich in vertrauter Umgebung schon von Beginn an wohl gefühlt.

Zusätzlich erwies sich Carlsson als idealer Gegner, um Westphals Selbstbewußtsein endgültig wieder auf die Beine zu helfen. Der Schwede versuchte 90 Minuten lang lediglich, den Ball im Spiel zu halten, und ergriff kaum einmal selbst die Initiative. So konnte der Pinneberger wieder selbst einen Gegenspieler mit druckvollen Rückhandschlägen über das Feld hetzen. „Zuletzt", meinte er, „bin ich immer selbst gejagt worden."

In der zweiten Runde trifft Michael Westphal voraussichtlich auf den an Nummer vier gesetzten Andres Gomez aus Ekuador, wohl eine zu schwere Aufgabe für ihn. Und so wird Westphal auch in Hamburg kaum seinen 167. Rang in der Weltrangliste verbessern können. Das heißt, daß er bei den kommenden Turnieren von Barcelona, Basel und Wien zunächst in der Qualifikationsrunde antreten muß. Doch das soll dem gewonnenen Selbstbewußtsein nicht schaden. „So erhalte ich wenigstens Match-Praxis", sagte Westphal.

EUROPAPOKAL / Gladbach spielt schon heute

# Udo Lattek: „Nach zehn Jahren muß der Cup endlich wieder her"

GERD MÜNSTER, München

München und Bremen haben Angst vor dem frühzeitigen K.o. Stuttgart fürchtet den unbequemen Gegner. Leverkusen erwartet ein erfolgreiches internationales Debüt. Uerdingen und Gladbach wollen die Wende für bessere Bundesligazeiten schaffen. Beim Start in den Fußball-Europapokal heute und morgen schwebt das Bundesliga-Sextett zwischen Bangen und Hoffen. Einer, der den Mannschaften Mut macht, ist DFB-Teamchef Franz Beckenbauer: „Ich glaube, daß alle sechs die zweite Runde erreichen."

Udo Lattek hat der Ehrgeiz gepackt: „Nach zehn Jahren muß endlich wieder der Europacup her." Doch der Erfolgstrainer von Meister Bayern München weiß, daß schon die erste Runde Endstation aller Träume sein kann. „Einen schlimmeren Gegner hätten wir nicht bekommen können." Mit gehörigem Respekt reisen die Münchner zum niederländischen Meister PSV Eindhoven. Positiv wird in München vermerkt, daß Nationalspieler Gullit (gesperrt) und der Norweger Thoresen (verletzt) ausfallen.

Doch die Bayern plagen ebenfalls Personalprobleme. Die im Europacup erfahrenen Augenthaler und Hoeneß sind gesperrt, Mathy und Wohlfarth müssen angeschlagen ins Spiel gehen. Für Kapitän Augenthaler dürfte Nachtweih Libero spielen, der diese Rolle bereits in der Saisonvorbereitung einige Male erfolgreich bekleidete. Finanziell kommen die Spieler beim Weiterkommen schon jetzt voll auf ihre Kosten. 8000 Mark Prämie wurden in der letzten Saison erst im Viertelfinale ausgesetzt.

Mit jeweils 3000 Mark Prämie im UEFA-Cup geht es bei Werder Bremen (gegen Atletico Madrid) und Bayer Uerdingen (FC Jena) bescheidener zu. Werder, das in den letzten zwei Jahren nicht über die erste Runde hinaus kam, fliegt mit gemischten Gefühlen und Sorgen in der Abwehr (Pezzey fehlt) in die spanische Hauptstadt. „Ich verlange von meinen Spielern das größte Engagement. Nur so können wir auf ein Weiterkommen hoffen", erklärte Trainer Otto Rehhagel, der sich gestern mit der Mannschaft eine Video-Aufzeichnung des Treffens zwischen Uerdingen und Madrid ansah.

Ohne die verletzten Gudmundsson und Raschid, aber wieder mit Bommer und Wolfgang Funkel geht Uerdingen in das 14. deutsch-deutsche Duell mit dem FC Jena. Erfahrungen mit „DDR"-Klubs hat Bayer bereits gesammelt – die dramatische Aufholjagd im Pokalsieger-Wettbewerb der letzten Saison mit dem 7:3-Triumph über Dynamo Dresden bleibt unvergessen. Personalprobleme, aber keine Alternativen hat Borussia Mönchengladbach, das bereits heute im UEFA-Cup gegen Partizan Belgrad antritt. Als einzige mögliche Änderung kündigte Trainer Jupp Heynckes im offensiven Mittelfeld den Einsatz von Bakalorz für Lienen an. In seiner Not will Heynckes jetzt sogar den 36jährigen Ex-Nationalspieler Klaus Fischer reaktivieren.

Jupp Heynckes hofft im Spiel gegen die Jugoslawen auf die Wende. Das Erfolgserlebnis, das in der Bundesliga bisher ausblieb, soll der UEFA-Cup bringen. So versteht sich der Trainer derzeit vor allem als Psychologe und versucht, seinem angriffsschwachen Team in Einzel- und Gruppengesprächen Selbstbewußtsein einzuimpfen. Der Spielplan zeigt die Notwendigkeit seiner Rolle als Seelendoktor: Die nächsten Gegner in der Meisterschaft heißen München und Leverkusen.

Die Gäste aus Belgrad, die auf den gesperrten Djurovski verzichten müssen, sind trotz ihrer 1:2-Niederlage in Zagreb für Heynckes Favorit. Als finanzieller Gewinner steht jedoch schon Gladbach fest. Durch den Verkauf der Fernsehrechte an das Zweite Deutsche Fernsehen (Liveübertragung um 20.15 Uhr) und Bandenwerbung kassiert der Verein 400 000 Mark. Die Zuschauerkulisse – gut 10 000 Besucher werden erwartet – wäre angesichts der tristen Gesamtlage auch ohne die TV-Übertragung kaum größer.

Mit der Stimmung zum besten steht es bei Bayer Leverkusen – trotz der ersten Saisonniederlage beim HSV. „Unsere Chancen für den Einzug in die nächste Runde stehen 60:40", glaubt Trainer Erich Ribbeck. Mit Kalmar FF aus Schweden wurde Bayer zum Europacup-Einstand offenbar ein Gegner nach Maß beschert: Kalmar droht zwei Spieltage vor Saisonende der Abstieg in die 2. Liga. Ribbeck warnt jedoch: „Wir stark oder wie schwach der Gegner ist, stellt sich leider erst immer im Spiel heraus."

Einen unbequemen Gegner fürchtet der VfB Stuttgart im Pokalsieger-Wettbewerb. „Die Mannschaft wird sich hinten rein stellen. Deshalb müssen wir zwei, drei Tore vorlegen und einen Gegentreffer verhindern", meinte Mittelfeldspieler Buchwald vor der Partie gegen Spartak Trnava aus der CSSR. Buchwald wie auch Hartmann und Allgöwer stehen Trainer Egon Coordes zur Verfügung. Nach dem K.o. vor zwei Jahren bereits in der ersten Runde im Meistercup gegen Sofia wollen die Stuttgarter diesmal weiterkommen. Auch aus finanziellen Gründen: Mit den erwarteten 20 000 Zuschauern wird der 150 000-Mark-Etat schon im ersten Spiel gedeckt, doch siemüssen das Loch im DFB-Pokal-Haushaltsplan (110 000 Mark) stopfen, das durch das Ausscheiden entstand. (dpa)

HANDBALL-KOLUMNE / Sepp Wunderlich wehrt sich gegen Vorwürfe

# „Ich habe nicht zu viel Gewicht"

Er war und bleibt der große Pechvogel im deutschen Handball: Milbertshofens Kreisläufer **Jörg Löhr** ist immer dann verletzt, wenn er die Chance hätte, in der Nationalmannschaft zu spielen. Er gehört zu den wenigen Spielern, zu denen Bundestrainer **Simon Schobel** so viel Vertrauen hatte, daß er ihn schon ins Aufgebot der Nationalmannschaft berief, als er mit Milbertshofen noch in der zweiten Liga spielte.

25 Länderspiele hat Jörg Löhr schon bestritten. Doch es könnten erheblich mehr sein, wenn er nicht so oft verletzt wäre. Eine Verletzung brachte ihn im Februar um die Teilnahme an der Weltmeisterschaft in der Schweiz – eine Verletzung verhindert auch im Moment sein Mitwirken in den beiden Länderspielen gegen Island (gestern abend in Wermelskirchen, heute in Lemgo). Gleich im ersten Meisterschaftsspiel nach dem Aufstieg in die Bundesliga erlitt er bei der deutlichen 17:28-Niederlage in Großwallstadt eine Fußverletzung. Noch ist unklar, ob er sich eine Bänderdehnung oder einen Bänderriß im Sprunggelenk zuzog.

Weil auch Rückraumspieler **Andreas Dörhöfer** von Milbertshofens Münchener Lokalrivalen MTSV Schwabing kurzfristig wegen einer Verletzung (Bänderdehnung) absagen mußte, wurde **Martin Schwalb** vom TV Großwallstadt nachträglich ins Aufgebot genommen. „Aus disziplinarischen Gründen" stand Schwalb ursprünglich nur auf der Reserveliste.

Wie ein Komet war Schwalb vor zwei Jahren am deutschen Handball-Himmel erschienen, eine scheinbar strahlende Zukunft vor Augen. Doch der blonde Rückraumspieler, wegen seiner enormen Sprung- und Wurfkraft schon frühzeitig als Nachfolger von **Erhard Wunderlich** gefeiert, wurde zuerst zur großen Enttäuschung der WM in der Schweiz und versagte anschließend auch in den Bundesligaspielen.

„Das ging einfach alles zu schnell, davon habe ich mich treiben lassen," sagt er heute. Seine lockeren Sprüche und die lässige Unbekümmertheit wurden nur solange toleriert, wie seine Leistung stimmte. Nach der total verkorksten letzten Saison will er jetzt einen neuen Anfang machen: „Meinen Charakter kann ich nicht ganz ändern, aber eine gewisse Portion Ernsthaftigkeit täte mir in mnchen Dingen ganz gut."

Nicht zum Aufgebot gehört Erhard Wunderlich, mit 138 Länderspielen immer noch der Rekordnationalspieler im Deutschen Handball-Bund (DHB) und mit seinem Verein TSV Milbertshofen gerade in die Bundesliga aufgestiegen. „Nach der WM hatte ich Simon Schobel gesagt, daß ich mich bis August aus der Nationalmannschaft ausblenden will," sagt Wunderlich. „Ich wollte mich intensiver um den Aufbau meiner beruflichen Existenz kümmern."

Wunderlich war vor drei Jahren vom VfL Gummersbach zum FC Barcelona gewechselt, wo er angeblich 30 000 Mark monatlich verdiente. Vor zwei Jahren lockte ihn Milbertshofens Manager **Ulrich Backeshoff** mit der Aussicht auf eine gesicherte berufliche Zukunft. Backeshoff ist Geschäftsführer der Münchener Gesellschaft BAX-Kopiergeräte, wo auch acht Spieler und der Trainer beschäftigt sind.

Seinen wurfgewaltigen Rückraumspieler betraute er mit der Leitung der BAX-Schwesterfirma in Weilheim. Für die verkauft Wunderlich nun Kopiergeräte im südbayerischen Raum. Eine Aufgabe, die ihm zuletzt wichtiger war, als der sportliche Erfolg in der Nationalmannschaft. „Ich habe jetzt die Zahlen aus den letzten fünf Monaten auf dem Tisch und die sagen mir, daß meine Entscheidung richtig war," sagt Wunderlich.

Geschäftlich läuft alles bestens, doch sportlich blieb Wunderlich zuletzt hinter den Erwartungen zurück. Kritiker sagen ihm nach, er sein um die Hüften füllig geworden und habe viel von seiner Torgefährlichkeit eingebüßt. „Das ist alles Gerede," sagt Wunderlich. „Ich kann dazu nur sagen, daß ich immer noch dasselbe Gewicht habe wie zu meiner besten Zeit, und ich fühle mich so gut in Form wie immer in den letzten Jahren." Doch Simon Schobel plant die Zukunft der Nationalmannschaft offensichtlich ohne ihn.

Bis Oktober will er mir Bescheid geben," sagt Wunderlich. „Aber ich glaube, ich kenne seine Entscheidung schon." Und wie sieht die aus? „Das werde ich jetzt noch nicht sagen. Aber ich habe meine Vermutung aufgeschrieben und sie in einem Brief hinterlegt." Wäre er sehr enttäuscht über eine Absage? „Ich bin mit allem einverstanden. Wenn ich nicht mehr in der Nationalmannschaft spiele, dann habe ich eben mehr Zeit für meinen Beruf."

Doch als Nationalspieler würde seine Popularität aufgefrischt, was der Verkaufsförderung dienlich sein könnte. „Ganz im Gegenteil," sagt Wunderlich. „Ich bin oft ganz froh, wenn meine Kunden mich nicht kennen. Dann kann ich besser verkaufen. Die meisten versuchen nämlich mit mir zu handeln. Die beginnen erst ein Gespräch über den Sport und flechten dann ganz nebenbei mal ein 'na, über dne Preis werden wir schon einigen können'. Wer mich nicht kennt, akzeptiert meine Bedingnungen viel eher." Wie immer das Thema Nationalmannschaft für Wunderlich auchendet – er sieht sich in jedem Fall als Gewinner.

ULLA HOLTHOFF

ITALIEN

## Inter Mailand blamierte sich

sid, Rom

Fehlstart für Inter Mailand, den Klub von Karl-Heinz Rummenigge, zum Start der italienischen Fußball-Meisterschaft. Die gutbezahlten Profis aus Mailand blamierten sich beim Aufsteiger EC Empoli bei der 0:1-Niederlage. Dagegen kam Sampdoria Genua, der neue Verein des ehemaligen Kaiserslauterers Hans-Peter Briegel, zu einem 1:0 gegen Bergamo.

340 000 Zuschauer verfolgten die acht Begegnungen zum Auftakt. Allein 45 000 kamen zum Spiel Empoli gegen Mailand in Florenz. Bereits in der 36. Minute ging der Aufsteiger, der wegen baulicher Veränderungen im eigenen Stadion nach Florenz ausweichen mußte, in Führung. Karl-Heinz Rummenigge trat kaum in Erscheinung.

LEICHTATHLETIK

## Trainerposten neu besetzt

dpa, Darmstadt

Der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) trennt sich von vier seiner 40 Honorar-Trainer. Die zum 30. September auslaufenden Verträge von Paul Wagner (Essen), Rudolf Felger (Sindelfingen), Hans-Peter Thumm (Stuttgart) und Wolfgang Ritzdorf (Köln) werden nicht verlängert, da die Trainer „aus beruflichen Gründen im kommenden Jahr nicht mehr zur Verfügung stehen".

Die ausscheidenden Leichtathletik-Lehrer betreuen die Disziplinen Sprint Männer, Hürden-Sprint sowie Hoch- und Weitsprung der Frauen, in denen die Leistungen der DLV-Aktiven seit Jahren stagnieren. Die Trainerstellen sollen bei der Herbsttagung der DLV-Trainer Ende September in Dortmund neu besetzt werden.

MOTORSPORT

## Stuck fehlte eine einzige Runde

sid, Spa

Eine Runde auf dem 6,94 Kilometer langen Ardennenkurs von Spa fehlten den Endurance-Weltmeistern Hans-Joachim Stuck aus Grainau und Derek Bell (England) zur vorzeitigen Titelverteidigung. Weil im Tank des Werks-Porsche 962 C nur noch wenige Tropfen Benzin waren, mußte Bell in der letzten Runde den Werks-Jaguar von Derek Warwick (England) vorbeiziehen lassen.

Wären Stuck/Bell vor Warwick ins Ziel gekommen, hätten sie den Titel vorzeitig gewonnen. Mit nunmehr 82 Punkten führen die Porsche-Fahrer vor dem Finale am 5. Oktober in Fuji (Japan) weiterhin klar vor Warwick (69). Es siegten das Privatteam Frank Jelinski (Hannover) und Thierry Boutsen (Belgien) auf Porsche 962 C.

# Seoul nach Bombenanschlag: Fünf Tote belasten Asienspiele

dpa/sid, Seoul

Die Detonation der Bombe auf dem Flughafen von Seoul hat am Sonntag auf schreckliche Weise ins Bewußtsein zurückgerufen, welches hohe Risiko die Organisationen des Weltsports mit ihrer Wahl von Seoul als Schauplatz von internationalen Wettbewerben und Kongressen eingegangen sind.

Von heute an wollen das Internationale Olympische Komitee (IOC) und die internationalen Verbände in der Hauptstadt von Südkorea sportpolitische Weichen stellen. Von Samstag an bis zum 5. Oktober veranstaltet Seoul die 10. Asienspiele. Die Wettkämpfe des volkreichsten Kontinents in 25 Sportarten beziehen ihre besondere Bedeutung aus der Tatsache, daß Seoul zwei Jahre später auch Schauplatz der Olympischen Spiele ist.

Der Terrorakt auf dem Flughafen Kimpo, der fünf Tote und 32 Verletzte unter koreanischen Besuchern forderte, ist der denkbar schlechteste Auftakt für die olympische Generalprobe. Der Einsatz von 100 000 Polizeikräften hat nicht verhindern können, daß sich zumindest unter den Gästen in Seoul Unsicherheit breitmacht. Das war ganz offenbar das Kalkül der bislang unbekannten Bombenleger: zu demonstrieren, daß es auf der Welt kaum spannungsreichere Gebiete gibt als die Region am 38. Breitengrad.

Der von einer Rechtsdiktatur regierte Süden möchte Asienspiele und Olympiade nutzen, um sich mit Glanz und Gloria weltweit als das wahre Korea zu präsentieren. Dies wiederum will der kommunistisch gelenkte Norden offenbar um jeden Preis verhindern.

In dieser Auseinandersetzung geraten die Chinesen nun zwischen die koreanischen Fronten. Ihre Teilnahme an den Asienspielen setzt ein politisches Ausrufezeichen. Während Nordkorea, im Koreakrieg von 1950 bis 1953 mit China verbündet, den Asienspielen fernbleibt, widersetzte sich die Volksrepublik allen Boykottbegehren und tritt zum ersten Mal in Südkorea massiv in Erscheinung. Die Bombe wird nicht nur in Seoul als Warnung an China verstanden, sich eine Teilnahme in zwei Jahren an den Olympischen Spielen genau zu überlegen.

Die Generalprobe der nächsten drei Wochen besteht für Südkorea nun vor allem darin, seinen Gästen, den etwa 4000 Sportlern und ihren Betreuern, dazu 1250 Journalisten aus aller Welt und 2000 Funktionären, Beobachtern, Kampfrichtern, das Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. So gerät die Frage in den Hintergrund, ob Seoul auch in der Lage ist, den organisatorischen Test zu bestehen. Bereits zwei Jahre vor Eröffnung der Olympiade ist die Palette der Wettkampfstätten vollständig. So frühzeitig hat noch keine Olympia-Stadt olympischen Bauvollzug melden können.

Nur durch den Charakter der Olympia-Generalprobe ist zu verstehen, daß in diesen Tagen auch gut 50 prominente Vertreter des Sports aus der Bundesrepublik Deutschland Seoul besuchen. Zu ihnen zählen neben IOC-Vizepräsident Berthold Beitz und IOC-Sportdirektor Walther Tröger die Olympiasieger und Weltmeister Reiner Klimke, Peter-Michael Kolbe und Uli Eicke sowie die Sportwissenschaftler und Professoren August Kirsch, Ommo Grupe, Manfred Donike und Hartmut Krahl. Allein Fachverbände und Bundesausschuß Leistungssport (BAL) im DSB sind in Seoul mit 18 Personen im Einsatz.

IOC-Exekutivkomitee und die internationalen Sportverbände für olympische Sommersportarten werden sich auf ihren Sitzungen voraussichtlich darauf verständigen, die olympischen Zulassungsbestimmungen für 1988 (mit Ausnahme von Eishockey, Tennis, Fußball) unangetastet zu lassen. Erst für die Spiele 1992 soll der Athleten-Code als Schlüssel für allgemein offene Spiele eingeführt werden.

Hingegen ist in einer anderen Frage ein Dissens wohl unvermeidlich. Die Fachverbände, die bisher nur über ein beratendes Recht verfügen, wollen künftig bei der Vergabe Olympischer Spiele mitbestimmen und somit die IOC-Vollversammlung nicht mehr allein entscheiden lassen. Samaranch wird diese Forderung wohl zurückweisen, obwohl die Verbände über ein gutes Argument verfügen. Die IOC-Wahl von Seoul 1981 in Baden-Baden, das hat nun die Bombe auf dem Flughafen von Seoul wieder gezeigt, war eine Wahl mit unüberschaubaren Risiken.

NACHRICHTEN

### Sieg für Every Way

**Wassenaar** (dpa) – Der Traberhengst Every Way aus dem Stall von Alwin Schockemöhle gewann im holländischen Wassenaar mit Wilhelm Paal im Sulky das Europa-Championat der Dreijährigen vor Icora Tilly aus Schweden.

### Langer auf Rang drei

**London** (GAB) – Bei der Offenen Europäischen Golfmeisterschaft im englischen Sunningdale belegte Titelverteidiger Bernhard Langer (Anhausen) mit 69+68+66+68=271 Schlägen bei Par 70 den dritten Platz. Es siegte Greg Norman (Australien) mit 67+67+69+66=269 Schlägen erst im Stechen auf dem ersten Extra-Loch gegen den schlaggleichen Ken Brown (England) 67+67+68+67=269.

### Turn-WM 89 in Stuttgart?

**Stuttgart** (dpa) – Der Deutsche Turner-Bund (DTB) wird sich mit Stuttgart um die Ausrichtung der Kunstturn-Weltmeisterschaften 1989 bewerben. Dies entschied am Wochenende das DTB-Präsidium. Die Titelkämpfe werden beim Kongreß des internationalen Verbandes im November in Rom vergeben.

### Simeoni trat zurück

**Cagliari** (dpa) – Die italienische Hochspringerin Sarah Simeoni (33), die an vier Olympischen Spielen teilnahm und 1978 mit 2,01 Meter Inhaberin des Weltrekordes und Europameisterin war, hat beim Leichtathletik-Meeting von Cagliari nach 22 Jahren ihren Abschied vom aktiven Sport erklärt.

### Keine Freigabe für Krupp

**Köln** (sid) – Der deutsche Eishokkey-Meister Kölner EC wird vor der am Freitag beginnenden Bundesliga-Saison seinen Spieler Uwe Krupp auffordern, umgehend wieder am Trainings- und Spielbetrieb teilzunehmen. Dies ist das vorläufige Ergebnis eines Arbeitsgerichtstermins, bei dem nach Darstellung des Klubs festgestellt wurde, daß Krupp noch einen gültigen Vertrag besitzt. Keineswegs werde er, wie von ihm gewünscht, für das amerikanische Profiteam Buffalo Sabres freigegeben.

### Aufbautraining für Pezzey

**Bremen** (dpa) – Sechs Wochen nach seiner schweren Knie-Operation hat Bruno Pezzey, Libero des Fußball-Bundesliga-Klubs Werder Bremen, mit dem Aufbautraining begonnen. Der 31jährige wird seinem Team voraussichtlich frühestens in der Rückrunde der Meisterschaft zur Verfügung stehen können.

ZAHLEN

**FUSSBALL**

**Zweite Liga:** 1. FC Saarbrücken – Fortuna Köln 3:3 (1:2)

**MOTORSPORT**

**1000-Kilometer-Rennen in Spa, Lauf zur Prototypen-Weltmeisterschaft:** 1. Jelinski/Boutsen (Bundesrepublik Deutschland/Belgien) Porsche 962 5:35:45,54 Stunden (179,745 km/h), 2. Warwick/Lammers (Großbritannien/Niederlande) Jaguar 5:35:55,34, 3. Stuck/Bell (Bundesrepublik Deutschland/Großbritannien) Porsche 962 5:36:23,83, 4. Ludwig/Barilla (Bundesrepublik Deutschland/Italien) Porsche 956 144 R., 5. Cheever/Schlesser (USA/Frankreich) Jaguar 143. – WM-Stand in der Fahrer-Wertung nach acht von neun Läufen: 1. Stuck und Bell je 82 Punkte, 3. Warwick 69, 4. Jelinski 59, 5. Cheever 49. – WM-Stand in der Team-Wertung nach vier von fünf Läufen: 1. Porsche-Werk 47, 2. Jaguar 35.

**TENNIS**

**Internationales Turnier in Genf** (200 000 Dollar): Einzel, Endspiel: Leconte – Tulasne (beide Frankreich) 7:5, 6:3. – Doppel, Endspiel: Windahl/ Maurer (Schweden/Bundesrepublik Deutschland) – Luza/Tiberti (Argentinien) 6:4, 3:6, 6:4.

**SEGELN**

**Starboot-Weltmeisterschaft vor Capri/Italien, 1. Wettfahrt:** 1. Brun/ Schreiner (USA), 2. Fletcher/Krysler (USA), 3. Frovecci/Dalvit (Italien), ... 5. Merkelbach/Oess, 6. Hagen/Borowy, ... 8. Griese/Marcur (alle Bundesrepublik Deutschland).

**GEWINNZAHLEN**

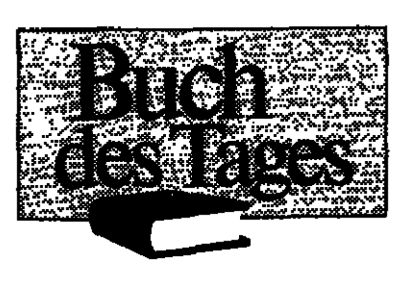
**Rennquintett:** Rennen A in Frankfurt, Einlauf: 1, 9, 5. – Rennen B in Straubing, Einlauf: 29, 34, 25. – **Elferwette:** 0, 1, 0, 2, 0, 1, 0, 2, 2, 1, 0. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 11, 22, 34, 37, 40, 41, Zusatzzahl: 45 (ohne Gewähr).

Auf der Prioritätenliste: Renten und Gesundheit

# Der Kampf gegen Haie

In Bonner Parteizentralen, Sitzungssälen und Lobbyistentreffs steht die Sozialpolitik derzeit ganz oben auf der Prioritätenliste: Sind die Renten auch nach der Jahrtausendwende noch sicher? Wie teuer ist unsere Gesundheit? Wie lösen wir das Problem der Pflegebedürftigen? Im Zentrum all dieser Fragen stehen die älteren Mitbürger. Ihr wachsender Anteil an der Bevölkerung stellt unser soziales System auf die schwerste Belastungsprobe seit Kriegsende – gefordert ist aber auch mehr Wachsamkeit vor denen, die die Schwäche der alten Menschen rücksichtslos ausnutzen.

Die Betagten in unserer Gesellschaft haben weit mehr als nur den




berühmten Sparstrumpf unter der Matratze. Die über neun Millionen Bundesbürger, die 65 und älter sind, verfügen pro Jahr über 17 Milliarden Mark an Renten und Pensionen. Dazu kommen noch sonstige Einkünfte – zum Beispiel Arbeitsentgelte – und Kapitalanalgen wie Immobilien. Durch diesen volkswirtschaftlichen „Reichtum" sind die älteren Mitbürger der Wohlstandsgesellschaft zur Zielgruppe für seriöse und unseriöse Geschäftemacher geworden. Gerade letzteren – den „Rentenhaien" – will der Report ins Handwerk pfuschen.

„Senioren an Stühle gefesselt." „Freiheitsstrafe für betrügerischen Heimleiter." „Altenheim von Polizei geräumt." Diese Schlagzeilen aus der Lokalpresse werfen ein dunkles Licht auf Heime und Anstalten. Viele sind den Bewohnern alles andere als ein Zuhause. Und in jeder Region oder Stadt sind solche Fälle schon vorgekommen. Das Buch prangert an – nennt aber auch Tips, wie sich der einzelne Senior oder die Seniorin vor solchen Machenschaften schützen kann: Auskunft bei den örtlichen Sozialämtern einholen, Informationsmaterial bestellen und schließlich Probewohnen. Schäfer nennt im Anhang Adressen, an die sich Verbraucher wenden können.

Wer sein Recht durchsetzen will, dem werden die wichtigsten Auszüge aus dem Heimgesetz in knapper Form dargeboten. Wissen beispielsweise alle Heimbewohner, daß sie „durch einen Heimbeirat in Angelegenheiten des Heimbetriebs wie Unterbringung, Aufenthaltsbedingungen, Heimordnung, Verpflegung und Freizeitgestaltung mitwirken"? Alles in allem kommt in diesem Kapitel ein informativer „Marschkompaß zum Ruhesitz" heraus, der Unannehmlichkeiten vermeiden hilft.

Schade nur, daß hier schon unterschwellig die ideologischen Steckenpferde des Autors Herbert Schäfer geritten werden: Die privaten Heime sind böse, staatliche dagegen sind gut. Ähnlich geht es weiter, wenn von der „allmächtigen Wirtschaftslobby" und dem „Tauziehen von Wirtschaft und Politik" – bei dem die Wirtschaft natürlich wieder gewonnen hat – die Rede ist.

Rentenhaie tummeln sich nicht nur im Bereich der Heime und Anstalten. Der Einfallsreichtum der Ganoven ist unbegrenzt – Skrupel kennen sie nicht. Da überrumpelt ein Klinkenputzer die alleinstehende Rentnerin. Hinterher hat sie für 500 Mark einen neuen Staubsauger, obwohl es der alte noch lange getan hätte. Doch gegen Nepp an der Haustür gibt es Schutz: Am 1. Mai 1986 trat das Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften in Kraft. Das Buch bringt die wichtigsten Paragraphen.

Das Sortiment der Gaunereien mit den Alten ist damit noch lange nicht voll. Jede Seite bei Herbert Schäfer enthält neue Dreistigkeiten. Das Umblättern verspricht jedesmal spannende Neuigkeit, aber auch blankes Entsetzen über die Habgier und Rücksichtslosigkeit der Geschäftemacher: etwa wenn Opa sein Zahngold unter Wert versilbert oder dem falschen Vermögensberater Scheinaktien abkauft, die in Wirklichkeit keinen Pfifferling wert sind.

Am Ende der Gaunerkette werden sogar noch Geschäfte mit dem Tod gemacht. Der Bundesverband des Deutschen Bestattungsgewerbes ist so sehr über die schwarzen Schafe im Gewerbe besorgt, daß er für die Zunft ein Diplom und das geschützte Verbandszeichen eingeführt hat: Drei gotische Kirchen mit einem stilisierten Sarg.

THOMAS LINKE

Herbert Schäfer. „Rentenhaie – Das Milliardengeschäft mit dem Alter", Knaur, München 1986, 320 Seiten, 9,80 DM




Formen- und Variantenreichtum in der Keramik: Jean-Leon Mayodon Sèvres-Becher (um 1920) und Bernhard Hoetgers „Alter mit Stock" (um 1901) FOTOS: KATALOG

Darmstadt: Das Hessische Landesmuseum zeigt „Europäische Keramik"

# Riskantes Spiel mit Feuer und Erden

„Europäische Keramik" aus der Sammlung Giorgio Silzer zeigt das Hessische Landesmuseum Darmstadt. Der Zeitraum – die Jahrzehnte zwischen 1880 und 1930 – umfaßt eine wichtige Epoche der Erneuerung und der künstlerischen Nobilitierung der europäischen Keramik. Gewiß war es eine Zeit des Umbruchs in allen Künsten. Doch kaum anderswo teilt sich der in Phasen fortschreitende Prozeß so sinnfällig, so differenziert und vielfältig, so formen- und variantenreich mit wie in der Keramik.

Die Ausstellung präsentiert im wesentlichen französische Keramik. Von den 275 ausgestellten Stücken kommen 217 aus Frankreich, 38 aus Deutschland, acht aus Dänemark, der Rest verteilt sich auf die Niederlande, Belgien, Italien, Schweden und Österreich-Ungarn. Aber „Europäische Keramik" fand in diesen fünfzig Jahren durchaus nicht nur in Frankreich statt, doch unstreitig ihr Neubeginn, ihre künstlerische Emanzipation gewissermaßen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatten französische Keramiker begonnen, sich wieder mit der eigenen Tradition, mit französischer und italienischer – und somit auch ibero-islamischer – Fayence zu beschäftigen. Fast gleichzeitig strömten unverhofft asiatische, vor allem japanische Einflüsse in die abendländische Kunst.

So verbanden sich in der Keramik künstlerische Neuerungen mit technischen, formale Inventionen mit chemischen. Die Glasur wurde erstmals neben der Form zu einem geistigen und formalen Gestaltungsprinzip. Zwischen Oberflächen- und Formgestaltung entstanden fruchtbare Wechselwirkungen und Synthesen. Der dekorative Formenschatz der unterschiedlichen Materialien und Auffassungen machte unablässig Verwandlungen durch zwischen Jugendstil und Bauhauszeit.

In Darmstadt sind die bekannten französischen Meister und Manufakturen zusammen mit vielen weithin unbekannten ausführlich vertreten (allein von Gallé ist nur ein Teller zu sehen). Man begegnet dem großen Theodore Deck, dem ingeniösen Ernest Chaplet und Jean Carriès, selbstverständlich auch Dalpayrat, Lachenal, Delaherche und dem tüchtigen Massier. Sie alle waren gleichermaßen hervorragende Künstler, phantasievolle Experimentierer und Erfinder, die das riskante „Spiel mit Feuer und Erden" immer wieder mit neuen Ideen gewagt haben.

Solche aber gab es sehr bald auch in den anderen Ländern Europas. Schon 1884 auf der Pariser Weltausstellung glänzte das Berliner „Segerporzellan" erfolgreich neben den arrivierten Sèvres-Produkten. Aber viele wichtige Namen fehlen. Wir sehen Beispiele von Segerporzellan aus der Berliner Manufaktur; Meißen ist unter anderem mit Arbeiten von Erich Oehme und August Gaul vertreten, Villeroy & Boch mit einer Wandfliese von Peter Behrens.

Von Otto Eckmann und Bernhard Hoetger ist figürliche Keramik zu sehen. Das sind immerhin Andeutungen, wie die einzige Vase von Bontjes van Beek und wie beispielsweise Vilmos Zsolnay die bedeutende Keramik des alten Österreichs oder Engelhardt und Ludvigsen die dänische Keramik hier zu vertreten haben (bis 5. 10. 86; Katalog 22 Mark).

EO PLUNIEN

Schicksale eines Verlages: Frölich & Kaufmann

# Gedruckter Rolls Royce

Es sollte ein kreativ-verlegerischer Höhenflug werden, aber die Luft da oben war nicht nur sehr dünn. Es gab auch eine unvermutete Begegnung der ökonomischen Art: mit dem Pleitegeier. Der zwang die Berliner Katalogversender und Jungverleger Frölich und Kaufmann, statt des Weges in die Unsterblichkeit den Gang zum Konkursrichter anzutreten.

Die Rettung aus Hamburg in Gestalt des Verlages Hoffmann und Campe kam zwar zu spät, doch nicht zu spät für die Geschäftsidee. In einer „Nacht-und-Nebel"-Aktion stieg der Hamburger Verlag ein und gründete mit den beiden Berlinern die Frölich & Kaufmann Verlag und Versand GmbH. Thomas Ganske, Inhaber von Hoffmann und Campe und studierter Kunsthistoriker, mußte nicht lange überzeugt werden. Denn er war als langjähriger normaler Kunde des Katalogversandes mit dem Prinzip bestens vertraut.

Gerd Frölich und Andreas Kaufmann, heute 36 und 30 Jahre alt, hatten ihre zündende Idee 1977, als sie in der Berliner Nationalgalerie einen kleinen Bücherstand betrieben. Dort boten sie, mehr zur Abrundung ihres Angebotes, einige Kataloge früherer Ausstellungen an. Die erwiesen sich indes als wahre Verkaufsschlager, vor allem bei auswärtigen Besuchern.

Die beiden mochten diesen Wink des Schicksals nicht mißverstehen. Sie hängten das Studium der Kunstwissenschaft an der Berliner TU an den Nagel und gründeten 1978 ihren Katalogversand. Frölich & Kaufmann wurde bald zur Adresse für alle Kunstfreunde, die nicht mal eben schnell von München nach London jetten konnten, um dort die Ausstellung des Jahres zu betrachten. Für sie gab es jetzt wenigstens die Möglichkeit, Kunst per Katalog zu konsumieren. Die Zahl der Adressen wuchs in vier Jahren von Null auf über 40 000. Verkauft wurden in der Regel zwischen 3000 und 50 000 Katalogtitel. Die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Museen und Ausstellungsmachern entwickelte sich ebenso rasant wie erfreulich. Frölich und Kaufmann begannen nun, Kataloge auch selbst herauszugeben und zu verlegen.

Frölich und Kaufmann hatten, so schien es, den Erfolg gepachtet. Daß sie nun auch nach noch Höherem strebten und einen Kunstverlag mit den Schwerpunkten Malerei, Architektur und Fotografie gründeten, war der Anfang vom Ende. Verwöhnt von großen Zahlen, gingen sie – nach ihren heutigen Worten „blauäugig" – ans Werk. Und mußten bald erkennen, daß Auflagen von 3000 bis 4000 für opulente, teure Kunstbücher „in der Regel schon 1500 zuviel" waren.

Das erwies sich zum Beispiel bei dem Prachtband „Laterna Magica" für 198 Mark oder bei einem Werk über Kurstadt-Architektur in Deutschland für 148 Mark. Dem standen zwar Erfolge gegenüber wie die selbstverlegten Kataloge zu „Zeitgeist" und „Die Pferde von San Marco" oder ein Helnwein-Band, dessen Startauflage von 25 000 in kurzer Zeit vergriffen war. Aber das ehrgeizige Unternehmen verschlang Geld, das gar nicht da war. Die beiden, bar aller kaufmännischen Fachkenntnisse, mußten erkennen, daß Kunstbücher zwar die „Rolls-Royce" im Verlagswesen sind – aber auch für den, der sie herstellt und verkaufen will.

Der Umsatz erreichte 1984 und auch noch 1985 zwar jeweils stattliche 3,5 Millionen Mark, aber als die beiden Verleger schließlich auf die Bremse traten, treten mußten – da war es zu spät. Verhandlungen über Partnerschaften oder einen außergerichtlichen Vergleich zerschlugen sich am Ende. Gerd Frölich und Andreas Kaufmann erlebten, daß Jungunternehmer fördernde und stützende Hände missen müssen, wenn sie „nur" Kultur und nicht etwa High-Tech anbieten.

Ihre 450 Quadratmeter große ehemalige Fabriketage in der Weddinger Wildenowstraße wollen die beiden auch nach der Verbindung zu Hoffmann und Campe nicht verlassen. Sie brauchen, wie sie der WELT versicherten, diese „Loft"-Atmosphäre zur Ideen-Produktion. Die kaufmännische Verwaltung, Werbung und Marketing der neuen Firma wird der Mehrheitsgesellschafter Hoffmann und Campe in Hamburg besorgen. Sitz der Firma ist und bleibt Berlin.

Für die Zukunft steht erst einmal eine Rückbesinnung auf die gesunden Wurzeln ins Haus – den Versand der nach wie vor 450 bis 500 lieferbaren Kataloge, auf dessen Stabilisierung und Neuformierung einschließlich einer Durchforstung der Adressenkartei. Es wird wieder eigene Kunstkataloge geben und eines ferneren Tages auch eigene Kunstbücher. Ihr Know-how soll ihnen dabei ebenso von Nutzen sein wie das gezahlte Lehrgeld.

HEINRICH KÖNIG

Zuverlässige und gründliche Arbeit machten Myrna Loy zum Star

# Stets jeder Situation gewachsen

Wenn das kein erfolgversprechender Beginn war: Sie wurde vom legendären Rudolf Valentino für den Film entdeckt – und präsentierte sich den Kinobesuchern zunächst als exotische Tänzerin. Nun, ein bißchen asiatisch sah sie mit den schmalen, ein wenig schräggelegten Augen schon aus, und was die Natur nicht schaffte, vollbrachten die Maskenbildner. Fluch der frühen Rollen: Das Image der ostasiatischen *femme fatale* wurde sie erst mal nicht wieder los: Sie spielte Malaiinnen, Chinesinnen und Japanerinnen, und diesen fernöstlichen Schönheiten hat sie auch ihren Namen zu verdanken.

Denn eigentlich heißt die 1905 in Montana geborene Schauspielerin Myrna Williams; Loy, so befand der Manager von „Grauman's Chinese Theater" in Los Angeles, wo sie ihre erste Bekanntschaft mit dem Showbusiness machte und wo der schöne Valentino sie gesehen hatte, klinge so hübsch orientalisch.

Als sie dann, ab 1930, auch in anderen Rollen eingesetzt wurde, stellten Kritiker und Publikum geradezu erstaunt fest, daß sie mehr konnte als tänzerische Verrenkungen und Sätze in Pidgin-Englisch abzuliefern. Der große Erfolg kam 1934. Da war sie an der Seite von William Powell und

**Mordsache „Dünner Mann" – ZDF, 23.30 Uhr**

dem Terrier Mr. Asta als Nora Charles in „Mordsache Dünner Mann" nach dem Roman von Dashiell Hammett zu sehen. Sie spielte die Ehefrau des Detektives Nick, und war allen Situationen gewachsen. Ihre Stärke war die Schlagfertigkeit, das witzige Parieren und die trockene Art, auch in brenzligeren Situationen, wenn sich der Hund schon längst unters Bett verzogen hatte, den Kopf nicht zu verlieren – kurz, eine William Powell ebenbürtige Partnerin.

Dies war denn auch die Rolle, die Myrna Loy hierzulande einem größeren Publikum bekanntgemacht hat, als die Reihe der „Dünne-Mann"-Filme – „Sophisticated detecticomicals", wenn es diesen Gattungsnamen gäbe – vor einigen Jahren erstmals im Fernsehen gezeigt wurde. Dahinter verblassen ihre Leistungen in Filmen wie „Die besten Jahre unseres Lebens" oder als resolute verwitwete Mutter einer Kinderhorde, die „Im Dutzend billiger" zu haben war.

Myrna Loy hat allerdings nie die Starqualitäten einer Joan Crawford oder Bette Davies besessen. Sie gehörte zu den vielen Schauspielern der zweiten Garde, die zuverlässig und gründlich arbeiteten und zuweilen, wenn ein glückliches Zusammentreffen von Rolle, Partner und Regisseur es erlaubten, großartige Leistungen vollbrachten. Danach widmete sie sich wieder dem Privatleben, war während des Krieges als Helferin für das Rote Kreuz tätig und war eine zeitlang Filmberaterin bei der Unesco. Kurz, Myrna Loy gehört zu der Gruppe von Menschen, ohne die Hollywood niemals hätte existieren können.

RAINER NOLDEN



Myrna Loy FOTO: TELEBUNK

Fernsehspiel-Eigenproduktionen beim WDR rückläufig

# Seinen Auftrag verfehlt

Gemeinhin geht man davon aus, daß die Größe eines TV-Senders identisch mit dem Umfang der Eigenproduktionen wäre. Irrtum. Beim WDR, der größten Sendeanstalt der ARD, beschreitet man offensichtlich den umgekehrten Weg. Für 1986 sind ganze zwei Fernsehspiele als Eigenproduktionen vorgesehen, wobei der zweite („Western incl.", Regie Dieter Wedel) kurzfristig noch als Auftragsproduktion von Gyula Trebitsch, Hamburg, übernommen wurde.

1985 war es nicht anders. Neben dem Langweiler „Kennwort: Möwe" leistete man sich noch den Luxus, „Die Spanische Fliege" mit Willy Millowitsch zu produzieren. Aber auch beim WDR III ist der Fernsehspiel-Anteil rückläufig. Tendenz: Mehr Feature, Dokumentationen und Ausstrahlung ausländischer Filme. Hierbei wird vor allem der wissenschaftliche Bereich, ursprünglich die Domäne des WDR III, rapide abgebaut.

Natürlich geschieht das nicht rein zufällig. In den letzten Jahren haben sich die Proportionen von Herstellung und Verwaltung zuungunsten der Produktion verschoben. Das zeigt sich recht deutlich bei dem Mitarbeiterstab, der sich durch die Regionalisierung sogar noch erhöhte. Hier beträgt das Verhältnis (bei ca. 3750 festangestellten Mitarbeitern) 1:6 zugunsten der Verwaltung. Die Verlagerung der Kapazitäten auf Aktualitäten ist heute Trumpf. Man verzichtet dabei weitgehend auf den Unterhaltungswert. Ein knallhartes Kalkül, was „progressive" WDR-Redakteure (und wer ist das nicht?) nur allzugern goutieren.

Hinzu kommt ein zweites Faktum: Der Riese unter den ARD-Sendeanstalten zahlt den größten Anteil am Finanzausgleich, nämlich 25 Prozent (offiziell). Dabei wird die Sendekapazität des Senders Bremen oder des Saarländischen Rundfunks, die mehrheitlich vom WDR-Finanzausgleich abhängen, nicht berücksichtigt. Man ist in Köln der Überzeugung, daß Monopolstellung und hausgemachte Medienpolitik eine Machtposition verleihen, die ohne Bedenken über die Erfordernisse von Produktionsverantwortung hinausgehen.

Wenn man nach dem ARD-Verteiler von 37 Prozent (inoffizielle) Sendeanteile des WDR rund 1954 Stunden jährlich zugrunde legt und dabei ganze drei Stunden Fernsehspielzeit in Eigenproduktion aufweist, dann ist der Auftrag, den diese öffentlich-rechtliche Sendeanstalt hat, nicht nur verfehlt, sondern auch eine Zumutung für den Konsumenten.

Das ändert auch nichts an der Tatsache, daß der Sender Auftragsproduktionen an die WDR-Tochter Bavaria in München („Tatort"-Krimi), an Privatfirmen mit oder ohne Koproduktionen („Lindenstraße") oder Koproduktionen mit Kinofilmprojekten vergibt.

AMS

# „Mondmännchen"

Auf der diesjährigen Biennale in Venedig wurde die Lebensgeschichte der Pfarrerstochter Gudrun Ensslin vorgeführt, deutsche Kinos spielten „Stammheim", die preisgekrönte Geschichte des Prozesses gegen Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Andreas Baader, und an den beiden vergangenen Sonntagen schloß sich die ARD mit einer Dokumentation aus der RAF-Memoirenwerkstatt linker Autoren und Regisseure dem Trend an.

**Baader/Meinhof – und am Schluß sie selbst**: die Gründer der linksextremistischen „Rote Armee Fraktion" (RAF) auf ihrem blutigen Weg der Gewalt bis zum Tod durch Selbstmord. Wie kam es Ende der sechziger Jahre zum Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und daran die Frage anknüpfend, hat sich die Bundesrepublik unter den Angriffen der Linksextremisten verändert?

In der Dokumentation gezeigte Schwächen von Polizei und Justiz in den siebziger Jahren konnten den Eindruck erwecken, daß die „Republik" mit Extremisten nicht fertig wird. Der frühere Berliner Innensenator Heinrich Albertz, Pastor und führender SPD-Politiker in der Anfangszeit des Terrorismus, verstieg sich sogar zu einem diskreditierenden Vergleich. Wie (zivil) hätten doch die Polizisten während seiner Amtszeit ausgesehen, und wie dagegen heute? „Mondmännchen" nannte sie Albertz, ohne darauf hinzuweisen, daß die Polizisten im terroristischen Kleinkrieg mit Stahlkugeln und Brandfackeln angegriffen werden. Die brutale Offensive der ersten Terroristengeneration, aus der antiautoritären Bewegung heraus revolutionäre kommunistische Vorstellungen in die Realität umzusetzen, wurde semantisch und optisch aufpoliert. Heimtücke, wie sie sich im Bombenlegen der RAF beispielsweise gegenüber einer Büroküche, in der Sekretärinnen Kaffee aufbrühen, oder in einer Druckerei offenbarte, um nur zwei von zahlreichen Mordanschlägen zu nennen, wurde den Zuschauern gewiß nicht nur aus zeitlichen Gründen vorenthalten.

Nachlässigkeit und Tölpelhaftigkeit untergeordneter Instanzen wurden dagegen der „Republik" angelastet, wie im Fall der Stammheimer Gefängnisaufsicht, die von den Selbstmorden der RAF-Anführer überrascht wurde. Stefan Aust, der Autor, tischte indes dem Publikum eine Legende nicht mehr auf, daß nämlich die Geheimdienste Baader/Meinhof gemordet hätten. Unter Demokraten ist die in der Dokumentation zitierte Entscheidung des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt gültig, bei der Bekämpfung des Terrorismus bis an die Grenzen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist. Das Morden geht weiter, wie die Anschläge der letzten Tage anzeigen, aber die „Republik" ist wehrhaft geworden.

W. K.

ARD

## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info: Gesundheit
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Berufswahl heute
10.50 Verkehrsgericht
Ende einer Probefahrt
12.00 Umschau
12.25 Presseschau
13.00 Tagesschau

**ARD**

15.50 Tagesschau
16.00 Frauengeschichten
16.45 Spaß am Dienstag
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke
21.00 Monitor
Mit den Themen: Asylrecht als Wahlkampfthema; Kirche gegen Asylantenhetze; Protest gegen den Zölibat – Priester demonstrieren auf dem Katholikentag; Krebs durch Kosmetika? – Shampoos und Badezusätze enthalten Dioxan
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Dallas
Pam wird in Kolumbien vermißt
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Theaternacht open end
Live-Diskussion über die Theatersaison 1986/87 und die Situation des deutschen Theaters der Gegenwart mit Intendanten, Regisseuren und Schauspielern.
Diskussionsleiter: Gerd Kairat, Peter Iden, Hellmuth Karasek
anschließend: Tagesschau
anschließend: Nachtgedanken

**ZDF**

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Ein himmlisches Vergnügen
Ehegeflüster
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Mit dem Kopf durch die Wand
19.00 heute
19.30 Abenteuer eines Stahlriesen
20.15 Die Sportreportage
Aus Mönchengladbach: Fußball-UEFA-Pokal
Borussia Moenchengladbach – Partizan Belgrad
Eurovision aus dem Bökelberg-Stadion
Reporter: Rolf Kramer
In der Pause, ca. 21 Uhr, heute-Journal
22.05 Grenze
Kamera, Buch, Regie: Tomasz Magierski, Alexander Honory
Der erste Fernsehfilm, den die beiden polnischen Filmemacher im Westen realisieren konnten
22.30 Horton's Kleine Nachtmusik
23.30 Mordsache „Dünner Mann"
Amerikanischer Spielfilm (1934)
Mit William Powell, Myrna Loy
1.00 heute

## III.

**WEST**
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 0221/23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Charterflug in die Hölle
Thailand: Drakonische Strafen für Drogenschmuggel
20.45 Rückblende
Vor 160 Jahren gestorben: Johann Peter Hebel
21.00 Formel Eins
21.45 Freilichtbühne Hallenberg
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Für Allah sterben
Heldentod und Rachejustiz im heutigen Iran
23.45 Sport im Westen extra
Hallenhandball-Länderspiel in Lemgo
BR Deutschland – Island
0.15 Nachrichten

**NORD**
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
Hitparade
19.15 Kindsein ist kein Kinderspiel
„Ich habe vor der Schule keine Angst"
Von Inge Hammelmann und Rosemarie Lenders
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Milliarden in den Sand gesetzt: Industrie-Ansiedlungen. Ersatzteillager Autoschrottplatz. Höchste Zeit für Kathy: Steuerliche Vergünstigungen. Lockruf des Goldes
Moderation: Ingrid Lorentzen
21.00 Landlust
Isländische Komödie
Buch, Regie: Thrainn Bertelsson
22.15 Literatur im Kreienhoop
23.45 Nachrichten

**HESSEN**
18.00 Sesamstraße
18.32 Formel Eins
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

**SÜDWEST**
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.35 Zoos der Welt
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Regional
19.26 Sandmännchen
19.30 Mitreden, mitentscheiden?
Film von Cornelia Brandt
20.15 Nürnberg in Gotik und Renaissance
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Die Mädchen vom Amt 04
Italienischer Spielfilm (1955)
Mit Antonella Lualdi, Marisa Merlini
Regie: Gianni Franciolini
22.50 Mietrecht
23.20 Nachrichten

**BAYERN**
18.15 Die Älteste
Aus „Wir und die Kinder"
18.45 Rundschau
19.00 Wie hammas denn?
19.55 Z. E. N.
20.00 Herbert Bayer
Maler, Designer, Architekt
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Der Clou
Amerikanischer Spielfilm (1973)
Mit Paul Newman, Robert Redford, Robert Shaw, Eilen Brennan
Regie: George Roy Hill
23.50 Rundschau

**SAT 1**

15.00 Marco
Anschließend: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Tarzan
18.00 Verliebt in eine Hexe
Schwiegerelternbesuch
Anschließend: Das Glück des Herrn Meier
18.30 APF blick
18.45 Mit Schirm, Charme und Melone
19.45 Love Boat
New Yorker Alimenten-Club
Drei Frauen sind zuviel für einen Captain
Vier Jahre und keinen Tag länger
Regie: Richard Kinon
20.40 Airwolf
Zahl' oder stirb!
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künste, Sport, Quiz und Wetter
22.15 F. A. Z. etten
22.45 Starsky & Hutch
Liebe – nein danke!
23.35 APF blick



19.00 Nach Jahr und Tag
Kein Platz für alte Leute?
19.45 Recht für jeden
20.00 Tagesschau
20.15 Café Wernicke (8)
21.05 Der Richter und sein Henker
Fernsehfilm von Franz Peter Wirth
Nach Friedrich Dürrenmatt
22.30 Traumland
Amerikanischer Spielfilm (1982)
Mit Joanne Crayton, Harold Dejan und der Olympia Brass Band
Regie: Oz Scott
23.50 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.10 Theres und Tanja
Schwierigkeiten einer Freundschaft
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Familie Merian
Ein ganz normaler Mensch
20.15 auslandsjournal
Moderation: Stephan Hallmann
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Der Zilschtige-Club
Anschließend: Nachrichten



18.15 Deutsche Szene/Regional 7
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
Serie mit David Hasselhoff
„Sammy's Sensationshow"
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die andere Liebe
Amerikanischer Spielfilm (1944)
Mit David Niven
Regie: André de Toth
21.30 Zeichentrick
21.35 Die andere Liebe (Teil 2)
22.05 RTL-Spiel
22.10 Popeye
22.15 „M" wie Margot
Show mit Margot Werner
22.47 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wallstreet Final



# Ein toter Mann . . .

dan – „Fantasy"-Gesellschaftsspiele krankten bisher daran, daß die von ihnen gebotenen Charaktere recht einfallslos waren. Jetzt endlich ist einmal ein Szenario erschienen, das raffiniert daherkommt: „Auf Cthulhus Spur" (Hobby Products, Oberhausen, 45 Mark). Das Spiel wurde von den Geschichten des Horror-Schriftstellers H. P. Lovecraft inspiriert. Es geht darum, in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts dem geheimnisvollen Cthulhus-Kult auf die Spur zu kommen.

Die wichtigste Eigenschaft der beteiligten Spieler ist seelische Stabilität, die sich besonders beim Anblick von Wesen wie den „Hetzenden Grauen" bewähren muß. Wer Nervosität zeigt, muß den Rest des Spielgeschehens in einem Asyl für Geistesgestörte verbringen.

Tückischerweise ist die geistige Stabilität aber auch durch allzu großes Wissen bedroht. Denn jedes genaue Wissen ist nur ein Wissen über die letztendliche Aussichtslosigkeit des Kampfes gegen den Kult. Je länger man spielt, desto sicherer nähert man sich dem vollständigen Wahnsinn, so oder so.

Ähnlich verhält es sich im ebenfalls soeben erschienenen „Kleinen Emanzipations-Spielbuch" von Emma Wolf (Bastei Lübbe, Bergisch Gladbach, 7,80 Mark). Aufgabe der Spielerin ist es hier, sich in die Rolle einer emanzipationswilligen Hausfrau zu versetzen, vom Streit um „Love Story" oder Fußball über den Auszug aus der Ehe bis zur Karriere in bürgerlichen oder alternativen Kreisen.

Die dabei fälligen Entscheidungen sind durchaus nicht immer einfach. Gegen die Länderspiel-Übertragung wehrt *frau* sich nicht mit Militanz, sondern mit fachkundigen Kommentaren über „diesen süßen Litti"; und wer aufgrund einer Maus in der Speisekammer die Marmelade lieber im Supermarkt kauft, hat sich von der Rolle des Heimchens am Herd emanzipiert.

Die Beispiele machen deutlich, daß der Name der Autorin Emma Wolf nichts als das Pseudonym eines „male chauvinist pig" ist, wenn auch eines mit überraschenden Einsichten. Bei der Aufnahmeprüfung der Frauengruppe „Tolle Ernas" ist zu entscheiden, wer der bessere Kanzler ist: Adenauer oder Kohl? Und dazu muß *frau* unbedingt das Credo der „Tollen Ernas", Absatz eins, kennen: „Nur ein toter Mann ist ein guter Mann". Wahnsinn, laß nach!

Esslingen: V. Hugos „Der König amüsiert sich"

# Buckel unter feinem Tuch

Wer hält wohl wen zum Narren? Rigoletto, wie Triboulet in Esslingen wieder heißt, wähnt sich am Anfang als der Gewitztere. Sorgsam verbirgt er in der Garderobe sein Innerstes. Rasch ist seine Identität ausgetauscht. Schnell die schmuddelige Aktentasche mit dem Teddy für die Tochter in der Kulisse versteckt. Der schwarze Smoking mit den Verdienstorden paßt doch wie angegossen. Und der böse Buckel, der wie ein Alp auf seiner Seele lastet: Unterm teuren Tuch kommt er kaum noch zur Geltung. Sich seiner Sache sicher, hält er sich an den anderen schadlos. Sein Spott verletzt tödlich. Sein kindisches Kichern macht einen frösteln.

Aber wer zuletzt lacht, das ist die feine Gesellschaft, der Rigoletto zunächst so übel mitspielt. Sie raubt sein Kostbarstes und stellt Gilda wie in einer Peepshow an den Pranger. Ein Opfer des Königs, seiner Lust wie seiner Lustlosigkeit gleichermaßen preisgegeben, stirbt sie für den Geliebten gleichwohl einen Liebestod. Verraten und verkauft, wird Rigoletto am Ende zur Marionette in der Hand seiner Peiniger.

„Der König amüsiert sich oder Die Geschichte von Rigoletto", so nennt die Württembergische Landesbühne nicht ganz authentisch ihren Rehabilitierungsversuch in Sachen Victor Hugo. Sie erinnert also an das fast vergessene Stück, das 1832, kaum daß es uraufgeführt war, auch schon wieder verboten wurde, unter der Maske Rigolettos (und in einer zensierten Form) seinen Weg über die Bühne machte. Sie tut es, indem sie den Titel zum Programm erhebt und Hugo zu seinem Recht verhilft, ohne von Verdi gänzlich zu lassen. In einer Klavierbearbeitung von Karl-Heinz Ott hat die Opernmusik auch in der Schauspielfassung eine Funktion: Sie überhöht, distanziert, ja ironisiert zugleich die Vorlage.



König und Geliebte: Andrea Hörnke-Trieß und Jan Schreiber FOTO: BERNDT BEISENHERZ

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Denn Regisseur Pavel Mikulastik gelingt es, das (eingestrichene) Drama als Gegenwarts-Groteske glaubhaft zu machen, ohne dabei auf den Unterhaltungswert der Musik verzichten zu müssen. Original und Bearbeitung gehen Hand in Hand. Während Rigoletto (gespenstisch: Peter Loth) seiner Tochter Gilda (Andrea Hörnke-Trieß) die Leviten liest, tut er das gleich in doppelter Gestalt: live und auf dem Bildschirm, auf dem gerade eine Opernverfilmung flakkert. Sobald sich die Gesellschaft anschickt, an Rigoletto Rache zu üben, macht sie es, indem sie tanzend und singend Korpsgeist praktiziert. Der Mörder kommt mit der Mundharmonika. Und König Franz I.: Von Jan Schreiber mit allen Attributen eines neuzeitlichen Playboys ausgestattet, schmettert er doch tatsächlich sein „Questa o quella" oder „La donna è mobile" in die Runde, bevor er zur Tat schreitet. Kein Wunder, wenn sich in Esslingen nicht nur der König amüsiert. Auch das Publikum hat an dieser Revue-Reminiszenz sein Gefallen.

HARTMUT REGITZ

Rock mit Distanz: Joan Armatrading auf Tournee

# Die Macht der Verstärker

Die Deutschen, so meinte Joan Armatrading vor dem Konzert, seien im Vergleich zu Italienern oder Holländern viel schwerfälliger. Es dauere lange, bis sie sich begeistern würden, doch dann täten sie's richtig. So kann es sein, besonders in Hamburg. Doch schon der Tag wußte mal wieder nicht, ob er sich für Dauerregen oder kreislauf- und stimmungsdrückendes Grau entscheiden sollte. Die Sonne allerdings ging auch im Konzert nicht auf. Und das lag weniger an denen, die ins höchstens halb gefüllte CCH gekommen waren, als an der farbigen Engländerin selbst.

Sie wolle weder belehren noch faszinieren, sondern einfach die Leute gut unterhalten, sagte sie. Zwanzig Minuten zu spät anfangen mag ja inzwischen der Standard moderner Höflichkeit sein. Doch ohne jedes Begrüßungswort mit zwei Titeln beginnen, die zwar die Macht der Verstärker, aber keineswegs die Ausdruckskraft von Joan Armatradings Stimme bewiesen, hieß, das eigene Vorhaben torpedieren.

Ein kurzer Anflug von verbaler Kommunikation wurde mit „Let's just play" in Richtung der Musiker gleich wieder abgebrochen. Und mit „This ist another song" erreichte Joan Armatrading danach schon den Gipfel ihrer Verbindlichkeiten. Routiniert spulte man zu sechst eine Folge bekannter Hits und neuer Titel des aktuellen Albums ab, die streckenweise nur zu erraten waren, weil der Klangbrei oft den Text zermatschte.

Dabei verzichteten die Sängerin und die gut eingespielte, aber kaum geforderte Band auf die Chance, den paar Dutzend Fans, die Richtung Bühne getanzt und gerannt waren, zu geben, was sie wollten. Tempi- und Rhythmuswechsel ließen die Unentwegten dann nur noch in der Halle stehen. Und daß sich die vier Feuerzeuge nicht einigen konnten, bei welchem balladesken Song sie nun flakkern sollten, war symptomatisch für die pausenlosen eineinhalb Stunden.

Dabei hätte sie ohne optische Ablenkungen allein mit ihrer in mittleren und tiefen Lagen einzigartigen Stimme gewinnen können, wie man von früheren Auftritten her weiß. An den wenigen Stellen, an denen sie und nicht die Phonstärke dominierte, war zu ahnen, warum Joan Armatrading seit Jahren ein Star ist.

Als dann nach fast einer Stunde das Auditorium ein Beifallstrampeln versuchte, wurde der Ball nicht aufgenommen, sondern dem Gitarristen zugespielt. Er stellte die Musiker namentlich vor, was eine nette Geste, zugleich aber noch ein Zeichen für Joan Armatradings Neigung zur Distanz war. Mangelndes Charisma läßt sich gewiß nicht durch Verbindlichkeiten ersetzen, doch beim gutgelaunten Publikum hätte das an diesem sehr rockorientierten Abend schon genügt. Joan Armatrading aber unterließ vieles, um die Augen der Fans leuchten zu lassen. Dafür wird sie sich nun in ihrer Meinung von den schwerfälligen Germanen um so bestätigter fühlen.

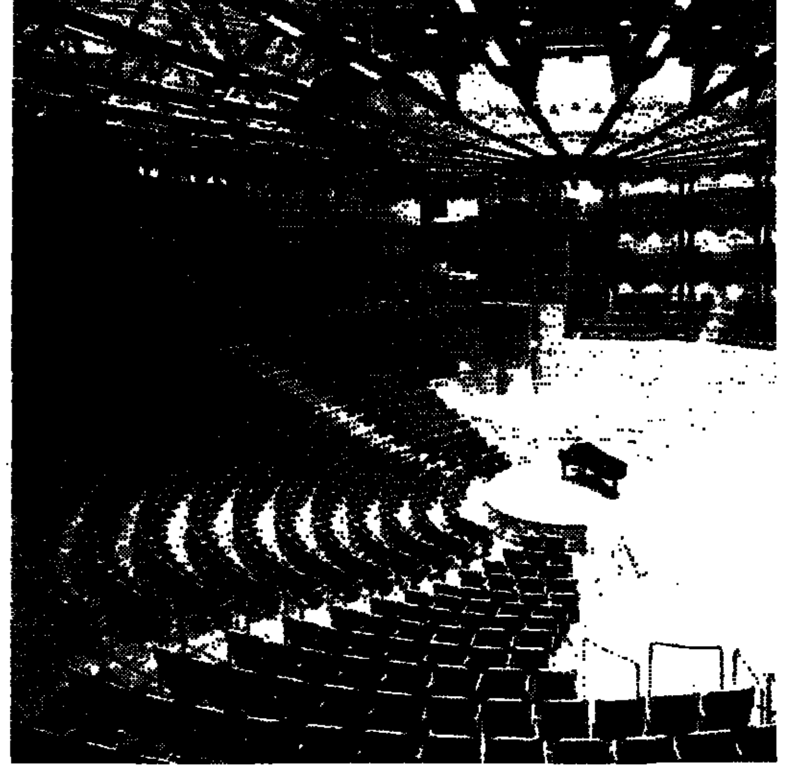
MICHAEL HENKELS

Knapp am akustischen Desaster vorbei: Die Kölner Philharmonie wurde mit Mahlers Achter eröffnet

# Den Bässen eine halbe Oktave gestohlen

Was für ein Pech! Sie klingt nicht, oder doch wenigstens längst nicht so gut, wie die Auguren geweissagt hatten. Die neue Kölner Philharmonie, die am Sonntag mit einem morgendlichen Festakt und einem abendlichen Konzert eröffnet wurde, hat ein paar ziemlich schwerwiegende akustische Mängel.

Über das bauliche Wagnis dieses Saals, der sich unter dem Neubau des Wallraf-Richartz-Museums und des Museums Ludwig tief in die Erde frißt, gar mehrere Meter unter den vom vorbeifließenden Rhein bestimmten Grundwasserspiegel, ist an dieser Stelle schon berichtet worden (WELT v. 26. 8.), ebenso über die ästhetisch durchaus geglückte Ausführung des Saals in seinem Innern.



Akustische Tücken im architektonisch geglückten Saal: Blick in die neue Kölner Philharmonie mit ihren 2000 Plätzen FOTO: GAERTNER

Nach der Nagelprobe des Eröffnungstages indessen, der mit Bernd Alois Zimmermanns „Fototopsis" und Schumanns „Rheinischer Sinfonie" beim Festakt, Gustav Mahlers 8. Sinfonie, der „Sinfonie der Tausend", als eigentlichem Eröffnungskonzert ein veritables Spektrum des großen sinfonischen Repertoires bot, steht zweierlei fest. Zum einen verschluckt der Saal bei den Bässen etwa die halbe Kontra-Oktave. Damit fehlt der Musik das Fundament oder auch der Bauch. Das geradezu körperlich spürbare Gefühl, das Bässe oder Pauken dem Hörer vermitteln können, stellt sich im Kölner Saal partout nicht ein.

Der vielleicht noch größere Mangel: Die Lautstärke wächst nicht; jenseits von einem maßvollen Forte gewinnt der Klang nicht mehr an Größe. Es hat fast den Anschein, als würden die großen Klanggebäude einfach in sich zusammenfallen, denn je mehr sich in Mahlers „Sinfonie der Tausend" an Sängern und Instrumenten addiert, desto flacher wird das Spektrum des ansonsten wohlgemischten Klangs. Ein massiger, tuffer Pegel erfüllt das schöne Haus.

Ganz anders, wenn bei Mahler etwa die Solo-Violine anhebt. Die wird leicht emporgetragen aus dem tiefen Loch, in dem das Orchester sitzt. Für Kammermusik und kleine Besetzungen ist die Kölner Philharmonie also nach wie vor ein Versprechen, und tatsächlich wird sie auch dafür den riesigen Rahmen abgeben. Anders als etwa Münchens Gasteig oder die Alte Oper in Frankfurt hat Köln auf einen eigenen Kammermusiksaal verzichtet, obgleich es den ebensowenig gibt, wie es bisher einen tauglichen Konzertsaal gab.

Es war also eine geradezu fatale Wahl, ausgerechnet mit dem üppigsten Sinfonie-Werk der Musikgeschichte, eben Mahlers Achter, zu beginnen, für die man die vier großen Laienchöre der singfreudigen Rheinmetropole vereinigt hatte, dazu ein erlesenes Solisten-Ensemble mit Elizabeth Connell, Pamela Coburn, Krisztina Laki, Waltraud Meier, Anne Gjevang, William Johns, Bernd Weikl und Kurt Rydl. Der Dirigent Marek Janowski konnte da nicht mehr zeigen, als daß er Massen zu ordnen und zu steuern weiß.

Die Akustiker müssen nun wissen, was in der Philharmonie an allfälligen Korrekturen möglich ist. Bis jetzt hatte man in Köln, eine Seltenheit bei der Konzertsaal-Architektur, ausschließlich auf den Direkt-Klang gesetzt. Das heißt, die von Instrumenten oder Sängern auf dem Podium erzeugten Schallwellen sollten ungebrochen und nicht reflektiert zum Ohr des Hörers getragen werden. Dieser Klang ist, gerade bei solistischem Musizieren, von großem Reiz und könnte vielleicht einmal das eigene akustische Profil der Kölner Philharmonie ausmachen. Eben das war der Wunschtraum des Architekten-Duos Peter Busmann und Godfried Haberer, die sich sinnigerweise über gemeinsames Musizieren kennengelernt hatten. Peter Busmann sah man dann sogar auch im Chor mitsingen.

Die aktiven Musiker sind ohnehin begeistert: Sie können sich selbst und ihre Mitspieler hören, auch das bedauerlicherweise nur eine rühmliche Ausnahme auf einem Konzertpodium. Der Dirigent steht an einem Idealpunkt, den auch hoch droben, über der Erde, der israelische Bildhauer Dani Karavan bei seiner Gestaltung des neuentstandenen Heinrich-Böll-Platzes markiert hat.

Marek Janowski hat mit diesen beiden Eröffnungskonzerten sein Amt als neuer Kölner Gürzenichkapellmeister angetreten, ein Synonym für die Position eines städtischen GMD, dessen Bezeichnung nun, nach dem Verlassen des Gürzenich als Konzertsaal, ein bißchen altfränkisch wirkt.

An dessen Tradition wird man irgendwann die neue Philharmonie messen müssen. Der Gürzenich hat immerhin die Uraufführungen von Brahms' Doppelkonzert, Strauss' „Till Eulenspiegel" und Mahlers 5. Sinfonie erlebt. Auf die zeitgenössische Musik von heute ist die Philharmonie wahrscheinlich schwer abzustimmen: Sie läßt nichts anderes zu als den Typus der Podiumskonzerte. Für Wandelkonzerte oder Raumklanglabors à la Stockhausen also wenig Vorsorge.

Chefs des Gürzenich-Orchesters waren in diesem Jahrhundert Dirigenten wie Otto Klemperer, Hermann Abendroth und Günter Wand. Es ist also kein leichtes Erbe, das Marek Janowski in Köln antritt, um so mehr, als das Orchester derzeit doch einige Mühe hat, mit den führenden Ensembles in Deutschland Schritt zu halten. Dem Gürzenich-Orchester kann die Herausforderung durch die neue Philharmonie nur gut tun.

Das erste Gastkonzert wird übrigens vom Orchestre de Paris unter Daniel Barenboim bestritten, dem aus London das BBC-Orchester und das Royal Philharmonic folgen. Köln blickt in Sachen Kultur eben noch immer, wie seit dem Mittelalter, strikt nach Westen. Ein Schelm, wer Schlechtes dabei denkt: Die Berliner philharmonischen Preußen waren auch eingeladen, aber Herbert von Karajan zog ein Gastspiel in Bonn beim Beethovenfest vor. Die Akustik des Kölner Neubaus war ihm nicht geheuer. Der alte Fuchs – hat er doch wieder recht behalten.

Bei der morgendlichen Begrüßung hatte der Oberstadtdirektor Kurt Rossa die Rolle Kölns als der Metropole eines kulturell höchst aktiven rheinisch-westfälischen Städteverbunds herausgekehrt. Er pries eine Stadt und eine Gegend der kulturellen Rekorde und Superlative nach dem Motto: Wollt ihr das totale Köln? Das sollte sich am Abend, nach dem Mahler-Konzert, mit einer großen, von Walter Haupt entwickelten Klangwolke plus Feuerwerk über dem Rhein gebührend in Szene setzen. Allein, im pünktlich niedergehenden Regen wurde manches Pulver naß. Die rheinische Realität hatte die euphorisch gewordenen Kölner wieder.

REINHARD BEUTH

Die großen Straßen der Welt (Schluß): Düsseldorfs Königsallee, der kürzeste aller Prachtboulevards

# Echte Yuppies treffen sich jetzt im Café Bittner

Zum dritten Mal passiert das weiße Porsche-Kabrio betont langsam die runden Tische des Straßencafés, an denen sich jeweils mehr Menschen drängeln, als in einen mittelgroßen Lift hineinpassen. Will der Fahrer mit seinem Gefährt irgendwelchen Schönheiten imponieren, oder sucht er nur einen Parkplatz? Wenn er mich fragen würde – ich könnte ihm sagen, daß das um diese Zeit (15 Uhr, himmelblausonnengelbes Bilderbuchwetter) ein hoffnungsloses Unterfangen ist.

Natürlich – manchmal hat man auch Glück. Ich erinnere mich noch genau an jenen Montag im November 1978, als ich gegen sieben Uhr dreißig morgens hier einen Parkplatz bekam. Davon erzähle ich heute noch gerne. Problemlos kann man auf den 812 Metern, die dieser Boulevard mißt, sein Fahrzeug ohnehin nur zwischen zwei Uhr nachts und sieben Uhr morgens abstellen. Doch wer läuft um diese Zeit schon über die Königsallee? Da würde man ja überhaupt nicht gesehen werden.

Sehen und gesehen werden heißt das Lieblingsspiel der Flaneure, die den knappen Kilometer zwischen dem Schalenbrunnen im Norden und dem Gärtchen mit der Ballwerferin im Süden entlangschlendern. Aber auch da wird noch gewichtet. Nicht auf jedem Stück dieser von der Düsseldorf-Werbung gern als „Prachtboulevard" apostrophierten Straße kann man bei diesem Spiel Punkte sammeln.

Der erste Teil beispielsweise, zwischen Elberfelder Straße und der Normaluhr gelegen (einst der beliebteste Treffpunkt für Düsseldorfer Liebespaare), Corneliusplatz genannt, vermag bestenfalls einzustimmen auf den Luxus, der sich jenseits der Theodor-Körner-Straße zu entwickeln beginnt und zwischen König- und Grünstraße zu voller Pracht entfaltet. Und im Kö-Gärtchen, das im Süden der Allee einen beschaulichen Schlußpunkt setzt, verweilen alte Damen, taubenfütternd, junge Mütter, kinderverwahrend, und dann und wann mal ein Student, bücherlesend. Kein Ort also für die schicken, smarten Yuppies, die sich lieber im Café Bittner umtun, mitten auf der Kö.

Düsseldorfs Renommierstraße hat eine Sonnen- und eine Schattenseite, und das hat nicht bloß etwas mit der Tageszeit zu tun. Von Norden her betrachtet, ist die Schokoladenseite links. Wer „auf die Kö" will, der meint diesen Teil, wo die meisten der rund 150 Einzelhandelsgeschäfte beheimatet sind und der Quadratmeter zum Kaufpreis von 15 000 Mark angeboten wird. Geographisch hat diese Seite überdies den Vorteil, daß nachmittags, wenn die Kauflust so richtig wach geworden ist, hier die Sonne scheint.

Pecunia non olet – Gott sei Dank, sonst müßte man die Kö beidseitig meiden. Denn gegenüber den Läden, in denen die Börsen geleert und die Konten erleichtert werden, ragen streng und kühl die Fassaden der Banken. Allerdings ist die Geldfront hier und da schon durch Ladenpassagen und Lokale aufgelockert. Wer sich als Geschäftsmann auf dieser Hälfte einkaufen will, kriegt den Quadratmeter um 5000 Mark billiger.

Es gab Zeiten, da war die Westseite namentlich autark. Bis 1905 hieß sie „Canalstraße", und hinter diesem schlichten Namen verbarg sich eine vornehme Wohnadresse. Im Lauf der Jahrzehnte verdrängten die Banker die Privatleute – eine Mini-Wallstreet entstand. Vom Standpunkt des Käufers aus gesehen, hat sich die Kö auf diese Weise zu einer praktischen Straße entwickelt, denn für pekuniären Nachschub ist jederzeit gesorgt: Die drei Brücken, die den von der Düssel gespeisten Kö-Graben überspannen, führen auf dem schnellsten Weg an die Kassenschalter.

Was die Architekten der Kö nach dem Krieg angetan haben, macht einem Boulevard kaum viel Ehre. Flachdächer wechseln seitdem mit Spitzdächern, und in der Totalen präsentiert sich ein buntes Stilgemisch. Glücklicherweise wird diese Totale vom Blätterwerk der Bäume zumindest halbjährlich verdeckt. Zur Weihnachtszeit schmücken dann hunderte von Birnen die kahlen Äste – für Ablenkung ist also ständig gesorgt. Und überhaupt: Welcher Spaziergänger schaut schon nach oben, wenn Schaufenster zum Hinein- und Passanten zum Hinterherblicken locken?

Im vergangenen August wurde die Allee runderneuert, nachdem sie jahrelang eine weltbekannte Baustelle gewesen war. Da Düsseldorf, das sich auch gerne „Klein-Paris" nennen läßt (Napoleon I. persönlich hat den Düsseldorfern anläßlich seines Besuches im Jahre 1811 diese Flausen in den Kopf gesetzt), nun auch seine Métro haben wollte, wurde der Stadtgraben kurzerhand leergepumpt und mit Baubuden für die U-Bahn vollgepackt. Als die dann endlich verschwanden und die Schwäne wieder ihre angestammten Plätze einnehmen konnten, war das für die Düsseldorfer ein Grund zum Feiern, zumal sich „ihre" Straße in neuem Glanz präsentierte. Kunstvoll gefertigte Kandelaber-Laternen erhellen nun den Gehweg, und von stilvollen Telefonhäuschen aus, eigens für die Kö angefertigt, kann man mit dem Rest der Welt plaudern.

Die Königsallee ist, wie jeder Boulevard, der auf sich hält, natürlich auch besungen worden. „Auf der Kö, auf der Kö, auf der Königsallee" – darauf muß man erst einmal kommen! Das Lied hat es meines Wissens nur zu bescheidenem lokalen Ruhm gebracht und wurde überwiegend in Karnevalssitzungen gesungen. So hat es dem Ansehen der Straße auch nicht geschadet, die erst nach einer unrühmlichen Episode auf ihren heutigen Namen getauft wurde.

Einst hieß die 1804 von dem Münchner Hofbaumeister Huschberger gebaute und vom Gartenbaumeister Maximilian Weyhe gestaltete Straße Kastanienallee. Über die ritt 1848 der nachmalige Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV., dem die Düsseldorfer, eher franko- als berlinophil, nicht wohlgesonnen waren. Kurzerhand bewarfen sie Seine Hoheit mit Pferdeäpfeln. Zum Ausgleich für die Schmach nannte man die Straße nicht „Friedrich-Wilhelm-", sondern schlitzohrig-neutral „Königsallee". Damit verpflichtete man sich zu nichts, und alle waren's zufrieden.

Es gab Zeiten, da war die Kö eine Stätte des Vergnügens. Variété, Tanzlokale und Restaurants lockten zu Anfang dieses Jahrhunderts allabendlich in die Innenstadt. In den fünfziger und sechziger Jahren arbeiteten auf der Westseite gar die Damen des handtäschchenschwingenden Gewerbes. Davon kann heute keine Rede mehr sein. Die Damen sind in den Ruhestand bzw. in andere Stadtteile versetzt worden, und das gastronomische Nachtleben spielt sich jetzt vorwiegend in der Altstadt oder – für Eingeweihte – auf der anderen Rheinseite, in Ober- und Niederkassel ab. Die Kö ist heute ein Tageslicht-Boulevard – nach Geschäftsschluß leert sich das Pflaster rapide, und die Schaufenster leuchten ziemlich einsam vor sich hin.

Nein, ein Nachtschattengewächs ist diese Allee wahrhaftig nicht. Aber vielleicht ist gerade das ein Grund für die Beliebtheit dieses kleinsten aller großen Boulevards.

RAINER NOLDEN

Hier trafen sich einst die Liebespaare: „Normaluhr" am Corneliusplatz, dem Nordende der Königsallee FOTO: ULRICH BAATZ

## JOURNAL

### Dem manieristischen Denken auf der Spur

sbm, Wien

„Zauber der Medusa – europäische Manierismen" heißt die Ausstellung der Wiener Festwochen 1987, die vom 2. April bis 12. Juli im Künstlerhaus zu sehen ist. Der Direktor der Hamburger Kunsthalle, Werner Hofmann, erstellte das Konzept zu einer Schau, die die Spuren manieristischen Denkens durch die Jahrhunderte von der Renaissance bis zur „Postmoderne" verfolgt. Leihgaben von mehr als 45 Museen werden durch Werke aus den Beständen österreichischer Sammlungen angereichert. Der Bogen spannt sich von Arcimboldo, Caron, Il Parmigianino bis zu Beardsley, Dali und Magritte, solcherart den Manierismus als Schwellenphänomen zum „modernen" Denken aufzeigend.

### Eisenstein-Film in der Originalfassung

dpa, Köln

Zum ersten Mal seit 60 Jahren hat das Publikum in der Kölner Philharmonie am nächsten Sonntag wieder die Möglichkeit, den Stummfilmklassiker „Panzerkreuzer Potemkin" in der Urfassung zu sehen. Die 75minütige neugeschaffene deutsche Rekonstruktion des Meisterwerks von Sergej Eisenstein, das die Montagekunst in das damals noch junge Medium Film einführte, geht zurück auf die Initiative des Bonner Film- und Musikhistorikers Lothar Prox. Als die eigentliche Sensation muß die Live-Aufführung der Originalmusik des Berliner Kapellmeisters Edmund Meisel eingestuft werden.

### Das „Jahrhundert der Bilderstürmer"

AFP, Amsterdam

In sechs niederländischen Museen werden in dieser Woche Ausstellungen über die Kunst aus dem „Jahrhundert der Bilderstürmer" eröffnet. Gezeigt werden Werke aus dem 16. Jahrhundert, die der Zerstörung durch Gegner des Katholizismus entgangen sind. Die in fünfjähriger Vorbereitung entstandenen Ausstellungen finden in Amsterdam, Haarlem, Utrecht, Rotterdam und im Haag statt. Das Frans Hals-Museum in Haarlem etwa zeigt Stiche von Maerten van Heemskerk, das Catharijneconvent in Utrecht beleuchtet anhand seiner Exponate die Verbindung religiöser und politischer Ereignisse jener Epoche. Die bedeutendste Ausstellung präsentiert mit fast 400 Exponaten das Rijksmuseum im Haag.

### Gesucht werden Briefe von Elisabeth Langgässer

DW. Düsseldorf

Die Briefe Elisabeth Langgässers sollen neu ediert werden. Für dieses von der DFG geförderte Projekt sucht die Enkelin und Herausgeberin Elisabeth Hoffman (Werstener Dorfstr. 92, 4000 Düsseldorf) noch vorhandene Original-Briefe der Autorin oder entsprechende Hinweise.

### Musikpreise an Bernstein und Rihm

dpa, München/Hamburg

Der amerikanische Komponist und Dirigent Leonard Bernstein erhält den mit 150 000 Mark dotierten Ernst-von-Siemens-Musikpreis 1987. Die Auszeichnung wird für herausragende Leistungen im internationalen Musikleben der Gegenwart verliehen. In Hamburg erhielt der Komponist Wolfgang Rihm für seine Vertonung von Heiner Müllers „Hamlet-Maschine" den mit 75 000 Mark dotierten Liebermann-Preis. Eine „zeichenhafte Mutprobe" hat der Preisträger die Vergabe genannt, denn die Preisstifter hätten sich bereitgefunden, Unvertrautes oder gar Umstrittenes anzuerkennen, und sich damit gegen die einseitige Vorherrschaft der „kulturellen Abspeisungsanstalten" gewandt, in denen nur das künstlerische Schaffen der Vergangenheit zum Zuge komme.

## DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Auf dem Weg zur Universität, die er auf Geheiß eines Onkels besuchen soll, gerät Gil Blas unter die Straßenräuber. Vergessen sind damit die akademischen Weihen; statt dessen wartet auf den Siebzehnjährigen ein Leben voller Abenteuer, Diebereien, Streichen und Liebesaffären. Für Hermann Hesse war es der klassische Schelmenroman; Schopenhauer empfahl seine Lektüre; Beaumarchais, Smollet und Balzac haben sich von ihm beeinflussen lassen. Zwischen 1715 und 1735 erschienen die vier Bände des „Gil Blas", in dem der Autor zeitgenössische französische Realität mit spanischem Lokalkolorit des frühen 17. Jahrhunderts verquickt. Sorgfältige Kürzungen der vorliegenden Ausgabe sollen den Roman auch für den modernen Leser noch zu einem prallen Lesevergnügen machen. no

Alain René Le Sage. „Die Geschichte des Gil Blas von Santillana". Insel, 517 Seiten, 18 Mark.

# Die Familie als Antwort auf der Suche nach Sinn

## Aufbruchstimmung bei internationalem Kongreß in Paris

JÜRGEN LIMINSKI, Paris

Das hatte Aufbruch-Charakter: Als das junge Elternpaar, er Arzt, sie Hausfrau, als Zwischenbilanz auf dem Weg ins dritte Jahrtausend die Selbstbestimmung der Familie, die Selbstbestimmung der Fruchtbarkeit und das Ende der sterilen Verhütungsmentalität forderte, sprach es den rund 5000 Zuhörern im Pariser Kongreßpalast aus dem Herzen. Jung, vital, lebensbejahend, zielbewußt: So wollten die überwiegend selber jungen Teilnehmer des 9. Internationalen Familienkongresses in Paris ihre Vorstellungen personifiziert sehen. Und jenseits von Ideologien, denn wie Professor Carl Anderson, einer der zwei Dutzend Gelehrten und Referenten sagte, die „Familie ist die Grundlage unserer pluralistischen und freien politischen Institutionen, sie steht im Zentrum einer freien Gesellschaft".

Politisch unterstützt wurde das beachtliche Ereignis – einen Familienkongreß von ähnlichen Dimensionen hat Europa noch nicht gesehen – eher indirekt. Die Frau des französischen Premierministers Chirac hatte den Ehrenvorsitz inne und empfing mehrere hundert Kongreßgäste im Pariser Rathaus. Auch ein paar Freunde und Berater des amerikanischen Präsidenten Reagan waren auszumachen. Sie nahmen als Privatleute teil, werden aber gewiß Bericht erstatten, so wie die Beobachter der kommunistischen Partei und Presse, die schon immer einen Riecher für populäre Trends in Frankreich und Europa hatten. Eine Volksbewegung, gepaart mit wissenschaftlicher Kompetenz, ist für Politiker allemal interessant.

### Der Mythos von der Überbevölkerung

Der erste Tag war ideologischen und philosophischen Aufräumungsarbeiten gewidmet. Professor Pierre Chaunu nahm sich unter anderem den Mythos der Überbevölkerung vor. Während manche Demographen im Jahre 1964 zum Beispiel einen Zuwachs der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2000 auf etwa sieben Milliarden Menschen voraussagten, wisse man heute, daß es nicht mehr als 5,7 Milliarden sein werden „und auf jeden Fall zu wenig in Europa". Der Grund: die kontrazeptive Revolution, die die Mentalitäten geändert habe. Oder, wie der Demographie-Forscher Pierre-Patrick Kaltenbach sagte: Der Umschwung der Mentalitäten von der Fixierung auf das „Ich-und-nach-mir-die-Sintflut-Denken" hin zu einer verantwortlicheren Denkweise sei in Gang gekommen, werde aber noch ein paar Jahrzehnte dauern.

Solange wollen die 5000 Teilnehmer, die aus 19 Ländern nach Paris gekommen waren, offenbar nicht warten. Sie wollen Sinn, und zwar jetzt. Der bekannte Wiener Psychologe Professor Viktor Frankl legte die Wurzeln der modernen Trilogie „Depression – Aggression – Abhängigkeit" frei. Die Frustration des Menschen auf seiner Suche nach Sinn und Glück könne vor allem in der Familie überwunden werden. Freilich, so Frankl, gebe es auch Glück und Sinn außerhalb von Ehe und Familie. Die praktische Seite der Sinn- und Selbstfindung sowie der persönlichen Erfüllung in Ehe und Familie gehörte dem zweiten Tag.

### Leben in Harmonie mit der Natur

Mehrere Wissenschaftler glauben, in der Billings-Methode dafür ein approbates Mittel gefunden zu haben. Es handelt sich um eine natürliche Methode der Geburtenregelung, die auch vom Vatikan bejaht und gefördert wird und den natürlichen Gegebenheiten der Frau und des Paares Rechnung trägt. Ihre konsequente Anwendung setzt das gemeinsame Gespräch der Ehepartner voraus und führt dank einer kurzen Periode der Abstinenz zu einer „Maîtrise" seiner selbst, die, wie Professor Jean-Marie Meyer ausführte, „notwendig ist, um der Zärtlichkeit vollen Ausdruck zu verleihen".

Frau Kongolo Mulumba, Professor für Soziologie an der Universität in Kinshasa (Zaire) gab dieser Methode wegen ihrer Natürlichkeit ebenso den Vorzug vor „gefährlichen Mitteln wie der Pille" wie Frau Mercedes Wilson (Guatemala), die über Erfahrungen mit dieser Methode in China berichtete, oder wie Catherine Bernard, die mit einigem Erfolg diese Methode in Indien lehrt. Ihr Credo: „Der Mensch darf weder außerhalb der Natur noch gegen sie leben, sondern nur in Harmonie mit ihr." Mutter Theresa krönte die Berichte und Aussagen mit ihrer „Botschaft der Liebe und des Glaubens: Die Frucht des Gebetes ist der Glaube, die Frucht des Glaubens die Liebe, die Liebe aber führt zum Dienst an den anderen, mithin zum Frieden."

Weniger philosophisch, aber dafür handfest und wissenschaftlich untermauert trug die deutsche Psychotherapeutin und Publizistin Christa Meves ihr Plädoyer vor: „Die Hausfrau und Mutter ist ein unersetzlicher Motor der Gesellschaft." Der Applaus der 5000 und ein anschließendes Treffen der deutschsprachigen Teilnehmer legt nahe, daß ein ähnlicher Kongreß wohl bald zwischen Hamburg und Wien stattfinden wird.



In der Bundesrepublik Deutschland gibt es etwa vier Millionen Hunde. Jährlich werden 31 000 Menschen ernsthaft gebissen, ein Drittel davon sind Kinder. Der Berliner Journalist Detlef Bieseke hat Horrormeldungen der letzten 20 Jahre über Hundeangriffe gesammelt und in einem Buch zusammengefaßt, das sicher einen Sturm der Entrüstung bei vielen Hundefreunden provozieren wird. FOTOS: DPA

# Wenn der Hund wieder zur Bestie wird

HELMUT SCHMIDT, Berlin

Mit einer scharfen Attacke gegen die „verlogene Art der Hundehaltung" ist der Berliner Journalist Detlef Bieseke zum Stadtgespräch an der Spree geworden. In seinem Buch „Wenn Adenauer Hunde geschlachtet hätte – Die Selbstverwirklichung des Hundes durch Beißen" will er mit einer drastischen „Chronologie des Schreckens" beweisen, daß Hunde gefährlicher als Schußwaffen sein können.

„Ingrimmiger Zorn trifft den vermeintlichen Hundegegner von allen Gruppen, vor allem auch in allen Parteien", schreibt der Autor. Wer sich gar als Hundefeind zu erkennen gäbe, wäre „weg vom politischen Fenster". Dies ist auch der Hintergrund des verblüffenden Buchtitels. Adenauer, der sich eine Wahlniederlage nicht vorstellen konnte, sagte einmal: „Die Mehrheit könnte ich nur verlieren, wenn eine Zeitung schriebe, daß ich Hunde schlachte."

Zurück zur „Selbstverwirklichung des Hundes durch Beißen", denn das ist des Pudels Kern. Man staunt über die Courage des Autors, auch des Verlegers, der im Ararat-Verlag mitten in Kreuzberg dieses wohl erste „Anti-Hundebuch" herausbrachte. Und das in einer Stadt, die jetzt eigentlich statt des Bären einen Hund im Stadtwappen führen müßte: Auf 20 Einwohner kommt ein Hund.

Mut gehört auch dazu, dieses Buch zu lesen. Hunde zeigen nicht nur ihre Zähne, sie benutzen sie und dies erfährt der Leser auf vielen der 151 Seiten. Bieseke, der seit einigen Jahrzehnten Schreckensmeldungen über Zwischenfälle mit Hunden sammelt, nennt für seine Beispiele akkurat die Quellen.

Als besonders traurigen Beweis führt der Autor den Tod eines dreijährigen Jungen durch Doggenbisse an, der vor elf Jahren in Berlin heftige Debatten und eine Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus ausgelöst hatte. Die Familie des Kindes lebte in einem Villenvorort, wo auch heute noch freilaufende große Hunde häufig anzutreffen sind.

### Der Hund bleibt eine „gehetzte Kreatur"

In den damaligen Zeitungsmeldungen hieß es, die Dogge sei ein vertrauter Hund im Leben der Nachbarskinder gewesen, mit dem sie oft gespielt hätten. Am Unglückstag führte der 16jährige Nachbarsohn den Hund spazieren. Als der Dreijährige die Knie des großen Jungen mit den Armen umfaßte, mißdeutete der Doggenrüde diese Geste als Angriff und verbiß sich im Nacken des Kindes. Die Befehle des 16jährigen ignorierte der Hund. Er fühlte sich, so ein Wissenschaftler, als Beschützer des Jugendlichen.

„Der Hund soll hier nicht angeklagt werden. In diesem Buch wird lediglich aufgezeigt, hingeblättert, mehr nicht, das jedoch ernsthaft und beweiskräftig", heißt es im einleitenden Kapitel. Journalistische Übertreibungen sind hier unnötig und wohl auch gar nicht möglich. Seine Katastrophenberichte über tödliche Angriffe von Hunden vieler Rassen und Größe werden natürlich von „Experten" erklärt und auch meistens entschuldigt.

Dabei werde aber immer wieder am Kern der Sache vorbeigegangen: der Position des Hundes in der menschlichen Gesellschaft. Die „inkonsequente Erziehung" des Hundes beginne mit der inkonsequenten Hundehaltung, betonte Bieseke. Der Hund möge für den Menschen Tröster, Freund, Weggenosse oder sogar Retter sein – dennoch bliebe er Hund, eine „gehetzte Kreatur".

Trotz der geballten Zurschaustellung von Hundeangriffen auf zumeist wehrlose Menschen ist dieses Buch in der Tat keine Anklage, sondern vielmehr ein Aufruf zur Selbstbesinnung. Der Hund sei nicht Ursache der dargestellten Schändlichkeiten, sondern durch andauernde Vergewaltigung seiner „Natur" in seine jetzige Situation gezwungen worden. So wettert Bieseke gegen die „monströse Verlogenheit" vieler Tierfreunde, die aus völlig irrationalen Gründen aus einem Instinktwesen einen „Dreiviertelmenschen" zu machen versuchten. Und dann kommt es hart: „Wir wollen den Hund nicht auf den Sockel heben. Mit den Vorderpfoten hat er das Podest schon erreicht. Geben wir ihm ruhig einen Stoß; denn unten fühlt er sich wohler."

### Maßnahmen zum Schutz von Menschen und Tier

Aus den in seinem Buch ausführlich dargestellten Fällen ergibt sich für den Autor zwingend die Forderung nach einer Art Anti-Bestien-Gesetz, das die Waffe Hund entschärfen hilft. Am liebsten möchte Bieseke die Großen ihrer Art nur noch als Gebrauchs- und Nutzhunde zulassen. Wenigstens aber sollte das Halten großer Hunde in Großstadtwohnungen, was auch von Verhaltensforschern als Tierquälerei gesehen wird, verboten werden. Am einfachsten durchsetzbar und für mögliche künftige Opfer der schnellste und wirksamste Schutz scheint dem Autor die Forderung nach einem generellen Leinen- und Maulkorbzwang für größere Hunde.

Daß viele Millionen Hundefreunde auf diesen „Hunde-Krimi" mit Empörung reagieren werden, ist vorauszusehen. Sie werden Bieseke Sensationsmache und eine unverantwortliche Aneinanderreihung von Halbwahrheiten vorwerfen. Ein Anlaß zum Nachdenken ist dieses streitbare Buch allemal.

# Deutsche und japanische Kinder malten Märchen

dpa, Köln

Japanische Eltern und Lehrer wurden nachdenklich, als sie die Malarbeiten deutscher Jugendlicher mit denen ihrer eigenen Kinder verglichen: „Ist unsere Jugend weniger kritik- und meinungsfreudig?" fragten sich Erzieher im Land der aufgehenden Sonne und blickten ratlos auf Hänsel und Gretel im Schilderwald oder Schneewittchen als Heroinopfer – Phantasieprodukte deutscher Schulkinder. Ausgerechnet Grimms Märchen, die auch in Japan seit langem zum festen Bestand der Kindheit gehören, hatten die Diskussion ausgelöst. Das deutsche Goethe-Institut in Osaka rief zum 200. Geburtstag der Brüder Jacob und Wilhelm Grimm zu einem deutsch-japanischen Kunstwettbewerb zum Thema „Grimms Märchen heute" auf, und 15 000 deutsche und japanische Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis 18 Jahren schickten Arbeiten ein. Die Arbeiten der japanischen Kinder seien „äußerlich schön, aber es fehlt ihnen die Denkkraft, die die deutschen Kinder besitzen", urteilte wie viele andere ein 33 Jahre alter japanischer Lehrer über die Malarbeiten seiner jungen Landsleute. Die deutschen Kinder, vor allem die 14- bis 18jährigen, zeigten mehr eigene Meinung und Originalität.

Eine Deutschlandtournee einer Auswahl dieser Arbeiten, die bis zum Juli mit verblüffendem Echo in Japan gezeigt wurde, hat jetzt in Köln begonnen, wo bis zum 23. September rund 450 Exponate im Japanischen Kulturinstitut und im Museum für Ostasiatische Kunst gezeigt werden. Weitere Stationen auf der bis Mai 1988 dauernden Tournee sind Bad Säckingen, Augsburg, Stuttgart, Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Steinau, Rothenburg o. T., Passau, Bremen, Berlin, Mainz, Landau, München und Hanau.

### Morgen Probealarm

dpa, Bonn

Morgen vormittag werden im gesamten Bundesgebiet wieder die Sirenen heulen. Bei dem Probebetrieb sollen die technischen Anlagen überprüft werden. Der erste einminütige Dauerton um 10.05 Uhr bedeutet im Ernstfall Entwarnung. Um 10.09 Uhr folgt ein zweimal unterbrochener Heulton von einer Minute Dauer, der im Ernstfall vor radioaktiven, biologischen oder chemischen Gefahren warnt. Mit dem einminütigen Entwarnungston um 10.13 Uhr wird der halbjährliche Probealarm beendet. Regional kann zwischen 10.15 und 10.20 Uhr dieser Ton noch einmal wiederholt werden.

### Fahrradklingel gestohlen

dpa, Peking

Die chinesische Polizei hat einen Dorfältesten unter der Beschuldigung festgenommen, 72 Bauern gefangengehalten zu haben, die er verdächtigte, einen Teil seiner Fahrradklingel gestohlen zu haben. 17 der Gefangenen seien gefoltert worden, weitere 28 hätten Geldstrafen bezahlen müssen.

### Deutsche machten Ärger

dpa, Bangkok

Polizeibeamte sind auf einer thailändischen Ferieninsel gegen aufgebrachte Dorfbewohner vorgegangen, um gewalttätige Übergriffe gegen etwa 170 westdeutsche Touristen zu verhindern, die Strandorgien feierten und textilfrei herumliefen. Wie der Polizeichef der 475 Kilometer südlich von Bangkok liegenden Insel Ko Samui, Chinda Onwong, mitteilte, drohten einige Einwohner mit Gewalt, falls die Feriengäste „ihr unzulässiges Betragen" nicht einstellten. Der Streit war Thema auf den Titelseiten mehrerer Tageszeitungen.

### Unhöfliche Ärzte

dpa, Moskau

Scharfe Kritik an den mangelhaften Zuständen im sowjetischen Gesundheitswesen hat die Parteizeitung „Prawda" geübt. Allein 1985 habe es 66 000 Beschwerdebriefe von Patienten gegeben, in denen von überfüllten Krankenhäusern, mangelhaft ausgebildeten und unhöflichen Ärzten und der Erpressung von Schmiergeldern die Rede gewesen sei, schrieb gestern die „Prawda", die das Gesundheitsministerium für diese Zustände verantwortlich machte.

### Kampagne gegen Rauchen

dpa, Kopenhagen

Die 32 europäischen Mitgliedsländer der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wollen eine gemeinsame Kampagne gegen das Rauchen starten. Die Einzelheiten der Kampagne gehören zu den Themen der WHO-Jahreskonferenz für Europa, die gestern in Kopenhagen begonnen hat. In einer WHO-Erklärung zu der Konferenz wird Rauchen als „die Epidemie unser Zeit" bezeichnet, die jährlich weltweit etwa eine Million Todesfälle verursache.

### ZU GUTER LETZT

*„Wer kennt sie nicht, die Heroen, deren Kinder die Turnierplätze der Welt bevölkern?" – Aus einer Pressemitteilung des Nordrhein-Westfälischen Landesgestüts zur Warendorfer Herbstparade.*

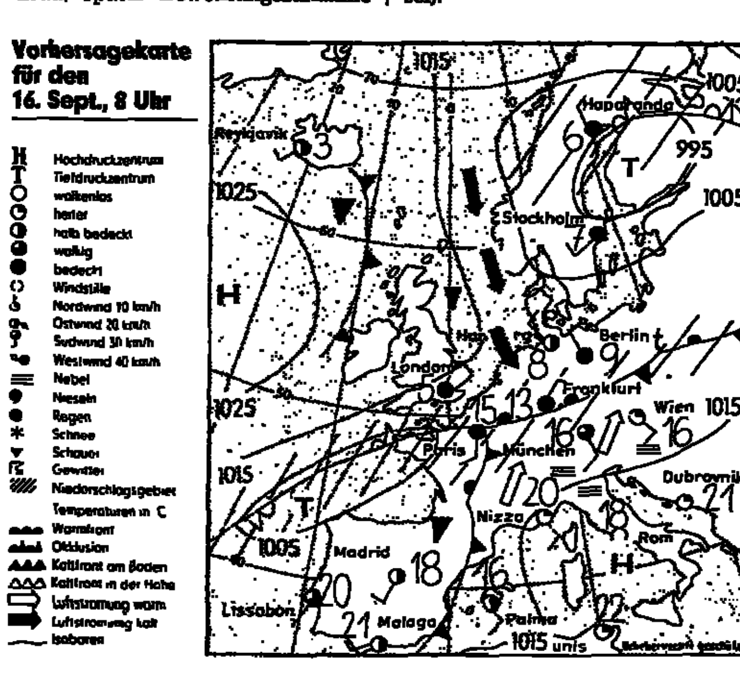
# WETTER: Im Süden Regen

**Lage:** Eine Luftmassengrenze, die feuchte Warmluft im Süden von trockener Kaltluft im Norden trennt, beeinflußt mit ihrem Regengebiet die Südhälfte Deutschlands.

**Vorhersage für Dienstag:** Nordhälfte bis Münsterland: Wolkig mit Aufheiterungen. An der Küste einzelne Schauer. Temperaturen um 15 Grad. Mittelgebirgsraum bis Süddeutschland: Im Alpenvorland bis nahe 25 Grad, später Bewölkungszunahme und deutlicher Temperaturrückgang. Sonst bewölkt und regnerisch. Temperaturen 13 bis 18 Grad.

**Weitere Aussichten:** Im Süden noch zeitweise Regen, sonst wechselnd wolkig und einzelne Schauer, wenig Temperaturänderung.

**Sonnenaufgang am Mittwoch:** 6.59 Uhr*, Untergang: 19.33 Uhr; **Mondaufgang:** 19.35 Uhr, Untergang: 5.35 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).




**Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):**

| Deutschland: | | |
|---|---|---|
| Berlin | 13 | bd |
| Bielefeld | 13 | R |
| Braunlage | 7 | Sp |
| Bremen | 14 | bw |
| Dortmund | 12 | R |
| Dresden | 17 | bw |
| Düsseldorf | 12 | R |
| Erfurt | 12 | Sp |
| Essen | 11 | R |
| Feldberg/S. | 15 | bw |
| Flensburg | 14 | bw |
| Frankfurt/M. | 18 | R |
| Freiburg | 24 | bw |
| Garmisch | 27 | he |
| Greifswald | 16 | bw |
| Hamburg | 14 | he |
| Hannover | 13 | bw |
| Kahler Asten | 8 | R |
| Kassel | 11 | R |
| Kempten | 25 | he |
| Kiel | 14 | he |
| Koblenz | 15 | R |
| Köln-Bonn | 14 | R |
| Konstanz | 22 | he |
| Leipzig | 13 | bd |
| List/Sylt | 13 | bw |
| Lübeck | 15 | bw |
| Mannheim | 20 | R |
| München | 26 | he |
| Münster | 12 | bd |
| Norderney | 13 | bw |
| Nürnberg | 22 | he |
| Oberstdorf | 24 | he |
| Passau | 25 | he |
| Saarbrücken | 23 | he |
| Stuttgart | 23 | he |
| Trier | 17 | bd |
| Zugspitze | 7 | he |

| Ausland: | | |
|---|---|---|
| Algier | 36 | wl |
| Amsterdam | 11 | R |
| Athen | 25 | wl |
| Barcelona | 25 | he |
| Belgrad | 31 | he |
| Bordeaux | 26 | he |
| Bozen | 25 | bw |
| Brüssel | 10 | R |
| Budapest | 26 | he |
| Bukarest | 30 | he |
| Casablanca | 28 | he |
| Dublin | 11 | he |
| Dubrovnik | 27 | he |
| Edinburgh | 11 | he |
| Faro | 22 | bd |
| Florenz | 27 | he |
| Genf | 25 | he |
| Helsinki | 11 | R |
| Hongkong | 31 | he |
| Innsbruck | 25 | he |
| Istanbul | 29 | he |
| Kairo | 34 | he |
| Klagenfurt | 23 | he |
| Konstanza | 28 | he |
| Kopenhagen | 14 | bw |
| Korfu | 30 | he |
| Las Palmas | 26 | he |
| Leningrad | 8 | Rs |
| Lissabon | 24 | he |
| Locarno | 19 | bw |
| London | 11 | R |
| Los Angeles | 18 | wl |
| Luxemburg | 11 | R |
| Madrid | 25 | he |
| Mailand | 23 | bw |
| Malaga | 28 | he |
| Mallorca | 28 | he |
| Moskau | 13 | he |
| Neapel | 30 | he |
| New York | 22 | he |
| Nizza | 24 | he |
| Oslo | 9 | he |
| Ostende | 11 | R |
| Palermo | 27 | he |
| Paris | 19 | bw |
| Peking | 27 | he |
| Prag | 21 | bw |
| Rhodos | 29 | he |
| Rom | 27 | he |
| Salzburg | 25 | he |
| Singapur | 31 | he |
| Split | 26 | he |
| Stockholm | 8 | bw |
| Straßburg | 21 | bd |
| Tel Aviv | 33 | he |
| Tokio | 22 | Rs |
| Tunis | 35 | he |
| Valencia | 27 | he |
| Varna | 27 | he |
| Venedig | 25 | he |
| Warschau | 20 | he |
| Wien | 24 | he |
| Zürich | 23 | he |

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

# 280 Polizisten müssen Prüfung wiederholen

AP, Düsseldorf

Rund 280 angehende Polizei-Kommissare in Nordrhein-Westfalen müssen wegen des Verdachts eines großangelegten Täuschungsversuchs ihre Prüfungen für die Zulassung zum gehobenen Dienst wiederholen, teilte das nordrhein-westfälische Innenministerium mit. „Wir müssen annehmen, daß einige oder alle Prüflinge die Testaufgaben vorher gekannt haben." Eine erste Überprüfung der Klausuren habe „ganz verblüffende Gemeinsamkeiten im Aufbau und einen ungewöhnlich guten Kenntnisstand der Prüflinge" ergeben. Es gelte als sicher, daß in Bielefeld ein versiegelter Umschlag mit dem Thema einer Prüfung schon vorher geöffnet wurde.

# LEUTE HEUTE

### *Auf die Bretter*

Frankreichs höchstbezahlter Filmschauspieler, der 53 Jahre alte **Jean-Paul Belmondo,** wird in der Wintersaison für eine Mini-Gage in Paris Theater spielen. Er übernimmt die Hauptrolle in dem Theaterstück „Kean" von Jean-Paul Sartre.

### *An den Start*

Beim „Ökumenischen Langstreckenlauf" für haupt- und ehrenamtliche kirchliche Mitarbeiter in Laubach bei Gießen gingen diesmal 85 Aktive an den Start, darunter auch 21 evangelische und katholische Geistliche. Prominentester Teilnehmer am Rennen war der Präsident der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, **Helmut Spengler** (Darmstadt), der die 5000-Meter-Distanz in 25:35 Minuten bewältigte. Damit belegte der 55jährige in der Sonderwertung für Pfarrer zusammen mit dem Referenten für Kirche und Sport des Bistums Limburg, **Hrabe des Angelis** (51), den zweiten Platz. In ökumenischer Eintracht liefen sie zeitgleich über die Ziellinie. Schnellster Pfarrer über 5000 Meter war **Johannes Mingo** (Alsbach). Die Pfarrerwertung über 10 000 Meter gewann **Klaus Neumeister** (Hadamar) in 38:08 Minuten.

### *In die Freiheit*

Ein Berufungsgericht in Neapel hat gestern den italienischen TV-Showmaster und Politiker **Enzo Tortora** in vollem Umfang von dem Vorwurf freigesprochen, Mitglied der Mafia-ähnlichen Camorra-Organisation in Neapel gewesen zu sein und sich am Rauschgifthandel beteiligt zu haben. In erster Instanz war Tortora zu zwei Jahren Haft verurteilt worden.

# Erdbeben: Baby nach 22 Stunden lebend geborgen

AP, Kalamata

Aus den Trümmern eines zusammengestürzten Hauses in der von einem schweren Erdbeben verwüsteten griechischen Hafenstadt Kalamata haben Rettungsmannschaften gestern das 18. Todesopfer geborgen. Am Sonntag war es den Feuerwehrleuten gelungen, einen zehn Tage alten Säugling aus den Trümmern eines Hauses zu retten. Das Baby war 22 Stunden verschüttet. Seine Eltern haben ebenfalls überlebt.

Gestern morgen erschütterten zwei weitere Erdstöße die Gegend um Kalamata. Ein beschädigtes viergeschossiges Wohnhaus stürzte ein. Tote oder Verletzte gab es jedoch nicht, da die Einwohner von Kalamata die Nacht im Freien verbracht hatten.

# *Die Eckkneipe als „stabilisierender Faktor"*

DIETER DOSE, Berlin

Der Stammtisch muß für alle Gäste da sein. Der Wirt soll nicht nur ein guter Zapfer, sondern auch eine Persönlichkeit sein. So stellen sich Studenten der Ostberliner Humboldt-Universität, Fachbereich Völkerkunde, die gemütliche Kneipe um die Ecke vor.

Mit dem Forschungsauftrag, den Alltag zu erkunden und die Frage zu beantworten, „was eine Gaststätte auszeichnet, in der sich die Leute heimisch fühlen", wurden sie auf Kneip-Tour geschickt. Im Bezirk Prenzlauer Berg wurden sie fündig. Dort, wo Berlin (Ost) noch am berlinischsten ist. 170 000 Einwohner, viele Straßenzüge mit Altbausubstanz, 205 Kneipen. Vom Speiserestaurant bis zur Jugend-Diskothek und der Eckkneipe. Um die ging es speziell.

Seit sich 1976 sogar das SED-Politbüro mit der Gastronomie beschäftigte und Erich Honecker forderte, „mehr volkstümliche Restaurants und Bierstuben" einzurichten, hat sich besonders in Ost-Berlin einiges getan. Die Zahl der Gaststätten stieg auf 1084; allein 48 wurden oder werden in diesem Jahr neu eröffnet. Weitere folgen zur 750-Jahr-Feier 1987.

Schlechter Service, dürftiges Getränke- und Speisenangebot, zu viele Ruhetage in der Woche – massive Kritik an der „DDR"-Gastronomie, besonders der staatlichen, hat es in den letzten Jahren permanent gegeben. Noch immer gibt es Speiselokale, in denen „plaziert" wird. Da hat der eintretende Gast schön am Eingang zu warten, bis ihm ein Platz zugewiesen wird, und kann nicht etwa den nächsten freien Tisch ansteuern.

Dennoch ist manches besser geworden. „Die Anzahl der Gaststätten, die ohne Schließtage arbeiten, ist um sechs Prozent gestiegen", jubelte vor einiger Zeit die (Ost)-„Berliner Zeitung". Aber regelmäßig wird auch immer wieder von der SED-Obrigkeit Essig in den Wein geschüttet, wenn staatliche oder private Kneipiers glauben, „weltstädtischer" geworden zu sein.

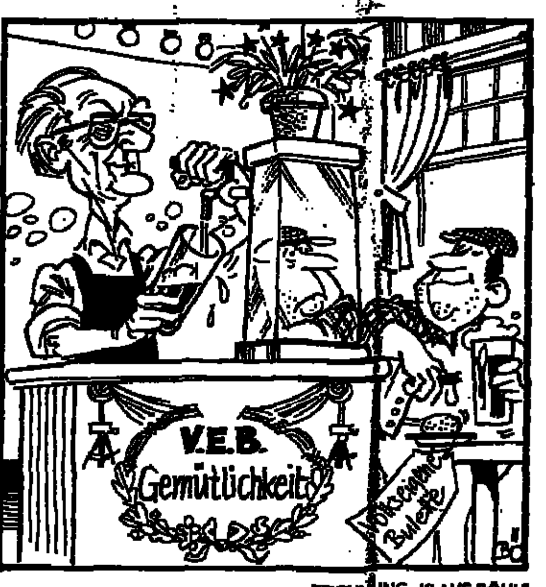
„Das Niveau der Gastronomie ist immer noch nicht zufriedenstellend", kritisierte erst kürzlich der Ostberliner Magistrat. „Umfassendes Arbeitstraining" forderte Chef-Gastronom Erich Weber („VEB Gaststätten Berlin") von rund 11 000 Köchen, Kellnern, Serviererinnen und Bardamen.

In den Eckkneipen am Prenzlauer Berg aber fiel den ausgeschwärmten Studenten auf, daß Kommunikation kaum stattfindet und am Stammtisch wie am Tresen die Stammgäste schwer dazu zu bewegen sind, dem „Fremden" Platz und Gespräch anzubieten. Festgestellt haben die studentischen Späher auch, daß die Gäste, die zufällig in die Eckkneipe kommen, nur ein geringer Prozentsatz sind. Eine weitere Variante der von Günter Gaus, Bonns ehemaligem Ständigen Vertreter in Ost-Berlin, beschriebenen „Nischengesellschaft"?

Als „stabilisierender Faktor" im Kiez (Berliner Ausdruck für Wohngegend) müssen die Eckkneipen unbedingt erhalten bleiben. So das bisherige Forschungsergebnis. Zumal sie heute nicht nur Treffpunkte für „Männergeselligkeit" seien, sondern auch oft die Ehefrauen mitkommen.

Allerdings bringt die Studie auch die Befürchtung zum Ausdruck, daß bei den Rekonstruktionen der Straßenzüge die vertraute Pinte dem Lokal mit mehr Niveau (und höheren Preisen) weichen muß. Kritisiert wird, daß es keine Lokale für alleinstehende Frauen mit Kindern gibt.

Positiv aber die Feststellung, die für Kneipen überall und nicht nur die am Prenzlauer Berg zutrifft: „Nicht selten entwickeln sich geradezu familiäre Kontakte zwischen dem Wirt (oder der Wirtin) und den Besuchern." – Das soll auch 1905 schon so gewesen sein. Damals kam am Prenzlauer Berg, wie in ganz Berlin, auf 129 Einwohner eine Kneipe …




ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE